

Stenographisches Protokoll

26. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich

XVI. Gesetzgebungsperiode

Dienstag, 13. Dezember 1983

Tagesordnung

Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1984

Beratungsgruppe VI: Unterricht und Kunst

Beratungsgruppe XIV: Wissenschaft und Forschung

Beratungsgruppe III: Äußeres

Inhalt

Nationalrat

Mandatsverzicht des Abgeordneten Heigl (S. 2151)

Angelobung des Abgeordneten Hermann Leithenmayer (S. 2151)

Personalien

Krankmeldungen (S. 2151)

Geschäftsbehandlung

Vertagungsbeschuß (S. 2271)

Ausschüsse

Zuweisungen (S. 2151)

Verhandlungen

Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (70 und Zu 70 d. B.): Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1984 samt Anlagen (160 d. B.)

Gemeinsame Beratung über

Beratungsgruppe VI: Kapitel 12: Unterricht (einschließlich Konjunkturausgleich-Voranschlag), Kapitel 13: Kunst (einschließlich Konjunkturausgleich-Voranschlag), Kapitel 71: Bundestheater

Spezialberichterstatter: Konecny (S. 2152)

Beratungsgruppe XIV: Kapitel 14: Wissenschaft und Forschung (einschließlich Konjunkturausgleich-Voranschlag)

Spezialberichterstatter: Gärtner (S. 2153)

Redner:

Mag. Schäffer (S. 2154),
Matzenauer (S. 2160),
Peter (S. 2166),
Dr. Blenk (S. 2170),
Dr. Nowotny (S. 2176),
Dr. Stix (S. 2181),
Dr. Höchtl (S. 2186),
Bundesminister Dr. Zilk (S. 2189 und S. 2234),

Bundesminister Dr. Fischer (S. 2195),
Arnold Grabner (S. 2198),
Dipl.-Ing. Dr. Leitner (S. 2202),
Dr. Stippel (S. 2205),
Dr. Neisser (S. 2208),
Probst (S. 2213),
Steinbauer (S. 2215),
Dr. Preiss (S. 2218),
Bayer (S. 2220),
Dr. Seel (S. 2224),
Ottlie Rochus (S. 2228),
Dr. Schüssel (S. 2230) und
Johann Wolf (S. 2235)

Entschließungsantrag der Abgeordneten Dr. Blenk und Genossen betreffend Innovationsoffensive zur Schaffung zukunftsträchtiger Arbeitsplätze (Antrag „Arbeit schaffen“ Nr. 5) (S. 2175) — Ablehnung (S. 2238)

Annahme der Beratungsgruppen VI und XIV (S. 2238)

Beratungsgruppe III: Kapitel 20: Äußeres

Spezialberichterstatter: Arnold Grabner (S. 2239)

Redner:

Dr. Steiner (S. 2239),
Marsch (S. 2247),
Peter (S. 2250),
Bundesminister Lanic (S. 2254),
Fachleutner (S. 2257),
DDr. Hessele (S. 2260),
Dr. Jankowitsch (S. 2264) und
Dr. Ettmayer (S. 2268)

Entschließungsantrag der Abgeordneten Dr. Steiner, DDr. Hessele, Probst und Genossen betreffend Europarat (S. 2245) — Annahme E 11 (S. 2271)

Entschließungsantrag der Abgeordneten Marsch, Dr. Steiner, Peter und Genossen betreffend Fortführung der Abrüstungsverhandlungen (S. 2249) — Annahme E 13 (S. 2271)

Entschließungsantrag der Abgeordneten Dr. Jankowitsch, Dr. Steiner, Peter und Genossen betreffend Bericht der österreichischen Bundesregierung über ihre Bemühungen zur Erhaltung des Friedens in Freiheit (S. 2264) — Annahme E 12 (S. 2271)

Annahme der Beratungsgruppe III (S. 2270)

Eingebracht wurden

Berichte

III-31: über die Tätigkeit der Arbeitsinspektion im Jahre 1982; BM f. Soziale Verwaltung (S. 2151)

2150

Nationalrat XVI. GP — 26. Sitzung — 13. Dezember 1983

III-34: über die Situation der kleinen und mittleren Unternehmungen der Gewerblichen Wirtschaft 1983; BM f. Handel, Gewerbe und Industrie (S. 2151)

Anträge der Abgeordneten

Dipl.-Ing. Maria Elisabeth Möst, Dr. Stummvöll, Dr. Feuerstein und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem die Straßenverkehrsordnung 1960 geändert wird (11. StVO-Novelle) (73/A)

Grabher-Meyer, Dr. Heindl und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Patentgesetz und das Markenschutzgesetz abgeändert werden (74/A)

Zurückgezogen wurde der Antrag

der Abgeordneten Dr. Schwimmer und Genossen betreffend ein Bundesgesetz über die Gewährung von Heizkostenzuschüssen (69/A)

Anfragen der Abgeordneten

Dr. Nowotny und Genossen an den Bundesminister für Wissenschaft und Forschung betreffend die internationalen Informationssysteme, an denen Österreich beteiligt ist (362/J)

Bergmann, Dr. Neisser und Genossen an den Bundesminister für Bauten und Technik betreffend zukünftige Nutzung des Messepalastes (363/J)

Bergmann, Dr. Neisser und Genossen an den Bundesminister für Wissenschaft und Forschung betreffend österreichische Museums politik (364/J)

Steinbauer, Dr. Lichal und Genossen an den Bundesminister für Inneres betreffend die gesetzlich nicht gedeckte Überwachung von Telefonanschlüssen (365/J)

Dr. Lichal und Genossen an den Bundesminister für Inneres betreffend die parteipolitisch motivierte Postenvergabe in der Bundespolizeidirektion Wien an ein SPÖ-Mitglied (366/J)

Dipl.-Ing. Fuchs, Maria Stangl und Genossen an den Bundeskanzler betreffend rapides Ansteigen der Arbeitslosenziffern (367/J)

Anfragebeantwortung

des Bundesministers für Bauten und Technik auf die Anfrage der Abgeordneten Dipl.-Ing. Flicker und Genossen (255/AB zu 281/J)

Beginn der Sitzung: 9 Uhr 8 Minuten

Vorsitzende: Präsident Benya, Zweiter Präsident Mag. Minkowitsch, Dritter Präsident Dr. Stix.

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet.

Krank gemeldet sind die Abgeordneten Kottek, Frodl, Dr. Lichal und Ingrid Smejkal.

Mandatsverzicht und Angelobung

Präsident: Von der Hauptwahlbehörde ist die Mitteilung eingelangt, daß der Abgeordnete Hans Heigl auf sein Mandat verzichtet hat und an seine Stelle Herr Hermann Leithenmayr in den Nationalrat berufen worden ist.

Da der Wahlschein bereits vorliegt und der Genannte im Hause anwesend ist, werde ich sogleich seine Angelobung vornehmen.

Nach Verlesung der Gelöbnisformel durch die Frau Schriftführer wird Herr Leithenmayr die Angelobung mit den Worten „Ich gelobe“ zu leisten haben.

Ich ersuche nunmehr die Frau Schriftführer, Abgeordnete Edith Dobesberger, um die Verlesung der Gelöbnisformel.

(Schriftführerin Edith Dobesberger verliest die Gelöbnisformel. — Abg. Leithenmayr leistet die Angelobung.)

Ich begrüße den neuen Herrn Abgeordneten herzlich in unserer Mitte. (Allgemeiner Beifall.)

Einlauf und Zuweisungen

Präsident: Ich gebe bekannt, daß die Anfragebeantwortung 255/AB eingelangt ist. Weiters gebe ich bekannt, daß die Abgeordneten Dr. Schwimmer und Genossen den von ihnen gestellten Antrag 69/A betreffend ein Bundesgesetz über die Gewährung von Heizkostenzuschüssen gemäß § 26 Abs. 8 der Geschäftsordnung zurückgezogen haben.

Die in der letzten Sitzung eingebrachten Anträge weise ich zu wie folgt:

Dem Verfassungsausschuß:

Antrag 71/A der Abgeordneten Dr. Schranz, Dr. Neisser, Mag. Kabas und Genossen betreffend Änderung des Parteiengesetzes vom 16. Dezember 1982;

dem Ausschuß für soziale Verwaltung:

Antrag 72/A der Abgeordneten Dr. Schwimmer und Genossen betreffend ein Bundesgesetz über die Gewährung von Heizkostenzuschüssen (Heizkostenzuschußgesetz).

Ferner weise ich die in der letzten Sitzung als eingelangt bekanntgegebenen Regierungsvorlagen folgenden Ausschüssen zu:

Dem Finanz- und Budgetausschuß:

Bundesgesetz, mit dem das Abgabenverwaltungsorganisationsgesetz geändert wird (147 der Beilagen);

dem Verkehrsausschuß:

Bundesgesetz, mit dem das Bundesbahngesetz geändert wird (170 der Beilagen).

Die eingelangten Berichte weise ich zu wie folgt:

Dem Ausschuß für soziale Verwaltung:

Bericht des Bundesministers für soziale Verwaltung über die Tätigkeit der Arbeitsinspektion im Jahre 1982 (III-31 der Beilagen);

dem Handelsausschuß:

Bericht des Bundesministers für Handel, Gewerbe und Industrie über die Situation der kleinen und mittleren Unternehmungen der Gewerblichen Wirtschaft 1983 (III-34 der Beilagen).

Behandlung der Tagesordnung

Präsident: Gegenstand der heutigen Verhandlung ist der Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (70 und Zu 70 der Beilagen): Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1984 samt Anlagen (160 der Beilagen).

Im Einvernehmen mit den Parteien wird die Debatte über die Beratungsgruppen VI: Unterricht und Kunst, sowie XIV: Wissen-

Präsident

schaft und Forschung, des Bundesvoranschlags zusammengefaßt.

Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (70 und Zu 70 der Beilagen): Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1984 samt Anlagen (160 der Beilagen)

Beratungsgruppe VI

Kapitel 12: Unterricht (einschließlich Konjunkturausgleich-Voranschlag)

Kapitel 13: Kunst (einschließlich Konjunkturausgleich-Voranschlag)

Kapitel 71: Bundestheater

Beratungsgruppe XIV

Kapitel 14: Wissenschaft und Forschung (einschließlich Konjunkturausgleich-Voranschlag)

Präsident: Wir gehen in die Tagesordnung ein.

Spezialberichterstatter über die Beratungsgruppe VI ist der Herr Abgeordnete Konečny. Ich ersuche ihn um seinen Bericht.

Spezialberichterstatter **Konečny:** Herr Präsident! Hohes Haus! Der Finanz- und Budgetausschuß hat die in der Beratungsgruppe VI zusammengefaßten Teile des Bundesvoranschlags für das Jahr 1984 in seiner Sitzung am 18. November 1983 in Verhandlung gezogen.

In dem von der Bundesregierung vorgelegten Bundesvoranschlag (BVA) 1984 ist für das Unterrichts- und Kunstbudget ein Gesamtausgabenrahmen von 34 783 651 000 S vorgesehen. Hierzu entfallen auf den Personalaufwand 12 041 587 000 S und auf den Sachaufwand 22 742 064 000 S. Gegenüber dem Bundesvoranschlag 1983 ergibt dies eine Steigerung im Personalaufwand von 744 165 000 S und im Sachaufwand eine solche von 938 306 000 S.

Die Bundestheater sind mit 1 739 249 000 S präliminiert. Auf den Personalaufwand entfallen 1 420 426 000 S und auf den Sachaufwand 318 823 000 S.

Die Steigerung gegenüber dem Bundesvoranschlag 1983 beläuft sich auf 129 078 000 S.

Im einzelnen stellt sich das Unterrichts- und Kunstbudget wie folgt dar:

Die um 744 165 000 S erhöhten Ansätze auf dem Personalsektor der Kapitel 12 und 13 sind bedingt durch Personalvermehrungen. Die wesentlichsten Aufstockungen im Personalaufwand sind bei den Ansätzen

„Allgemeinbildende höhere Schulen“ von 5 004 065 000 S auf 5 312 173 000 S,

„Technische und gewerbliche Lehranstalten“ von 2 117 232 000 S auf 2 226 840 000 S,

„Sozialakademien — Lehranstalten für Fremdenverkehrs-, Frauen- und Sozialberufe“ von 1 122 052 000 S auf 1 235 230 000 S sowie

„Handelsakademien und Handelsschulen“ von 1 429 506 000 S auf 1 518 753 000 S

vorgenommen worden.

Im Sachaufwand des Unterrichts- und Kunstressorts ist eine Steigerung um 938 306 000 S, und zwar von 21 803 758 000 S auf 22 742 064 000 S, vorgesehen.

Die Steigerung bei den „Aufwendungen, Gesetzliche Verpflichtungen“ von 18 266 206 000 S im Bundesvoranschlag 1983 auf 19 080 762 000 S im Bundesvoranschlag-Entwurf 1984 ist größtenteils auf die Erhöhung des Stellenplanes für Pflichtschullehrer zurückzuführen. Die wesentlichsten Aufstockungen bei den „Aufwendungen, Gesetzliche Verpflichtungen“ sind bei den Ansätzen

„Allgemeinbildende Pflichtschulen“ von 15 887 000 000 S auf 16 640 000 000 S und „Berufsbildende Pflichtschulen“ von 662 341 000 S auf 671 200 000 S vorgenommen worden.

Ein wesentlicher Schwerpunkt wurde auf gewisse Bereiche des allgemein- und berufsbildenden Schulwesens gelegt:

So erfuhr der Sachaufwand des Ansatzes „Allgemeinbildende höhere Schulen“ eine Steigerung von 809 351 000 S im Jahre 1983 auf 849 640 000 S im Jahre 1984.

Der Sachaufwand für das Berufsbildende Schulwesen der Ansätze „Technische und gewerbliche Lehranstalten“, „Sozialakade-

Konečny

mien, Lehranstalten für Fremdenverkehrs-, Frauen- und Sozialberufe“ und „Handelsakademien und Handelsschulen“ konnte von 892 163 000 S im Jahre 1983 auf 964 095 000 S angehoben werden. Von dieser Erhöhung waren insbesonders die technischen und gewerblichen Lehranstalten sowie die Sozialakademien, Lehranstalten für Fremdenverkehrs-, Frauen- und Sozialberufe betroffen.

Die Sachaufwandskredite für die Lehrer- und Erzieherbildung der Ansätze

„Pädagogische Akademien“, „Bildungsanstalten für Arbeitslehrerinnen, Kindergärtnerinnen und Erzieher“, „Berufspädagogische Akademien“ und „Pädagogische Institute“ erfuhrn eine Erhöhung von 200 950 000 S im Jahre 1983 auf 256 524 000 S im Bundesvoranschlag-Entwurf 1984.

Bei den Förderungsausgaben der Erwachsenenbildung wurde ein Schwerpunkt für den Einsatz von stellenlosen Lehrern gesetzt, wobei es zu einer Krediterhöhung von 49 824 000 S im Bundesvoranschlag 1983 auf nunmehr 88 425 000 S kam, also zu einer Erhöhung um 38,6 Millionen Schilling.

Im Bereich der Förderungsausgaben bei der Sportförderung ist gegenüber dem Bundesvoranschlag 1983 eine Steigerung von 1 938 000 S zu verzeichnen.

Das Kreditvolumen bei den Bundestheatern hat sich von bisher 1 610 171 000 S im Jahre 1983 auf 1 739 249 000 S im Jahre 1984 ausgeweitet. Der Personalaufwand erfuhr eine Steigerung auf 1 420 426 000 S, und der Sachaufwand beträgt für das Jahr 1984 318 823 000 S.

Die Einnahmen bei den Kapiteln 12 und 13 stiegen von 478 220 000 S im Jahre 1983 auf 506 985 000 S im Bundesvoranschlag-Entwurf 1984.

Die Einnahmen bei den Bundestheatern betragen für das Jahr 1984 363 974 000 S.

Abschließend darf noch erwähnt werden, daß ein Betrag von 97 016 000 S im Konjunkturbelebungsprogramm des Konjunkturausgleich-Voranschlages für die Kapitel 12 und 13 „Unterricht und Kunst“ vorgesehen ist.

An der Debatte, die sich an die Ausführungen des Spezialberichterstatters anschloß, beteiligten sich die Abgeordneten Dipl.-Ing. Dr. Leitner, Matzenauer, Peter, Mag. Dr. Höchtl, Dr. Hilde Hawlicek, Bayr, Arnold

Grabner, Ottolie Rochus, Mag. Schäffer, Dr. Stippel, Johann Wolf, Gärtner, Pischl, Adelheid Praher und Steinbauer.

Der Bundesminister für Unterricht und Kunst Dr. Zilk nahm zu den in der Debatte aufgeworfenen Fragen ausführlich Stellung.

Bei der Abstimmung am 25. November 1983 hat der Finanz- und Budgetausschuß die finanzgesetzlichen Ansätze der in der Beratungsgruppe VI zusammengefaßten Kapitel des Bundesvoranschlages für das Jahr 1984 unverändert mit Stimmenmehrheit angenommen.

Der Finanz- und Budgetausschuß stellt somit den Antrag, der Nationalrat wolle beschließen: Dem Kapitel 12: Unterricht, dem Kapitel 13: Kunst und dem Kapitel 71: Bundestheater samt den zu den Kapiteln 12 und 13 dazugehörenden Teilen des Konjunkturausgleich-Voranschlages des Bundesvoranschlages für das Jahr 1984 wird die verfassungsmäßige Zustimmung erteilt.

Ich bitte, in die Debatte einzugehen.

Präsident: Spezialberichterstatter über die Beratungsgruppe XIV ist der Herr Abgeordnete Gärtner. Ich ersuche ihn um seinen Bericht.

Spezialberichterstatter Gärtner: Herr Präsident! Hohes Haus! Im Bundesvoranschlag für 1984 ist für den Bereich des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung ein Gesamtausgabenrahmen von 11 724 066 000 S vorgesehen. Gegenüber dem Bundesvoranschlag 1983 ergibt dies eine Gesamtsteigerung von 7,95 Prozent.

Im einzelnen entfallen auf den Personalaufwand 5 309 635 000 S und auf den Sachaufwand 6 414 431 000 S.

Gegenüber dem Bundesvoranschlag 1983 ergibt dies eine Steigerung im Personalaufwand von 8,42 Prozent und im Sachaufwand eine Steigerung von 7,57 Prozent.

Der Anteil des Wissenschafts- und Forschungsbudgets am Gesamtbudget beträgt 2,69 Prozent.

Der Personalaufwand für das Wissenschaftsressort wurde für 1984 mit 5 309 635 000 S fixiert. Der größte Anteil hiervon entfällt mit 4 226 624 000 S auf die Universitäten.

Gärtner

Die Budgetrichtlinien für den Bundesvoranschlag 1984 sahen eine 15prozentige Kürzung bei den Förderungen (ausgenommen Investitions- und Forschungsförderungen) vor; die Kreditmittel für den Forschungsblock liegen über den Budgetrichtlinien und betragen für 1984 1 328 426 000 S.

Der Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung sowie der Forschungsförderungsfonds für die gewerbliche Wirtschaft wurden um 15 000 000 S bzw. 25 000 000 S gegenüber dem Bundesvoranschlag 1983 aufgestockt.

Die Kredite für die Österreichische Akademie der Wissenschaften — Förderungsausgaben wurden um 5 000 000 S erhöht.

Bei den Förderungsausgaben für Forschungsunternehmungen wurde die Post „Betriebskosten des Österreichischen Forschungszentrums Seibersdorf“ um 15 000 000 S, das sind 8,33 Prozent, erhöht.

Die unmittelbar für die Universitäten — inklusive Personalaufwand — ausgewiesenen Ausgaben steigen von 6 282 859 000 S im Jahre 1983 auf 6 857 581 000 S im Jahre 1984; der gesamte Sachaufwand der Universitäten ist mit 2 630 957 000 S präliminiert. Bei den Verwaltungsaufwendungen steigen vor allem die Unterrichts- und Forschungserfordernisse um 10 Prozent.

Für das Universitätszentrum Wien-Althanstraße, in welchem die Wirtschaftsuniversität Wien und das Zoologische Institut der Universität Wien aufgenommen sind, ist im Haushaltsjahr 1984 ein Betrag von 478 400 000 S vorgesehen, da ab dem Jahr 1982 die Rückzahlungsquote nach den tatsächlichen Baukosten berechnet wird.

Im Bereich der Wissenschaftlichen Anstalten wurde für den Vollzug des Lagerstättengesetzes im Bundesvoranschlag 1984 wie in den Vorjahren ein Betrag von 10 000 000 S veranschlagt.

Für den Bereich der Bibliotheken sind 445 342 000 S gegenüber 411 029 000 S präliminiert, was einer Steigerung um 8,35 Prozent entspricht.

Der Gesamtaufwand der Kunsthochschulen steigt von 646 391 000 S auf 667 754 000 S im Bundesvoranschlag 1984, der Personalaufwand steigt von 363 500 000 S um 12 Prozent.

Der Aufwand im Musealbereich ist von 268 836 000 S auf 287 226 000 S gestiegen. Das Kreditvolumen des Sachaufwandes erhöhte sich um 6,9 Prozent.

Für Denkmalschutz und Denkmalpflege/Bundesdenkmalamt wurden für 1984 insgesamt 167 553 000 S aufgenommen.

Die Einnahmenentwicklung im Rahmen des Kapitels 14 weist eine Steigerung von 8,13 Prozent auf.

Schließlich sind im Konjunkturausgleich-Voranschlag des Kapitels 14 „Wissenschaft und Forschung“ 241 142 000 S im Rahmen der Konjunkturbelebungsquote veranschlagt.

Bei der Abstimmung am 25. November 1983 hat der Finanz- und Budgetausschuß die finanzgesetzlichen Ansätze der zur Beratungsgruppe 14 gehörenden Teile des Bundesvoranschlages für das Jahr 1984 unverändert mit Stimmenmehrheit angenommen.

Der Finanz- und Budgetausschuß stellt somit den Antrag, der Nationalrat wolle beschließen: Dem Kapitel 14: Wissenschaft und Forschung samt dem dazugehörigen Teil des Konjunkturausgleich-Voranschlages des Bundesvoranschlages für das Jahr 1984 (70 der Beilagen) wird die verfassungsmäßige Zustimmung erteilt.

Ich ersuche den Herrn Präsidenten, in die Debatte einzugehen.

Präsident: Ich danke den Berichterstattern für die Berichte.

Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordneter Schäffer.

9.25

Abgeordneter Mag. Schäffer (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Zum üblichen Schema einer Rede gehört vielleicht, daß man Zukunftsvisionen, zündende Ideen entwickelt, die positive Emotionen auslösen, aber auch zu einer Sympathiewerbung führen sollen.

Ich persönlich möchte von so einem Verfahren Abstand nehmen, zum einen, weil es sich in der Realität sehr rasch immer zeigt, daß Visionen oft nur ein hohles Wortgeklingel sind und zündende Ideen bei dieser angespannten Finanzsituation auch im schulischen Bereich keinen Aufbruch zu neuen Ufern ermöglichen.

Mag. Schäffer

Der Bundesvoranschlag 1984 im Kapitel Unterricht sieht insgesamt zirka 36 Milliarden Schilling vor. 30 Milliarden Schilling sind allein durch Personalkosten gebunden, 2,5 Milliarden Schilling für Schulraumbeschaffung und für den Schulbetrieb und rund eine halbe Milliarde Schilling für Anlagengüter. Der Spielraum für Innovationen ist daher äußerst gering. Umso wichtiger ist es, daß genau gewichtet wird, wofür diese Ausgaben verwendet werden.

Dieser Bundesvoranschlag 1984 ist in verschiedenen Bereichen auch unrealistisch. So werden zum Beispiel bei Aufwendungen für den Energieverbrauch Einsparungen bis zu 5 Prozent vorgesehen, obwohl jeder von uns weiß, daß es durch das sozial-liberale Belastungspaket erhebliche Mehrbelastungen geben wird, allein im Bereich Energie 7 Prozent, das sind insgesamt 12 Prozent, die sich hier schon an Differenzen ergeben.

In manchen Bereichen vermisste ich eine finanzielle Deckung der angekündigten Maßnahmen. Schulversuche zur inneren Schulreform sind laut den Schulgesetzen 1982 erforderlich.

Wie sehen die gesetzlichen Vorsorgen für diese Finanzierungen aus? Die große Summe von fast 12 Milliarden Schilling für Landeslehrer wird immer noch aus dem Sachaufwand genommen. Die Mehrleistungsvergütungen, ich meine damit die Überstunden, bleiben trotz der schwierigen Situation auf dem Arbeitsmarkt für Lehrer auch im Bundesvoranschlag 1984 gleich.

Damit wird der Grundsatz der Budgetwahrheit unterlaufen, weshalb die Österreichische Volkspartei diesem Bundesvoranschlag 1984 keine Zustimmung erteilen kann. (Beifall bei der ÖVP.)

Meine Damen und Herren! Es ist einleuchtend, daß die Budgetwahrheit natürlich immer im Vordergrund stehen muß, daß aber auch die Schulpolitik der achtziger Jahre mehr Maß und Mitte im Auge haben muß.

In der Zweiten Republik hat sich unser Schulsystem beachtlich entwickelt. Es gab eine große Zahl von Schulbauten, die Ausstattung wurde verbessert. Wir haben eine Fülle von Lehrern, einen Überschuß an Lehrern, und immer mehr junge Menschen gehen in weiterführende Schulen.

Trotzdem wird die Kritik am Schul- und Bildungswesen immer wieder hörbar: von

Eltern, Lehrern und Schülern. Das läßt vermuten, daß vielleicht der Schwerpunkt auf den Bereich der äußeren Organisation im letzten Jahrhundert zu stark gesetzt wurde.

Es zeigt sich, viel wichtiger als organisatorische Maßnahmen, die der Gleichschaltung dienen sollten, ist die Beantwortung der Frage, was und vor allem auch wie in der Schule gelernt wird. Es geht darum, daß in der Schule in Zukunft etwas gelernt wird und daß vor allem auch der Erziehungsauftrag nicht vergessen wird. (Beifall bei der ÖVP.)

In der Schulpolitik der nächsten Jahre wird in erster Linie eine Konsolidierung des Bewährten unter genauer Beachtung notwendiger Weiterentwicklungen im Vordergrund gemeinsamer Beziehungen stehen müssen. Sie wird nicht von dramatischen Umbrüchen, wohl aber von längerfristigen Entwicklungsprozessen gekennzeichnet sein, die beobachtet und vor allem auch behutsam gesteuert werden müssen.

Überraschend ist für mich auch die Haltung der Freiheitlichen Partei Österreichs, die seit ihrer Regierungsbeteiligung jede Kritik an Einzelmaßnahmen des österreichischen Schulwesens unterließ, obwohl sie bis zu diesem Zeitpunkt darin in keiner Weise sparte.

Herr Abgeordneter Peter! In Ihrer Funktion als Schulsprecher darf ich Ihnen einen Satz zitieren, Sie können ihn nachlesen in der Parlamentskorrespondenz vom 25. 11. — ich zitiere —:

„Die Österreichische Volkspartei hingegen“ — sagte Peter — „geht seit zehn Jahren am politischen Nasenring des Unterrichtsministers und liegt in vielen Meinungen hart am Kurs von Dr. Sinowatz.“

Herr Abgeordneter Peter! Wie ändern sich die Zeiten und wie ändern sich auch vor allem Ihre Aussagen! (Beifall bei der ÖVP.)

Herr Bundesminister! Seit Ihrem Amtsantritt haben Sie eine Fülle von Ankündigungen zur weiteren Entwicklung der österreichischen Schule gemacht, die in vielen Punkten einen ausgesprochenen Konsens mit unseren Vorstellungen vermuten ließen und in uns den Eindruck erweckten, daß für die künftige Gestaltung Erfahrung und Vernunft den Vorrang vor ideologischen Absichten haben. Leider zeigt es sich inzwischen, daß Terminfestsetzungen und bei der Möglichkeit zur Finanzierung Schwierigkeiten auftraten und bei der Konkretisierung von zuerst allgemein

Mag. Schäffer

gehaltenen Aussagen erst dann unterschiedliche Einstellungen offenkundig wurden.

Herr Bundesminister! Sie haben gleich am Beginn Ihrer Tätigkeit darauf hingewiesen, daß die Gesamtschule von Ihnen nicht eingeführt wird. Sie haben das über die Presse kundgetan — ich zitiere —: „Ich will die Gesamtschule nicht einführen und ich kann sie nicht einführen.“ Das war Ihre Aussage bei Amtsantritt.

Nach einigen Monaten haben Sie sehr wohl ein Umschwenken durchgeführt und bei Presseaussendungen sehr deutlich darauf hingewiesen, daß auch für Sie, Herr Bundesminister, die Gesamtschule das bildungspolitische Ziel sein wird.

Ich weiß noch nicht, wieviel die bisherigen Schulversuche in Österreich gekostet haben, die sich ja vorwiegend mit den Schulversuchen der Zehn- bis Vierzehnjährigen beschäftigten, und inwiefern diese Kosten durch spezielle Ergebnisse für österreichische Verhältnisse über die aus der Literatur schon längst bekannten Fakten hinausreichend sie rechtfertigen.

Umso mehr bin ich überrascht, wenn ich in der „Sozialistischen Korrespondenz“ vom 26. 9. lese — ich zitiere —: „Er sei davon überzeugt“ — gemeint ist der Herr Bundesminister —, „daß eine Reihe von Schulversuchen zeigen werde, wie eine solche gemeinsame Schule der Zehn- bis Vierzehnjährigen aussehen solle.“

Herr Bundesminister, ich frage Sie: Über ein Jahrzehnt wurden nun Schulversuche zur Gesamtschule durchgeführt, die Ergebnisse liegen vor, und nun kündigen Sie eine neue Welle von Schulversuchen zur Gesamtschule an? Ich glaube, da werden Sie unglaublich (Beifall bei der ÖVP), vor allem auch in Hinblick auf die finanziellen Belastungen.

Und die stete Wiederholung, daß ein weltweiter Trend zur Gesamtschule bestünde, ist für die Österreichische Volkspartei noch lange kein Grund, aus schulorganisatorischen, aus pädagogischen, noch aus sozialen Gründen diese Schulreform einzuführen, da dabei immer wieder vergessen, ja vor allem verschwiegen wird, daß es ja auch eine weltweite Kritik zur Gesamtschule gibt (Beifall bei der ÖVP), weil eben die Tendenz besteht, daß Gesamtschulen Züge einer Einheitsschule ohne Differenzierung annehmen. Und diese Gesamtschulen liegen erwiesenermaßen eindeutig unter dem Niveau eines einfach

gegliederten Schulsystems und werden eben diese Gesamtschulen den Anforderungen der Arbeitswelt kaum gerecht.

Und noch wichtiger für mich ist vor allem ein soziales Gegenargument. Überall dort, wo die Gesamtschule sich durchgesetzt hat, gibt es heute eine große, ja noch steigende Zahl von Eliteschulen. Schauen Sie in den kommunistischen Machtbereich, schauen Sie zu den Vereinigten Staaten. Für die Einführung der Gesamtschulen sind nur gesellschaftspolitische Absichten maßgeblich. Ein Großteil der österreichischen Bevölkerung hat sich eindeutig gegen die Gesamtschule ausgesprochen. Für die Österreichische Volkspartei ist daher die Aufrechterhaltung des differenzierteren, gegliederten Schulsystems mit seiner Vielfalt die bildungspolitische Zielsetzung (Beifall bei der ÖVP), und zwar deswegen, weil sie in einer freien und deshalb differenzierten Gesellschaft dem einzelnen am meisten gerecht wird.

Beim neuen Schularbeitenerlaß haben Sie, Herr Bundesminister, laut Pressedienst, auf Ihren besonderen Arbeitsstil hingewiesen. Ich darf Sie zitieren:

„Es ist heute der dritte vollständige Amtstag da. Ich bin am ersten Tag damit konfrontiert worden, am zweiten Tag haben wir studiert, und am dritten Tage habe ich der zuständigen Sektion den Auftrag gegeben, eine entsprechende Verordnung vorzubereiten, die die angeführten Dinge enthält.“

Ein besonderer Arbeitsstil, aber wenn man weiß, wie es weitergegangen ist, dann war der Arbeitsstil etwas anders. Denn erst am 13. September, also nach Unterrichtsbeginn, kam diese Verordnung zu den nachgeordneten Dienststellen, und zwar war es ja der alte Erlaß, es wurde nur ganz geringfügig in der 7. Klasse der AHS etwas geändert, sonst nichts.

Es war aber nicht möglich, innerhalb einiger Monate diesen fast ungeänderten Erlaß an die Schulen, an die nachgeordneten Dienststellen weiterzugeben. Probleme vor allem, die seinerzeit den damaligen Bundesminister Sinowatz zur Änderung des alten Erlasses bewogen haben, sind nach wie vor ungelöst. Die großen Unterschiede bei den einzelnen Schultypen zum Beispiel, die Unklarheiten bei den Wiederholungen blieben genauso ungelöst wie das Gesamtproblem im Hinblick auf die oft zitierte Leistungsbeurteilung, weil es ja in anderen Schulformen, Herr Bundesminister, zum Beispiel in den Han-

Mag. Schäffer

delsakademien, auch Fächer gibt, bei denen pro Semester nur eine Schularbeit geschrieben wird. Sie haben also nur im Bereich der AHS etwas durchgeführt, aber das Gesamtproblem in allen Schularten nicht angefaßt und den alten Erlaß wieder herausgezaubert.

Überraschend für den Arbeitsstil war vielleicht auch die Einschätzung, daß die Abänderung angekündigt wurde, obwohl im Begutachtungsverfahren die zuständigen Gremien noch keine Stellungnahme abgegeben hatten. Und es erhebt sich die Frage, wozu dann überhaupt noch Begutachtungsverfahren, wenn ein „Riecher“ mediengünstiger ist.

In einer ähnlichen Form, nämlich durch die Presse, wurde die Schulverwaltung über ihre Absichten hinsichtlich der Unterrichtsfreistellung der Schüler zur Friedensdemonstration informiert, obwohl zu erwarten wäre, daß die Behörde vor der Presse Bescheid erhält.

Bei der Schulbuchaktion wurde von Ihnen, Herr Minister, plakativ mehrmals angekündigt, Sie werden 100 Millionen Schilling einsparen. Im Arbeitsbehelf zum Bundesfinanzgesetz 1984 heißt es wörtlich: „Zufolge von Maßnahmen im Bereich der Unterrichtsverwaltung wird bei der Schulbuchaktion eine Ersparnis in Höhe von 100 Millionen Schilling erwartet.“

Tatsache hingegen ist, daß der Bundesvoranschlag 1983 1 Milliarde und 80 Millionen Schilling aufweist und daß im Bundesvoranschlag 1984 1 Milliarde und 60 Millionen Schilling aufscheinen. Man könnte somit sagen, es ist Ihnen eine Ersparnis von rund 20 Millionen Schillingen gelungen.

Wenn man aber weiß, daß wir in Österreich eine entsprechende Minusbilanz an Schülern aufweisen, daß immerhin vom Schuljahr 1982/83 bis zum Schuljahr 1983/84 35 000 Schüler weniger in diese Schulen gehen, dann ist das genau jene Summe, die Sie — unter Anführungszeichen — „eingespart“ haben. Sie haben bis jetzt keine Einsparungen in irgendeiner Weise durchgeführt.

Vor einigen Tagen ist nun bei den entsprechenden Dienststellen ein Rundschreiben angekommen bezüglich der Auswahl der Schulbücher für das Schuljahr 1984/85.

Erfreulich ist, daß die stete Forderung der Österreichischen Volkspartei, die Trennung zwischen Arbeitsteil und Textteil, von Ihnen nun in Angriff genommen wird.

Aber sehr bedauerlich ist, daß die Höchstgrenzen für die Durchschnittskosten pro Schüler bei allen Schularten gesenkt wurden. Herr Bundesminister! Das ist die einfachste Form, wie man einsparen kann: Ich senke einfach die Limits. Die sind, wenn man die Kosten von früher auf heute gegenüberstellt, ganz beachtlich. Bei allen Schularten wurden hier Einsparungen durchgeführt. Im Klartext bedeutet dies, daß es bei den kommenden Schulbuchkonferenzen im Jänner nächsten Jahres große Probleme und Schwierigkeiten geben wird, welcher Lehrer welches Buch bekommen wird oder nicht. Sie wälzen dieses Problem einfach an die einzelnen Gremien ab, um damit Einsparungen zu erreichen. (*Zwischenruf des Abg. Elmecker*) Sparsamkeit ja, Herr Bundesminister, aber nicht, Herr Kollege Elmecker, auf Kosten der Qualität des Unterrichts, in keiner Weise auf Kosten der Qualität des Unterrichts! (*Beifall bei der ÖVP. — Abg. Elmecker: Ihr wolltet es überhaupt abschaffen!*)

Bitte, Herr Kollege Elmecker, da sind Sie aber wirklich nicht informiert, wer das in dem Fall abschaffen möchte. Da sind Sie völlig uninformativ. (*Beifall bei der ÖVP.*) Wir wollen nicht die Limits senken, Herr Kollege, sondern am System muß etwas geändert werden. (*Neuerlicher Beifall bei der ÖVP. — Zwischenruf des Abg. Elmecker*)

Das kommt schon, ich werde darauf eingehen. Wenn Sie ein bißchen Geduld haben, ich komme darauf zurück, Herr Kollege Elmecker.

Zur administrativen Überlastung der Lehrer wurde ebenfalls durch die Presse angekündigt, daß an den Schulen — ich zitiere — Leute ungezielt aufkreuzen werden, die prüfen, ob eine Überlastung der Lehrer besteht oder ob das Jammern nicht vielleicht zum guten Ton gehört. Auch in diesem Fall erfolgt die Mitteilung nur durch die Presse. Kein Mensch weiß, wer kommt in die Schulen, wann gehen sie, wer ist zuständig. Es gibt genaue gesetzliche Bestimmungen, wer in die Schulen hineindarf. Sie sagen, da kommen Leute, die ungezielt hineingehen. Ein neuer Arbeitsstil! Wir hoffen nicht, Herr Bundesminister, daß dies ein besonderes Kennzeichen Ihres Arbeitsstils ist.

Zur Frage der Aufwertung der Schulgemeinschaften kündigten Sie, Herr Bundesminister — „Sozialistische Korrespondenz“ vom 26. September — an, daß im Herbst in den Landeshauptstädten Enqueten stattfinden werden. Nun, Herr Bundesminister, ist

Mag. Schäffer

bereits der Winter eingetreten, ohne daß soche Enquêtes stattgefunden haben.

Außerdem sollte nach Ihren Vorstellungen, Herr Bundesminister, die Novelle zum Schulunterrichtsgesetz noch in diesem Jahr — also 1983 — in Kraft treten. Tatsache ist, Herr Bundesminister, daß derzeit ein Diskussionspapier vorhanden ist. Wir müßten froh sein, wenn im kommenden Jahr diese Novellierung des Schulunterrichtsgesetzes realisiert werden kann.

Die Leistungsbeurteilung sollte ein Schwerpunkt bei den Diskussionen in diesem Unterrichtsjahr werden. Neben dem Rückgriff auf die alte Zahl der Schularbeiten in den AHS wurde nur angekündigt, daß über die Noten in den musischen Fächern gesprochen werden kann. Das war Ihre Aussage im Mai. Im September, im November war Ihre Aussage anders. Da sprachen Sie schon von einer Abschaffung der Noten im Bereich der musischen Fächer. Herr Bundesminister, ich darf Ihnen den Standpunkt der Österreichischen Volkspartei sagen: Wir sind aus vielen, vor allem aus pädagogischen Gründen, in keiner Weise bereit, hier mit Ihnen zu ziehen und die Noten bei den musischen Fächern abzuschaffen. (Beifall bei der ÖVP.)

Bei der Werkerziehung für Mädchen wird von Frau Staatsekretär Dohnal, aber auch von Ihnen, Herr Bundesminister, der Versuch unternommen, eine völlige Gleichstellung, sogar eine Reduzierung der Lehrinhalte und damit auch eine Reduzierung der Stundentafel durchzuführen. Das, Herr Bundesminister, kommt einer Abwertung des Faches „Werkerziehung“ gleich. Gerade heute, in einer Freizeitgesellschaft, ist es wichtig, daß solche Fächer unterrichtet werden, daß Schüler hier entsprechend vorbereitet werden und nicht nur Konsumenten, sondern auch Produzenten werden. Die Österreichische Volkspartei spricht sich daher sehr eindeutig für die Aufwertung der „Werkerziehung“ aus. (Beifall bei der ÖVP.)

Wir fordern daher die Beibehaltung des Lernangebotes sowohl im textilen als auch im technischen Bereich in der Hauptschule, aber auch in der Unterstufe der AHS, die Erhaltung der Gegenstände „Werkerziehung für Knaben und Mädchen“ als Pflichtfächer, die Förderung aber auch des freiwilligen Besuches von textilem Werken durch Knaben und technischem Werken durch Mädchen und vor allem auch die Beibehaltung der Noten.

Herr Bundesminister! An Hand der ange-

führten Beispiele zeigt es sich sehr deutlich, daß Ihre Ankündigungspolitik für Österreich noch lange kein bildungspolitisches Konzept darstellt. (Beifall bei der ÖVP.)

Die Österreichische Volkspartei legt daher größtes Gewicht auf die innere Schulreform in den künftigen Jahren. Diese innere Schulreform zielt vor allem auf die konsequente Verbesserung der Beziehungen zwischen Eltern, Lehrern und Schülern hin und ihrer jeweiligen Situation bei aller Wahrung der unterschiedlichen Aufgaben innerhalb der Schulgemeinschaft.

Es wird heute sehr viel über Schulerfolg beziehungsweise Lernversagen gesprochen. Ich glaube, im wesentlichen sind es drei Bereiche, die dafür voll verantwortlich sind. Zum einen ist es die Begabung des Kindes. Ich bin froh, daß wir aus dieser falsch verstandenen Bildungspolitik der siebziger Jahre weggekommen sind, die gesagt hat, daß alle Kinder gleich begabt seien. Die Kinder sind unterschiedlich begabt, sowohl im geistigen als auch im manuellen und handwerklichen Bereich.

Der zweite Punkt für den Schulerfolg ist die Familie, die familiären Bildungsanregungen und Erziehungseinflüsse. Die Bildung beginnt nicht erst in der Schule, sondern schon in der Familie.

Und zum dritten ist es die Qualität der Schule. Fragen der inneren Gestaltung der Schule haben in den letzten Jahren an Bedeutung gewonnen. Unser Bemühen in den achtziger Jahren wird auf die Erziehung in der Schule gerichtet sein. Erziehung in der Schule, das ist Mitverantwortung für das Leben und die Entwicklung junger Menschen, das ist die Vermittlung von Orientierungen und Grundwerten, das ist die Weitergabe sozialer Tugenden, wie Fleiß, Pünktlichkeit, Disziplin, Verantwortungsgefühl, ohne die unser Gemeinwesen ja überhaupt nicht auskommen kann. Erziehung in der Schule heißt aber auch nicht zuletzt Erziehung zur Leistung und zur individuellen Leistungsbereitschaft. (Beifall bei der ÖVP.)

Meine Damen und Herren! Dies ist kein Widerspruch zu einer menschlichen Schule, kein Gegensatz zu einer Schule ohne Streß, da Leistung nicht nur aus der Konkurrenz erwächst, sondern auch aus eigener, innerer Freude am Tätigsein.

Herr Bundesminister! Ein deutlicher Schwerpunkt der Bildungspolitik muß in der

Mag. Schäffer

Reform der Lehrpläne liegen. Lehrpläne sind nun einmal ein Kind ihrer Zeit, und bei der zukünftigen Lehrplangestaltung sollte die Stoffreduktion, die inhaltliche Straffung die oberste Maxime sein. Entscheidend ist vor allem auch die Gegenüberstellung Stofffülle und Unterrichtszeit. Lehrpläne konkretisieren die Ziele, Inhalte und Methoden des Unterrichts und erfüllen nur dann ihren Zweck, wenn sie auch von der Klasse bewältigt werden können. Und gerade in einer Zeit der Wissensexploration ist es wichtig, daß die Schulpolitik, die Pädagogik sagt: Was braucht die Schule, was ist dem einzelnen Schüler zumutbar? Daher müssen Stoffe gekürzt, Lehrpläne gestrafft und das Wesentliche herausgearbeitet werden.

Und zu der künftigen Lehrplanarbeit: Gerade jetzt wäre eine günstige Möglichkeit, nachdem ja die Lehrpläne für die neue Hauptschule nun reformiert werden, zu den Fachleuten, die ja für den sachlogischen Aufbau hier voll verantwortlich sind, auch jene Experten beizuziehen, die neben dem Aufzeigen von Querverbindungen prüfen, wie weit vom einzelnen Schüler all diese Forderungen auch bewältigt werden können. Diese Aspekte wurden bis jetzt kaum berücksichtigt. Der Schüler mit seiner bestimmten altersgemäßen Lernkapazität muß stärker beachtet werden.

Das wichtigste Unterrichtsmittel ist heute auch das Schulbuch. Mit dem Schulbuch kommt ein Stück Schule ins Haus. Und für die Schulbuchproduktion ist der Lehrplan der Steuermechanismus. Somit stellt das Schulbuch eine Wiedergabe des Lehrstoffes in maximaler Form dar.

Die Österreichische Volkspartei fordert seit langem die Einführung von Schulbibliotheken, und zwar in zweifacher Hinsicht: einmal eine Lernmittelbibliothek — nicht die alte Schülerlade; man soll überlegen, daß in gewissen Fächern vielleicht die Bücher nach Ende des Unterrichtsjahres zurückgegeben werden und nicht zu Hause dann auf dem Dachboden liegen, in anderen Fächern, die vor allem aufbauende Fächer sind, wird es vielleicht nicht möglich sein — und zum anderen eine Lehrmittelbibliothek gerade für die Oberstufen der allgemeinbildenden und berufsbildenden höheren Schulen.

Ich glaube, es gehört zur Studierfähigkeit — das ist ja das Bildungsziel der höheren Schule —, daß sich die jungen Menschen auch in einer Bibliothek orientieren können. Daher fordern wir die Einrichtung von Schulbiblio-

theken. Damit wäre auch gewährleistet, daß gerade in der Oberstufe auch die kritische Auseinandersetzung mit einem Thema nicht nur einseitig von einem Schulbuch her, sondern von der Primärliteratur aus durchgeführt werden könnte. Schulbücher sollen Lernhilfen, aber in keiner Weise Lernhürden sein.

Die Lehreraus- und -fortbildung ist die zentrale Schaltstelle für die Entwicklung unseres Erziehungswesens. Daher ist es neben den Grundregeln des Berufskönnens und des Berufswissens wichtig, daß wir vor allem auch darauf achten, daß eine innere Bereitschaft, ein inneres Engagement bei den jungen Lehrern vorhanden ist. Die Schule steht und fällt mit der Lehrerpersönlichkeit und mit deren Liebe zum Kind.

Um den Erziehungsauftrag zu erfüllen, müßte endlich auch in den Ausbildungsstätten vor allem der Universität das Schulpraktikum realisiert werden. Obwohl schon im Bundesgesetz 1971 dieses Schulpraktikum an den Universitäten gefordert wird, ist es bedauerlich, daß es trotz dieser enorm langen Vorbereitungszeit den beiden Ministerien, dem Bundesministerium für Unterricht und Kunst und dem Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung, immer besetzt von sozialistischen Regierungsmitgliedern, bis heute nicht gelungen ist, eine inhaltlich und organisatorisch anwendbare Definition des Schulpraktikums zu erarbeiten. Ich glaube, es wäre höchste Zeit, aber es soll nicht so sein, daß damit auch mit dem Schulpraktikum in der Phase II eine soziale Schlechterstellung der Studenten eintritt und diese Ausbildungsbilag oder, wie sie eben bezeichnet wird, das Adjutum dann fehlt.

Ein zentrales Anliegen der Österreichischen Volkspartei war und wird auch in Zukunft die Senkung der Klassenschülerhöchstzahl sein. Vor fünf Jahren hat die ÖVP hier schon einen Gesetzesantrag eingebracht, bei den Schulgesetzen 1982 wurde bei der Volksschule das realisiert. Aber bei den anderen Schularten ist nach wie vor die Senkung der Klassenschülerhöchstzahl ausständig. Wenn auch die Klassenschülerdurchschnittszahl bundesweit in allen Schularten rund 23,9 bis 24 Schüler ausmacht, muß man aber doch auch festhalten, daß es in Österreich 18 000 Schülerinnen und Schüler gibt, die in Klassen sitzen, die mehr als 36 Schüler aufweisen. Das ist zwar eine kleine Gruppe, aber eine diskriminierte Gruppe, und, Herr Bundesminister, es wäre Ihre Aufgabe vorzusorgen, daß hier endlich auch nach den Gesetzen

Mag. Schäffer

entsprechend gehandelt wird. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Kleinere Klassen sollten für uns alle, die wir im Schulwesen tätig sind, als eine pädagogische Chance, als eine pädagogische Schubkraft betrachtet werden. Und wir sollten auch hier überlegen, neue Unterrichtsformen einzubringen.

Ein Wort noch zur Schulgemeinschaft. Die Zusammenarbeit zwischen Schule und Elternhaus sollte zu einer echten Bildungspartnerschaft weiterentwickelt werden. Herr Bundesminister, ich stimme mit Ihnen überein, daß Eltern keine schulfremden Personen sein sollen. Bildung und Erziehung sind gemeinsame Aufgaben der Eltern und der Schule, und hier darf es keine isolierten Zuständigkeiten geben. Die primäre Verantwortung hat die Familie, hat das Elternhaus, und die Schule hat eine ergänzende, unterstützende Funktion. Diese Schulmitbestimmung ist somit eine pädagogische Forderung. Sie unterscheidet sich wesentlich von der Mitbestimmung in anderen Bereichen. Sie fordert nicht partei- oder organisationspolitische Mitverantwortung, sondern inhaltliche Initiativen der Eltern. Schulmitbestimmung wird, soll sie nicht ein Privileg weniger Eltern sein, zu einer zentralen Aufgabe der Elternbildung. Die Österreichische Volkspartei spricht sich daher für eine vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen dem Elternhaus und der Schule aus. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Zum Abschluß möchte ich noch kurz einen Bereich erwähnen, der für die Zukunft uns allen, die mit der Bildungspolitik zu tun haben, große Sorgen bereiten wird: das ist die Arbeitsmarktsituation der Lehrer. Wir gehen hier in Österreich einer ernsten Entwicklung entgegen. Trotz aller Warnungen ist es heute immer noch so, daß der Zustrom zu den Ausbildungsstätten, sei es die Pädagogische Akademie, sei es die Universität, ungebrochen ist. Wir müßten uns ernsthaft überlegen, wie wir in der Zukunft hier entsprechende Richtlinien setzen und Weichen stellen können.

Herr Bundesminister! Ich habe Sie schon mehrmals gebeten, endlich einmal eine Bedarfsprognose zu erstellen, damit man an Hand von konkreten Zahlen weiß, wie die Entwicklung ausschaut. Nur mit Informationen: Liebe junge Leute, werdet nicht Lehrer!, kommen wir nicht durch. Das wissen Sie, das wissen wir alle. Eine Bedarfsprognose gehört her.

Wenn man bedenkt, daß das Durchschnitts-

alter 35 Jahre ist und wie wenige Kollegen in Pension gehen werden, dann kann man das dramatisch an Hand von Zahlen den jungen Leuten zumindest einmal vorstellen.

Wir fordern vor allem auch immer wieder bezüglich der Arbeitsmarktsituation der Lehrer die Senkung der Klassenschülerhöchstzahl. Wir fordern die Teilzeitbeschäftigung für pragmatische Lehrer, Herr Bundesminister (*Beifall bei der ÖVP.*), und zwar beruhend auf dem Prinzip der Freiwilligkeit. Und wir fordern vor allem auch die Verbesserung des Berechnungsschlüssels bei der Ermittlung von Lehrplanstellen, sodaß Freigegenstände und unverbindliche Übungen wieder vermehrt angeboten werden können. Es ist unfair, diese Freigegenstände und unverbindlichen Übungen als bunte Palette immer anzupreisen, und die nachgeordneten Dienststellen müssen dann immer auf Grund des Berechnungsschlüssels den Lehrern, aber auch den Schülern mitteilen, daß diese oder jene Freigegenstände oder unverbindlichen Übungen eben nicht durchgeführt werden können.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Schulpolitik ist eine der entscheidenden Maßnahmen, durch die nicht nur die Zukunft unserer Kinder, sondern vor allem auch die Zukunft unseres Staates und unserer Gesellschaft überhaupt entschieden wird. (*Beifall bei der ÖVP.*) 9.58

Präsident: Nächster Redner ist der Abgeordnete Matzenauer.

9.58

Abgeordneter **Matzenauer** (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mein Vоредner, Herr Kollege Schäffer, hat sich sehr bemüht, Gründe für die Ablehnung des Budgetkapitels Unterricht aufzuzählen, aber überzeugend waren diese Gründe wahrlich nicht.

Sie selbst haben in der Ausschußdebatte festgestellt, daß durch eine mehr als 5prozentige Steigerung der Gesamtausgaben die Fortsetzung der konstruktiven Arbeit an unseren Schulen gesichert ist. Der Herr Kollege Leitner signalisiert dem Herrn Bundesminister im Ausschuß die Bereitschaft zu guter Zusammenarbeit. Sie wissen, meine Damen und Herren von der Opposition, daß alle Schulgesetze nach langen Verhandlungen im Konsens von einer Zweidrittelmehrheit, also mit Ihren Stimmen, beschlossen worden sind. Und Sie wissen auch, daß in allen Bundeslä-

Matzenauer

dern und in allen Schulen die Lehrer, die Eltern und die Schüler aller Gruppen eine Fortsetzung der Schulentwicklung fordern, wie sie auch dieses Budget wieder ermöglichen wird. Aber Sie lehnen das Budget ab.

Der Bürger wird sich darauf einen Reim machen. Er wird sich denken, Sie wollen in diesem für die Menschen so sensiblen und wichtigen Bereich nicht die Mitverantwortung tragen, denn Sie sind eben das Neinsagen schon so gewöhnt. (*Zwischenruf des Abg. Staudinger.*)

Dabei spüren auch Sie, wie groß die Hoffnungen der Eltern und der Jugend sind, daß es uns gerade in diesen wirtschaftlich schwierigen Zeiten gelingen möge, eine humane, eine leistungsfähige Schule zu erhalten und weiter auszubauen. Sicherlich: Angesichts der wirtschaftlichen Probleme und der auch von Ihnen immer wieder stark betonten Aufgabe der Budgetkonsolidierung sind die Zuwachsraten geringer als in den vergangenen 13 Jahren, in denen dieses Kapitel durch eindrucksvolle Steigerungen gekennzeichnet war. Aber man muß auch diesmal dem Unterrichtsressort bescheinigen, daß es sich bei den Haushaltsverhandlungen gut gehalten und daß es besonders im Bereich der Schule erfreuliche Ergebnisse erbracht hat. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Es wird also, meine Damen und Herren, möglich sein, auch weiterhin durch Investitionen in die Bildung jene Vorleistungen zu erbringen, die den Wünschen der Menschen selbst und den Bedürfnissen der Wirtschaft entsprechen. Österreich ist eben ein Land, das auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten nicht den Weg der drastischen Kürzungen und Streichungen von Bildungs- und Sozialleistungen geht, sondern ein Land, das gerade dann Impulse gibt und Investitionen in die Zukunfts- und Lebens- und Berufschancen unserer Jugend tätigt.

Während in England zum Beispiel in den letzten fünf Jahren von 450 000 Lehrerdienstposten 50 000 eingespart werden mußten — das ist also ein Neuntel aller Lehrerdienstposten —, wird in Österreich trotz sinkender Schülerzahlen der Stand an Lehrern nicht nur gehalten, sondern auch ausgebaut. Auf Grund der Ermächtigung zur Anstellung von insgesamt 1 600 voll- oder teilbeschäftigten Lehrern an mittleren oder höheren Schulen werden insgesamt 22 000 Lehrerüberstunden abgebaut, und zusätzlich werden 250 stellenlose Lehrer in den Einrichtungen der Erwachsenenbildung eingesetzt.

Mit Beginn des Schuljahres 1983 hatten wir 104 604 Lehrer in Dienst. Im Vergleich dazu der Stand des Jahres 1970: Damals waren es rund 65 000 Lehrer. Und diese Steigerung hat sich natürlich auch günstig auf die Entwicklung der Klassenshülerzahlen ausgewirkt, die von 1970 auf 1983 erheblich gesunken sind: bei den Volksschulen von 32 Schülern auf 21, bei den Haupteschulen von 31 Schülern auf 24,4 und bei den allgemeinbildenden höheren Schulen von 33 Schülern auf 28,1.

Dabei täuschen diese Durchschnittswerte über die Tatsache hinweg, daß es in manchen ländlichen Bereichen Hauptschulklassen gibt mit 20, 18 oder weniger Schülern und daß auch an manchen AHS in den Oberstufen diese niedrigen Zahlen erreicht werden.

Sie werden einwenden, daß wir in diesem Schuljahr, im Schuljahr 1982/83, in 156 AHS-Klassen mehr als 36 Schüler hatten — das sind 2,46 Prozent —; und darunter befinden sich auch viele Privatschulen. Das ist gewiß ein Mangel, der rasch abgebaut werden soll.

Aber dazu lassen Sie mich sagen, meine Damen und Herren: Daß wir überhaupt über die Senkung von Klassenshülerzahlen reden können, ja daß es im wesentlichen keine Abweisungen von Schülern an höheren Schulen gibt, verdanken wir den enormen Leistungen, die seitens des Unterrichtsressorts unter den Bundesministern Gratz und Sinowatz in den siebziger Jahren erbracht worden sind. (*Beifall bei der SPÖ. — Zwischenruf des Abg. Mag. Schäffer.*) Ich erinnere mich, Herr Kollege Schäffer, noch gut an jene Zeit in den sechziger Jahren, als ÖVP-Unterrichtsminister dieses Ressort führten und man Kindern, die damals noch Aufnahmsprüfungen in die höheren Schulen machen mußten, nach der bestandenen Aufnahmsprüfung einen Brief in die Hand gab, und in diesem Brief stand: Aufnahmsprüfung bestanden, aber wegen Platzmangels abgewiesen. Dieses Schicksal wollen wir unseren Kindern ersparen! (*Beifall bei der SPÖ.*) Das war die traurige Version von Chancengleichheit in der Zeit der ÖVP-Unterrichtsminister, Herr Kollege Schäffer. (*Zwischenruf des Abg. Mag. Schäffer.*) Aber inzwischen wurde der Nachholbedarf gedeckt.

Meine Damen und Herren! Seit 1970 — und das sind Leistungen, auf die wir mit Stolz hinweisen — sind 231 Bundesschulgebäude neu errichtet worden; Bauten, in denen 301 Schulen untergebracht sind. Im Vergleich dazu: In der Ersten Republik — das wissen Sie, Herr Kollege — wurde 1 Bundesschule errichtet. Was wahr ist, soll man zur Kenntnis nehmen.

Matzenauer

dern und in allen Schulen die Lehrer, die Eltern und die Schüler aller Gruppen eine Fortsetzung der Schulentwicklung fordern, wie sie auch dieses Budget wieder ermöglichen wird. Aber Sie lehnen das Budget ab.

Der Bürger wird sich darauf einen Reim machen. Er wird sich denken, Sie wollen in diesem für die Menschen so sensiblen und wichtigen Bereich nicht die Mitverantwortung tragen, denn Sie sind eben das Neinsagen schon so gewöhnt. (*Zwischenruf des Abg. Staudinger*)

Dabei spüren auch Sie, wie groß die Hoffnungen der Eltern und der Jugend sind, daß es uns gerade in diesen wirtschaftlich schwierigen Zeiten gelingen möge, eine humane, eine leistungsfähige Schule zu erhalten und weiter auszubauen. Sicherlich: Angesichts der wirtschaftlichen Probleme und der auch von Ihnen immer wieder stark betonten Aufgabe der Budgetkonsolidierung sind die Zuwachsraten geringer als in den vergangenen 13 Jahren, in denen dieses Kapitel durch eindrucksvolle Steigerungen gekennzeichnet war. Aber man muß auch diesmal dem Unterrichtsressort bescheinigen, daß es sich bei den Haushaltsverhandlungen gut gehalten und daß es besonders im Bereich der Schule erfreuliche Ergebnisse erbracht hat. (*Beifall bei der SPÖ*.)

Es wird also, meine Damen und Herren, möglich sein, auch weiterhin durch Investitionen in die Bildung jene Vorleistungen zu erbringen, die den Wünschen der Menschen selbst und den Bedürfnissen der Wirtschaft entsprechen. Österreich ist eben ein Land, das auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten nicht den Weg der drastischen Kürzungen und Streichungen von Bildungs- und Sozialleistungen geht, sondern ein Land, das gerade dann Impulse gibt und Investitionen in die Zukunfts- und Lebens- und Berufschancen unserer Jugend tätigt.

Während in England zum Beispiel in den letzten fünf Jahren von 450 000 Lehrerdienstposten 50 000 eingespart werden mußten — das ist also ein Neuntel aller Lehrerdienstposten —, wird in Österreich trotz sinkender Schülerzahlen der Stand an Lehrern nicht nur gehalten, sondern auch ausgebaut. Auf Grund der Ermächtigung zur Anstellung von insgesamt 1 600 voll- oder teilbeschäftigte Lehrern an mittleren oder höheren Schulen werden insgesamt 22 000 Lehrerüberstunden abgebaut, und zusätzlich werden 250 stellenlose Lehrer in den Einrichtungen der Erwachsenenbildung eingesetzt.

Mit Beginn des Schuljahres 1983 hatten wir 104 604 Lehrer in Dienst. Im Vergleich dazu der Stand des Jahres 1970: Damals waren es rund 65 000 Lehrer. Und diese Steigerung hat sich natürlich auch günstig auf die Entwicklung der Klassenshülerzahlen ausgewirkt, die von 1970 auf 1983 erheblich gesunken sind: bei den Volksschulen von 32 Schülern auf 21, bei den Haupteschulen von 31 Schülern auf 24,4 und bei den allgemeinbildenden höheren Schulen von 33 Schülern auf 28,1.

Dabei täuschen diese Durchschnittswerte über die Tatsache hinweg, daß es in manchen ländlichen Bereichen Hauptschulklassen gibt mit 20, 18 oder weniger Schülern und daß auch an manchen AHS in den Oberstufen diese niedrigen Zahlen erreicht werden.

Sie werden einwenden, daß wir in diesem Schuljahr, im Schuljahr 1982/83, in 156 AHS-Klassen mehr als 36 Schüler hatten — das sind 2,46 Prozent —; und darunter befinden sich auch viele Privatschulen. Das ist gewiß ein Mangel, der rasch abgebaut werden soll.

Aber dazu lassen Sie mich sagen, meine Damen und Herren: Daß wir überhaupt über die Senkung von Klassenshülerzahlen reden können, ja daß es im wesentlichen keine Abweisungen von Schülern an höheren Schulen gibt, verdanken wir den enormen Leistungen, die seitens des Unterrichtsressorts unter den Bundesministern Gratz und Sinowatz in den siebziger Jahren erbracht worden sind. (*Beifall bei der SPÖ. — Zwischenruf des Abg. Mag. Schäffer*) Ich erinnere mich, Herr Kollege Schäffer, noch gut an jene Zeit in den sechziger Jahren, als ÖVP-Unterrichtsminister dieses Ressort führten und man Kindern, die damals noch Aufnahmsprüfungen in die höheren Schulen machen mußten, nach der bestandenen Aufnahmsprüfung einen Brief in die Hand gab, und in diesem Brief stand: Aufnahmsprüfung bestanden, aber wegen Platzmangels abgewiesen. Dieses Schicksal wollen wir unseren Kindern ersparen! (*Beifall bei der SPÖ*) Das war die traurige Version von Chancengleichheit in der Zeit der ÖVP-Unterrichtsminister, Herr Kollege Schäffer. (*Zwischenruf des Abg. Mag. Schäffer*) Aber inzwischen wurde der Nachholbedarf gedeckt.

Meine Damen und Herren! Seit 1970 — und das sind Leistungen, auf die wir mit Stolz hinweisen — sind 231 Bundesschulgebäude neu errichtet worden; Bauten, in denen 301 Schulen untergebracht sind. Im Vergleich dazu: In der Ersten Republik — das wissen Sie, Herr Kollege — wurde 1 Bundesschule errichtet. Was wahr ist, soll man zur Kenntnis nehmen.

Matzenauer

froh eine Ablehnung des Herrn Bundesministers in Sachen Gesamtschule. Eine Ablehnung, die er nie getroffen hat und daher auch nicht zurücknehmen muß. Und Sie vermuten Kehrtwendungen.

Herr Kollege! Nehmen Sie zur Kenntnis: Wir alle, auch die sozialistische Fraktion, steht natürlich auf dem Boden der 7. Schulorganisationsgesetz-Novelle. Aber das kann doch nicht heißen: Keine weiteren Schulversuche. Die 7. Schulorganisationsgesetz-Novelle ist doch nicht das Ende der Schulentwicklung. Es steht ja sogar im Artikel IV ganz deutlich, daß wir den Auftrag haben, weitere Schulversuche in einem ganz wichtigen Bereich der inneren Schulreform voranzutreiben. (Abg. Mag. Schäffer: Innere Schulreform!) Freilich, sorgfältig überlegte. Freilich, gut geplante.

Aber, Herr Kollege: Innere Schulversuche. Es ist Ihnen bei Ihrer Absicht, immer wieder einen Gegensatz zwischen äußerer und innerer Schulreform zu konstruieren, eben entgangen, daß die Gesamtschulversuche der siebziger Jahre einen ganz wesentlichen Beitrag zur inneren Schulreform geleistet haben. (Beifall bei SPÖ und FPÖ.)

Es ist schon eigenartig: Da lese ich in der Budgetdebatte 1982, wie sich alle Redner für ein gemeinsames Streben nach Konsens, insbesondere in der Bildungspolitik, aussprechen und gegen die Schaffung von Feindbildern sind, weil — und das finde ich sehr vernünftig — mancher hier zum Ausdruck gebracht hat, daß Feindbilder, statt dem politischen Gegner zu schaden, dem Ansehen der Schule schlechthin schaden. (Zwischenruf des Abg. Dr. Leitner.)

Deshalb frage ich mich: Warum hören Sie dann nicht mit der ständigen Verteufelung, Herr Kollege Leitner — mit der ständigen Verteufelung! —, bestimmter bildungspolitischer Anliegen auf? (Neuerlicher Zwischenruf des Abg. Dr. Leitner.) Warum hören Sie dann nicht auf, Herr Kollege Leitner?

Sie haben in der Ausschußsitzung auch wieder auf Anträge, die dem SPÖ-Bundesparteitag vorliegen, bezug genommen und Ihrer Meinung nach radikale Gruppen am Werke gesehen. Ich habe den Eindruck, Herr Kollege Leitner, Sie wollen sich fürchten. Oder vielleicht noch schlimmer: Sie wollen anderen das Fürchten lehren. (Weitere Zwischenrufe des Abg. Dr. Leitner.)

Erschrecken Sie nicht, Herr Kollege Leit-

ner — erschrecken Sie nicht! —, wenn junge Leute aus der Einsicht, daß Chancengleichheit noch immer nur formal besteht, daß soziales Lernen durch das duale System im Mittelstufenbereich nur beschränkt möglich ist, daß eine zu frühe Selektion mit dem 10. Lebensjahr stattfindet, die zudem oft noch fehlerhaft ist; erschrecken Sie nicht, wenn diese jungen Leute dann eine gemeinsame Schule für alle 10- bis 14jährigen anstreben, noch dazu eine ohne Leistungsgruppen.

Es sind nicht die von Ihnen immer wieder überall gesehenen und vermuteten marxistischen Unterwanderer, sondern es ist die Katholische Studierende Jugend Österreichs, die in einem Grundsatzpapier genau diese Forderungen anlässlich des Papst-Besuches zur Diskussion gestellt hat. Und ein unverdächtiger Zeuge, Herr Kollege Schäffer, sitzt hier. Man hat uns ja dieses Papier dort vorgelegt.

Oder, Herr Kollege Leitner, wenn Sie in einer Stellungnahme zum Referentenentwurf des Schulunterrichtsgesetzes lesen, daß Schüler Mitbestimmung bei der Direktorenbestellung fordern, Mitbestimmung bei der Anstellung von Lehrern, Mitbestimmung bei der Pragmatisierung von Lehrern, wenn Schüler das Recht zur Einleitung von Disziplinarverfahren gegen Lehrer fordern, dann, Herr Kollege Leitner, sehen Sie gut hin, welche radikale Gruppe sich hier äußert. Es ist die Ihnen sicher gut bekannte und auch nahestehende Union Höherer Schüler. (Abg. Mag. Schäffer: Diskussionsgrundlage!)

Ja, Diskussionsgrundlage. Ich bin für die freie Diskussion, aber ich bin gegen die Verteufelung. Ich bin für die offene Aussprache, aber ich bin gegen die Schaffung von Feindbildern. Darum geht es ja in meinem Beispiel. Deshalb bringe ich Ihnen noch ein drittes Beispiel.

Man wagt nämlich in einem Maßnahmenkatalog zur inneren Schul- und Bildungsreform an der Qualität der AHS zu zweifeln, an ihr zu rütteln, obwohl Sie bei den Verhandlungen zur 7. SCHOG-Novelle gesagt haben: An der AHS, da darf kein Beistrich geändert werden. (Abg. Mag. Schäffer: Wer hat das gesagt?) Der Herr Kollege Leitner war das, der das gesagt hat. Er hat es vielleicht wieder vergessen. (Zwischenrufe des Abg. Dr. Leitner.)

Herr Kollege! Wenn jemand feststellt, daß schon an der AHS ab der sechsten Schulstufe Bildungs- und Berufsinformation notwendig

Matzenauer

ist und das Unterrichtsprinzip Arbeits- und Berufswelt zum Tragen kommen muß, daß in den AHS-Lehrplänen neue Inhalte aufzunehmen sind und neue Schwerpunkte zu setzen sind, daß neue Unterrichtsmittel, neue Bildungsinhalte wie EDV und Informatik in die AHS einziehen sollen, dann lassen Sie sich nicht täuschen, Herr Kollege Leitner: Es ist dies die Vereinigung österreichischer Industrieller.

Warum habe ich diese drei Beispiele gebracht? — Um Ihnen zu zeigen, wie sehr die Dinge in Fluß sind, wie sehr die großen Veränderungen dieser Welt, die neuen Technologien, die geänderten Wirtschaftsbedingungen, die neuen sozialen Verhältnisse, die Probleme der Umwelt und vieles andere mehr die Menschen herausfordern, neue Antworten auf neu gestellte Fragen zu finden.

Da sind wir oft gar nicht so weit voneinander entfernt mit unseren Ansichten und Lösungsvorschlägen. Wie es eben oft ist, Herr Kollege, wenn man vorurteilslos agiert und nicht von festgefügten Bastionen des Bildungskampfes aus blindlings losmarschiert.

Es gibt so viel zu tun, meine Damen und Herren, um eine bessere, eine humane, eine leistungsfähigere Schule zu schaffen. Das zumindest sollten wir in den Jahren der Schulentwicklung, in den vielen, vielen Schulverhandlungen gelernt haben: Eine menschliche Schule kann nur durch die Menschen selbst erreicht werden. Es gibt keine Schulreform gegen die Lehrer. Wir müssen die Lehrer fördern und motivieren. Es gibt keine Schulreform ohne die Mitarbeit der Eltern, und es gibt keine Schulreform, die nicht auf die Rechte der Kinder Rücksicht nimmt. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*)

Wir stoßen da, meine Damen und Herren, in einen wichtigen Bereich vor, der nach Artikel IV der 7. Schulorganisationsgesetz-Novelle auch innere Schulreform genannt wird. Ich möchte mich nicht auf eine Diskussion innere kontra äußere Schulreform einlassen, die Sie hier wieder begonnen haben, weil sich ohnedies die Meinung durchsetzt, daß innere und äußere Reformen einander bedingen und in der Schulwirklichkeit es ja nie einen Gegensatz zwischen dieser inneren und äußeren Reform gegeben hat. Eine umfassende Reform der Schule braucht immer beides, denn die Probleme sind untrennbar miteinander verknüpft.

Da drängen sich viele Themen auf, wie die schon erwähnte Lehrplanreform, bei der wir

uns Fragen vorlegen müssen wie diese: Wie erreichen wir zum Beispiel die stärkere Gegenwartsbezogenheit durch Einbeziehung von Themen wie Umwelt, Arbeitswelt, Friedenserziehung, Medien, Zeitgeschichte? Oder: Wie erkennen wir die Lebensbedeutsamkeit als Kriterium für die Auswahl von Lehrstoffen, das soziale Lernen, der Partnerschaftsgedanke? Wie berücksichtigen wir fachintegrale Ansätze? Zum Beispiel Querverbindungen zwischen den Fächern, Projektunterricht. Wie vermitteln wir die richtigen Lern- und Arbeitstechniken, das Lernen zu erlernen, die Selbsttätigkeit zu üben, die Teamarbeit zu üben? Wie bewältigen wir die Nahtstellenbereiche, die es gibt von der vierten zur fünften Schulstufe und von der achten Schulstufe zu den weiterführenden Schulen?

Oder: Der immerwährende Auftrag zur Verbesserung der Lehrerbildung. Denn sie ist ein Schlüssel zur Schulentwicklung. Es gilt, den Lehrer als Fachmann des Unterrichtens, aber auch als Fachmann des Erziehens auszubilden, ihn aber gleichzeitig zu befähigen als Mitglied einer sozialen Gruppe — einer demokratischen Gemeinschaft — Kooperations- und Kommunikationsbereitschaft zu entwickeln.

Es gilt, die Mauern zwischen den Menschen niederzureißen. Es gilt, Vorurteile zwischen Lehrern und Eltern, zwischen der Öffentlichkeit und der Schule abzubauen. Es gilt, den Lehrer vom Schicksal des pädagogischen Einzelkämpfers zu befreien, seine Eigenverantwortung in pädagogischen Freiräumen zu nutzen, mehr mitverantwortliche Partizipation zu üben, mehr aktive Teilnahme an der Schulentwicklung.

Ebensolche Bedeutung hat die Lehrerfortbildung. So kann zum Beispiel die Reform der Hauptschule ab 1985 nur dann gelingen, wenn Maßnahmen der Lehrerfortbildung rechtzeitig und auch regional im Sinne einer schulzentrierten Lehrerfortbildung erfolgen.

Ein wichtiger Bereich umfaßt alle Erziehungsmaßnahmen, die Angst und Schulstreß abbauen helfen. Dazu gehört natürlich auch die Frage, die Sie angeschnitten haben, nämlich die Frage der Leistungsbeurteilung, die im kommenden Jahr in einer Reihe von Veranstaltungen zur Diskussion gestellt wird. Anstoß dazu sind alarmierende Meldungen, aber auch wissenschaftlich gesicherte Untersuchungsergebnisse.

So hat zum Beispiel Herr Universitätsprofessor Olechowsky an Wiener Schulen ein

Matzenauer

Projekt durchgeführt, dessen Ziel es war, die Schulangst abzubauen. Ausgehend von der Erkenntnis, daß 60 Prozent aller Menschen Prüfungsangst erleiden, selbst wenn sie genug gelernt haben, wurden Angstfaktoren untersucht und ein Programm entwickelt, das durch Prüfertraining für die Lehrer, also richtiges Lehrerverhalten, und durch besseren Kontakt mit den Eltern in der Vorbereitungsphase von Prüfungen Erleichterungen und bessere Leistungen erbracht hat.

Sie sehen, Herr Kollege Schäffer, hier geht es nicht um die Abschaffung von Noten, sondern hier geht es um die Bewußtseinsbildung; das ist ein langwieriger Prozeß. Hier geht es um Prüfungsvorgänge, hier geht es um viele Faktoren. Das hat auch der Herr Unterrichtsminister sehr deutlich zum Ausdruck gebracht.

Dabei geht es aber nicht um die Frage, die von Ihnen immer wieder angeschnitten wird: Leistung — ja oder nein? Es geht bei diesem Komplex Leistungsbeurteilung um die Frage: Förderung statt Selektion. Es geht um die Begleitumstände bei Prüfungen und um die Konsequenzen beim Versagen, es geht um das Verhalten der Eltern und um vieles mehr.

Es gehört zu den von Ihnen immer wiederholten Behauptungen — und das ist auch eines der Feindbilder —, die Gesamtschule hätte Nivellierung und Leistungssenkung zur Folge gehabt. Das haben Sie heute hier wieder zum Ausdruck gebracht. Nur, Herr Kollege, Behauptungen werden nicht besser, wenn man sie ständig wiederholt; sie werden nur älter und verstaubter. Ich kann sie widerlegen.

Die Tatsache ist durch wissenschaftliche Untersuchungen von objektiver Seite, nämlich vom Zentrum für Schulversuche, abgesichert, und ein deutlicher Beweis ist erbracht worden: Die Schüler im Gesamtschulversuch haben gleich gute und zum Teil sogar bessere Leistungen erbracht als die Kontrollgruppe im Regelschulwesen.

Aber worum es mir geht... (Abg. Mag. Schäffer: Bundeskanzler Sinowatz hat gesagt, daß die Schulversuche in der Gesamtschule keine echten Gesamtschulversuche sind! Sinowatz hat es selbst bestätigt!)

Sie selbst wissen genau, daß diese an sehr vielen, nämlich an 120 Standorten erprobten Schulmodelle gleich gute Leistungen erbracht haben, aber mit deutlich geringerer Schulangst. Und das ist, glaube ich, ein erfreuliches

Faktum. (*Beifall bei der SPÖ.*) Denn Erfolge ermutigen mehr als geplante Mißerfolge, und Fördern bringt bekanntlich bessere Ergebnisse als Selektion und Diskriminierung.

Daher ist auch die Diskussion um die gemeinsame Schule der 10- bis 14jährigen nicht zu Ende. Das zeigt auch deutlich der Entwurf zu den neuen Leitlinien der Schulreform, der am vergangenen Bundesparteitag der SPÖ zur Diskussion freigegeben wurde.

Das zeigt auch der ÖGB-Beschluß zur Schulpolitik, in dem es heißt — ich zitiere mit Erlaubnis des Herrn Präsidenten —:

„Die Fortsetzung der inneren und organisatorischen Schulreform, insbesondere die Einführung wortidenter Lehrpläne für die Hauptschule und die AHS-Unterstufe sowie die Weiterführung der Schulversuche im Bereich der Schule der 10- bis 14jährigen mit dem Ziel, die Entscheidung über die Einführung der gemeinsamen Schule der Mittelstufe vorzubereiten.“ Soweit der Antrag des ÖGB.

Auch in einer Zeit, in der wir uns redlich bemühen, die 7. Schulorganisationsgesetz-Novelle mit ihren Auswirkungen bis zum Ende der achtziger Jahre zu realisieren, vor allem die Hauptschule neu zu gestalten, auch in einer Zeit der weltweiten großen wirtschaftlichen Probleme, kann die Diskussion um die Schulreform nicht stehenbleiben.

Ohne es zu dramatisieren: Angesichts der großen Zukunftsaufgaben bleibt uns nicht viel Zeit, den Rückstand der Schule gegenüber der Wirklichkeit aufzuholen. Und wir sind es — schenkt man den Experten wie etwa dem Club of Rome Glauben — unseren Kindern schuldig, sie auf die Lösung jener Probleme vorzubereiten, die wir ihnen ungelöst überlassen müssen.

Darum wird auch die Forderung nach einer Reform der Mittelstufe immer wieder hörbar werden, und Sie sollten sich dieser Diskussion unvoreingenommen stellen.

Im Ausland, haben Sie gesagt, ist es inzwischen ruhig geworden um die Gesamtschule. Das schreibt auch mein Vorgänger, Herr Präsident Schnell, in einem jüngst veröffentlichten Artikel. Aber er sagt dann dazu, und das haben Sie nicht gesagt: „Es ist deshalb ruhig geworden, weil nämlich die Gesamtschule — mit Ausnahme der Bundesrepublik Deutschland — in den meisten europäischen Staaten voll durchgeführt ist.“

Matzenauer

Deshalb diskutiert man nicht mehr darüber, weil sie voll akzeptiert ist.

Dr. Schnell weist in diesem Artikel auch auf die englische Schulentwicklung hin, die deutlich zeigt, daß auch unter der konservativen Regierung die Comprehensive Schools auf über 90 Prozent ausgebaut worden sind, und er verweist auf die Scuola media in Italien, in der selbst die Sonderschüler — das wissen Sie ja durch eine Diskussion, die unlängst im Rundfunk stattgefunden hat — in diese gemeinsame Mittelstufe integriert werden.

Und Herr Kollege Dr. Schnell schreibt: „Ist es da nicht umso erschreckender, daß die österreichische Schule nicht einmal normal leistungsfähige Schüler, die keine Behinderung aufweisen und nur den Nachteil haben, daß sie aus den unteren gesellschaftlichen Schichten stammen, mit den Kindern aus gehobenen und mittleren Schichten gemeinsam unterrichtet?“

Fragen Sie Ihre Freunde aus Südtirol. Die jedenfalls bezeichnen das gesamtösterreichische Schulsystem im Hinblick auf die Integration behinderter Kinder als konservativ und rückständig.

Lassen Sie mich zum Schluß folgendes sagen, meine Damen und Herren. Aus einer reagierenden Schule muß eine agierende Schule werden. Aus Erwachsenen, die oft über Erziehungsschwierigkeiten klagen, müssen Menschen werden, die sich partnerschaftlich die Erziehungsverantwortung teilen. Unsere Aufgabe ist es, sie dabei zu unterstützen.

Ich darf in diesem Sinne allen jenen danken, die sich täglich um unsere Jugend bemühen: den vielen Lehrern und Erziehern, den Direktoren der Schulen, den Mitgliedern der Schulaufsicht, aber in erster Linie auch den Eltern.

Und nicht zuletzt möchte ich den Beamten des Hauses am Minoritenplatz für die gute Zusammenarbeit danken. Sie haben großen Anteil am Ausbau und an der Verbesserung des Lebensraumes unserer Kinder. Des Lebensraumes, den wir Schule nennen. (Beifall bei SPÖ und FPÖ.) ^{10.28}

Präsident: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Peter.

^{10.28}

Abgeordneter Peter (FPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Zustimmung

der Freiheitlichen Partei zum Bundesvoranschlag 1984 für das Kapitel Unterricht und Kunst fällt uns leichter, als der Präsident Schäffer annimmt, und basiert auf der von der Sozialistischen Partei Österreichs und von der Freiheitlichen Partei Österreichs erstellten Regierungserklärung, mit der ein aus freiheitlicher Sicht effizientes Arbeitsprogramm zu einer zielführenden Weiterentwicklung unserer Schulen vorliegt, die vor allem im inneren, das heißt pädagogischen Bereich der Schule ansetzen soll.

Und da, Herr Präsident Schäffer, darf ich unterstreichen, daß es zu diesem Grundsatz keine wie immer geartete Meinungsverschiedenheit zwischen den drei in diesem Hohen Hause vertretenen Parteien gibt.

Die Freiheitliche Partei hat als Oppositionspartei beim Kapitel Unterricht und Kunst nie um die Dotierung einzelner Ansätze gestritten, da ihrer Ansicht nach eine gute Bildungspolitik nicht allein und nicht ausschließlich vom finanziellen Aufwand abhängt. Man wird mir nie nachweisen können, daß ich, als ich hier als Oppositionsredner am Pult gestanden bin, über das Mehr oder Weniger der Budgetansätze mit der jeweiligen Regierung gestritten hätte.

Der FPÖ ist es in der Vergangenheit — und das wird auch in der Zukunft Gültigkeit haben — vorrangig um Sachfragen gegangen. An diesem Grundsatz wird sie sich in der Gegenwart und in der Zukunft weiter orientieren. Die positive Haltung der Freiheitlichen zu dem in Diskussion stehenden Budgetkapitel ist in dem von der Bundesregierung erstellten und in der Regierungserklärung dargestellten Arbeitsprogramm begründet, das zukunftsweisende Antworten mit dem Ziel gibt, jedem Kind die bestmögliche Erziehung in einer leistungsorientierten und humangen Schule ohne Angst angedeihen zu lassen.

Die Erklärung der Bundesregierung deckt sich völlig mit den freiheitlichen bildungspolitischen Vorstellungen, die in den diesbezüglichen Diskussionen der letzten Jahre immer wieder als ein Ceterum censeo der Freiheitlichen vorgebracht wurden.

Die Budgetverhandlungen haben jedenfalls gezeigt, und damit komme ich zum Herrn Präsidenten Schäffer, daß die Opposition, die ja alle Schulgesetze durch ihre Zustimmung mitträgt und daher die Schulentwicklung mitverantworten muß, sich in ihrer Argumentation schwer tut. Die ÖVP wird sich aber noch schwerer tun, Herr Präsident Schäffer, zu den

Peter

in der Regierungserklärung festgelegten und in dieser Gesetzgebungsperiode zu verwirklichenden Maßnahmen nein zu sagen; Maßnahmen, die durchaus Zuspruch und Zustimmung bei der Opposition finden müßten. Solche sind:

Eine leistungsorientierte Schule; die ÖVP ist sicherlich nicht gegen eine leistungsorientierte Schule.

Die Begabungsförderung; die ÖVP ist sicher nicht gegen die Förderung der Begabungen.

Die Reform der Lehrpläne; Sie haben bestätigt, Herr Präsident Schäffer, daß die ÖVP nicht gegen die Reform der Lehrpläne ist.

Die Reform der Leistungsfeststellung und der Leistungsbeurteilung; dagegen, Herr Präsident Schäffer, ist die Österreichische Volkspartei auch nicht.

Die Intensivierung der Schulpartnerschaft; auch sie wird von der ÖVP gefördert.

Alle drei Parteien stimmen auch in den elementaren Grundsatz ein, die Schule frei von Angst zu gestalten; das ist sicher eine der schwierigsten Aufgaben.

Meine Damen und Herren! Über all das müßte ein grundsätzlicher Konsens zwischen allen drei in diesem Hohen Haus vertretenen Parteien zu bewirken sein. Orientiere ich mich aber an dem — nachdem Sie mich zitiert haben, darf auch ich Sie zitieren, Herr Präsident Schäffer —, was der Kollege Schäffer und der Abgeordnete Leitner in jüngster Zeit erklärt haben, dann scheint die ÖVP diesem Arbeitsprogramm der Bundesregierung, dessen Realisierung sicher einige Zeit in Anspruch nehmen wird, keine Chance zu geben.

Man kann seitens der Opposition nichts in Abrede stellen und muß etwas Positives sagen. Ich zitiere den Herrn Präsidenten Schäffer im IBF-Spektrum vom 1. November 1983: Das Budget sei — so führte er aus — im großen und ganzen positiv zu bewerten, weil trotz der notwendigen Sparmaßnahmen das Kapitel Unterricht nicht unter die Räder gekommen sei. — Das stellte der Schulsprecher der Österreichischen Volkspartei fest. (Beifall bei FPÖ und SPÖ.)

Obwohl der Schulsprecher der ÖVP objektiv verweise zugibt, daß das Grundsätzliche und die Leitlinien stimmen — wie könnte es auch anders sein, die ÖVP hat ja stets zugestimmt.

—, verbeißt sie sich im Ausschuß ins taktische Kleinzeug. Dort bemängelt zum Beispiel der Abgeordnete Leitner, daß die Steigerung des Unterrichtsbudgets unter und hinter der Gesamtsteigerung zurückgeblieben sei. Mit einer konstruktiven und der Schule dienenden Kritik hat das kaum noch was zu tun; das sollte eigentlich ein Lehrer wissen.

Für uns Freiheitliche ist es außerordentlich erfreulich, daß die positive Einstellung zur Leistung wieder betont wird, nicht zuletzt durch den jetzigen Bundesminister selbst. Die positive Einstellung zur Leistung stellt ein bildungspolitisches Erfordernis unserer Zeit dar, denn nur die Bereitschaft zur Leistung — auf welchem Gebiet immer sie erbracht wird — kann unserem Staat und seiner Gesellschaft die geistige und die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit sichern. (Beifall bei FPÖ und SPÖ.)

Meine Damen und Herren! Fördern heißt nicht nur helfen, heißt nicht nur Defizite aufholen, sondern heißt auch, vorhandene Anlagen zur vollen Entfaltung zu bringen. Fördern ist aber auch mit Fordern eng verbunden. Es ist nun einmal so, daß es in der Schule wie auch im späteren Leben ohne Lernen, ohne Anstrengung nicht geht, auch wenn dies manchmal nur allzuoft durch antiautoritäre und emanzipatorische Auffassungen vernachlässigt zu werden droht.

Wir Freiheitlichen waren schon immer der Meinung, daß jene irren, die meinen, Leistung erzeuge Angst. Vielmehr gehört es schon zu den Binsenwahrheiten moderner Pädagogik, daß Schulleistungen umso besser werden, je weniger das einzelne Kind unter der Angst leidet, daß also Angst durch vielerlei andere Faktoren — das kann ich nicht nachdrücklich genug unterstreichen — verursacht wird und nur dann die Folge einer Leistungsanforderung ist, wenn diese Leistungsanforderung dem Kind, den Anlagen des Kindes und seinem Interesse nicht entspricht oder nicht gerecht wird.

Alle diese nicht zu unterschätzenden angst erzeugenden Komponenten sollen nun im Rahmen der inneren Schulreform untersucht werden; das wollen ja alle drei Fraktionen dieses Hauses. Diese angst erzeugenden Komponenten sollen untersucht und daran anschließend zielführende Schritte zu deren Abbau in die Wege geleitet werden.

Die humane Schule ohne Angst betrachte ich persönlich als eines der Hauptziele der inneren Schulreform. (Zustimmung bei FPÖ

Peter

und SPÖ.) Die innere Schulreform ist meines Erachtens die sinnvolle Weiterentwicklung der äußeren Schulreform.

Ich stelle nicht in Abrede, Herr Präsident Schäffer, daß wir Freiheitlichen hinsichtlich der äußeren Schulreform manche andere Zielvorstellung gehabt haben, als dies bei der Sozialistischen Partei und der Österreichischen Volkspartei der Fall war. Aber ebenso Realität ist es, Herr Präsident Schäffer, daß Gesetze vollzogen werden müssen, und wenn man Partner in einer Regierung ist, hat man auf der Grundlage der Gesetze der Republik diese Partnerschaft zu erfüllen. (Beifall bei FPÖ und SPÖ.)

Meine Damen und Herren! Daß eine derartige Reform nicht von heute auf morgen stattfinden kann, erklärt sich von selbst, denn neben legitimen Korrekturen, die auf Grund der Zweidrittelmehrheit natürlich sehr schwer erreichbar sind und nur die wieder für bessere Rahmenbedingungen sorgen können, wird es maßgeblich auf die Einstellung und auf das Verhalten von Lehrern und Schülern und nicht zuletzt beziehungsweise gerade auf die Eltern selbst ankommen.

Innere Schulreform beinhaltet daher Aufklärung, Information und ideelle Unterstützung aller an der Schule Beteiligten, mit dem Ziel, den institutionalisierten Konflikt sowie vorhandene festgefügte Feindbilder, Herr Präsident Matzenauer, zu deren Aufbau vielerlei beigetragen hat, hintanzuhalten und partnerschaftliche Zusammenarbeit möglich zu machen.

Eines sei jedoch klargestellt: Wer sich eine dereinst völlig konfliktfreie Schule erwartet, geht an der Realität Mensch vorbei und kalkuliert die, Gott sei Dank, vorhandene Individualität des einzelnen nicht mit ein. Eine der wichtigen Aufgaben der Zukunft wird daher darin bestehen, durch Bildungs- und Aufklärungsarbeit die Schule als etwas Positives, als Chance zum Bildungserwerb im Bewußtsein aller zu verankern und darüber hinaus bei Schülern, Lehrern und Eltern die Bereitschaft zu wecken, den anderen zu tolerieren, die Bemühungen des anderen anzuerkennen, seine eigenen Fehler eingestehen zu wollen und immer für Gespräche und Kooperation offen zu sein, Herr Präsident Schäffer. (Beifall bei FPÖ und SPÖ.)

Meine Damen und Herren! Diese Bereitschaft ist meines Erachtens eine der wesentlichsten Voraussetzungen für ein gut funktionierendes demokratisches Gemeinwesen.

Noch so gut gemeinte gesetzliche Bestimmungen im Sinne einer demokratischen Gestaltung des Schullebens nützen nichts, solange Zusammenarbeit nicht von Toleranz und Selbstkritik getragen wird.

Denn die „Wirksamkeit gesetzlicher Regelungen“ — um Professor Heitger zu zitieren — „im Hinblick auf die in ihnen zum Ausdruck kommenden Ziele hängt davon ab, wie weit die Realisierung des ‚Geistes‘ auf Grund persönlicher Überzeugung angestrebt wird; die buchstabengetreue Befolgung der gesetzlichen Bestimmungen allein garantiert sie keinesfalls.“

Das Ziel einer solchen Aufklärungs- und Informationsarbeit muß daher im Abbau von Vorurteilen und im Aufbau eines gegenseitigen Vertrauens liegen. Bis dahin gilt es noch einen langen und sicher auch schweren Weg gemeinsam zurückzulegen.

Ziel dieser Bundesregierung ist es, nach gründlicher Diskussion und Abwägung des Für und Wider jene Schritte in die Wege zu leiten, die geeignet sind, Angst abzubauen und ein kindgerechtes, dann später partnerschaftliches und leistungsfähiges Klima zu schaffen. (Beifall bei FPÖ und SPÖ.)

Einen wichtigen Ansatzpunkt dabei wird die Reform der AHS-Lehrerausbildung darstellen, wobei die Zusammenarbeit zwischen dem Unterrichts- und dem Wissenschaftsministerium vonnöten sein wird.

Während nämlich der Pflichtschullehrer heute eine gründliche, praxisorientierte Ausbildung genießt, wird der fachlich wohl gut vorbereitete AHS-Lehrer mit außerordentlich geringem pädagogischem Rüstzeug in das Berufsleben geschickt.

Dies ist in Anbetracht der Tatsache, daß heute der Schule Aufgaben und Funktionen unter anderen erzieherischer Art zufallen, die sie vor 30 oder 50 Jahren überhaupt nicht zu bewältigen hatte, umso gravierender. Denn es bleibt unbestritten, daß der Lehrer die wichtigste Komponente im Schulleben darstellt, da von ihm nicht nur die Qualität des Unterrichtes abhängt, sondern er auch vielfältige erzieherische Aufgaben wahrzunehmen hat.

Dabei kommt es jedoch vor allem darauf an, daß das Kind und auch die Eltern im Lehrer den Menschen erleben und nicht den durch seinen institutionalisierten Charakter verfremdeten Beamten. Korrespondierend dazu sollte den Eltern durch gezielte Bera-

Peter

tungs- und Informationsarbeit eine Hilfestellung geboten werden, die dem Kind entsprechende Schullaufbahn zu wählen und durch gut gemeinten, aber falsch vorhandenen Ehrgeiz unnötigen Druck auf das Kind zu vermeiden, wenn es den an es gestellten Erwartungen nicht gewachsen ist.

Wir sind daher verpflichtet — wollen wir künftig nicht noch mehr neurotisierte Kinder haben —, den Menschen immer wieder klarzumachen, daß der Wert des Menschen nicht nur davon abhängt, ob er einer geistigen oder ob er einer praktischen Tätigkeit nachkommt, sondern darauf, was er aus seinem Wissen, vor allem was er aus seinen Fähigkeiten zu machen in der Lage ist. (Zustimmung bei FPÖ und SPÖ.)

Es wird also nicht zuletzt — und darum bitte ich den Herrn Bundesminister sehr herzlich — auf eine effiziente Elterninformation — um nicht zu sagen Elternschule — und auf die Zusammenarbeit zwischen Elternhaus und Schule ankommen, inwieweit man das Phänomen Schulangst in den nächsten Jahren in den Griff bekommt.

In einem engen Zusammenhang mit Schulangst und Lehrerbildung stehen die Fragen der Leistungsfeststellung und der Leistungsbeurteilung; ein Anliegen, das ebenso alle drei Fraktionen dieses Hauses tief berührt.

Man muß Bundesminister Dr. Zilk Anerkennung dafür aussprechen — das ist heute schon unterstrichen worden —, daß er sich nicht scheute, dieses bildungspolitisch „heisse Eisen“ aufzugreifen und eine breite Diskussion darüber anzuregen. Denn gerade dieser Problembereich stellt eines der wesentlichsten Kriterien für mehr oder weniger Schulangst dar.

Es geht dabei sicherlich nicht um die Abschaffung von Noten, denn — und daran zweifelt wohl niemand ernstlich — eine Schule kann auf keinen Fall ohne Überprüfung der erworbenen Kenntnisse und Fähigkeiten auskommen, will sie leistungsorientiert bleiben. Es wird daher bei einer diesbezüglichen Neukonzeption darum gehen müssen, in einem stärkeren Ausmaß als bisher der Gesamtleistung des einzelnen Schülers Rechnung zu tragen und dessen Individualsituation mit in die Beurteilung einzubeziehen.

Dies hat aber zunächst einmal zur Voraussetzung, daß die verschiedenen Funktionen der Notengebung diskutiert werden und darüber hinaus geprüft wird, inwieweit diese

Funktionen auch erreicht werden beziehungsweise wodurch man sie erreichen könnte. Auch darf die Bedeutung, die Noten für Eltern, Schüler sowie für den weiteren Berufsweg haben, nicht außer acht gelassen werden. Die Schwierigkeit des derzeitigen Notensystems sehe ich in der Tatsache, daß Beurteilungen bei Schülern und Eltern enormes Gewicht haben, jedoch weitaus weniger aussagekräftig sind über den betreffenden Menschen, als man das gemeinlich in der Öffentlichkeit annimmt.

Die Reform der Leistungsfeststellung und der Leistungsbeurteilung wird sich daher nicht allein mit der Frage, ob die Leistungsbeurteilung verbal, durch Punkte oder weiterhin durch Ziffern ausgedrückt werden soll, auseinanderzusetzen haben, sondern auch mit der Regelung der Prüfungen überhaupt und wie Beurteilungen auf Grund von Prüfungen und Mitarbeit in der Praxis überhaupt zustande kommen.

Eine derartige Neuregelung wird jedoch nur wenig Erfolg haben, wenn nicht die Lehrer in ihrer Aus- und Weiterbildung auf diese schwierige Aufgabe, die Schüler möglichst objektiv und auf Grund ihrer im gesamten Schuljahr erbrachten Leistungen zu bewerten, anders als bisher vorbereitet werden.

Damit zum nächsten Thema: Die Neugestaltung der Lehrpläne wird einen weiteren Schwerpunkt der bildungspolitischen Arbeit in dieser Gesetzgebungsperiode darstellen. Das Notwendige muß gesichert werden, und Neues, das den gegenwärtigen und zukünftigen Erfordernissen entspricht, muß einfließen. Bewährtes und Notwendiges zu erhalten sowie Zusätzliches und Neues zu gewährleisten, setzt den Mut zur Lücke oder, besser, den Mut zum Streichen voraus. Vom Sichten und Lichten der Lehrpläne wird in diesem Hohen Hause jahrelang geredet. In dieser Gesetzgebungsperiode soll und muß es endlich auch getan werden. (Beifall bei FPÖ und SPÖ.)

Nun komme ich zu jenem Anliegen, das mir besonders am Herzen liegt. Bei der Neugestaltung der Lehrpläne wird auch der Förderung der musischen Erziehung als einem bedeutenden Faktor der Persönlichkeitsbildung und der Persönlichkeitentwicklung entsprechendes Gewicht beizumessen sein.

Es ist aus freiheitlicher Sicht eine besondere Genugtuung, daß der sozialistische Koalitionspartner diese Forderung im gemeinsamen Regierungsprogramm akzeptiert hat. In

2170

Nationalrat XVI. GP — 26. Sitzung — 13. Dezember 1983

Peter

der Regierungserklärung wurde daher dem musischen Bereich besonders Rechnung getragen, und ich darf diese Stelle zitieren:

„Eine wesentliche Aufgabe im Erziehungsprozeß ist die Selbstverwirklichung des Menschen. Die Bundesregierung wird der musischen Erziehung in der Schule einen besonderen Stellenwert einräumen.“

Man kann dem Unterrichtsminister nur beipflichten, wenn er meint, daß in einer Zeit großartiger Zivilisationstechniken die Erziehung zum Humanen und zum Musischen existentiell notwendig sei, und diese als eine Herausforderung der Schule von morgen bezeichnet.

Daher, Herr Bundesminister, werden wir Freiheitlichen jegliche Maßnahmen und Aktivitäten auf diesem Gebiet, auch wenn sie unkonventionell sein mögen — und solches erwarte ich von Ihnen —, unterstützen. (Beifall bei FPÖ und SPÖ.)

Meine Damen und Herren! Wir Freiheitlichen werden neue Wege im Bereich der musischen Erziehung unterstützen, damit Kreativität in unsere Schulen einkehrt, damit kritisches Verständnis und Toleranz für alle Ausdrucksformen kulturellen Lebens geweckt werden, damit eine geeignete Voraussetzung für sinnvolle Freizeit geschaffen und damit das Publikum „künstlerisch“ wird, um mit Oscar Wilde zu sprechen.

Ich komme zum Schluß. Die Hauptarbeit dieser Legislaturperiode auf dem Gebiet der Schul- und Bildungspolitik wird daher darin liegen, diese vielfältigen und schwierigen Aufgaben der inneren Schulreform einer Lösung zuzuführen. Da damit jahrelange Forderungen der Freiheitlichen Partei nun in Angriff genommen werden sollen, stellt das, Herr Präsident Schäffer, einen Grund mehr für unsere Bereitschaft zu einer aktiven und konstruktiven Mitarbeit im Rahmen des Unterrichtsressorts dar.

In diesem Sinne, meine Damen und Herren, geben wir Freiheitlichen dem Kapitel Unterricht und Kunst aus Überzeugung unsere Zustimmung. (Beifall bei FPÖ und SPÖ.) 10.49

Präsident: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Blenk.

10.50

Abgeordneter Dr. Blenk (ÖVP): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Her-

ren! Wir behandeln heute unter einem die beiden Kapitel Unterricht und Kunst sowie Wissenschaft und Forschung. Ich möchte mich in meinem Beitrag mit den Problemen des Wissenschaftsressorts auseinandersetzen und möchte vielleicht doch, Herr Abgeordneter Peter, eine Bemerkung von Ihnen aufgreifen, die ich etwas relativieren möchte, nämlich, wenn Sie meinten, daß gute Bildungspolitik nicht von der finanziellen Ausstattung abhängt oder anders gesagt, daß die Frage der budgetmäßigen Dotierung der Bildungsressorts eher sekundär ist. (Zwischenruf des Abg. Peter.) Ich würde Ihnen insoweit beipflichten; nur Sie haben gesagt, Sie hätten das nie bemerkt.

Herr Klubobmann Peter! Etwas kann man doch daran messen, nämlich wieweit die Bildungspolitik jener Schwerpunkt ist, als der er von der Regierung, sowohl von der früheren sozialistischen Allein- als jetzt von der Koalitionsregierung gesehen wird. Ich sage das deswegen, Herr Kollege Peter, weil wir die wenig erfreuliche Feststellung doch an die Spitze stellen sollten, daß das sogenannte Kulturbudget oder das Bildungsbudget, wie immer Sie es nennen wollen, also die Gesamtheit der beiden heute verhandelten Ressortkapitel seit zehn, ja seit zwölf Jahren permanent in seinem Gesamtanteil am Bundesbudget absinkt. Wir werden im Jahre 1984 im prozentuellen Anteil einen neuen Tiefstand haben, und zwar bis zurück in das Jahr 1971. Ich erwähne das deswegen, weil sich doch aus dieser ganzen Entwicklung die Frage: Schwerpunkt ja oder nein?, ableiten läßt.

Nun aber zum Kapitel Wissenschaft und Forschung. Herr Bundesminister Fischer! Sie haben mir jene Rede zukommen lassen, die Sie vor kurzem im Europarat in Straßburg bei der „Konferenz U 2000“ — Hochschul- und Forschungspolitik in Europa bis zum Jahr 2000 — gehalten haben. Ich danke Ihnen zunächst für die Übermittlung, Herr Bundesminister, und möchte Ihnen dazu auch gleich ganz offen sagen, daß ich mit Ihren Überlegungen und Darlegungen, mit Ihren Aspekten für die Zukunft fast vollinhaltlich übereinstimme. Ich muß Ihnen gestehen: Wenn das die Linie wird, auf der Sie künftig tätig sein wollen, dann wird jene von Ihnen gehabte und auch von uns mitgetragene Erwartung, daß Wissenschafts- und Forschungspolitik eine Konsensmaterie sein könnten, vielleicht einmal Wirklichkeit.

Ich erwähne einige der Aspekte, die meiner Meinung und meiner Erfahrung nach doch einen gewissen Bruch mit der bisherigen Hal-

Dr. Blenk

tung oder zumindest eine gewisse Modifizierung der bisherigen Regierungshaltung beinhalten. Das gilt für die Feststellung der naturgegebenen langfristigen Wirkung der Bildungspolitik, weiters für die Notwendigkeit der Zusammenarbeit des Forschungs- und Universitätsbereiches mit der Wirtschaft, für die Zusammenarbeit Wissenschaft — Wirtschaft, für die notwendige Beachtung der Wirtschaftsentwicklung, das heißt die notwendige Abstimmung des Bildungssystems mit der Wirtschaft und so weiter.

Die Studien sollen — hier pflichte ich Ihnen voll bei, Herr Minister — interdisziplinär, grundlagenorientiert und mehrfach qualifiziert sein. Ich komme dann in einer kurzen Betrachtung der Zukunftsnotwendigkeiten noch darauf zu sprechen; ich schließe mich dem an.

Das Bildungssystem soll zu Mut, zu Aufgeschlossenheit, zu Flexibilität, zu Engagement führen; da sind wir uns vollkommen einig. Die Einheit der Forschung und der Lehre, auf die wir dann noch bei der Betrachtung vor allem der Forschungsansätze und -politik noch zu sprechen kommen, soll also hier im Vordergrund stehen, die Notwendigkeit internationaler Kooperation und so weiter.

Herr Bundesminister! Diese Aspekte würden weitgehend konsensfähig werden. Was wir heute aber behandeln, das ist nicht die Vision, die der Herr Bundesminister hier — ich hoffe, realistisch und mit der Absicht, sie in die Tat umzusetzen — vorgetragen hat, sondern ist das, was wir heute als Faktum vor uns haben, als Faktum der derzeit absehbaren, konkreten Bildungspolitik und des Budgets.

Meine Damen und Herren! Ich meine, daß wir uns das, was ich zum Bildungsbudget gesagt habe, auch etwas für den Wissenschaftsbereich anschauen sollten. Sie haben schon darauf verwiesen, Herr Bundesminister — in einer Vorschau auf dieses Budget —, daß es natürlich nicht besonders große Steigerungsraten gebe, daß die ganze Verschuldungssituation des Bundes eine entsprechende Ausweitung verhindere.

Die Tatsache schaut halt so aus, und auch das ist ein Beweis dafür, daß der Bildungsschwerpunkt eben sehr, sehr krückenhaft und lückenhaft ist, daß im Jahre 1984 der Anteil des Wissenschaftsbudgets am Gesamtbudget einen neuen Tiefstand erreicht; er ist niedriger als die ganzen Jahre zuvor. Er ist auch

weit niedriger als die Steigerung des Gesamtbudgets in diesem Jahre.

Wenn gewisse Stimmen, wie etwa auch die des Herrn Kollegen Nowotny und auch die Ihre, Herr Minister, bei dieser Gelegenheit gerne auf das Ausland verweisen und wenn etwa gesagt wird: Na ja, in der Bundesrepublik Deutschland haben wir gar einen Rückgang von über 14 Prozent, so glaube ich, daß auch Ihnen bekannt sein wird, daß die Finanzierung des Budgets und auch die Struktur der Bildungspolitik in Deutschland ganz anders liegt. Man kann nicht das Budget für Wissenschaft und Forschung der Bundesrepublik Deutschland als Vergleich heranziehen, da dort ja der ganze universitäre Bereich verändert ist und damit von vornherein nicht berücksichtigt wird.

Sie haben, Herr Bundesminister — ich möchte das anerkennen —, bei der Gestaltung des Budgets zumindest den Versuch gemacht, eine realistischere Schau als bisher zu finden. Ich billige Ihnen zu, daß Sie die Absicht haben, das, was im Laufe der vergangenen Jahre — ich sage das einmal mehr sehr deutlich — an Schein- und Falschbudgetierungen gemacht wurde, ins rechte Licht zu rücken. Daß alles richtig ist, Herr Bundesminister, läßt sich leider nicht bestätigen, denn niemand in diesem Hause — auch Sie nicht — werden etwa der Meinung sein, daß Postgebühren um 10 Prozent geringer angesetzt werden können, als etwa im Jahre 1982 ausgewiesen, daß die Kosten der Pkw-Instandhaltung um 50 Prozent zurückgehen gegenüber dem Jahre 1982, daß die Reinigung der Universitäten 20 Prozent billiger wird, Treibstoffe 20 Prozent geringer, Brennstoffe für Universitäten billiger und so weiter.

Ich sage das nur deswegen, weil man gerne darauf hinweist, es sei — das hat der Herr Kollege Nowotny in einigen Äußerungen auch schon getan — dieses Budget nun tatsächlich ein realistisches. Ich zweifle daran und bin überzeugt davon, daß sich hier entweder im Rahmen eines Budgetüberschreitungsgesetzes oder einfach im Rahmen von nackten Überziehungen eine andere Zahl ergeben wird.

Ähnliches, Herr Kollege Nowotny, da Sie hier sind, muß ich auch zu Ihrer Berühmung der Unterrichts- und Forschungserfordernisse der Universitäten sagen. Sie wissen, daß ich von dieser Stelle aus seit Jahren darauf verwiesen habe, kritisiert habe, daß die Budgetsituation unklar, unübersichtlich ist und in der Budgetauswertung völlig daneben liegt. Ich

Dr. Blenk

habe nachgewiesen, daß zwar die Forschungserfordernisse jährlich steigen, daß aber die tatsächliche Ausnützung, an den Rechnungsabschlüssen gemessen, ständig sinkt. Mir wurde das mit „budgetsystematischen Notwendigkeiten“ erklärt.

Auch diesmal scheint es ähnlich zu sein. Nur stimmt das, was Sie sagten, Herr Kollege Nowotny, insoweit nicht, als auch diesmal wieder die Gesamtforchungs- und Unterrichtserfordernisse der Hochschulen im Ermessens- und im zweckgebundenen Bereich zurückgehen, daß etwa im letzten Ausweis des Jahres 1982 die Ausnützung gar schon unter 10 Prozent gesunken ist. Ich sage das nur, weil das speziell hervorgehoben wurde.

Zu den Universitäten und Hochschulen im allgemeinen. Meine Damen und Herren! Wir stehen vor der undiskutierbaren Tatsache einer quantitativen Hochschulexpansion, wie sie in dieser Form zwar prognostiziert war, vorhersehbar war, wie sie aber in der ganzen budgetmäßigen Personal- und Sachausstattung einfach nicht bewältigt werden konnte und offensichtlich auch künftig kaum bewältigt werden kann. (*Präsident Mag. Minkowitsch übernimmt den Vorsitz.*)

Einige Vergleichswerte. Im Jahr 1961 lag etwa die Zahl jener, die in einem Jahrgang studierten, und zwar zwischen 20 und 24 Jahren, unter 9 Prozent; im Jahre 1980 waren es schon 20 Prozent. Das ist nicht nur eine quantitative, sondern vor allem auch ein qualitative Veränderung der Situation, weil sich damit die Ausbildungsbedingungen und natürlich auch die Berufsaussichten der Hochschulabsolventen verschlechtert haben. Wir haben eine Situation, in der sich die sogenannte Betreuungsrelation seit über zehn Jahren in einer ständigen Verschlechterung befindet.

Ein Beispiel: Im Studienjahr 1973/74 lag die Zahl der Studenten bei etwa 40 000, 1983/84 hat sich die Zahl genau verdoppelt. Die Zahl der Lehrpersonen hat sich aber in diesem Zeitraum nicht einmal um 50 Prozent — nämlich genau um 47 Prozent — erhöht. Es ist ganz natürlich, daß das eben zu einer Verschlechterung der Betreuung führt, wiewohl ich davon ausgehe, daß das nicht das einzige Kriterium ist, aber es wird verstärkt durch die Tatsache, daß sich etwa die Präsenzquote der Studenten — nach den Feststellungen der Universitäten — gegenüber den sechziger und siebziger Jahren spürbar verbessert hat. Man hat immer etwa seitens der Frau Bundesminister Firnberg gesagt: Na ja, Sie dürfen nicht

die Studentenzahlen hernehmen, denn das sind soundso viele, die überhaupt nicht studieren, und wenn sie studieren, kommen sie nicht in die Universitäten. Das hat sich aber inzwischen geändert, Herr Bundesminister.

Wenn wir davon ausgehen, daß derzeit die Anzahl des wissenschaftlichen Personals an den Universitäten bei 6 500 liegt, so würde das heißen, daß in zehn Jahren — um bei diesem Beispiel zu bleiben — die Zahl der Dienstposten auf 9 000 bis etwa 12 000 aufgestockt werden müßte. Das ist eine Illusion, wie wir wissen, und zwar wegen der budgetären Situation. Aber es muß die Frage gestellt werden: Wo liegt nun die Lösungsmöglichkeit? Wo liegt das Konzept für die künftige Bewältigung dieses Problems?

Wir haben eine ganze Reihe von Fakten, an denen wir nicht vorbeigehen können: Es ist keine Verringerung der Hörerzahlen zu erwarten. Die Zahl der Maturanten wird zwar bis etwa 1988 gleich bleiben, aber der Anteil der Maturanten an den betreffenden Altersjahrgängen, der an die Hochschulen geht, wird steigen, und zwar von 22 auf 25 Prozent. Damit werden die Übertrittsquoten, die Erstinskriptionszahlen steigen nach allem, was heute prognostiziert wird, vorsichtig prognostiziert wird, und zwar allein innerhalb der nächsten drei Jahre um etwa 10 Prozent.

Damit wird natürlich auch die Zahl der Gesamthörer eine Entwicklung nach oben nehmen. Ich nehme zwei Werte, die sich geradezu dramatisch anhören: Im Jahre 1980 — ich nehme dieses Jahr, weil ich eine Zehnjahresspanne vergleiche — lag die Gesamthörerzahl bei etwa 104 000; bis zum Jahre 1990 wird sie um rund 60 Prozent, nämlich auf 170 000 steigen — nach vorsichtigen Schätzungen, füge ich hinzu. Das wird auch dazu führen, daß der Anteil der Akademiker gewaltig steigen wird.

Wenn hier gesagt wird: Na ja, die zu erwartende Akademikerquote von 6 Prozent für das Jahr 2000 liegt immer noch weit unter der Quote vergleichbarer Länder, so will ich dem beipflichten. Nur: Wir müssen dann mit aller gebotenen Notwendigkeit auf die Veränderung der Chancen für diese Akademiker hinweisen.

Meine Damen und Herren! Es wird vorbei sein, mit der Vorstellung von Führungspositionen, nur deswegen, weil man ein akademisches Studium absolviert hat. Das mag im Jahre 1900 noch möglich gewesen sein, wo es etwa 17 Akademiker auf 10 000 Einwohner

Dr. Blenk

gab; heute sind es zehnmal mehr, und diese Quote — wie wir gehört haben — steigt.

Das wird auch ganz entscheidende Rückwirkungen auf den Arbeitsmarkt haben: Die Aufnahmefähigkeit der klassischen Akademikerbörsen, wenn ich so sagen darf, vor allem des Staates, wird nachlassen. Die vorliegenden Untersuchungen zeigen, daß auch der Zustrom zu den Freiberufen eher als stagnierend zu betrachten ist. Das führt dazu, daß Erwartungsrückschläge — ich glaube, darauf muß man hinweisen — bei den Akademikern Platz greifen werden.

Herr Bundesminister! Ich muß noch kurz jene Frage streifen, die ich mit Ihrer Vorgängerin jahrelang von diesem Pulte aus diskutiert habe, nämlich die Frage, wie nun die universitäre Ausbildung zu werten sei: Ob es so ist wie lange Jahre vorher bis ganz zum Schluß, als sich langsam die Wende vollzogen hat, und die Frau Bundesminister Firnberg gemeint hat: Das ist eine quasi ästhetische Disziplin, jedes Semester, das ein Mensch an einer Universität absolviert, ist letztlich ein Persönlichkeitszuwachs. Wir haben dem immer folgendes entgegengehalten: Universitäre Ausbildung, Ausbildung überhaupt, ist zunächst einmal — wenn Sie so wollen — ein geistiges „Investitionskapital“, ist letztlich ein Problem, das gelöst werden muß in der versuchten und optimalen Abstimmung des Hochschul- mit dem Beschäftigungssystem.

Herr Bundesminister! In Ihrer von mir erwähnten Rede vor dem Europarat haben Sie diesen Gedanken auch weitgehend übernommen. Ich pflichte dem bei und bin sehr beruhigt darüber: Es ist die Ausbildung eine Persönlichkeitsinvestition, daher auch etwa jener Gedanke, der lange Zeit bei der Frau Bundesminister Firnberg auf taube Ohren stieß, nämlich der Gedanke der verpflichtenden Aufgabe — auch seitens der Bildungspolitik und des Ressorts —, eine gewisse arbeitsmarktorientierte Studienberatung durchzuführen.

Ich weiß noch, wie oft man auf meine Anfragen hin gesagt hat: Schauen Sie, das ist Sache der Hochschülerschaft. Das ist formal richtig gewesen, aber das ist, glaube ich, ein Ausweichen vor den wirklichen Aufgaben. Im übrigen hat die Wirtschaftsuniversität jetzt ihrerseits einen Schritt gesetzt, der sehr begrüßenswert ist: Sie hat so eine Art „Karriereberatungsstelle“ eingerichtet, die nachempfunden ist dem angelsächsischen „University Career Service“, also eine Art Clea-

ring-Stelle zwischen Universität und Wirtschaft.

Herr Bundesminister! Ich komme hier wieder auf die Straßburger Veranstaltung „U 2000“ zurück. Dort sind einige sehr interessante Aspekte, von denen ich meine, wir sollten diese mitüberlegen, in den Vordergrund gestellt werden, Aspekte die die ganze Neukonzeption der universitären Anforderungen, glaube ich, in eine richtige Richtung führen. Etwa die Schaffung eines Netzes europäischer Referenzzentren. Jedes Land soll solche schaffen, um europäische Wissenschaftler zu Post graduate-Kursen, zu Seminaren, zu multinationalen und multilateralen Gesprächen im Fachgebiet zusammenzuführen. Oder jener weitere Gedanke der Schaffung eines sogenannten Centre d'excellents, also eines, wie es auf deutsch genannt wurde, „Huckepack-Instituts“, das das Ziel hatte, die Nachteile der Massenuniversität, die man als Dauerscheinung ansehen muß, durch die Einrichtung von besonderen Institutionen für außergewöhnlich Begabte zu ergänzen.

Ich habe etwas bedauert, Herr Bundesminister, daß Sie in einem Kommentar dazu diese auf Leistung abgestellte, auf jene heute schon mehrfach zitierte positive Einstellung zur Leistung abgestellte Institution abgelehnt haben, weil dies angeblich eine Abwertung der Universitäten bedeuten sollte. Statt dessen, haben Sie gemeint, sollte man effektvollere Post graduate-Studien schaffen.

Ich meine: Diese Entwicklungen sind auf keinen Fall zu übersehen. Es ist unabdingbar, meine Damen und Herren, daß die Universität in dieser neuen Situation, in dieser neuen Umweltsituation, die etwa durch den Begriff „lebenslanges Lernen“ — „éducation permanente“ — geprägt wird, Weiterbildung für die Absolventen tatsächlich in einem breitesten Sinne vorsieht, daß die Universität zu einer Servicestelle, zu einer technologischen Leitstelle, zu einer Transferstelle für den Arbeitsmarkt wird.

Herr Bundesminister! Aufgrund all dieser Dinge stellt sich uns die Frage: Wo liegt die Lösung für diesen quantitativen Angebotsdruck, der eben die neuen Aufgaben der Universitäten unabdingbar aufzeigt? Die Anzahl der Hochschullehrer ist nicht nur, wie wir gehört haben, in ihrem Betreuungsverhältnis — und damit in der Relation zu den Studenten — rückläufig, sondern die Hochschullehrer sind auch stark in Anspruch genommen durch Lehrveranstaltungen, durch eine gigantische Bürokratie — wir müssen das immer

2174

Nationalrat XVI. GP — 26. Sitzung — 13. Dezember 1983

Dr. Blenk

wieder sagen — als Folge der sogenannten Gruppenuniversität des UOG.

Die Forschung läuft Gefahr, zu verebben oder in Freizeiträume abgedrängt zu werden. Herr Bundesminister! Sie haben in Ihrer Straßburger Rede gemeint, die Lehre ziehe ihre Kraft und ihre Ideen aus der Forschung. Wie recht, kann ich nur sagen. Möge das für die Zukunft auch für Ihre Politik und für Ihre Betrachtungen der Wertung der gesamten Forschung, auch der universitären, im Vordergrund stehen.

Ich will nur am Rande erwähnen: Die Probleme des wissenschaftlichen Nachwuchses sind größer denn je. Die Einstellungsmöglichkeiten sind nach wie vor beschränkt. Das Problem, das in der zunehmenden Internationalisierung im Vordergrund stehen muß, ist etwa die Schaffung möglichst intensiver Auslands erfahrungen für junge und auch für etablierte Wissenschaftler und Lehrer an den Hochschulen; das aber scheint nicht oder nur ungenügend finanziert zu sein. Ein weiteres Problem: Das Umsteigen in andere oder von anderen Berufsrichtungen, die berufliche Durchlässigkeit, von der wir so oft gesprochen haben.

Hier glaube ich geht es vor allem, last not least, auch um das Problem, das alle diese Fragen mit einschließen sollte, nämlich die Schaffung des Hochschullehrer- und Assistentendienstreiches. Eine Notwendigkeit, Herr Bundesminister, mit der Sie sich noch sehr intensiv befassen werden müssen. Sie haben es zum Teil, wie ich lese, schon getan. Aber wenn wir bedenken, daß etwa im Jahre 1975, als das Universitäts-Organisationsgesetz beschlossen wurde, man das Hochschullehrerdienstrecht als eine unabdingbare flankierende Maßnahme bezeichnet hat, und wir heute nach fast neun Jahren immer noch nichts vorliegen haben, dann möchte ich doch sagen: Wie immer man die quantitative Entwicklung an unseren Universitäten bezeichnet, ob man sie als „Massenuniversität“, ob man sie als „Studentenberg“ bezeichnet — der Qualitätsverlust, meine Damen und Herren, in Lehre und in Forschung ist leider nicht zu übersehen, wobei, wie schon erwähnt, die Gruppenuniversität mit ihren zeitaufwendigen bürokratischen Entscheidungs- und Verwaltungsprozessen sicherlich die Lehr- und Forschungskapazität zusätzlich blockiert.

Ich komme nun zum zweiten Bereich, zum Bereich der Forschung. Herr Bundesminister! Meine Damen und Herren! Es ist unbestritten, daß Forschung, daß Entwicklung, daß

technologische Innovationen die Grundlagen schlechthin jeder Gesellschafts- und vor allem Wirtschafts- und damit auch Sozialentwicklung der Zukunft sind. Das sind Dinge, die in jedem Buch zu lesen sind, auf jedem Kongreß zu hören und Gott sei Dank, muß ich sagen, Herr Bundesminister, auch in Ihrer Rede aus Straßburg zu entnehmen sind.

Die Frage daher: Wie lege ich die Technologie-Strategie an? Es sind gewisse Fakten, mit denen jede Gesellschaft heute, und auch die unsrige, sich auseinandersetzen muß: die Wirtschaftskrise mit ihren Folgen wie Inflation und Arbeitslosigkeit, die Notwendigkeit der besseren Bewirtschaftung der Energieresourcen, der Rohstoffe, die Vorbereitung der Gesellschaft auf die zum Teil revolutionären und noch kaum absehbaren Änderungen, die etwa als Folge der neuen Spitzentechnologien sich ergeben.

Ich bringe Ihnen einige Beispiele: Wie viel hört man denn heute davon, daß etwa die Informationstechnologien in wenigen Jahren nach allen Prognosen bereits ein Drittel der derzeitigen Arbeitsplätze in Europa unmittelbar betreffen werden, und zwar nicht nur wegen ihrer Bedeutung durch die tiefgreifende Auswirkung auf eine Vielzahl von wirtschaftlichen und sozialen Tätigkeiten, sondern auch durch den Umfang des Industrie sektors an sich, den sie darstellen.

Nach Prognosen etwa der Europäischen Gemeinschaften wird bei gleichbleibend angenommenen Wachstumsraten dieser Sektor, nämlich jener der Informationstechnologie, überhaupt zum wichtigsten der Hersteller industrien der Zukunft werden. Und hier hängt Europa weit zurück, etwa im Verhältnis zu den USA, zu Japan. Wir natürlich leider mit, wir sind ja hier Konsumenten von importierten Ideen und Technologien.

Ich meine daher, daß die gesamteuropäisch von Ihnen, Herr Minister, erkannte Notwendigkeit einer Zusammenarbeit für Österreich besondere Bedeutung hat.

Ich möchte einige Bereiche zitieren, die ganz speziell davon betroffen sind, etwa als Basistechnologie, und die Ansätze, die ich sehe, lassen einen gewissen Optimismus zu: etwa die Mikroelektronik.

Von ihrem Fortschritt, meine Damen und Herren, hängt nicht das Schicksal der Arbeitsplätze, wie man heute aus einer meiner Meinung nach völlig falsch verstandenen Technologie-Angst, um nicht zu sagen

Dr. Blenk

„Feindlichkeit“, sagt, hängt nicht das Schicksal der Arbeitsplätze ab, sondern hängen künftig Kosten und Leistung aller modernen elektronischen Systeme ab.

Die Elektronik, meine Damen und Herren, ist heute in fast allen Produktions- und Dienstleistungsbereichen vorhanden. Wenn wir etwa bedenken, daß Europa rund ein Viertel des gesamten Marktes für die sogenannten hochintegrierten Schaltkreise, also das Kernstück der Mikroelektronik, darstellt, aber nur rund 5 Prozent selbst erzeugt, dann sieht man, was sich hier alles an Entwicklungen tut und tun muß.

Oder ein anderer Bereich: Bürotechnik. Voraussichtlich wird diese Bürotechnik überhaupt der größte Markt der Informationsverarbeitung werden. Ich nenne einige Stichworte, die vielleicht den Interessierten etwas sagen: integrierte Kommunikation Bild, Text, Wort; automatische Übersetzung, usw.

Oder bis in die kleinen und mittleren Unternehmen hinein, ganz entscheidend, in Japan heute schon fast selbstverständlich, die sogenannte rechnergestützte integrierte Produktion, von der, wie gesagt, alle Produktionsbereiche profitieren werden, wo also integriert und rechnergestützt praktisch vom Entwurf über die Fabrikation zum Zusammenbau bis zur Reparatur eines Produktes alles elektronisch gesteuert wird.

Nicht zu reden von den Biotechnologien, über deren Auswirkungen ich hier nichts Näheres sagen kann, die aber in einer ganzen Reihe von herkömmlichen Industriebereichen ganz entscheidende strukturelle, nicht nur peripherie Änderungen hervorrufen werden.

Die Regierung, Herr Bundesminister, meine Damen und Herren, bekennt sich zu aktiver Forschungs- und Innovationspolitik. Ich meine, dieses grundsätzliche Bekenntnis sollte dringend ergänzt werden durch ein klares mittel- und langfristiges Forschungs- und Technologiekonzept. Ich meine, daß es zum Beispiel so sein müßte, daß in allen wirtschaftlich relevanten Gesetzen der Innovationsgedanke, von dem die ganze Entwicklung des wirtschaftlichen Geschehens und damit der sozialen Umwelt der Zukunft abhängt, berücksichtigt wird. Das würde es den Unternehmen, vor allem dem Mittelstand, wesentlich erleichtern, neue und zukunftsträchtige Produkte zu entwickeln. Und ich meine, man sollte wirklich gerade den kleinen und mittleren Bereich, der nicht nur für Österreich, sondern für ganz Europa

symptomatisch und entscheidend ist, stärker ermutigen, neue Produkte, neue Verfahren zu entwickeln, sich mehr mit Forschungs- und Entwicklungsaufgaben zu beschäftigen, sich mehr an überbetrieblichen Entwicklungsprojekten zu beteiligen.

Ich selbst hatte in der vergangenen Woche Gelegenheit, als Sprecher und Berichterstatter des Europarates an der Schlußkonferenz der Europäischen Gemeinschaft über kleine und mittlere Unternehmen teilzunehmen. Das Jahr 1983 war das Jahr der kleinen und mittleren Unternehmen. Hier stand eindeutig im Vordergrund die dringende Notwendigkeit, und zwar existentiell gesellschaftliche Notwendigkeit der Förderung der kleinen und mittleren Unternehmen vor allem im Bereich der Innovation.

Forschungsförderung ist wichtig, Herr Bundesminister. Ich erkenne an, daß die Ansätze der Forschungsförderungs-Fonds im Rahmen der bescheidenen Möglichkeiten erhöht wurden, aber sie decken im Endergebnis doch nur etwas mehr als 4 Prozent der gesamten Forschungs- und Entwicklungsausgaben der Wirtschaft ab. Und ich meine, und das ist nun gleich in einem Entschließungsantrag formuliert, um den Nachholbedarf Österreichs im Bereich der Innovation, den unbestrittenen Nachholbedarf auszugleichen, müssen daher auch die weit überwiegenden Forschungs- und Entwicklungsprojekte, die aus Eigenmitteln finanziert werden, im indirekten Weg durch steuerliche und innovationsfördernde Maßnahmen unterstützt werden.

Hohes Haus! Ich bringe zu diesem Gegenstand und in dieser Erwartung und Hoffnung den Entschließungsantrag der Abgeordneten Dr. Blenk und Genossen vor, der sich mit der Innovationsoffensive zur Schaffung zukunftssträchtiger Arbeitsplätze befaßt und als unser Antrag „Arbeit schaffen“ Nr. 5 gilt.

Wir wollen damit weitgehend die Konsequenzen auszugleichen versuchen, die durch das Belastungspaket in allen Bereichen der Gesellschaft und der Wirtschaft zu befürchten sind: Hinderung des Wirtschaftsaufschwunges, Reduzierung, Vernichtung von 20 000 bis 30 000 Arbeitsplätzen, Verkürzung der Einkommen, und so weiter.

Ich gehe davon aus, daß der Entschließungsantrag, den ich jetzt verlese, mit dazu beitragen kann und wird, die Zukunftschancen unserer Gesellschaft und vor allem der mittelständischen Wirtschaft zu verbessern.

Dr. Blenk

Der Entschließungsantrag hat folgenden Wortlaut:

Entschließungsantrag:

Der Nationalrat wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert, zur Stärkung von Forschung und Entwicklung in Österreich umgehend folgende Maßnahmen zu setzen:

a) Bereitstellung einer Forschungsmiliearde

b) Ausdehnung des bestehenden Instrumentariums der steuerlichen Begünstigung für Forschungsausgaben

durch Berücksichtigung der kalkulatorischen Eigenlizenzen

durch Erhöhung des Investitionsfreibetrages für Forschungsinvestitionen und Erweiterung der Verwendungsmöglichkeit für Zwecke der Forschung und Entwicklung sowie

durch Absetzbarkeit von Forschungssubventionen

c) Anerkennung für jene Betriebe, die auf dem Sektor Forschung und Entwicklung Besonderes geleistet haben, durch besondere steuerliche Begünstigungen.

Der wesentliche Inhalt dieses Entschließungsantrages, meine Damen und Herren, ist im übrigen in dem vor kurzem erst verteilten Dokument II der Steuerreformkommission des Arbeitsausschusses Forschungsförderung weitgehend nachzulesen. Und, Herr Bundesminister, auch in der letztwöchigen Abschlußkonferenz der Europäischen Gemeinschaft zum Jahr des Mittelstandes wurden diese Forderungen fast inhaltlich wiedergegeben als eine allen Staaten ans Herz gelegte Empfehlung, und schließlich haben auch Sie in Ihrer Straßburger Erklärung in dieser Richtung Äußerungen abgegeben.

Ich meine daher, meine Damen und Herren, daß es für Sie ein gutes und auch ein leichtes sein müßte, diesem Entschließungsantrag die Zustimmung zu geben und damit einen Schritt in eine gute und richtige Richtung zu setzen.

Dem Budget aber, meine Damen und Herren, müssen wir aus den von mir, wie ich meine, hinreichend dargetanenen Gründen

die Zustimmung versagen. Ich danke. (*Beifall bei der ÖVP.*) 11.22

Präsident Mag. Minkowitsch: Der soeben verlesene Entschließungsantrag der Abgeordneten Dr. Blenk und Genossen ist genügend unterstützt und steht mit zur Verhandlung.

Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Nowotny. Ich erteile es ihm.

11.23

Abgeordneter Dr. Nowotny (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Der Voranschlag 1984 sieht für den Bereich Wissenschaft und Forschung Gesamtausgaben von 11,7 Milliarden Schilling vor — das ist eine Steigerung von 8 Prozent gegenüber dem Vorjahr —, und mit diesem doch sehr deutlichen Realzuwachs zeigt sich weiterhin Wissenschaft und Forschung eindeutig als ein Schwerpunkt in der Arbeit dieser Bundesregierung. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*)

Diese Kontinuität, die wir hier sehen, ist umso bemerkenswerter, wenn man sie mit der internationalen Entwicklung vergleicht. Gerade der Herr Abgeordnete Blenk als ein viel und gern reisender Abgeordneter ist doch sicherlich informiert darüber, wie im Ausland auf diesem Gebiet die Entwicklungen vor sich gehen, die zu massiven Kürzungen in den Bildungs- und Hochschulbudgets führen. Er hat ja selber angeführt, und das Faktum ist ja unbestreitbar, daß in der Bundesrepublik Deutschland im Bereich Bildung und Wissenschaft die Ausgaben um 14,7 Prozent gesenkt wurden; das gilt für den Bund, aber bei den Ländern sind ebenfalls Senkungen zu sehen. Ähnliche Entwicklungen haben wir in Großbritannien.

Hohes Haus! Das heißt, wir sehen hier sehr deutlich, in den konservativ regierten Staaten Europas ist zu Lasten von Wissenschaft und Forschung tatsächlich ein Kurswechsel eingetreten, aber ein Kurswechsel, den wir sicherlich nicht der österreichischen Wissenschaft wünschen wollen. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*)

Das ist umso wichtiger, weil gerade Wissenschaft und Forschung für fruchtbare Arbeiten nichts notwendiger brauchen als Kontinuität. Es sind ja langfristige Elemente wesentlich für den Fortschritt in Wissenschaft und Forschung, und die Kontinuität, die sich gerade wieder im Budget 1984 zeigt, ist daher nicht nur für dieses Jahr bedeutsam, sondern sie ist eine wichtige Investition für die

Dr. Nowotny

Zukunft unseres Landes insgesamt und im speziellen der Wissenschaft in unserem Land.

Innerhalb des Wissenschaftsbudgets 1984 zeigen sich nun drei sehr deutliche Schwerpunkte: Einerseits eine starke Erhöhung des Aufwands für Unterrichts- und Forschungserfordernisse im Bereich der Universitäten, zweitens eine deutlich ausgeweitete Dotierung für die Bibliotheken und drittens eine deutliche Ausweitung der Mittel für Forschung und Forschungsförderung.

Es werden meine Kollegen ja auf Einzelbereiche noch eingehen. Ich möchte mich hier zunächst nur auf den Bereich der Forschung beziehen und darf hier gleich den Antrag des Herrn Abgeordneten Blenk heranziehen. Ich möchte zu den ersten Seiten dieses Antrags nicht viel sagen. Das ist ein Vorspann, der die allgemeine wirtschaftspolitische Schizophrenie der ÖVP widerspiegelt, wo sie einerseits Defizitabbau verlangt und andererseits alle Maßnahmen, die diesem Defizitabbau dienen, ablehnt. Das ist, glaube ich, keine wirklich seriöse Diskussionsbasis. (Beifall bei SPÖ und FPÖ. — Abg. Dr. Blenk: Ihr Niveau ist bedenklich!)

Aber, Herr Kollege Blenk, wenn ich jetzt auf die rein wissenschaftspolitischen Aspekte des Antrags eingehen darf, so schreiben Sie hier zunächst einmal, daß der Technologierückstand Österreichs immer stärker wird. Das ist völlig falsch. Es ist auch von den Zahlen her absolut nicht bewiesen, im Gegenteil, wir haben hier einen erheblichen Aufholprozeß gemacht: Wenn ich Sie nur darauf hinweisen darf, daß etwa die Aufwendungen für nichtmilitärische Forschung in Österreich in diesem Jahr bereits 904 S pro Kopf betragen, im EWG-Durchschnitt 918, das heißt, wir haben hier fast den Bereich schon erreicht und haben damit einen deutlichen Aufholprozeß in den letzten Jahren durchführen können.

Wenn Sie weiter schreiben, daß im Budget 1984 kein erkennbarer Innovationsschwerpunkt gesetzt worden ist, so möchte ich Sie darauf hinweisen, daß die Zahlen für Forschungs- und Entwicklungsausgaben des Bundes im Jahr 1984 6,4 Milliarden Schilling betragen; das ist ein Zuwachs von 7,9 Prozent. (Abg. Dr. Blenk: Die 6 Milliarden stimmen nicht, das ist das Problem!)

Herr Kollege Blenk, Sie werden doch nicht behaupten können, daß das kein Schwerpunkt ist, eine Ausweitung, die deutlich über der Inflationsrate liegt, eine Ausweitung, die

immerhin bewirkt, daß wir 6,4 Milliarden Schilling ausgeben, und, Herr Kollege, die weiters bewirken wird, daß insgesamt die Forschungs- und Entwicklungsausgaben in Österreich im nächsten Jahr 18,4 Milliarden betragen werden. Das ist gegenüber dem Jahr 1983 gemessen als Prozentsatz des Bruttoinlandsproduktes ein deutlicher Anstieg auf 1,45 Prozent.

Natürlich, es ist völlig richtig, Forschung und Entwicklung ist ein Bereich, wo man unendlichen Geldbedarf aufweisen kann, aber ich glaube, man muß seriöserweise anerkennen, daß hier wesentliche Fortschritte geleistet wurden, daß ein großer Rückstand, den diese Regierung übernommen hat, kontinuierlich abgebaut werden konnte. (Abg. Dr. Blenk: Genau das Gegenteil ist der Fall! Sie sind heute unter 1970!) Ich habe Ihnen ja gerade die Zahlen genannt, Herr Kollege.

Was nun Ihre speziellen Forderungen betrifft: einerseits Bereitstellung einer Forschungsmilliarden — ich habe Ihnen schon gezeigt, daß wir hier sogar wesentlich mehr ausgeben —, zweitens die Ausdehnung des bestehenden Instrumentariums der steuerlichen Begünstigung. Ich glaube, das sind sicherlich Bereiche, über die man diskutieren kann. Es wird ja auch darüber diskutiert. Sie haben selber angeführt, in der Steuerreformkommission, wir haben im Rahmen des FOG darüber diskutiert, und ich glaube, es sind hier sicher Weiterentwicklungen möglich durch konstruktive Gespräche, sicherlich aber nicht möglich durch Propagandaanträge wie diesen hier. Sie werden sicherlich nicht erwarten, Herr Kollege, daß wir diesem Antrag unsere Zustimmung geben können. (Abg. Dr. Blenk: ... eines Universitätsprofessors würdig oder unwürdig?)

Herr Kollege! Ich nenne Ihnen hier konkrete Zahlen. Wenn Sie konkrete Zahlen nicht vertragen können, tut mir das leid. Sachlich richtig sind sie jedenfalls. (Beifall bei SPÖ und FPÖ.)

Ich darf Sie daran erinnern, daß wir beide ja bei einem Gespräch waren mit den Forschungsförderungsfonds, wo auch aus der Sicht der Forschungsförderungsfonds durchaus anerkannt wurde, daß hier sehr wesentliche Fortschritte erzielt wurden. Immerhin sind ja im Budget 1984 für den Forschungsförderungsfonds für die wissenschaftliche Forschung zusätzlich 15 Millionen Schilling, für den Fonds für gewerbliche Forschung zusätzlich 25 Millionen Schilling, dazu kommt noch ein Block von der Österreichischen National-

Dr. Nowotny

bank von 100 Millionen Schilling, dazu kommen noch zinsbegünstigte Kredite über die Investitions-Kredit AG von mehreren hundert Millionen Schilling. Das heißt, wir haben hier insgesamt — und ich glaube, das kann man guten Gewissens sagen — einen Zustand erreicht, wo es uns gelungen ist, ein System zu entwickeln, wo kein Projekt, das wissenschaftlich interessant und für die österreichische Wirtschaft relevant ist, an Geldmangel scheitern muß. Und das ist ein Erfolg, auf den wir alle stolz sein können. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ. — Abg. Dr. Blenk: ... schon was anderes, Herr Professor!*)

Herr Kollege, wir alle wissen, daß das Verlangen nach Geldern für jeden guten Forcher unbegrenzbar ist. Aber im Gegensatz zu Ihnen sind die Herren der Wissenschaftsfonds Realisten genug anzuerkennen, daß hier tatsächlich sehr viel geschehen ist, und anzuerkennen, daß jedes vernünftige Projekt in Österreich heute gefördert werden kann. Und das ist der entscheidende Punkt. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ. — Zwischenrufe des Abg. Dr. Blenk.*)

Was wir heute natürlich immer stärker sehen, das ist, daß Forschungsförderung nicht nur — das hat sich auch in diesem Gespräch gezeigt — eine Frage des Geldes ist, sondern sicherlich auch in einem erheblichen Maß eine Frage der Organisation, eine Frage der Kontakte und in einem gewissen Sinn, wenn Sie wollen, eine Frage auch der Mentalität. Gerade hier sind in den letzten Jahren auch erhebliche Leistungen erfolgt. Ausgehend vom Forschungsorganisationsgesetz ist versucht worden, sehr viel engere Kontakte zwischen Wissenschaft und Praxis zu schaffen. Ich darf etwa an die Projektteams erinnern, die zum Beispiel für den Bereich Mikroelektronik eingerichtet wurden, zum Beispiel für den Bereich Biotechnologie. Ich darf an die Aktion „Hochschulassistenten in die Wirtschaft“ und an eine ganze Reihe von Maßnahmen erinnern, die ja auch bereits Erfolge zeigen, wobei man sich aber sicherlich bewußt sein muß, daß gerade der Bereich der Forschungsförderung ein Bereich ist, wo es sich um lange Ausreifungszeiten handelt, ein Bereich, wo sicherlich keine spektakulären Schnellschüsse zu erwarten sind, sondern wo es um geduldiges, hartes Arbeiten in einem sehr schwierigen Gebiet geht und wo es sicherlich nicht darum gehen kann, hier durch Propagandaanträge die Sache leichter darzustellen, als sie tatsächlich ist.

Faktum ist, daß wir zum Beispiel in Österreich den Einstieg in die Produktion mikro-

elektronischer Bauteile, daß wir etwa Erfolge im Bereich der Maschinenindustrie, im Bereich der Chemie und in anderen Bereichen sicherlich nicht geschafft hätten, wenn dem nicht im wesentlichen Maß Maßnahmen der Forschungsförderung vorangegangen wären. Ich glaube, gerade das zeigt sehr deutlich, daß wir hier praktische Erfolge haben, die für die österreichische Wirtschaft bereits im höchsten Maß relevant geworden sind. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ. — Zwischenruf des Abg. Dr. Blenk.*)

Hohes Haus! Zur Beurteilung eines Budgets genügt es freilich nicht, jetzt hier nur auf die Zahlen eines Voranschlags einzugehen. Ich glaube, zur Beurteilung gehört doch auch die Diskussion des politischen Konzepts, das hinter diesen Zahlen steht. Ich möchte daher die Budgetdebatte dazu nützen, einige grundsätzliche Bemerkungen vorzutragen, zu denen sich ja sonst im Laufe der täglichen Arbeit eines Parlaments kaum Gelegenheit gibt.

Gerade Wissenschaft und Forschung sind heute zweifellos in einer Umbruchsphase, einer Umbruchsphase, die von manchen als eine Krise empfunden wird, die aber — und ich schließe mich dem an — genausogut auch als eine Phase eines notwendigen Funktionswandels, als eine Phase einer Chance für die Universitäten gesehen werden kann. Dementsprechend haben wir heute auch auf den Universitäten sehr verschiedene Schichten, die einander überlagern.

Wir haben etwa nach wie vor das Humboldtsche Ideal, das sich im 19. Jahrhundert für die Universitäten entwickelt hat, das Ideal einer zweck- und wertfreien Forschung (*Zwischenruf des Abg. Dr. Blenk*), das Ideal der Freiheit der Wissenschaft, abgestützt durch eine sehr ausgebauten Hochschulautonomie. Dieses Ideal, wenn Sie wollen, der autonomen wissenschaftlichen Forschung — wie Humboldt es ausdrückte: in Einsamkeit und Freiheit —, das ist ja ein Ideal, das heute nach wie vor sehr weitgehend das Selbstverständnis der Universitäten prägt, insbesondere der geisteswissenschaftlichen Universitäten. Auf den technischen Hochschulen ist es ja anders, weil die Tradition der technischen Hochschulen vielfach eine andere ist — gerade im deutschen Sprachraum — als die der Universitäten.

Und tatsächlich — ich möchte das ganz deutlich sagen — ist dieses Humboldtsche Ideal ja auch ein ehrwürdiges Ideal. Es war eine Vision nicht nur des liberalen Bürgertums, sondern eine Vision, die auch von der

Dr. Nowotny

sozialistischen Bewegung geteilt wurde. Gerade der Glaube an die Zukunft der Wissenschaft, an die Freiheit der Wissenschaft ist ein wesentliches Element einer sozialistischen Entwicklung gewesen. Ich darf Sie daran erinnern, daß nicht zufällig in unserem „Lied der Arbeit“ etwa die Berufung auf Galilei und damit auf die Freiheit der Wissenschaft erfolgt ist.

Aber sicherlich ist es so, daß gegenüber der Welt des 19. Jahrhunderts die Universitäten heute eine völlig andere Welt darstellen, wo Universitäten zu Großinstitutionen geworden sind, zu Großbetrieben mit Tausenden Mitarbeitern, mit etwa einer Zahl der Studenten in Österreich, die weit über 100 000 geht, mit einem Milliardenaufwand, wie wir es ja heute im Budget hier sehen, und damit natürlich auch mit einer erhöhten Notwendigkeit, die Verwendung öffentlicher Mittel zu rechtfertigen.

Vor allem aber sind Wissenschaft und Forschung heute entscheidende Produktionsfaktoren geworden. Es ist eben heute so, daß nicht mehr wie im 19. Jahrhundert die Stärke und die Zukunft eines Landes in seinen Bodenschätzen, in seinem Menschenpotential liegt, sondern die Stärke und die Zukunft eines Landes liegt heute ganz wesentlich darin, wie weit es ihm gelingt, wissenschaftlich-technischen Fortschritt zu entwickeln und wirtschaftlich-konkret nutzbar zu machen.

Und ich glaube, man muß ganz deutlich sagen, entgegen dem Grundton, der gerade auch in der Rede des Abgeordneten Blenk durchgeklungen ist: Ein steigender Anteil akademisch Ausgebildeter an der Bevölkerung ist nicht als eine Belastung oder als eine Gefahr zu sehen, sondern ist als eine Chance, als Aktivum für eine Volkswirtschaft zu sehen. Es ist immer sehr eigenartig, wie zwar bei internationalen Überblicken etwa die Industriellenvereinigung immer darauf hinweist, daß eines der Geheimnisse des wirtschaftlichen Erfolgs von Japan in seiner hohen Akademikerquote liegt, daß aber andererseits konservative Gruppierungen in Österreich selber dann immer wieder beklagen, wenn der Anteil der Akademiker steigt und von... (Abg. Dr. Blenk: Welche Gruppierungen sind denn das, die so konservativ sind?) Herr Kollege! Wenn man die Zwischenstöße hört, so wie in Ihrer Rede, so war das sehr deutlich, daß Sie wachsende Akademikerquoten als eine Gefahr sehen! (Zwischenrufe des Abg. Dr. Blenk.) Und von wem kommen denn die Dinge vom „Herrn Dr.

Taxifahrer“, die Frage der „Akademiker schwemme“?

Ich möchte Sie darauf hinweisen. Ich möchte gar nicht so unfair sein und Sie mit dem Kollegen Piaty verbinden, der ja immerhin Ihrer Partei zumindest lange Zeit angehört hat. (Abg. Dr. Blenk: Ein Niveau haben Sie, ...) Ich möchte aber doch deutlich sagen, daß in sehr vielen Diskussionen gerade von der konservativen Seite immer wieder das Gespenst der Akademikerarbeitslosigkeit, das Gespenst der Akademikerschwemme und wie diese schönen Dinge alle heißen beschworen wird. Sicherlich sind Arbeitsmarktfragen ernst zu nehmen, aber sie sind nicht in der Weise zu diskutieren (Zwischenruf des Abg. Dr. Blenk), daß man die Leute abschrecken soll von einem Studium, sondern sie sind in der Weise zu diskutieren, daß man sagt: Das ist eine Chance für Österreich, hier zusätzliche geistige Potentiale zu entwickeln. — In dem Sinn sehen wir das. (Beifall bei SPÖ und FPÖ.)

Und gerade wenn man über unsere Grenzen blickt, muß einem deutlich sein, daß diese zusätzlichen Ausgaben, die zusätzlichen Potentiale für Wissenschaft und Forschung heute eine wesentliche Voraussetzung für die Entwicklung eines Staates sind, daß wir ja in West und Ost einen gewaltigen Ausbau an Forschungskapazitäten sehen und daß heute mehr Menschen in der Forschung arbeiten als in der ganzen Menschheitsgeschichte zuvor.

Und das hat ja dann auch die Wirkung, daß das Tempo des wissenschaftlichen Fortschritts unerhört rasch angestiegen ist, daß damit ganz neue Anforderungen an die Universitäten und an die Forschung entstanden sind und daß diese Entwicklung sicherlich auch ganz erhebliche Probleme bringt. Sie hat einerseits zu großen Erfolgen geführt — ich darf etwa an Erfolge im Bereich der Medizin erinnern —, aber sie hat natürlich auch zu Dingen geführt, die wir nicht ohne Problembewußtsein sehen können, wenn wir nur etwa daran denken, daß ein großer Teil der Forschung Militärforschung mit allen ihren Gefahren für die weitere Entwicklung darstellt und daß wir uns heute generell in einer Situation befinden, wo Grenzen der Forschung immer deutlicher werden.

Wir stehen heute das erste Mal in der Geschichte der Menschheit vor einer Situation, wo sich die Frage stellt, ob wirklich alles, was machbar ist, auch gemacht werden soll. Und es ist auch eine Herausforderung an die Politik, die sich in dieser Form noch nie für

Dr. Nowotny

die Politik gestellt hat. Es ist ganz verständlich, daß daraus Unsicherheit, daß daraus Wissenschaftsfurcht und zum Teil auch Wissenschaftsfeindlichkeit entsteht. Und das alles berührt wieder das langfristige Selbstverständnis der Universitäten und das Verhältnis zwischen Universitäten und Politik.

Ich möchte ganz kurz skizzieren, welche Position aus einer sozialdemokratischen Sicht gegenüber diesen Problemen nach meinem Dafürhalten einzunehmen ist.

Zum ersten: Es ist sicher richtig, alles das an guten und wichtigen Traditionen der Universitäten zu bewahren, was bewahrenswert ist. Das gilt vor allem für das Prinzip der Freiheit der Wissenschaft als eines dynamischen und liberalen Elements in einer Gesellschaft.

Zum zweiten muß man sich aber auch bewußt sein, daß es notwendig ist, ganz ohne falsche Nostalgie die Bereiche zu sehen, wo sich eben ein grundlegender Wandel in den ökonomischen und technischen Voraussetzungen und Erfordernissen gezeigt hat.

Die Universitäten sind heute ein Großbetrieb, sie sind nicht mehr der Gelehrtenklub alter Zeiten. Das bedarf entsprechender Organisationsformen, entsprechender Finanzierungsformen und auch entsprechender demokratischer Mitwirkungsrechte.

Gleichzeitig muß man sich bewußt sein, daß eben die Universitäten heute eine ganz wesentliche wirtschaftsrelevante Funktion haben und auch als legitimes Anliegen der Gesellschaft dieser Funktion nachkommen müssen.

Zum dritten — und ich sage das gerade als Ökonom — muß Wissenschaftspolitik aber sicherlich mehr sein als nur eine Fortsetzung der Wirtschaftspolitik mit anderen Mitteln. Wissenschaftspolitik hat zweifellos eine, wenn man so will, technische Seite, aber sie darf sich darin nicht erschöpfen. Es geht hier auch um die Förderung und die Bewahrung des kritischen Potentials der Wissenschaft, aber auch umgekehrt um die Erarbeitung kritischer Positionen der Gesellschaft gegenüber der Wissenschaft selbst.

Ich weiß, das ist ein sehr heikler Bereich; ein Bereich, wo Mißbrauch in vielen Formen möglich ist, Mißbrauch von Seiten der Wissenschaft, wenn sie sich etwa politisch mißbrauchen läßt, wie zum Beispiel leider in der Zeit des Nationalsozialismus, wo die Universitäten keine rühmliche Rolle gespielt haben, Miß-

brauch aber auch durch die Wissenschaft in der Form, daß sie fachimmanent ihre Grenzen überschreitet, ihre gesellschaftliche Verantwortung vergißt, aber natürlich besteht auch die Gefahr des Mißbrauchs durch den Staat, wenn der Staat in die Freiheit des wissenschaftlichen Denkens, in die Freiheit des wissenschaftlichen Arbeitens eingreift. Und ich glaube, daß aus all dieser Fülle von Bereichen neue Anforderungen an die Politik entstehen.

Es ist sicherlich nicht möglich, hier kurze und einfache Schlüsse zu ziehen, aber ich meine, die grundlegende Ausrichtung von Wissenschaftspolitik heute muß heißen: möglichst weitgehende Anerkennung und Sicherung der wissenschaftlichen Freiheit, aber gleichzeitig auch Beachtung, daß die Wissenschaft in eine gesellschaftliche Verantwortung eingebunden ist, daß Wissenschaftspolitik heute eben nicht mehr bloßes *Laissez-faire* sein kann, nicht nur bloßes Finanzieren, sondern daß sie einen aktiven Dialog bedeutet, aktive Beiträge beider Seiten, der Wissenschaft wie der Politik, erfordert.

Ich glaube, daß in Österreich sicherlich bei Divergenzen ... (*Zwischenruf bei der ÖVP*) Bitte? (*Ruf bei der ÖVP: Kümmert sich ja niemand!*) Das glaube ich nicht. Eben aus diesem Grunde habe ich mich veranlaßt gesehen, heute bei der Budgetrede zum Beispiel einige dieser grundlegenden Fragen aufzuwerfen und nicht immer nur bei den einzelnen Budgetkapiteln zu bleiben, weil ich eben genau glaube, daß es wichtig ist, diesen Dialog nicht nur von der Wissenschaft zu führen, sondern auch von der Politik aufzunehmen. Ich würde mich sehr freuen, wenn das ein Dialog ist, der nicht nur auf eine Partei beschränkt ist, wenn das ein Dialog ist, der über die Parteien hinweg zu führen ist. (*Zwischenruf des Abg. Dr. Blenk*) Herr Kollege, ich werde vielleicht verzichten, mit Ihnen zu sprechen, es gibt Gott sei Dank genügend andere in Ihrer Fraktion, die eher imstande sind, so einen Dialog zu führen. (*Beifall bei der SPÖ*.)

Ich glaube, gerade bei so grundsätzlichen Fragen sollten wir davon Abstand nehmen, kleinliche parteipolitische Aspekte zu werten. Hier geht es wirklich um Zukunftsfragen einer Gesellschaft, und ich glaube, es wäre wichtig, daß wir in solchen Zukunftsfragen die Kraft entwickeln, einen Basiskonsens zu finden. Und es wäre sicherlich ein gutes Ergebnis dieser Budgetdebatte, wenn wir als Erfolg dieser Budgetdebatte doch feststellen könnten, daß es in für die Zukunft unserer Gesellschaft wichtigen Bereichen möglich ist,

Dr. Nowotny

einen Basiskonsens zwischen allen in diesem Hause vertretenen Gruppen zu finden.

Ich darf versichern: Von unserer Seite sind wir zum Dialog bereit, zum Dialog mit der Wissenschaft und zum Dialog mit allen anderen hier interessierten Bereichen. (Beifall bei der SPÖ.) 11.44

Präsident Mag. Minkowitsch: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dipl.-Vw. Dr. Stix. Ich erteile es ihm.

11.45

Abgeordneter Dr. Stix (FPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Das Budgetkapitel „Wissenschaft und Forschung“ ist ein schönes Beispiel für die Kontinuität im politischen Verhalten der Freiheitlichen Partei Österreichs. Als Wissenschaftssprecher meiner Fraktion hatte ich schon wiederholt Gelegenheit, früher auch noch von der Opposicionsbank aus die Zustimmung meiner Fraktion zum Kapitel „Wissenschaft und Forschung“ zu begründen. Und ein wichtiges Argument bei dieser Begründung war jedesmal die Tatsache, daß es in Wissenschaft und Forschung eine Schwerpunktbildung gegeben hat, der wir immer zustimmen konnten.

Auch diesmal kann nicht bestritten werden, daß es trotz eines Sparbudgets bei Wissenschaft und Forschung eine Schwerpunktbildung gibt. Das ist eben jene Kontinuität, der wir Freiheitlichen uns im Bereich der Wissenschafts- und Forschungspolitik verpflichtet fühlen.

Ich darf ganz kurz zurückblenden auf die erst 1970 erfolgte Gründung des Wissenschaftsministeriums. Ich glaube, daß es heute außer Streit steht, daß dies damals eine weitblickende Entscheidung, gemeinsam getragen von Sozialistischer Partei und FPÖ, war. Es ist heute unbestritten — jedenfalls ist mir keine Stimme bekannt, die etwas anderes sagen würde —, daß es sich als richtig erwiesen hat, die großen politischen Aufgaben, die im Bereich der Wissenschaftspolitik zu bewältigen sind, in einem eigenen Ressort zusammenzufassen.

Lassen Sie mich aber heute den Versuch machen, einigen Dingen tiefer auf den Grund zu gehen. Einer der vielleicht wichtigsten Vordenker bei den deutschen Liberalen, Ralf Dahrendorf, hat jüngst in einem Vortrag in Bad Godesberg — am 14. November hat er ihn gehalten — über einen ganz bestimmten Typ des Wissenschaftspolitikers gesprochen und wohl auch sich selber gemeint, als er sagte:

„Es gibt Grenzgänger zwischen Politik und Wissenschaft, zwischen Praxis und Theorie.“

— Ich selber verstehe mich ja als einen solchen „Grenzgänger zwischen Politik und Wissenschaft“, glaube auch ähnliche Anzeichen bei Herrn Bundesminister Dr. Fischer beobachten zu können, und wahrscheinlich wird es überhaupt keinen guten Wissenschaftspolitiker geben können, der nicht selber irgendwo dieser Grenzgänger zwischen Politik und Wissenschaft im Sinne Dahrendorfs ist.

Tatsache ist, daß die Wissenschaft in einem enormen Maße die Politik beeinflußt, umgekehrt selbstverständlich detto. Man kann heute von einer Verpolitisierung der Wissenschaft genauso sprechen wie von einer Verwissenschaftlichung der Politik, darüber hinaus aber von einer Verwissenschaftlichung zweifellos aller Lebensbereiche, in denen wir uns befinden.

Mehr denn je ist der Wissenschaft die Rolle des Problemlösers zuzuordnen. Ich bin hier auf ein sehr nettes Zitat von Max Perutz gestoßen, einem gebürtigen Wiener; 1962 hat er den Nobelpreis für Chemie erhalten. Er sagte bei einem Vortrag in Venedig im September 1980, als er die verschiedenen Rollen beleuchtete, folgendes: „Was nun das gewöhnliche Volk betrifft, sind die Lehren der Priester, der Politiker und der Wissenschaftler höchst unterschiedlich. Der Priester überredet die einfachen Leute, ihr schweres Los zu ertragen, der Politiker fordert sie auf, dagegen zu rebellieren, und der Wissenschaftler überlegt, wie er das schwere Los aus der Welt schaffen kann.“ Hier ist auf eine sehr einprägsame Art und Weise die Rolle der Wissenschaft als Problemlöser herausgearbeitet.

Die Wissenschaft war in Wahrheit immer Problemlöser, nur haben die Akzeleration des Fortschritts und die dicht aufeinanderfolgenden Errungenschaften in unserer immer komplexer werdenden Gesellschaft dazu geführt, daß die Wissenschaft heute mehr denn je in diese Rolle gedrängt wird.

Nicht zuletzt war die Erkenntnis dieser sich beschleunigenden allgemeinen Entwicklung Ursache für die in der ganzen westlichen Welt zu beobachtende bildungspolitische Welle, insbesondere der sechziger Jahre. Keine Frage, daß diese damals auf die immer komplexer werdenden Probleme der modernen, hochtechnisierten Massengesellschaft abzielte.

Meines Erachtens trafen damals zwei

154

Dr. Stix

Linien zusammen, die dann diese bildungspolitische Welle ausgelöst und getragen haben.

Erstens einmal das Bestreben, Bildungsideale des sogenannten Bürgertums auf die Massengesellschaft umzusetzen.

Zum zweiten aber dann auch der pragmatische Gesichtspunkt, einen tatsächlichen oder in sehr euphorischer Form erwarteten Bedarf an besser ausgebildeten Menschen erfüllen zu können.

Diese bildungspolitische Welle schwachte dann über Schule, Mittelschule bis hin zur Universität. Und diesen beiden Motiven beziehungsweise den Folgen ihres Wirkens begegnen wir nach wie vor im Problemgemenge unserer gegenwärtigen Bildungs- und Wissenschaftspolitik.

Lassen Sie mich kurz bei dem einen Motiv verweilen, wie ich es nannte, bei dem Bestreben, Bildungsideale des sogenannten Bürgertums auf die Massengesellschaft umzusetzen. Ich darf da vielleicht auch an die Worte meines Vorredners Prof. Nowotny anknüpfen, der das Thema ja auch gestreift hat.

Es ist da die liberale Idee zu erwähnen, die liberale Idee vom höheren Menschentum durch mehr Bildung, durch mehr Wissen in einem ganz engen Zusammenhang mit der Freiheitsidee, mit der Freiheit von Lehre und Forschung. Aber man muß selbstverständlich parallel dazu die sozialistische Idee sehen, nämlich die sozialistische Idee von der Öffnung eben dieser liberalen Sphäre auch für die Massen, wobei nach meiner Einschätzung von einer sehr euphorischen Einschätzung des Egalitätsprinzips ausgegangen wurde.

Aber immerhin: Diese beiden Bestrebungen führten zur Explosion in der Bildungspolitik, mit deren Folgen wir uns noch auseinandersetzen müssen.

Wenn ich mich nun auf den universitären Bereich einschränke, dann ist natürlich herausragend das Stichwort von der Massenuniversität. Es schwingt dabei immer eine Bewertung mit. Ich möchte aber ganz bewußt von der Massenuniversität wertneutral sprechen. Es ist einfach eine gestiegerte Zahl von Studierenden und der dazugehörenden Institutionen, die an Zahl und Umfang zugenommen haben. Wir werden uns damit noch zu beschäftigen haben.

Jedenfalls stehen wir vor dem Faktum, daß wir die offene Universität heute haben. Es

gibt keine soziale Sperre vor dieser offenen Universität. Es gibt auch keine Privilegierung in bezug auf diese offene Universität.

Unlängst hat sich der Herr Bundesminister für Wissenschaft Dr. Fischer am 7. November 1983 vor dem Europarat während der Konferenz U 2000 auch dazu geäußert. Ich zitiere ihn. Fischer sagte:

Ich persönlich trete — wobei ich in Übereinstimmung mit den großen politischen Gruppierungen in Österreich bin — für eine offene Universität mit freiem Zugang ein.

Dem kann ich namens der freiheitlichen Fraktion nur beipflichten. (Beifall bei der FPÖ und bei Abgeordneten der SPÖ.)

Es war stets die freiheitliche Auffassung, daß die universitäre Ausbildung jedem Begabten offenzustehen habe, ganz gleichgültig, aus welcher sozialen Schicht, aus welcher Region er kommt. Freilich haben wir ein Aber hinzugesetzt, nämlich das Aber von unserer Sicht des Leistungsprinzips her. Denn es ist nun einmal eine Frage, die sich nicht einfach wegdiskutieren läßt, sondern wo immer wieder die harten Realitäten das stärkste Argument liefern, daß die Grenze der Gleichheit die Ungleichheit der Begabungen ist.

Damit stehen wir wieder einmal vor der Auseinandersetzung Gleichheit gegen Leistungsprinzip, und daraus resultierend auch der Streit um das, was man Elitenbildung nennt. Die Frage ist zu stellen: Ist eine Elite, die auf Leistung beruht, wirklich ein Privileg? Ist eine Elite, die auf Leistung beruht, womöglich unsozial?

Wir Freiheitlichen verneinen dies. Ganz im Gegenteil: Ich möchte nachdrücklich die These unterstreichen, daß eine auf Leistung beruhende geistige Elite eine ganz enorme soziale Bedeutung für die Gesellschaft hat. (Beifall bei der FPÖ und bei Abgeordneten der SPÖ.)

Es läßt sich dies nicht nur theoretisch ableiten, sondern auch an Hand zahlreicher praktischer Beispiele historisch belegen. Etwa die Schutzimpfungen: Sie sind von Wissenschaftlern entdeckt, erfunden und schließlich für die Praxis entwickelt worden, die man nach einer gängigen Terminologie vielleicht einmal als privilegierte Angehörige einer wissenschaftlichen Kaste hätte bezeichnen können. Meinetwegen seien sie es gewesen.

Tatsache ist, daß das, was diese sogenann-

Dr. Stix

ten privilegierten Wissenschaftler entwickelt haben, letztlich der gesamten Gesellschaft, der gesamten Bevölkerung ungeachtet ihrer sozialen Schichtung und Verfassung zugute gekommen ist. Daß wir eben heute viele Krankheiten einfach durch Impfung vermeiden können, zum Teil ausgerottet haben, ja sogar weltweit ausgerottet haben, wie etwa die Pocken, ist ein solches soziales Ergebnis einer Leistungselite.

Daher meine ich, daß die Frontstellung Gleichheit gegen Leistungsprinzip in Wahrheit eine falsche Frontstellung ist. Diese — ich möchte fast sagen — vordergründig rivalisierenden, in Wahrheit aber gleichen idealen Zielen zustrebenden liberalen und sozialistischen Denkansätze in der Bildungspolitik sind meines Erachtens keine unüberbrückbare These und Antithese, sondern sie drängen geradezu zur Synthese einer offenen Bildungsgesellschaft, in welcher das Leistungsprinzip nicht als Aufhebung der sozialen Gleichheit verfehlt, sondern als deren Grenze begriffen und akzeptiert wird. (Beifall bei der FPÖ und bei Abgeordneten der SPÖ.)

Wir haben natürlich eine ganze Reihe schwerwiegender Probleme als Folge der Massenuniversität. Wir sehen uns mit dem Problem einer drohenden Mittelmäßigkeit befaßt. Man kann das verniedlichen, man kann es übertreiben. Ich möchte weder das eine noch das andere tun, sondern feststellen, daß es sehr wohl Indizien, daß es sehr wohl Anzeichen dafür gibt, daß eine der Folgen vielleicht des zu raschen Entstehens der Massenuniversität die Gefahr der Mittelmäßigkeit ist.

Es gibt darüber Aussagen in Österreich. Ich möchte aber, einfach um darzutun, daß das keineswegs ein spezifisch österreichisches Problem ist, sondern die ganzen westlichen Länder beschäftigt, die eben alle mit dieser Erscheinung zur Massenuniversität hin leben, aus „bild der wissenschaft“ zitieren, und zwar aus einem Referat, das der Präsident der Technischen Universität München, Wolfgang Wild, jüngst erst gehalten hat vor dem „Stiftungsverband für die deutsche Wissenschaft“. Ich möchte aus diesem Referat folgende Feststellung zum Problem drohender Mittelmäßigkeit zitieren:

Rein quantitativ ist demnach die Forschungskapazität der Hochschule in der Zeit der Entwicklung zur Massenuniversität nicht gesunken, sondern erheblich gestiegen. Dagegen ist durch die explosive Vermehrung der Stellen die Qualität der Hochschullehrer im

Durchschnitt gesunken. Unglücklicherweise wirkt sich die Atmosphäre überhandnehmen der Mittelmäßigkeit lähmend auch auf begabte Forscher aus.

Etwas weiter im Zitat noch:

„Schließlich möchte ich zusammenfassend behaupten, daß der unbefriedigende Stand der deutschen Spitzenforschung fast ausschließlich auf das Austrocknen eines forschungsfördernden Klimas zurückzuführen ist; ein Austrocknen, das“ — unter anderem — „verursacht wird durch: . . . die niveau-senkende Überflutung von Hochschulen und Forschungseinrichtungen mit unzureichend qualifizierten Wissenschaftlern in den vergangenen Jahren eines hektischen Ausbaus.“ Ende des Zitats.

Hier wird auf eine recht deutliche Art und Weise nachgewiesen, daß die Massenuniversität mit diesem Problem zu kämpfen hat. Ich glaube, daß dies auch für Österreich zutrifft, und ich meine, daß wir dem in Zukunft in unserer Hochschulpolitik Beachtung schenken müssen.

Ein weiterer Problemkreis aus der Massenuniversität ist die Förderung der Studierenden. Es ist natürlich richtig, möglichst weitgehend Förderung solchen, die förderungswürdig sind, zuteil werden zu lassen. Wir haben aber heute auch die Gefahr eines Gießkannenprinzips, und wir sehen auf der anderen Seite zugleich, daß es im Bereich der Begabtenförderung zuwenig Förderung gibt.

Ich meine, daß es von der Gesellschaft sehr kurzsichtig ist, auf die besondere Förderung ihrer Begabungen, insbesondere ihrer Spitzenbegabungen, zuwenig zu achten, weil die Gesellschaft sich damit letzten Endes selbst schadet, denn sie ist ja direkt oder indirekt letztlich der Nutznießer von Spitzenleistungen.

Daher mahnen wir Freiheitlichen immer wieder, und wir werden nicht aufhören zu mahnen, daß die Begabtenförderung gerade an der Massenuniversität und gerade für die Zukunft eine wichtige Aufgabe bleibt. (Beifall bei der FPÖ und bei Abgeordneten der SPÖ.)

Nun zum zweiten Beweggrund für die bildungspolitische Explosion der sechziger Jahre, ich nannte ihn den tatsächlichen und den erwarteten Bedarf an besser ausgebildeten Menschen.

Hier gleich mitten hinein in die aktuelle

Dr. Stix

Frage, sie wurde auch schon von Vorrednern angeschnitten, Stichwort: Akademikerschwemme, Akademikerschwemme als Ergebnis der Massenuniversität und zunächst einmal bewußt in Frageform gekleidet: Haben wir diese Akademikerschwemme, gibt es diesen Akademikerüberschuß?

Es gibt mit Sicherheit keine einfache und kurze Antwort darauf. Derzeit haben wir im allgemeinen keine Akademikerschwemme, aber sie zeichnet sich in Teilbereichen dennoch ab. Ein solcher Teilbereich ist die Pädagogik, sind die Lehrer. Es gibt auch andere Teilbereiche. Das ist die kurzfristige Betrachtung.

In der mittelfristigen Betrachtung sieht es danach aus, als ob wir in weiteren Bereichen einen Akademikerüberschuß bekommen, das heißt, eine Schwemme an absolvierten Akademikern wird wahrscheinlich.

In der langfristigen Betrachtung wiederum muß, glaube ich, jeder zugeben, daß wir es einfach nicht wissen. Wir wissen nicht, ob wir in Zukunft zu viele oder zu wenige Akademiker haben werden. Das hängt mit dem Verhältnis zwischen dem Beschäftigungssystem, also dem Wirtschaftssystem im weitesten Sinne, auf der einen Seite und dem Bildungssystem auf der anderen Seite zusammen. Derzeit ist hier die Synchronisation nicht vorhanden. Man kann erkennen, daß das Beschäftigungssystem anders läuft, als es das Bildungssystem tut.

Nun kann man natürlich diese Synchronisation sehr leicht fordern. Es ist allerdings schwer, sie zu realisieren. Und das hängt damit zusammen, daß diese Teilbereiche unserer Gesellschaft keineswegs in einem zwingenden Zusammenhang miteinander stehen.

Ich möchte aus einem Aufsatz des früheren Rektors der Universität Wien, Seitelberger, zitieren, den er schon am 7. Mai 1977 in der „Presse“ veröffentlicht hat.

Seitelberger schrieb damals: „Wissenschaft ist also wie Wirtschaft und Politik ein relativ selbständiges soziales System innerhalb der Gesellschaft und befindet sich mit Wirtschaft und Politik im Verhältnis nicht eines isolierten Nebeneinander, sondern der Interpenetration, das heißt der teilweisen Überlappung und Durchdringung. Es wäre daher unrichtig, Wissenschaft, Wirtschaft und Gesellschaft auf eine Ebene zu stellen und vom gleichrangigen Zusammenwirken von Wissenschaft, Wirt-

schaft und Gesellschaft zu reden. Wissenschaft und Wirtschaft können nur innerhalb der Gesellschaft zusammenwirken, deren Teilsysteme sie sind.“

Ich glaube, daß diese Analyse richtig ist und daß wir derzeit enorme Synchronisationschwierigkeiten zwischen diesen Teilsystemen der Gesellschaft haben, aber nicht zuletzt auch deswegen, weil diese Gesellschaft als Ganzes in eine Krise geraten ist.

Lassen Sie mich auch in diesem Zusammenhang den Bundesminister Dr. Fischer aus seinem Vortrag bei „U 2000“ zitieren. Er meinte wörtlich: „Bildungspolitik wirkt sehr langfristig; hüten wir uns daher vor kurzfristigen Perspektiven, die sich aus einer bestimmten ökonomischen Situation ergeben.“

Ich glaube, daß diese Auffassung im Prinzip richtig ist. Um zu präzisieren, was ich genau dazu meine, möchte ich folgendes sagen: Langfristig scheint mir ein Akademikeranteil von 6 bis 8 Prozent für die Gesellschaft durchaus gut und wahrscheinlich auch verkraftbar. Es ist dies eine Frage des Beschäftigungssystems in der Zukunft.

Mittelfristig glaube ich allerdings, daß wir sehr wohl erhebliche Beschäftigungsprobleme mit absolvierten Akademikern bekommen werden.

Wie muß daher die Strategie lauten? Sie muß erstens auf die mittelfristige Lösung der Beschäftigungsprobleme abzielen. Dabei wird man wahrscheinlich überhaupt nur pragmatisch vorgehen können und sich um eine permanente Synchronisation in möglichst vielen Teilbereichen bemühen müssen.

Zweitens — das ist jetzt der langfristige Gesichtspunkt — wird man aber das Ausbildungsvolumen, das sich aus der Entwicklung der Massenuniversität konkret herauskristallisiert hat, im Sinne der offenen Universität stabilisieren und konsolidieren müssen, aber — und dieses Aber hinzuzufügen ist aus freiheitlicher Sicht wieder sehr wichtig — nicht um den Preis der Mittelmäßigkeit. (Beifall bei der FPÖ und bei Abgeordneten der SPÖ)

Darüber hinaus muß, gerade wenn über Wissenschaftspolitik und über Probleme des Bildungssystems gesprochen wird, ganz deutlich hinzugefügt werden, daß diese Probleme nicht allein von Seite der Bildungspolitik zu bewältigen sind, sondern daß hier auch die Gesellschaftspolitik allgemein und die Wirt-

Dr. Stix

schaftspolitik im besonderen ihren Lösungsbeitrag liefern muß.

Ich darf hier Dr. Kramer, den Leiter des Wirtschaftsforschungsinstitutes, zitieren, der jüngst in einem für die CA erstellten Gutachten zu diesem Problemkreis folgendes ausführte. Ich zitiere:

„Positive Reaktionen des Bildungssystems auf die neuen wirtschaftlichen Gegebenheiten der achtziger Jahre können sinnvoll nur in einem intensiven Dialog zwischen der Wirtschaftspolitik und dem Schul- und Weiterbildungssystem ausgelöst werden. Eine Überwindung der immer ausgeprägteren Wirtschafts- und speziell Industrieferne und -skepsis eines Teils der pädagogischen Szene ist eine Voraussetzung für eine längerfristig befriedigendere Wirtschaftsentwicklung.“

Soweit Kramer, der Leiter des Wirtschaftsforschungsinstitutes. Dem ist kaum etwas hinzuzufügen.

Tatsächlich erleben wir gerade im Wirtschaftsbereich eine ungeheure Umwälzung von einem Ausmaß, das wir wahrscheinlich noch gar nicht in allen Dimensionen überblicken. Ich glaube, daß wir tatsächlich eine Revolution der Arbeitswelt in der Zukunft erleben werden und daß wir uns heute am Beginn dieser Revolution befinden.

Das, was uns heute schreckt, sind drei Aspekte: Erstens sind es die unmittelbaren Probleme der Anpassung, die sich vielfach durch Arbeitslosigkeit artikulieren. Zweitens ist es das Nichtverstehen vieler derzeit im Gange befindlicher Entwicklungen. Drittens schließlich — und das ist vielleicht das Schwierigste — das kaum vorstellbare Zukunftsbild einer Wirtschaft, die im wesentlichen eine Rückkehr zur Sklavenwirtschaft sein wird, einer Sklavenwirtschaft aber auf einem neuen Niveau, nämlich auf rein technischer Basis. Wir werden erleben, daß der Mensch zwar, wenn die Umstellung gelingt, Vollerwerb besitzen, aber nur Teilbeschäftigung ausüben wird.

Und wieder ergeht angesichts dieser großen Strukturprobleme der Hilferuf an die Wissenschaft, so wie Max Perutz, den ich eingangs zitierte, so schön sagte: „... und der Wissenschaftler überlegt, wie er das schwere Los“, sprich die Probleme, „aus der Welt schaffen kann.“

Nun hat allerdings die Fortschritthoffnung einem allgemeinen Pessimismus Platz

gemacht. Ein Anzeichen für diesen Pessimismus ist die allenthalben zu beobachtende Technikfeindlichkeit.

Hand in Hand mit dem überall erwachenden Mißtrauen gegenüber dem Fortschritt kann man eine teilweise Renaissance konservativen Denkens beobachten. Auch das ist kein Werturteil, nur eine sicherlich nicht uninteressante Feststellung. Immer dann, wenn der Fortschritt in eine Phase verwirrender Neuerungen führt oder zu rasch erfolgt, und das ist ja fraglos eingetreten, oder auch dann, wenn der Fortschritt einmal in eine Sackgasse gerät — auch das beobachten wir, vor allem im ökologischen Bereich —, gewinnen konservative Verhaltensweisen und Wünsche wieder an Boden: ein durchaus verständlicher psychologischer Mechanismus. Wieder einmal wird dann der Fortschritt in Frage gestellt.

Aber dennoch wird es diesen Fortschritt immer geben: einfach deshalb, weil noch unübersehbar viel Neuland vor der Menschheit liegt und weil der menschliche Geist einfach nach Entwicklung strebt. Der Fortschritt — auch hier darf ich wieder auf einen Dualismus in der Entwicklung liberalen und sozialistischen Denkens hinweisen — nimmt einen hohen Stellenwert im liberalen Denken ein, das ist unstrittig; er hat eine große Bedeutung aber auch im wissenschaftlichen Sozialismus, dort vielfach als eine Art säkularisierte Heilsverwaltung, während der Liberalismus die Horizonte des Fortschrittes offenläßt. Und wieder interessant, wie hier liberales und sozialistisches Denken, auf unterschiedlichen Wegen und miteinander rivalisierend, letztlich doch einem irgendwie ähnlichen abstrakt-idealen Ziel zustreben, nämlich dem Ziel einer befreiten Menschheit. (Abg. Dr. Mock: *Das ist eine Koalitionsphilosophie!*)

Der Schwung dieses Fortschrittglaubens hat nun in unserer Gegenwart einen Knick erfahren, damit aber auch das blinde Vertrauen in die Wissenschaft, die den bisher erzielten Fortschritt ermöglichte und ihn nach wie vor trägt. Wir sollten uns aber alle hüten, Orientierungsprobleme, die beim Fortschritt auftauchen, der Wissenschaft als solcher anzulasten, denn wir brauchen die Wissenschaft trotzdem, gerade heute und noch mehr für die Zukunft, um nämlich Antworten auf jene offenen und schwierigen Fragen unserer Entwicklung zu erhalten, um Lösungen für die Probleme der großen Umwälzungen zu finden und schließlich, nicht zuletzt, um die Menschheit auch in den Stand zu versetzen, mit den Errungenschaften, die sie

Dr. Stix

selbst geschaffen hat, fertig zu werden und von diesen einen vernünftigen Gebrauch zu machen.

Es entspringt also der Logik der derzeit krisenhaften Entwicklung in beinahe allen Systemen, in die unser Leben eingebunden ist, vermehrt auf wissenschaftliche Anstrengungen zu setzen: ob das unser Gesellschaftssystem ist, das in dem Spannungsverhältnis lebt, hier Demokratie und dort Totalitarismus; oder unser Wirtschaftssystem, das im Spannungsverhältnis zwischen Wohlstand und Arbeitslosigkeit pendelt; oder unser weltweites Sicherheitssystem, das in dem tödlichen polaren Spannungsverhältnis zwischen Frieden oder Selbstzerstörung schwiebt; und last not least unser Ökosystem, wo wir heute alle das Spannungsverhältnis begreifen, daß der Forderung nach Harmonie mit der Natur auf der anderen Seite die Konsequenz der Vernichtung unserer eigenen Existenzgrundlagen gegenübersteht.

Hohes Haus! Das alles führt zu der Notwendigkeit, nicht trotz wirtschaftlicher Krise, sondern wegen dieser wirtschaftlichen Krise und wegen der anderen genannten Krisen staatlich-politisch einen Schwerpunkt bei Wissenschaft und Forschung zu setzen.

Das ist auch der Grund, warum unbeschadet der Budgetenge diese Bundesregierung das Wissenschaftsbudget, die Forschungsförderung und die Innovation in den Vordergrund rückt. Sie erfüllt damit ganz bewußt ein Gebot unserer Zeit. (*Beifall bei FPÖ und SPÖ.*) 12.16

Präsident Mag. Minkowitsch: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Dr. Höchtl. Ich erteile es ihm.

12.17

Abgeordneter Dr. Höchtl (ÖVP): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Bundesminister Dr. Zilk ist heute erstmals anlässlich einer Budgetdebatte auf der Regierungsbank und hat dadurch auch erstmals die Aufgabe, als der für den Sport zuständige Minister die Verantwortung für die auf diesem Gebiet gegebene Entwicklung zu tragen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Jeder, der sich mit dieser Entwicklung gerade auf dem finanziellen Gebiet beschäftigt, weiß, daß diese Entwicklung alles andere als zufriedenstellend ist.

Herr Bundesminister! Ich glaube, es ist

wichtig, festzuhalten, daß Sie als zuständiger Minister nicht danach beurteilt werden, welche Absichten, welche Erklärungen, welche Ankündigungen, welche Wünsche Sie in der Öffentlichkeit diesbezüglich äußern, sondern daß Sie daran gemessen werden, ob Sie sich im Interesse des Sports gegen jenen Ministerkollegen durchsetzen, der in den letzten Jahren so viel gegen den Sport unternommen hat, nämlich gegen den Finanzminister. Denn es ist der Finanzminister, der große Schuld daran trägt, daß für den Sport in Österreich die finanzielle Situation keineswegs rosig, sondern im Gegenteil eher trist geworden ist.

Sie haben in einem Interview vor wenigen Wochen gesagt: Sport ist ein Teil unseres Lebens, und zwar von sehr hoher staatspolitischer Bedeutung, seine Existenz und seine Weiterentwicklung müssen daher nicht nur ideell, sondern auch materiell honoriert werden; wenn all die Klubs und deren Funktionäre aufhören würden zu arbeiten, wer sollte denn dann diese Arbeit übernehmen und bezahlen? Deshalb bekenne ich mich zur Beibehaltung von Förderungsmaßnahmen.

Herr Bundesminister! Mit diesen Äußerungen, die Sie da getan haben, kann ich völlig übereinstimmen. Hier haben wir eine Gemeinsamkeit.

Doch in Ihrer Regierung sitzt jemand, der dieser Einstellung zuwiderhandelt. Und es ist ja auch nicht schwer zu erraten, wer es ist. Es ist der Finanzminister, der sich in der Öffentlichkeit manchmal als Sportfreund deklariert, aber in all seinen Maßnahmen, die er in seinem Ministerium bisher gesetzt hat, als Feind des Sports bezeichnet werden muß. (*Beifall bei der ÖVP.*) Er ist ja auch in verschiedenen Medien bereits als eine Art Buhmann des Sports hingestellt worden.

Beleuchten wir die Entwicklung: Herr Minister! Sie haben nicht nur die Sportkompetenz, sondern auch eine gemeinsame Verantwortung in einem Bereich, der überall zu größter Sorge Anlaß gibt, nämlich im Bereich der Förderungsmittel aus dem Sporttoto.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte diesen Fragenbereich deswegen in den Mittelpunkt meiner Ausführungen stellen, weil ich glaube, daß dieser Fragenbereich von einer derart dramatischen Bedeutung in seiner Entwicklung geworden ist, daß er es verdient, auch hier im Parlament einmal grundlegend erörtert zu werden.

Diejenigen, die sich mit der Finanzierung

Dr. Höchtl

des Sports in Österreich beschäftigen, wissen, daß der Sport zu einem hohen Anteil von den Geldern der Sporttotoförderungsmittel lebt. In den einzelnen Verbänden sind das durchschnittlich zwischen 70 und 80 Prozent. Das heißt, die einzelnen Sportverbände wären ohne diese Mittel überhaupt nicht in der Lage, diese vielfältigen Aktivitäten im Interesse Zehntausender, ja Hunderttausender Österreicher zu setzen, wenn sie nicht diese Sportförderung aus den Sporttotomitteln erhielten. (Beifall bei der ÖVP.)

Ich würde behaupten, Herr Minister, die Erträge des Sporttos stellen die Existenzgrundlage aller unserer österreichischen Sportverbände dar.

Nun ist im Jahr 1982 und fortgesetzt im Jahr 1983 eine Entwicklung eingetreten, von der ich nur sagen kann, es ist ein dramatischer Rückgang dieser Förderungsmittel zutage getreten. Ich möchte nur einige Zahlen nennen, die Ihnen das Problem tatsächlich sehr augenscheinlich darstellen sollen.

Wir haben im Jahr 1982 aus den Mitteln des Jahres 1981 noch rund 310 Millionen Schilling erhalten, die für alle Sportverbände, Dachverbände, Fachverbände, Österreichisches Olympisches Komitee, also für alle Bereiche, die im Sport tätig sind, zur Verfügung gestanden sind. Ein Jahr später, also das, was heuer aus dem Jahr 1982 ausgeschüttet wird, sind es nur mehr 257 Millionen, das heißt, in einem Jahr ein Rückgang von über 52 Millionen Schilling oder ein Rückgang von nominell fast 17 Prozent.

Nächstes Jahr wird es auf Grund der Entwicklung im heurigen Jahr noch ärger werden. Die Schätzungen, die auf Grund der ersten neun Monate angestellt worden sind, deuten darauf hin, daß wir nächstes Jahr nur mehr zwischen 205 und 210 Millionen Schilling an Sportförderungsmitteln aus dem Sporttobereich haben werden.

Herr Minister! Das bedeutet, daß innerhalb von zwei Jahren der gesamte Topf an Sportförderungsmitteln von 310 Millionen Schilling auf rund 205 Millionen Schilling nominell reduziert wird.

Das ist eine dramatische Entwicklung, die wir nicht bagatellisieren dürfen, und wir haben uns zu fragen, worauf das zurückzuführen ist. Ein Grund ist zweifellos der, daß ein exorbitantes Steigen der Verwaltungskosten in diesem Bereich zu verzeichnen ist.

Ich nenne auch hier nur einige Zahlen. Wenn allein bei einem Posten, nämlich bei den Druckkosten, von einem Jahr auf das andere eine Steigerung von 37 auf über 51 Millionen zu verzeichnen ist, also 35 Prozent, und keinerlei Alternativangebote von Druckereien eingeholt worden sind, dann muß man das ganz einfach als etwas bezeichnen, das ich in der derzeitigen wirtschaftlichen Entwicklung als „nicht gebührend“ titulieren muß.

Zum zweiten: Wenn von einem Jahr auf das andere im Post- und Telefonbereich eine Steigerung von rund 9 Millionen auf über 20 Millionen erfolgt — also eine Steigerung um 109,8 Prozent —, dann, muß ich sagen, kann das nicht mit rechten Dingen zugehen. Nur, Herr Minister, das sind einige Millionen. Die können noch lange nicht den Verlust von über 100 Millionen erklären, und darauf möchte ich besonderen Wert legen.

Herr Minister! Es hat vor rund zwei, drei Jahren eine sehr intensive Diskussion stattgefunden, ob man seitens des Finanzministers die Brieflotterie einführen kann oder nicht. Alle, die im Sportbereich tätig sind, haben sich vehement dagegen ausgesprochen, und trotz dieser einheitlichen Ablehnung, trotz dieser einheitlichen Meinung, hat der Finanzminister Salcher die Brieflotterie eingeführt.

Was ist das Ergebnis? — Das Ergebnis ist, daß im Jahr 1981 rund 120 Millionen Einnahmen im Brieflottobereich erzielt worden sind, im Jahr 1982 bereits 320 Millionen, und heuer werden es wahrscheinlich 480 Millionen sein.

Herr Minister! Das zeigt, wo die Mittel, die früher für den Sporttobereich verwendet wurden, hingegangen sind. Der einzelne hat ganz einfach das leichtere Brieflotto dem schwierigeren Sporttoto vorgezogen.

Hier muß ich sagen: Wenn ein Finanzminister trotz aller Hinweise, trotz aller Bedenken, trotz aller Äußerungen aller Sportfunktionäre, also wider besseres Wissen, diese Brieflotterie einführt und die Förderungsmittel für den Sport so radikal zurückgehen, dann hat er auch die Pflicht, aus den Mitteln des Brieflottos für die Sportförderung den nötigen Ausgleich zu schaffen. (Beifall bei der ÖVP.)

Ich weiß, es gibt alle möglichen Gespräche über Umgliederung, über Ausgliederung, über Verwaltungsvereinfachung. Nur, Herr Bundesminister, die Gespräche dürfen nicht in eine Richtung gehen, nämlich daß man ver-

Dr. Höchl

sucht, sich über die wahren Ursachen, nämlich die Einführung der Brieflotterie, hinwegzutäuschen und in einigen anderen Nebenschauplätzen der Öffentlichkeit eine Lösung zu präsentieren.

Ich erwarte, Herr Bundesminister, daß Ihre Ankündigungen, daß Ihre Äußerungen in der Öffentlichkeit, daß Sie den Sport unterstützen wollen, sich so auswirken, daß Sie diesen internen Kampf in Ihrer Bundesregierung mit dem Finanzminister auf unserer Seite, auf der Seite des Sports führen. Dann hat auch der Sport in Österreich wieder Zukunft.

Ich glaube, wenn wir das zum Ausdruck bringen, sollen wir versuchen, die Auswirkungen des Sporttotos — Herr Kollege Heindl, zuhören! — auf wenige Bereiche zu untersuchen. Gerade Ihnen, Kollege Heindl, als begeistertem Fußballfunktionär darf ich die dramatische Entwicklung der Fußballfinanzierung vor Augen führen.

Der Österreichische Fußballbund hat aus den Mitteln des Sporttotos im Jahr 1982 noch fast 105 Millionen Schilling erhalten. Damit sind sämtliche Bereiche der Sportstättenerichtung, der Trainer, aller möglichen Vorgänge in allen Bundesländern für zig Vereine finanziert worden.

Ein Jahr später — also heuer — sind es nicht mehr 105 Millionen, sondern nur mehr 87 Millionen, die dem Fußball zur Verfügung gestellt werden können, und nächstes Jahr — für all jene, die am Fußball besonders interessiert sind, darf ich auch diese Zahl nennen — werden es nicht mehr 87, sondern nur mehr 71 Millionen sein. Also in zwei Jahren ein Sinken von 105 auf 71 Millionen. Und das bei einer Bundesregierung, die soeben mit dem 7. Belastungspaket allen Vereinen und Verbänden neuerliche Belastungen aufbürdet. Das ist doch ein Widerspruch, der auch hier im Parlament aufgezeigt gehört. (Beifall bei der ÖVP.)

Oder, was die Dachverbände anbelangt, Herr Bundesminister: Ob das jetzt der sozialistische ASKÖ ist oder der ASVÖ oder die Österreichische Turn- und Sportunion, alle drei werden folgende Entwicklung mittragen müssen: Haben sie noch im Jahre 1982 rund 42,6 Millionen Schilling an Förderungsmitteln erhalten, erhalten sie heuer nur etwas mehr als 35 Millionen Schilling, und es werden im Jahre 1984, also im kommenden Jahr, nur mehr rund 29 Millionen Schilling sein, das heißt also, in einer derartig kurzen Zeit nominell ein Drittel weniger. Daß sich deshalb die

Verbände aufregen, daß deshalb Feuer am Dach der Vereine und Verbände ist, muß man doch auf Grund dieser Betroffenheit tatsächlich registrieren, feststellen und dagegen ankämpfen. Und, Herr Bundesminister, ich glaube, wenn diese Gemeinsamkeit zwischen Ihnen und uns und sämtlichen Sportfunktionären bestehen kann, daß wir sagen, wir wissen, wo die Ursache liegt — die Ursache liegt in den politischen Maßnahmen des Finanzministers —, und wir wissen, wo die Lösung ist, nämlich daß der Finanzminister tatsächlich an dieser seiner verfehlten Politik wiederum eine Korrektur macht, um damit wiederum dem Sport diese Förderungsmittel zu geben, dann kämpfen wir doch gemeinsam. Wenn wir gemeinsam kämpfen, ist diese Entwicklung revidierbar. Aber nur dann, und nicht in irgendwelche Nebenkriegsschauplätze abgleiten. (Beifall bei der ÖVP.)

Herr Bundesminister! Sie sind in den letzten Wochen insgesamt als Regierung und selbstverständlich als zuständiger Minister auch diesbezüglich mit einer Reihe von Resolutionen bombardiert worden. Ich möchte nur aus der großen Anzahl einige wenige herausnehmen, die nicht einen parteipolitischen Charakter haben, sondern wo sich tiefe Betroffenheit, das Sich-nicht-mehr-zurechtfinden-Können der Tausenden Vereine ausdrückt. Hier hat beispielsweise der Niederösterreichische Sportfachrat, wo alle Gruppierungen drinnen sind, einstimmig eine Resolution gefaßt, in der er sagt, die Situation ist durch die Einführung der Brieflotterie in einem Ausmaß verschlechtert, daß im Gegensatz zum Aufwärtstrend der früheren Jahre eine radikale Senkung der Mittel zu verzeichnen ist.

Tatsache ist — schreiben sie —, daß von den Einnahmen der Brieflotterie der Sport nichts bekommt und diese zur Gänze dem Bundesministerium für Finanzen zufließen.

Es wird die Aufforderung an die Regierung, an den zuständigen Minister gerichtet, hier eine Änderung im Sinne der 2 000 niederösterreichischen Vereine zu treffen.

Oder, ich kann auch einen Dachverband nennen, der vor kurzem seine Bundesgeneralversammlung abgehalten hat. Die Union hat für rund 3 000 Vereine in einer einstimmig beschlossenen Resolution einen dringenden Appell in der Richtung formuliert, daß wir endlich auch hier im Parlament über die entsprechende Korrektur der Brieflotterie-Entscheidung reden sollen.

Dr. Höchtl

Oder, eine in der Formulierung fast lustig klingende Resolution hat der Bundessportfachrat gerichtet, wo folgendes drinnen ist: nicht nur, daß dort 46 anerkannte Fachverbände und einige selbständige Sektionen integriert sind, sondern auch neben dem Österreichischen Olympischen Komitee das Bundesministerium für Unterricht und Kunst. Und alle diese einzelnen Teile haben eine gemeinsame einstimmige Resolution an den Bundeskanzler, an die Bundesregierung gefaßt — sozusagen der Herr Bundesminister hat sich an den Regierungschef gewandt —, wo sie schreiben: „Die Vertreter der österreichischen Fachverbände, denen 1 133 121 registrierte aktive Leistungs- und Spitzensportler angehören, haben mit Besorgnis festgestellt, daß die aus dem Sport-Toto kommenden Beträge immer geringer werden. Da gerade diese Mittel für den österreichischen Sport von existentieller Bedeutung sind, wird dadurch der Bestand der Fachverbände und damit auch die Möglichkeit der wettkampfmäßigen Sportausübung für viele ernsthaft gefährdet.“

Der österreichische Bundessportfachrat fordert daher geeignete Maßnahmen, die eine Abgeltung dieses Ausfalls, der nicht zuletzt durch die Einführung des Brieflottos verursacht wurde, ermöglichen.“

Herr Bundesminister! Ihre Vertretung hat sehr wohl diese Einführung des Brieflottos als die markante Ursache dieser Entwicklung erkannt. Dieser einstimmig gefaßten Resolution, sozusagen mit der Stimme des Bundesministeriums für Unterricht und Kunst, an die Regierung, der heißt es doch gerecht zu werden! (Beifall bei der ÖVP.) Sie können sich hier doch nicht darauf ausreden, daß irgendwelche Verbände, die vielleicht noch gewissermaßen einseitig informiert werden, derartige Resolutionen beschließen. Nein, es sind 46 Fachverbände, einige selbständige Sektionen, das Österreichische Olympische Komitee und das Bundesministerium für Unterricht und Kunst, die sich mit diesem dringenden Hilferuf an die Bundesregierung richten.

Herr Bundesminister! Ich darf und muß Ihnen mit aller Deutlichkeit diese Entwicklung als ein Anliegen ans Herz legen, wo Sie wirklich Ihre Bewährungsprobe bestehen können. Ich sage Ihnen, ich bin mit jenen Äußerungen Ihrerseits, die ich am Anfang zitiert habe, wo Sie Absichten, wo Sie Erklärungen zugunsten des Sports abgegeben haben, einverstanden. Aber ich biete Ihnen auch hier im Parlament an, nehmen wir diese Absicht des Kampfes gegen den sportfeindli-

chen Finanzminister als eine gemeinsame Sache an. Nehmen wir dieses Angebot des gemeinsamen Kampfes für den Sport, für die Förderung dieser mehr als einer Million aktiven Sportler in Österreich auf. Ich sage Ihnen, wenn es gemeinsam gelingt, daß Sie mit uns und sämtlichen im Bereich des Sports tätigen freiwilligen ehrenamtlichen Mitarbeitern diesen Kampf führen, dann wird es möglich sein, auch den Finanzminister in Ihrer Regierung endlich eines Besseren zu belehren. (Beifall bei der ÖVP.) Das Resultat wäre ein gemeinsamer Sieg der Vernunft, ein gemeinsamer Sieg, der dem österreichischen Sport wieder Zukunft gibt. (Beifall bei der ÖVP.) 12.37

Präsident Mag. Minkowitsch: Als nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Bundesminister Dr. Zilk. Bitte.

12.38

Bundesminister für Unterricht und Kunst Dr. Zilk: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte zunächst ausgehen von meiner tiefen und inneren Überzeugung, daß, wenn es darum geht, unsere Zukunft zu sichern, ein Appell an uns alle am Platz ist, nämlich der Appell zu sparen, und daß dieser Appell nicht nur zu richten ist von allen Parteien jeweils in der Opposition oder jeweils vor den Wahlen, sondern daß auch nach den Wahlen ein solcher Appell gehört werden muß. (Beifall bei SPÖ und FPÖ.)

In diesem Sinne, meine Damen und Herren, gilt selbstverständlich auch für das Budget meines Bereiches, daß es ein Budget ist, das im Zusammenhang mit dem Ganzen geschen werden muß, und daß auch hier der Begriff des Sparsen seinen rechten Platz hat. Ich glaube, das muß man offen und ehrlich sagen. Das ist eine Fragestellung, die sich uns im persönlichen Leben stellt, das ist eine Fragestellung, die der Lehrer und der Erzieher mit seinen Schülern zu diskutieren hat — es sind ja viele hier —, und das geht selbstverständlich auch Abgeordnete an. Und es steht uns nicht an, den österreichischen Weg zu gehen, nämlich den falschen österreichischen Weg zu gehen: mit dem eigenen Gehirn immer nachzudenken, wobei der andere sparen könnte. Ich möchte als alter Lehrer davon ausgehen, daß ich auch bei mir beginne nachzudenken, wo kann ich selbst sparen. Das ist seriös. Alles andere ist billige Schaumschlägerei. (Beifall bei SPÖ und FPÖ.)

In diesem Sinne möchte ich grundsätzlich, meine Damen und Herren, sagen: Wir haben ein Budget, mit dem wir alle Aufgaben, die

Bundesminister Dr. Zilk

wir uns gestellt haben im Regierungsprogramm, lösen werden. Wir werden nachzudenken haben, an welchen Stellen wir zurücknehmen und wo wir zugeben. Wir haben zu überlegen, welche neuen Gesichtspunkte etwa im Bereich der Förderung anzustellen sind. Aber das ist ja alles in diesem Hohen Haus, dem ich nie angehört habe, aber dessen Diskussionen ich sehr oft verfolgt habe, tausendmal verlangt worden, daß man die Förderungen immer wieder neu durchdenkt. Jetzt werden wir das gemeinsam und zielstrebig tun.

Meine Damen und Herren! Dieses Budget ist sehr wohl überlegt worden. Herr Präsident Schäffer hat am Beginn seiner Rede heute darauf hingewiesen, wie widersinnig es sei, daß in diesem Budgetansatz drinnen ist, daß man etwa bei den Energiekosten 5 Prozent einsparen wolle. Sie haben gesagt, das sei völlig ausgeschlossen, es werde alles teurer.

Ich verstehe das nicht. Liegen Oberösterreich und Salzburg so weit auseinander? Ich habe zufälligerweise vor zwei Tagen einen Presseausschnitt in die Hand bekommen, genau gekommen am 10. Dezember. In den „Oberösterreichischen Nachrichten“ wird von einer in der Tat dankenswerten und großartigen — man soll auch dem politischen Partner Anerkennung zollen, ich kenne keine Feinde und Gegner, sage ich immer — Aktivität des oberösterreichischen Landeshauptmannes Ratzelböck ausführlich berichtet. Ich zitiere die „Oberösterreichischen Nachrichten“, von denen ich weiß, daß sie dem Herrn Landeshauptmann in jeder Beziehung nicht fernstehen. In dieser Zeitung steht drinnen, daß man in den oberösterreichischen Pflichtschulen auf Grund einer Untersuchung der Landesregierung von 220 Millionen Schilling Energieausgaben 90 — hören Sie! —, 90 Millionen Schilling einsparen könnte. Ich habe mir das ausgerechnet, das sind mehr als 40 Prozent.

Also 40 Prozent haben wir nicht angenommen. Sie sagen, schon die 5 Prozent seien nicht möglich.

Da glaube ich dem Herrn Ratzelböck mehr als Ihnen, lieber Herr Präsident Schäffer, und halte mich an die oberösterreichische Landesregierung. (Beifall bei der SPÖ.) Und ich danke der oberösterreichischen Landesregierung, daß sie diese großartige Initiative ergriffen hat. Die oberösterreichische Landesregierung sollte viele Nachahmer finden. Auch wir werden selbstverständlich versuchen nachzuhören.

Meine Damen und Herren! Eine zweite Vor-

bemerkung. (Abg. Steinbauer: Das sind nur die Vorbemerkungen?) Herr Abgeordneter! Ich werde so viele Vorbemerkungen machen, wie ich will, das habe ich mein ganzes Leben lang gemacht. Es ist noch niemandem gelungen, mich davon abzubringen, am allerwenigsten dem Heribert Steinbauer, dazu kenne ich ihn zu lang. (Beifall bei der SPÖ.)

Meine Damen und Herren! Ich habe das Bedürfnis, zu sagen, daß ich als Unterrichtsminister hier nicht ohne Bewegung stehe. Ich bin ein Unterrichtsminister, der aus der Schule kommt, der die Schule von unten an durchgemacht hat, der als Schulhelfer vor der Matura zu unterrichten begonnen hat, in der Vorgartenstraße 191 im Winter 1946 in einer Klasse mit 57 Kindern, die alle zwischen sieben und zwölf Jahre alt waren. Denn in der damaligen Zeit gab es die Flüchtlingskinder, die nie über die erste beziehungsweise zweite Schulstufe hinausgekommen sind. Ich bin einer, der 20 Jahre lang unterrichtet hat, ich kann sagen, in fast allen Schultypen. So möchte ich mich Ihnen präsentieren, mit dem Bekenntnis zu einer Schule, die eine Schule ohne Angst und Streß sein muß, soweit man solche Forderungen überhaupt stellen kann, und eine Schule, die leistungsorientiert ist.

Ich habe vom ersten Tag meiner Tätigkeit an keinen Zweifel daran gelassen, daß ich und wir, die Gesellschaft, von der Schule erwarten, daß sie die Menschen mit jenem Wissen und Können, mit jenen Erkenntnissen und Fertigkeiten ausstattet, die sie befähigen, das Leben zu bewältigen und einen Beitrag zur Weiterentwicklung der Realität dieser österreichischen Gesellschaft und der Menschheit schlechthin zu leisten.

Ich sage das aus grundsätzlichen Erwägungen, weil man so gerne im Vorbeigehen zitiert wird und weil so gerne auch Reden im Hohen Haus — ich habe das heute mehrfach festgestellt — darauf aufzubauen, daß man, was sehr erfreulich ist, aus Zeitungen zitiert. Ich wünsche immer jedem Politiker, daß er der erste sein möge, der sich mit jedem seiner Zitate, das er irgendwo liest, auch tatsächlich identifizieren kann.

Ich war selbst vier Jahre lang Journalist und weiß, daß das durchaus nicht aus Absicht geschieht, sondern daß das journalistische Tagesgeschäft zu vielen Mißverständnissen führt.

Ich bin so glücklich, daß das mein sechster Beruf ist, ich kann daher von der Sache reden

Bundesminister Dr. Zilk

und spreche nicht vom grünen Tisch. (Abg. Mag. Schäffer: „Sozialistische Korrespondenz“!)

Ich glaube also, meine Damen und Herren, daß ich mich zu dieser Schule klar und deutlich bekannt habe. Ich habe in jeder Stunde gesagt: Meine Aufgabe ist es, die Gesetze, die hier in diesem Hause beschlossen worden sind, durchzuführen.

Ich bekenne mich dazu, daß wir eben auch bis hin zur 7. Schulorganisationsgesetz-Novelle alle Aufträge des Hohen Hauses nach bestem Wissen und Gewissen durchzuführen haben. Dies und nichts anderes ist meine Aufgabe, und ich bemühe mich darum. Ich werde dann noch auf einige Punkte einzugehen haben.

Aber bitte einem denkenden Menschen darf doch wohl nicht das Denken verboten werden. Und auch einem Unterrichtsminister, der sich zu den bestehenden Gesetzen bekennt, vollinhaltlich und ohne Einschränkung, kann doch nicht verboten werden, sich noch etwas Beseres vorzustellen. Wenn dies anders wäre, wäre er ein schlechter Minister und wäre er ein schlechter Lehrer gewesen. Denn die Aufgabe eines Lehrers ist es, die Kinder zu lehren, an die Zukunft zu denken, weiter zu denken.

Sie wären schlechte Politiker, wenn Sie immer mit dem, was eben heute hier und jetzt ist, zufrieden wären, wenn Sie nicht auch neue und bessere Lösungen suchen und kennen würden. (Beifall bei der SPÖ.)

Meine Damen und Herren! In diesem Sinne habe ich immer gesagt: Ich glaube, daß meine Enkelkinder die gemeinsame Schule der Zehn- bis Vierzehnjährigen besuchen werden. Davon bin ich felsenfest überzeugt.

Meine Damen und Herren! Da während der Rede des Herrn Präsidenten Matzenauer so viele von Ihnen nicht da waren — es sind jetzt auch nicht viele da —, die sich für diese Materie interessieren, erlaube ich mir doch, einfach zu zitieren... (Abg. Dr. Mock: Geben Sie die Mahnung an Ihre Fraktion!)

Herr Bundesparteiobmann! Sie sind für eine andere Art von Politik, und dazu gehört, daß jeder sagen kann, was er für richtig hält. Und ich lasse mir das nicht nehmen. Ich bin für Ihre andere Art der Politik, selbstverständlich, ich sage das, was ich für richtig halte. (Beifall bei der SPÖ.)

Es gibt keine Geschäftsordnung, die mir verbietet zu erwidern, ich habe mich vorher genau erkundigt. Bei mir werden Sie sich daran gewöhnen müssen, daß ich erwidere, wenn mir etwas einfällt. (Beifall bei der SPÖ. — Abg. Steinbauer: Keine Polemik von der Regierungsbank!) Dann unterbrechen Sie mich nicht. Wenn Sie mich unterbrechen, werde ich Ihnen antworten, selbstverständlich. Die Geschäftsordnung sieht das nicht vor, ich habe das Recht zu erwidern. (Abg. Dr. Graff: Bitte nicht schlagen!) Ich habe von Ihnen viel gelernt, Herr Generalsekretär Graff, das können Sie mir glauben.

Ich erlaube mir also, zu sagen, daß ich in bester Gesellschaft bin. Ich bin nämlich in Gesellschaft der Katholischen Studierenden Jugend Österreichs, die sich vehement, klar und eindeutig zu dieser gemeinsamen Schule der Zehn- bis Vierzehnjährigen bekannt hat. Dies wollte ich hier noch einmal feststellen, damit es nicht etwa im Vorbeigehen untergehen könnte.

Ich glaube ja an die Lernfähigkeit der Menschen; als Lehrer glaubt man an die Lernfähigkeit der Menschen.

Im Jahre 1946, als ich in den Schuldienst getreten bin, war ich Lehrer an einer der drei oder vier Koedukationsschulen in Wien, und ich war vom ersten Tag an einer, der sich die Schule nicht anders vorstellen konnte. Ich habe als junger Lehrer publiziert. Jugendfreundschaften sind daran zerbrochen, weil meine Klassenkameraden, die auf der anderen Seite standen, mich geziehen haben, einer von jenen zu sein, die die Moral dieses Landes, seine Traditionen verraten, und vieles andere mehr. Kein Hahn kräht mehr nach dieser Sache, meine Damen und Herren.

Ich war vor vier Tagen bei einer wunderbaren Diskussion mit der Schulgemeinschaft am Stiftsgymnasium in Melk, wo fein säuberlich — 50 zu 50 — Knaben und Mädchen beisammen gewesen sind. Kalksburg und Admont haben die Koedukation auch eingeführt. Ich habe mir gerade berichten lassen, daß man in Kalksburg die besten Erfahrungen damit macht. Das ist großartig, das ist die Lernfähigkeit der Menschen. So werden wir in der Pädagogik auch weiterlernen.

Herrn Landeshauptmann Ratzenböck — ich habe ihn heute schon einmal zitiert — muß ich noch einmal zitieren. Er hat eine sehr schöne und sehr kluge Rede gehalten bei der Eröffnung der Bundesbildungsanstalt... (Zwischenruf des Abg. Dr. Mock.)

Bundesminister Dr. Zilk

Seien Sie nicht traurig, wenn ich etwas Schönes sage, ich freue mich doch. Das ist meine Auffassung von einer anderen Art von Politik, daß man anerkennt, was richtig ist. Das sollten wir immer tun. (*Beifall bei der SPÖ.* — *Abg. Dr. Mock:* *Nein, im Gegenteil, ich begrüße das!*)

Herr Landeshauptmann Ratzenböck hat eine sehr schöne Rede gehalten, und er hat dort mit Stolz gesagt, daß 60 Prozent der oberösterreichischen Kinder die Kindergärten besuchen. In manchen Bundesländern sind es mehr, in manchen sind es weniger. Aber wir können sagen, zwei Drittel und weit darüber hinaus. Ich bin überfragt, Herr Präsident, wieviel es in Wien sind, ich glaube, in Wien sind es 80 Prozent.

Vor 20 Jahren hat man es ungeachtet einer Montessori und anderer noch anders gelesen. Da hat man gesagt: Diejenigen, die mit diesen fatalen Ideen der Kindergärten kommen, die die Kinder der Familie entziehen wollen, die die Kinder schon als kleine Kinder dem Kollektivismus einordnen wollen, die die Kinder bereits vor der Schule gleichmachen wollen, das sind die schlechten Pädagogen. Heute bekennen sich alle zu den Kindergärten.

Daher sage ich: Ich glaube an die Lernfähigkeit, und die Lernfähigkeit wird nicht bei der Koedukation stehen bleiben und auch nicht bei den Kindergärten. Sie wird auch im Gefolge der Katholischen Studierenden Jugend bei anderen durchdringen bis hin zur gemeinsamen Schule der Zehn- bis Vierzehnjährigen. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*)

Meine Damen und Herren! Es ist ja mehrfach heute vom Präsidenten Schäffer festgestellt worden, daß ich ein Minister der Ankündigungen sei. Das ist richtig, ich kündige gerne an. Sie haben nur den zweiten Teil vergessen, nämlich zu sagen, was ich durchgeführt habe. Ich werde mir deshalb erlauben, kurz einen kleinen Überblick über das zu geben, was seit Ende Mai bis jetzt trotz zwei Monaten Ferien alles geschehen ist. Zunächst gibt es eine ganze Reihe... (*Abg. Dr. Neisse: Ein Minister hat keine Ferien!*) Ich habe sie auch nicht gehabt. Das ist ein neuer Weg der Politikerentprivilegierung. Ich habe gehört, daß nicht alle Abgeordneten immer mit der Entprivilegierung einverstanden waren. Man könnte dann überhaupt alle Ferien abschaffen. Das wäre eine gute neue Idee. Da müßten Sie dann bei sich auch anfangen, nicht nur bei den Ministern.

Meine Damen und Herren! Es gibt Maßnah-

men im Zusammenhang mit der 7. Schulorganisationsgesetz-Novelle, die wir zielstrebig durchgeführt haben. Herr Präsident! Sie bitte ich jetzt, mir so aufmerksam zuzuhören, wie ich Ihnen wirklich aufmerksam zugehört habe. Wir haben eine ganze Reihe dieser Maßnahmen durchgeführt. Ich nenne die Verbesserungen im Bereich der Volksschule etwa in der Frage der Einführung der Vorschulklassen... (*Zwischenruf des Abg. Kraft.*) Ja, es gibt im Leben immer etwas Neues. Gott sei Dank, Herr Abgeordneter. Wunderbar ist das. Gott sei Dank entwickeln sich die Menschen weiter. (*Abg. Kraft: Ihre Art ist unmöglich, Herr Minister! Sie sind ja nicht in der Schule!*)

Ich habe Ihnen noch einmal gesagt: Ich halte es wieder mit einer anderen Politik Ihres Vorsitzenden. Ich nehme meine bürgerliche Freiheit auch in diesem Hause in Anspruch, selbstverständlich, und lasse sie mir von Ihnen nicht verbieten. Ich weiß schon, daß Ihnen dies unangenehm ist, das glaube ich gerne. Ich hoffe, daß ich noch öfters unangenehm werden kann. (*Abg. Steinbauer: So autoritär dürfte man nicht unterrichten!*)

Meine Damen und Herren! Wir haben auf dem Gebiete der Vorschule alle Maßnahmen durchgeführt, die durchzuführen sind, ich muß sie nicht einzeln ausführen. (*Abg. Mag. Schäffer: Gemeinsam!*) Selbstverständlich alles gemeinsam, meine Damen und Herren. Schulpolitik kann nur gemeinsam sein. Aber dann trennen Sie uns nicht immer durch Kritik. Wir bekennen uns ja dazu, daß wir Schulpolitik gemeinsam machen. Das ist ja von mir überhaupt nie in Frage gestellt worden.

Wir haben im Bereich der Sonderschulen alle Maßnahmen durchgeführt, die vorgesehen waren. Zwingen Sie mich nicht, daß ich sie einzeln aufzähle.

Wir sind bei der Lehrplanentwicklung für die Schulen der 10- bis 14jährigen seit Juli 1983 in den Lehrplankommissionen. Es wird bis April ein Entwurf vorliegen, der tauglich ist. Wir müssen die Schulbuchautoren mit heranziehen, die ja die Schulbücher neu gestalten müssen. Aber wir werden schon vorher — das, glaube ich, ist neu und wesentlich — im Sinne der Schulpartnerschaft, die man ja nicht nur deklarieren kann, sondern die man leben muß, schon vorher in breiter Weise Lehrer und Eltern an der Gestaltung der Lehrpläne für die Schule der 10- bis 14jährigen teilhaben lassen.

Bundesminister Dr. Zilk

Mit 1. September 1983 traten im Polytechnischen Jahrgang die Bestimmungen der 3. Schulunterrichtsgesetz-Novelle in Kraft. Auch hier gibt es die Möglichkeit der qualitätsverbesserten Prüfungen. Hier werden die notwendigen Durchführungsverordnungen derzeit bearbeitet, sie werden zeitgerecht bis Schulschluß hier sein.

Berufsschulen: Die 7. Schulorganisations-Novelle sieht für den 1. September 1984 folgende Verbesserungen vor: Leistungsgruppen in der Berufsschule, Einführung des Förderunterrichtes. Die Rahmenlehrpläne wurden am 16. August 1983 ausgesandt. Die Stellungnahmen werden derzeit eingearbeitet. Das heißt, die Lehrpläne werden in den nächsten Wochen, also zeitgerecht fertig sein.

Einrichtungen der Kolleg- und Speziallehränge. Es ist vielleicht doch für manche von Ihnen interessant, daß die Kollegs sich einer außerordentlichen ... (*Zwischenruf bei der ÖVP.*) Sie haben mir ja gerade gesagt, ich soll keinen Dialog führen, Herr Graff, jetzt halte ich mich daran, denn jetzt freut es mich momentan. (*Abg. Mag. Schäffer: Das sind alles Gesetzesaufträge! Die müssen Sie machen! Dafür sind Sie verantwortlich!*) Ja, wunderbar, Sie haben gesagt, wir führen das mit Verzögerung durch, und ich beweise Ihnen eben, daß wir sie nicht mit Verzögerung durchführen. Und das müssen Sie jetzt hören, ob Sie es freut oder nicht.

Zu den Kollegs ist zu sagen: Es gibt Kollegs an zehn Standorten bei den höheren technischen Lehranstalten mit 922 Schülern. (*Zwischenrufe bei der ÖVP.*) Ich darf hier vielleicht auch etwas Selbstverständliches sagen. Sie haben ja auch nicht das Ei des Kolumbus hier die ganze Zeit erzählt. 6 Standorte Fremdenverkehr, 17 Standorte Handelsakademie.

Es geht um die Durchführung der Bestimmungen bei den Bundesbildungsanstalten der Kindergärtnerinnen und Kindergartenpädagogik und Bildungsanstalten für Erzieher. Auch hier sind wir genau in der Zeit. Die Pädagogischen Institute arbeiten, wie es vorgesehen ist. Die Kommission zwischen den beiden Ministerien bezüglich der Phase 2 hat ihre Tätigkeit aufgenommen. Sie wird zeitgerecht fertig sein bei den AHS-Lehrern, bei den zukünftigen AHS-Lehrern.

Beschäftigungspolitische Maßnahmen, meine Damen und Herren. Da möchte ich schon eine Sekunde innehalten und sagen: Erstens ist festzustellen — ich darf den Herrn Präsidenten Matzenauer korrigieren —, daß

sich in den letzten 13 Jahren die Zahl der Lehrer in Österreich nicht von 63 000 auf 100 000, sondern von 63 000 auf 117 000 erhöht hat. Das ist eine gewaltig höhere Zahl, Herr Präsident, wenn ich das hier korrigierend sagen darf.

Wir haben dank der Zusammenarbeit mit den Landesschulbehörden und mit der Gewerkschaft den Überstundenabbau durchgeführt. Wir haben, meine Damen und Herren, 1 600 Lehrer vollbeschäftigt, 500 teilzeitbeschäftigt angestellt. Trotz des Sparbudgets wurde für 250 Lehrer vorgesorgt, die in der Erwachsenenbildung in den nächsten Jahren arbeiten werden. Das, glaube ich, muß man doch auch feststellen.

Nicht überall ist man diesen Weg gegangen, um den Lehrerüberhang abzubauen. Erlauben Sie mir, daß ich daran erinnere, daß die Deutsche Presseagentur am 30. November folgende Mitteilung übermittelt hat: Die Verkürzung der wöchentlichen Unterrichtszeit von Lehrern um nur eine Stunde könnte nach Auffassung des parlamentarischen Staatssekretärs im Bundesbildungsministerium Anton Pfeifer, CDU, die Einstellung von 20 000 arbeitslosen Lehrern im Bundesgebiet ermöglichen. Vor dem Fachausschuß des Bundesstages wies Pfeifer am Mittwoch weiter darauf hin, daß natürlich anteilig die Gehälter gekürzt werden müßten.

Sehen Sie, meine Damen und Herren, auf diese Idee ist hierzulande kein Mensch gekommen. Kein Mensch wird auf die Idee kommen, die Pflichtstunden der Lehrer zu kürzen und ihre Gehälter anteilig zu kürzen. Wir sind einen anderen Weg gegangen. Und das ist ein sehr guter Weg. Denn wenn es dort um 20 000 Lehrer geht, und wenn ich sage, daß wir jetzt zirka 2 300, 2 400 Lehrer insgesamt mit den Lehrern für die Erwachsenenbildung einstellen, so entspricht das etwa dem Bevölkerungsverhältnis zwischen Bundesrepublik und Österreich. Und da können wir sagen: Wir haben das gemacht, ohne daß es Gehaltskürzungen für den Lehrer gegeben hat. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*)

Ich habe mir erlaubt, mehrfach ... (*Zwischenruf des Abg. Mag. Schäffer.*) Ja das macht ja nichts, wenn Sie es gefordert haben. Wichtig ist, daß wir es gemacht haben. Wichtig ist, was wir alles gemacht haben. Ich habe am Beginn gesagt: Dank der Zusammenarbeit mit den Landesschulräten und der Gewerkschaft. Mehr kann ich doch wirklich nicht mehr sagen. Ich habe es ja einmal deutlich gesagt. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*)

Bundesminister Dr. Zilk

Meine Damen und Herren! Zur Einsparungsaktion bei den Schulbüchern. Ich möchte hier ganz klipp und klar sagen — und dies ist ja heute in einer Presseaussendung sehr ausführlich dargestellt worden; ich habe mich an meine Redezeit zu halten —: 100 Millionen habe ich gesagt. Ich habe sie zu reduzieren um die mir nicht bekannten Beträge, die durch die Mehrwertsteuer zu Buche schlagen. Also werden es 80 Millionen sein. Und Sie können im nächsten Jahr prüfen, ob ich diese 80 Millionen einhalte.

Meine Damen und Herren! Wir werden darüber hinaus über viele andere Überlegungen auch auf diesem Gebiet noch zu sprechen haben. So selbstverständlich ist das gar nicht.

Ich darf die „Niederösterreichischen Nachrichten“ zitieren: Gegen weitere Einsparungen bei der Schulbuchaktion spricht sich der Präsident der Katholischen Aktion Österreichs Eduard Ploier aus. In einem Appell an die verantwortlichen Politiker — das muß sich offenbar auch an mich richten — und alle Erzieher und Eltern warnt Ploier, diese — wörtliches Zitat — „kluge und nun ausgereifte Aktion nicht weiter zurückzuschrauben, da sonst der pädagogische und weltanschauliche Nutzen weitgehend verlorengeht“. (Abg. Mag. Schäffer: *Was ist mit den Limits?*)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Trotzdem müssen Sie sich jetzt langsam entscheiden, ob Sie einsparen wollen oder nicht. Denn einmal fordern Sie, daß wir einsparen. Sparen wir ein, sagen Sie: Was ist mit den Limits?

Dies ist von hervorragenden Beamten des Bundesministeriums für Unterricht und Kunst erarbeitet worden, die Fachleute sind und die Ihnen, meine Herren, viel besser bekannt sind seit Jahrzehnten als mir. Ich vertraue den hervorragenden Beamten des Ministeriums, die wissen, was sie überlegen.

Ich trage die Verantwortung und werde sie tragen. Darauf brauchen Sie mich nicht aufmerksam zu machen. Die trage ich schon seit vielen, vielen Jahren in verschiedenen Gremien. Ich werde sie auch hier zu tragen wissen. (Beifall bei SPÖ und FPÖ.)

Wir werden diese Aktion durchführen. Wir werden uns trotz des grundsätzlichen Bekenntnisses zum Gratisschulbuch dennoch die Frage zu stellen haben: Wo können wir mit Verantwortung sparen, wie wir auf allen anderen Gebieten des Lebens auch sparen?

Ausbau der Schulpartnerschaft. Meine Damen und Herren! Hier wurde vorhin reklamiert, warum das so langsam geht. Das kann ich Ihnen schon sagen, warum das so langsam geht. Es liegt nur ein Referentenentwurf vor, hieß es im ersten Beitrag heute. (Zwischenruf.)

Meine Damen und Herren! Das ist sehr einfach. Der Referentenentwurf hat versucht, eine Mitte zu suchen. Wir sind im Gespräch mit den Vertretern der Schüler — da haben Sie heute ja Zitate gehört —, aber wir sind auch im Gespräch mit den Vertretern der Lehrer. Und was den Schülern am Referentenentwurf als katastrophal rückschrittlich und konservativ erscheint, erscheint den Lehrern als unzumutbar links, revolutionär und nicht durchführbar. (Der Präsident übernimmt den Vorsitz.)

Sie werden mir doch alle zustimmen: Wenn wir von der Schulpartnerschaft sprechen, wenn wir eine Verbesserung des Schulklimas wollen, dann kann das nur gemeinsam sein. Das kann nicht gegen die Lehrer sein, das kann nur mit den Lehrern sein. Und wir werden so lange verhandeln, bis wir eine Lösung gefunden haben, zu der alle ja sagen. Denn Mehrheitsbeschlüsse auf dem Gebiete einer inneren Schulreformmaßnahme — und das ist es ja, um den von Ihnen gern gebrauchten Begriff zu verwenden —: Solche Maßnahmen können nicht durch Überstimmen stattfinden, sondern die können nur in der gemeinsamen Zusammenarbeit stattfinden.

Meine Damen und Herren! Dazu kommt unsere große Bemühung: Jeder Schule ihr Elternverein! Ich glaube, es kann niemandem entgangen sein, daß wir in den letzten Wochen hier großartige Maßnahmen gesetzt haben. Ich kann das wirklich sagen, weil das nicht meine Leistung ist, sondern die Leistung der Beamten der Schulservicestelle des Ministeriums. Ich habe nichts anderes getan, als sie der Öffentlichkeit mitgeteilt, daher sei mir dieses Lob gestattet. Es ist das eine sehr wichtige Sache.

Wir haben die Enquete der Behinderten durchgeführt, die reklamiert wurde. Und dessen ist das auch längst erledigt, das heißt, wir haben die lang diskutierte Frage: Behinderte an berufsbildenden höheren Schulen, glaube ich, einvernehmlich mit allen gelöst.

Die Frage der Werkerziehung wird immer wieder angeschnitten. Ich möchte die Gelegenheit wahrnehmen, klar und deutlich zu

Bundesminister Dr. Zilk

sagen, meine Damen und Herren: Es kann nur darum gehen, daß wir die Frage der Werk-erziehung ausführlich und lang diskutieren, wo es um die Verbesserung der Bildungsinhalte geht, um Modelle einer gemeinsamen Werkerziehung, um Ausbildung und Weiterbildung. Aber nie und nimmer und in keinem Zusammenhang habe ich jemals die Abschaffung der Noten in Werkerziehung verlangt. Es wäre absurd, in einer Schullandschaft, die zu Recht auf Grund unserer Gesetze ohne Noten nicht auskommt, gerade in einem Unterrichtsgegenstand, wo mehr als meßbar Leistungsbereitschaft, Arbeitstugend und dergleichen abzulesen sind, die Note abzuschaffen.

Und mit dem Notenabschaffen hat es natürlich auch so seine Probleme. Da wurde heute zu Recht gesagt, wie wichtig die musiche Erziehung ist. Gefordert hat die Notenabschaffung bei uns, wenn ich das jetzt als langjähriges Mitglied der sozialistischen Lehrerschaft sagen darf, niemals jemand. Aber wissen Sie, wo sie gefordert wurde?

Da gibt es „107 Vorschläge für Österreich“ der ÖVP aus dem Jahr 1971, und da steht im Kapitel 10: „Bilden und Forschen für morgen“, und da steht unter Abschnitt 4: Förderung des Kontaktes mit zeitgenössischen Künstlern in den musicischen Fächern zur Entwicklung der schöpferischen Fähigkeiten der Schüler — das ist eine sehr gute und kluge Forderung, die wir wie alle anderen Forderungen dieser Art ja auch durchzuführen versuchen — sowie Abschaffung der Bewertung in diesen Fächern.

Sie regen sich über etwas auf, was Sie selber dauernd fordern, was Ihre Kulturfachleute und Lehrer gefordert haben. Schieben Sie das doch, bitte, nicht anderen in die Schuhe! (Beifall bei SPÖ und FPÖ. — Zwischenruf bei der ÖVP.) Ja aber bitte schön: 1971, ÖVP! Na also, bitte schön. Dann bekennen Sie sich doch dazu!

Wir haben heuer zum erstenmal, meine Damen und Herren, die Betreuung in den Krisensituationen durchgeführt. Sommer 1983, alle schulpsychologischen Stellen waren im Einsatz; wir werden das im Februar wieder durchführen. Es hat sich sehr, sehr bewährt. Ich glaube, es hat allgemein Anerkennung gefunden. Das ist auch eine Frage der inneren Schulreform, alle Kräfte, die wir haben, zu mobilisieren.

Und ich möchte Ihnen schon jetzt mitteilen, daß wir ab Herbst 1984, gelernt und übernommen von den Erfolgen einer großen Tageszei-

tung, nämlich des „Kurier“ — ich sage das ganz offen hier —, diese Aufgabenhilfe institutionalisieren werden. Wir werden ab September 1984 an drei Schwerpunktstellen in Wien im Westen und im südlichen Raum — das muß man sich noch genau überlegen, wir haben seit gestern eine Arbeitsgruppe gebildet, die das vorbereitet — diese Aufgabenhilfe durchführen. Ich habe mich selbst überzeugen können, daß dieses Experiment, das eine Zeitung ja nur einen, zwei, drei Tage oder zwei Wochen machen kann, ein echter, zielführender Schritt ist zur Hilfe und selbstverständlich auch zum Abbau von Streß und Angst in der Schule. Denn wieviel Angst oder Streß kann man vermeiden, wenn man jemanden hat, den man fragt! Ich glaube, das ist eine sehr, sehr zielführende Arbeit.

Zuletzt lassen Sie mich noch sagen, bevor ich endgültig nicht sozusagen das Wort entzogen bekomme, aber den Hinweis, endlich aufzuhören, noch deutlicher bekomme, wie ich ihn jetzt schon mehrfach erhalten habe: Wir haben auch auf dem Gebiet der höheren Schulen, der Veränderung in der Landschaft der Reifeprüfung eigentlich Maßnahmen gesetzt, von denen ich glaube, daß sie die Richtung unserer Überlegungen anpeilen. Wir werden uns mit diesen höheren Schulen beschäftigen müssen, wir werden die Erfahrungen, die man mit den drei Schulversuchsmethoden in den letzten Jahren gemacht hat und die seit Jahren diskutiert werden, in die Tat umsetzen müssen.

Und da möchte ich mich dem Herrn Abgeordneten Peter schon wirklich anschließen: Es wird die schwierigste Aufgabe sein, die Lehrpläne in diesen Schulen so zu revidieren, daß man wirklich den Mut zum Neuen hat, der zur Lücke führt. Denn wir können nicht neue Perspektiven, etwa die Notwendigkeiten von Informatik und EDV, in der Schule anerkennen und gleichzeitig nicht die Bereitschaft haben, hier mitzutun.

Ich habe hier ein Heftchen aus dem Jahr 1853 — und damit möchte ich fürs erste schließen —: „Fragmente über das Unterrichtswesen“. Das zeigt die Problematik, die sich bis heute nicht geändert hat (Zwischenruf bei der ÖVP): Groß ist die Klage der Überbürdung. Wenn diese Klage durch den neuen Gymnasialplan veranlaßt wurde, so ist hier, wie es leider oft zu geschehen pflegt, gerade das Gegenteil von dem geschehen, was die Regierung beabsichtigt hat. — 1853! Es gibt auf dem Gebiet nichts Neues, höchstens wir entschließen uns, aus diesem alten Heftchen zu lernen und uns nicht selbst bei der Neuge-

Bundesminister Dr. Zilk

staltung der Lehrpläne zu widerlegen. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*) 13.06

Präsident: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Bundesminister Dr. Fischer. Bitte.

13.07

Bundesminister für Wissenschaft und Forschung Dr. Fischer: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hohes Haus! Nachdem mein Freund Helmut Zilk so schwungvoll sein Budgetkapitel vertreten und einen Dialog im Bereich jener Fragen geführt hat, die das Unterrichtsressort betreffen, glaube ich, daß auch zu den Punkten, die von den Sprechern Stix, Nowotny und vom Kollegen Blenk zum Wissenschaftsbudget aufgeworfen wurden, einige Bemerkungen zweckmäßig sind; Stellungnahmen, die sich gerade beim Wissenschaftsbudget auf eine — so beurteile ich das — sehr ruhige Debatte beziehen können. Es entspricht auch durchaus meinen Interessen, Fragen der Wissenschaft und der Forschung und der Wissenschafts- und Forschungspolitik in einer ruhigen Atmosphäre zu behandeln, weil es sich dabei um einen einerseits sehr wichtigen, andererseits aber in zumindest bestimmten Teilbereichen sehr komplizierten Bereich unseres öffentlichen Lebens handelt. Wenn dort ruhig und sachgerecht gearbeitet wird, kann das der österreichischen Wissenschaft und der österreichischen Forschung nur gut tun.

Was das Budget selber betrifft, meine Damen und Herren, ist es so, daß wir ein Budget von 11,7 Milliarden Schilling verhandeln und beschließen werden und daß es zwar richtig ist, Kollege Blenk, daß der Anteil des Wissenschaftsbudgets am Gesamtbudget aus den spezifischen Entwicklungsgesichtspunkten des Staatshaushaltes um 0,02 Prozent zurückgeht, daß aber zum Beispiel der Anteil des Wissenschaftsbudgets am Bruttonationalprodukt heuer wieder ansteigend ist und daß wir daher in der Geschichte unseres Landes mit diesem Budget schon einen Spitzenwert des Anteils der Wissenschaft am Bruttonationalprodukt zu verzeichnen haben. Gerade das ist ja ein sehr wichtiges und entscheidendes Kriterium.

Ich schließe mich, meine Damen und Herren, den Ausführungen von Minister Zilk voll und ganz an, daß sich, wenn man sparen will und wenn man von Sparen redet, das natürlich auch manifestieren muß und daß das natürlich auch konkrete Folgen haben muß. Umso erfreulicher ist es, daß diese Bundesregierung dieses Budget gegenüber dem Vorjahr wieder um nahezu 8 Prozent steigern

konnte. Mit Ausnahme von Frankreich kenne ich kein europäisches Land, wo die Steigerungsraten für Wissenschaft und Forschung das Doppelte der Inflationsrate ausmachen. Das muß man einmal klarstellen, und das muß einmal gesagt werden. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*)

Kollege Blenk hat in einem Entschließungsantrag von einer Forschungsmilliarden gesprochen. Ich weiß schon, wie es gemeint ist. Der Begriff der Forschungsmilliarden geistert ja schon öfters durch wissenschaftspolitische Diskussionen. Aber, meine Damen und Herren, was wir hier für die Forschung tun werden, ist nicht nur eine Forschungsmilliarden, sondern ist eine Vielzahl von Forschungsmilliarden, die der Wissenschaft und der Forschung im nächsten Jahr zur Verfügung stehen werden.

Ich möchte Ihnen, Kollege Blenk, folgende interessante Zahlen nennen, denn das Bundesbudget für die Forschung ist ja nur ein Teil dessen, was in Österreich für Forschung und Entwicklung ausgegeben wird. Und es ist doch markant, sagen zu können, daß die österreichische Wirtschaft, also die private Wirtschaft nach den vorliegenden Prognosen im nächsten Jahr um 5,5 Prozent mehr für Forschung und Entwicklung ausgeben wird.

Die österreichischen Bundesländer, die ja auch Ausgaben auf diesem Gebiet haben, werden im nächsten Jahr um 7,7 Prozent mehr für Forschung und Entwicklung ausgeben. Aber die Ansätze im Wissenschaftsministerium werden im nächsten Jahr um 7,9 Prozent steigen, was die Ausgaben für Forschung und Entwicklung betrifft. Und wenn Sie sich das vor Augen halten: Wirtschaft 5,5 Prozent, Länder 7,7 Prozent, Bund, Wissenschaftsministerium, 7,9 Prozent, dann sehen Sie doch, daß hier eine wirkliche Schwerpunktbildung gelungen ist, eine Schwerpunktbildung, die unsere Möglichkeiten in dem wichtigen Bereich der Forschung im Vergleich mit anderen Institutionen in Österreich, nämlich der Wirtschaft oder den Ländern, an die Spitze setzt. Und das möchte ich festgehalten wissen. Da brauche ich gar nicht Vergleiche mit der Bundesrepublik Deutschland oder mit anderen europäischen Ländern zu strapazieren. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Wenn der Kollege Blenk noch sagt, daß der Anteil des Bundes an den gesamtstaatlichen Forschungsausgaben zurückgeht: Ja das weiß ich schon, nur erstens einmal ist es ja ein gutes Zeichen, daß im wirtschaftlichen Bereich auch die Notwendigkeit für For-

Bundesminister Dr. Fischer

schung stärker erkannt wird. Zweitens ist es so, daß, absolut gesehen, in Österreich die Ausgaben der öffentlichen Hand einen hohen Anteil, etwa verglichen mit der Schweiz oder den USA, an den Forschungsausgaben haben. Und drittens, Kollege Blenk, das ist etwas, was gerade Sie nicht kritisieren dürften, denn in Ihren Vorstellungen ist ja die Zurückdrän-
gung des Staates geradezu etwas Erstrebens-
wertes, wenn ich mir den Kollegen Schüssel vor Augen halte... (Zwischenruf.) Also gut, das ist einmal ein Gesichtspunkt, den ich hier anschneiden wollte, weil er in der bisherigen Debatte eine große Rolle gespielt hat.

Übrigens wäre es natürlich naheliegend, als Zeugen die Betroffenen selber anzuhören. Ich habe hier ein Schreiben vom Präsidenten des Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung. Ich will das hier gar nicht ausbreiten, weil es wirklich in einer sehr anerkennenden Weise die erfolgreichen Bemühungen zur Erhöhung der Budgetposten im Bereich der Forschung als einen begrüßenswerten Erfolg der Verhandlungen mit dem Finanzminister darstellt, und das Präsidium des FWF weiß, daß in der schwierigen Budgetlage des Bundes die Bemühungen hier sehr erfolgreich waren et cetera. Ich sage nur: Im Dialog mit den Betroffenen glaube ich feststellen zu können, daß die nicht erfolglose Bemühung anerkannt wird, im Rahmen eines Sparbudgets dort, wo Schwerpunkte notwendig sind und wo sie unserer gesamten Gesellschaft und unserer gesamten Wirtschaft sicher zugute kommen werden, solche Schwerpunkte auch zu setzen.

Ein weiterer Bereich: der Ausbau der Universitäten selber, die Frage, ob die Zahl der Lehrenden mit der Zahl der Studierenden einigermaßen Schritt halten kann. Lassen Sie mich dazu folgende Gedanken äußern.

Erstens: Natürlich wäre es mir lieb, wenn wir einfach aus dem vollen schöpfen könnten, was die Zahl der Lehrenden betrifft. Aber Sie wissen, das ist ein Teil des Dienstpostenplans, das ist ein Teil jener Debatte, die Jahr für Jahr geführt wird, wo am Schluß ein Strich gemacht wird unter den gesamten Dienstpostenplan und eine allfällige Steigerung der Dienstposten als Beweis für „Bürokratisierung“ und damit Verschwendungen et cetera gewertet wird.

Ich weiß schon, daß dann in einer Spezial-
debatte im wissenschaftlichen Bereich gesagt wird: Na ja, die Assistentenposten kritisieren wir ja gar nicht so; und das gilt ja nicht so sehr für die Hochschulen. Aber das hilft nichts,

meine Damen und Herren: In der Öffentlichkeit wurde ein Klima erzeugt, das gerade auf dem personellen Sektor wirkliche Engpässe hervorruft. Und da müßten sich alle zusammen bemühen, hier auf publikumswirksame Schlagworte vielleicht doch lieber zu verzichten und differenzierter zu urteilen und vorzugehen, bevor hier wirklich Erleichterung erzielt werden kann. Wir müssen uns also auch im personellen Bereich wirklich auf restriktive und restriktivste Zuwachsraten einstellen.

Dazu kommt aber noch etwas Zweites — und insofern ist ja eine Betrachtung des Verhältnisses Lehrende zu Lernenden mit einer gewissen Vorsicht vorzunehmen —: Wenn in einer Studienrichtung die Zahl der Inskribierenden um 10 Prozent zurückgeht und ich zu dieser Fakultät hingehen und sagen würde: Bei euch haben jetzt 10 Prozent weniger inskribiert, folglich braucht ihr um 10 Prozent weniger Dienstposten!, dann würden die mit Recht eine solche Rechnung ablehnen und sagen: Aber bitte, deswegen, weil um 10 Prozent weniger inskribiert sind, sind ja unsere Aufgaben des Lehrens und des Forschens nicht um 10 Prozent weniger geworden!

Umgekehrt aber: Wenn eine Steigerung um 10 Prozent eintritt, kann man auch nicht einfach sagen: Es müssen alle Proportionen gleichbleiben!, sondern es gibt hier eben gewisse optimale Verhältnisse, und es kann nicht einfach nur numerisch hochgerechnet werden.

Dazu kommt aber noch, meine Damen und Herren, daß wir uns auch noch intern um eine bessere Verteilung und gewisse Umschichtungen bemühen müssen. Es kann ja nicht angehen, daß überall dort, wo ein Personalmangel ist, nach dem Staat gerufen wird, nach mehr Dienstposten gerufen wird, und dort, wo die Personaldecke lockerer ist, sich nichts ändert. Wir müssen uns auch hier intern um Umschichtungen bemühen, und wir tun das auch und werden es auch in Zukunft tun.

Schließlich noch etwas: Die Inskriptionsentwicklung zeigt, daß wir jetzt mit einem Ansteigen der Erstinskribierenden nicht mehr zu rechnen haben und Ende der achtziger Jahre überhaupt mit einem Ansteigen der Inskribierten nicht mehr zu rechnen sein wird, sodaß hier schon neue Situationen, neue Relationen eintreten werden. Das stürmische Anwachsen der Studentenzahl ist einem viel kontrollierteren, einem viel gebremsteren Anwachsen gewichen. Ich begrüße das, weil sich das eben auch auf die Problematik des

Bundesminister Dr. Fischer

Arbeitsmarktes, auf eine ganze Reihe anderer Bereiche auswirken wird.

Was Fragen des Arbeitsmarktes für Akademiker betrifft, so wissen Sie, daß die Akademikerarbeitslosigkeit, die jetzt im September mit etwa 1,5 Prozent zu beziffern war, von mir immer so eingeschätzt wird, daß ich sage: Auch in diesem Bereich ist jeder einzelne Arbeitslose, den es gibt, um genau diesen einen zuviel. Aber daß wir insgesamt unter den Akademikern eine deutlich niedrigere Arbeitslosenrate haben als in der Gesamtzahl der Erwerbstätigen, zeigt doch, daß das akademische Studium, wenn es absolviert wird, die Berufschancen verbessert.

Ein Satz noch zur Situation der Studierenden, meine Damen und Herren: Heuer werden erstmals in dem Budget, um dessen Annahme ich das Hohe Haus bitten darf, die Ausgaben für Studienbeihilfen die Zahl von 500 Millionen Schilling überschreiten, und die Gesamtzahl der Sozialaufwendungen wird bei etwa 2,2 Milliarden Schilling liegen. Ich sage das nur im Hinblick auf Initiativen, das Studienbeihilfensystem weiter auszubauen et cetera. Das muß man sich alles sehr, sehr genau überlegen. Und angesichts dessen, was die Österreicher leisten, was der österreichische Steuerzahler leistet für Sozialleistungen im Bereich der Universitäten, glaube ich, daß wir wirklich die Pflicht haben, hier jeden einzelnen Schritt auf das sorgfältigste zu prüfen, und daß wir uns zunächst einmal um die optimale Verteilung der vorhandenen Mittel bemühen müssen, und das tun wir auch, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Im übrigen ist es auch eine wichtige Aufgabe — da antworte ich auch auf die Ausführungen von Präsident Stix —, daß wir flexibel sind bei den Studienordnungen, bei den Studienrichtungen, bei den Studieninhalten. In Klagenfurt gibt es zum Beispiel Planungen, zwei neue Studienrichtungen einzuführen. Wir werden uns sehr bemühen, daß diese Frage bis zum Beginn des Studienjahres 1984/85 erledigt sein wird und dort das erweiterte Angebot geschaffen wird. Ich bin sicher, daß es auch angenommen werden wird.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn ich noch einmal auf den Diskussionsbeitrag von Kollegen Dr. Blenk zurückkommen darf: Über Bürokratie und Bürokratisierung an den Universitäten ist oft in diesem Haus diskutiert worden. Ich bin sicher, daß man gewisse Beiträge leisten kann, um die Hochschulen noch zu entlasten, daß man gewissen Schritte einer weiteren Verwal-

tungsreform wird setzen können. Ich habe auch ganz konkrete Vorstellungen.

Nur eines möchte ich Ihnen sagen, Kollege Blenk: Seit ich Gelegenheit habe, Protokolle von akademischen Gremien zu lesen — und nicht nur die Gelegenheit, sondern fast die Pflicht —, sehe ich natürlich, mit wie vielen Fragen und mit welcher Ausführlichkeit man sich mit einzelnen Problemen beschäftigt, ohne daß das UOG eine zwingende Ursache dafür ist. Ich begrüße es, daß akademische Gremien bis hinauf zur Rektorenkonferenz Öffentlichkeitsarbeit betreiben, Unterausschüsse einsetzen und Fachgremien bilden. Das ist in Ordnung, wenn ein Bedarf danach besteht. Aber ich glaube nicht, daß man das alles dem UOG oder der Bürokratisierung durch Gesetze zuschreiben kann.

Auf die Wichtigkeit der Forschungsförderung, die auch Kollege Nowotny angeschnitten hat, bin ich schon eingegangen.

Ich glaube, daß ich damit diesen kurzen Diskussionsbeitrag auch schon abschließen kann, nicht ohne darauf hinzuweisen — und das wird vielleicht die weitere Debatte noch ergeben —, daß der Aufgabenbereich des Wissenschaftsministeriums natürlich seinen Schwerpunkt bei den Universitäten und bei der Forschungsförderung hat, aber auch noch andere Bereiche umfaßt, die nicht zu kurz kommen sollen. Die Museen sind eine außerordentlich wichtige Einrichtung in unserem Land, deren Möglichkeiten noch nicht voll ausgeschöpft sind. Es sind die Bibliotheken hier zu erwähnen, es sind die Fragen des Denkmalschutzes zu erwähnen, die diese Diskussion abrunden würden.

In diesem Sinne, meine Damen und Herren, hoffe ich erstens, daß Sie erkennen, daß das Budget für das kommende Jahr ein Budget ist, das die Notwendigkeiten der Sparsamkeit anerkennt, aber dennoch für eine Weiterentwicklung der Universitäten und der Forschung in Österreich die notwendigen Voraussetzungen schafft;

zweitens, daß Sie merken, daß Anregungen gerade aus Wissenschaftsdebatten oder auch aus Debatten über Forschungsberichte gerne aufgegriffen werden, wenn sie unseren Hochschulen und unserer Forschung nützlich sind und eine Weiterentwicklung bedeuten, und

drittens, daß die von allen drei Parteien ausgedrückte Betonung, daß Wissenschaft und Forschung ein gemeinsames Anliegen sind, auch in Zukunft aufrechterhalten wer-

Bundesminister Dr. Fischer

den möge und vielleicht schon bei der Behandlung des nächsten Forschungsberichtes einen konkreten Niederschlag in Form einer einstimmigen Genehmigung des Berichtes über die Lage der Forschung in Österreich finden kann. (Beifall bei SPÖ und FPÖ.) ^{13.25}

Präsident: Nächster Redner ist der Abgeordnete Arnold Grabner.

^{13.25}

Abgeordneter Arnold **Grabner** (SPÖ): Hohes Haus! Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich werde auf die Ausführungen des Herrn Abgeordneten Höchtl noch eingehen, möchte aber vorerst die Aussprüche „sportfeindlicher Finanzminister, Feind des Sports“ energisch zurückweisen. (Beifall bei SPÖ und FPÖ.)

Leider ist der Herr Abgeordnete Höchtl jetzt nicht im Saal. Im Sportgeschehen würde er auf dem Spielfeld die gelbe Karte bekommen; die hat er sich in der letzten Zeit schon öfter verdient.

Gestatten Sie mir einen Rückblick auf eine Zeitspanne, auf ein Dutzend Jahre, wie es sie vorher in der Sportgeschichte unserer Republik niemals gegeben hat. Diese mehr als zehn Jahre Sportförderung und Sportentwicklung unter der Amtsführung des Bundesministers Dr. Fred Sinowatz waren eine Ära, in welcher selbst nach Ansicht von Fachleuten aus den Reihen der Opposition Gewaltiges für den österreichischen Sport geleistet wurde und die österreichischen Sportler Großartiges zuwege brachten.

Erlauben Sie, daß ich nur in Stichworten an die wichtigsten Fakten erinnere: die erfolgreichen Traineraktionen, die Leistungszentren, die Sporthilfe, die Schülerliga, die Ausweitung der Sportmedizin, die Fit-Welle, die Gesetze bezüglich Leibeserziehung, die international anerkannten Großveranstaltungen wie die Olympischen Winterspiele und viele Welt- und Europameisterschaften, die in unserem Lande zur Austragung gelangten und nicht unwesentlich dazu beitragen, Österreich als Ort friedlicher sportlicher Begegnungen in vielen Ländern populär zu machen.

In dieser Ära — das kann von niemandem bestritten werden — wurde der Stellenwert des Sports innerhalb unserer Gesellschaft beträchtlich gesteigert und damit im Zusammenhang auch das Gesundheitsbewußtsein breiter Bevölkerungsschichten angehoben. Der Sport als Weg zur Gesunderhaltung des Körpers wurde in diesen Jahren populär wie

nie zuvor. Der Breitensport und der Spitzensport erreichten neue Höhepunkte.

Doch, meine Damen und Herren, keine Sonne ohne Schatten, das gilt auch für die Entwicklung des Sports. So begrüßenswert die Entwicklung des Breitensports war und ist, so sehr wir uns auch über die Spitzeneleistungen unserer Spitzensportler freuen, so sehr bedauern wir auch die immer stärkere Vermarktung unserer Spitzensportler. Denn bei dieser Form der Umsetzung sportlicher Leistungen in steigende Gewinne besteht die Gefahr, daß der oder die Sportler nur noch als ein Stück Markenartikel gehandelt werden, und das ist schon ein arger Verstoß gegen die Würde des Menschen.

Sport und Gesellschaft, meine Damen und Herren, sind so eng ineinander verflochten, daß jede gesellschaftliche Veränderung unweigerlich auf das Sportgeschehen zurückwirkt, und umgekehrt kann der Sport auf die gesellschaftliche Entwicklung recht gewichtigen Einfluß ausüben.

Spitzensport soll ja auch eine Signalwirkung für den Breitensport beziehungsweise für dessen Ausweitung haben. Und der Breitensport soll, wie Professor Viktor Frankl vorschlägt, zu einer richtigen Freizeitgestaltung verhelfen, um in dieser Zeit und auf diese Weise — mittels Sport — zu sich selbst zu finden. (Beifall bei SPÖ und FPÖ.)

Die Freizeit in einem immer größeren Ausmaß, ob durch kürzere Arbeitszeit, durch verlängerten Urlaub oder durch Frühpensionierung, sollte von jedem einzelnen bewußter gestaltet werden. Dabei kann der Breitensport eine gewichtige Rolle spielen.

Aus diesem Grunde wird, wie schon vorher erwähnt, sowohl den Medien wie auch den Sportvereinen selbst immer größere Aufgabenstellung zukommen, die Freizeit des einzelnen sinnvoll zu gestalten im Interesse der Volksgesundheit und im Interesse des einzelnen Menschen. (Beifall bei SPÖ und FPÖ.)

Besonders im Interesse der jungen Menschen sollten die Medien und alle zuständigen Institutionen und Vereine darauf drängen: Durch Sport weg vom Alkohol; durch Sport weg von der Drogengefahr; durch Sport weg von der Gefahr motorisierter — oft tödlicher — Freizeitgestaltung; durch Sport weg von der Leerformel „mir ist so fad“.

Aber auch für ältere Menschen müßte es heißen: Durch Sport weg aus der Vereinsa-

2200

Nationalrat XVI. GP — 26. Sitzung — 13. Dezember 1983

Arnold Grabner

mung im Alter; durch Sport weg von der körperlichen Erstarrung!

Freizeit und Breitensport, meine Damen und Herren, sollten wir als Zwillinge betrachten und auch als solche heranbilden und orientieren, was mir aus mehreren Gründen von größter Wichtigkeit scheint.

Erstens könnte damit sehr wesentlich zur Verminderung der finanziellen Belastungen der Krankenkassen und Krankenanstalten beigetragen werden, womit auch dem einzelnen Staatsbürger und dem Staat gedient würde.

Zweitens wäre die Ausweitung des Breitensports auch eine sehr wesentliche positive Beeinflussung bestimmter Wirtschaftszweige.

Und drittens: Der Breitensport wie auch der Spitzensport können einen wichtigen Beitrag zur Entwicklung eines gesunden Patriotismus und eines gesunden Nationalbewußtseins leisten.

Allerdings sollte die Motivierung breiter Bevölkerungsschichten für den Sport und die Sportausübung so früh wie möglich begonnen werden, und zwar sowohl in der Familie, im Vorschulalter, aber vor allem in den Grundstufen unseres Schulwesens. Dort ist zwar in der Ära des Bundesministers Sinowatz sehr viel geschehen. Ich darf nur an die Schülerliga erinnern, die gegenwärtig pro Jahr rund 12 000 Schüler im Alter von zehn bis zwölf Jahren zum Fußballsport führt. Dennoch gibt es offene Probleme und Aufgaben im Schulunterricht bezüglich des Sports, das heißt beim Turnunterricht in den Pflichtschulen und in der Berufsschule und, wenn Sie wollen, auch während des Präsenzdienstes der jungen Staatsbürger. Gerade durch eine solche Motivierung durch den Schulsport könnte mittels Fortsetzung in der Berufsschule und beim Bundesheer eine Dauerorientierung für die Sportausübung bis zum Seniorenturnen Erfolg haben.

Erlauben Sie, meine Damen und Herren, daß ich auch noch ein negatives Kapitel — wie bereits Herr Abgeordneter Höchtl ausgeführt hat, nur schaut die Situation ein bißchen anders aus — aus dem Bereich der Sportförderung erwähne. (Abg. Dr. Höchtl: Warum schaut die Situation anders aus?)

Herr Abgeordneter! Sie haben zum Beispiel die Fußballvereine erwähnt. Die haben die Hauptschuld an dieser Entwicklung im Sporttoto, ob es die Weltmeisterschaften in Spanien

waren oder ob es die Spiele in der 1. Division sind. Sie sehen ja selbst, welche Zuschauerkulissen diese Spiele haben. (Abg. Dr. Höchtl: Das heißt, Sie distanzieren sich von den eigenen Verbänden, von der Erklärung des ASKÖ beispielsweise!) Nein, nein, das habe ich nicht gesagt! (Abg. Dr. Höchtl: Ihre eigenen Verbände haben selbst gesagt, die Brieflotterie ist die Hauptursache des Rückgangs!) Das glauben Sie! Aber das wird auch eine Ursache sein. (Abg. Dr. Höchtl: Also das sagen Ihre Verbände!)

Wie die Glücksspielmonopolverwaltung schätzt, werden durch einen Rückgang der Einsätze beim Sporttoto — wie bereits erwähnt — etliche Millionen verlorengehen.

Diese Erscheinung war Anlaß genug, über die Möglichkeiten eines entsprechenden Verlustausgleiches neue Überlegungen anzustellen.

Unterrichtsminister Dr. Zilk hat auf diese für den Sport nachteilige Tatsache sofort — ich möchte sagen: wie ein Sprinter — reagiert und die notwendigen Besprechungen mit Finanzminister Dr. Salcher und Herren der Glücksspielmonopolverwaltung durchgeführt. (Beifall bei SPÖ und FPÖ.) Heute werden noch Besprechungen in dieser Angelegenheit stattfinden (Abg. Dr. Höchtl: Das Resultat ist interessant!), weil wir der Meinung sind, daß hier wirklich etwas geschehen muß. (Abg. Dr. Höchtl: Muß!)

Auch auf die Steuererhöhungen, wie der Herr Abgeordnete gemeint hat (Abg. Dr. Höchtl: Das Belastungspaket!), werde ich noch eingehen und sagen, welche Leistungen die sozialistische Bundesregierung auf diesem Gebiet vollbracht hat. Sogar seine Freunde haben es im Finanz- und Budgetausschuß erwähnt.

Erfreulicher dagegen sind die Erfolge unserer Sportler im Jahre 1983. Viele Spitzensportler unserer Nation haben Weltmeisterschaften, Europameistertitel und Weltcupsiege errungen. (Abg. Dr. Neisser: Die Rodler!)

Meine Damen und Herren! Nur wer selbst Sport betreibt, kann ermessen, wieviel Ausdauer, Arbeit und Sportdisziplin, wieviel geistige und körperliche Anstrengung heute nötig ist, um im Rahmen der internationalen Sportgrößen solche Erfolge zu erringen.

Ebenso unerfreulich wie der Rückgang der Sporttotomittel waren auch die künstlich-

Arnold Grabner

wilde Attacke der ÖVP und vor allem die Schlagworte des Herrn Abgeordneten Höchtl und des ÖVP-Pressedienstes gegen Finanzminister Dr. Salcher, wobei vom Würgegriff und vom Ende des Spitzensportes die Rede war und dann wieder das Ende der 10 000 kleinen Sportvereine an die Wand gemalt wurde. (*Heiterkeit bei der ÖVP.*) Sie finden das lächerlich; die Sportvereine und die Sportler draußen natürlich nicht.

Dazu kam noch der unglaubliche Versuch, und das darf nicht in Vergessenheit geraten, meine Damen und Herren, daß Sie den Finanzminister dazu aufforderten, das bestehende Recht zu mißachten. Das war in meinen Augen eine Ungeheuerlichkeit.

Darf ich Ihnen, meine Damen und Herren von der ÖVP, nochmals vor Augen führen, was durch das Abgabenänderungsgesetz für die Sportvereine besser wurde. (*Abg. Dr. Höchtl: Wer hat erstmals die Vereine besteuert?*)

Die Sportvereine wurden weder erwürgt noch finanziell ruiniert. Im Gegenteil: Sponsorgelder haben Steuerfreiheit. Die meisten Sportvereine können Kantinen ohne Ausnahmegenehmigung unterhalten. Nach wie vor gibt es einen Freibetrag von 100 000 S, begünstigte Inseratenwerbung in Vereinszeitschriften und anderes mehr zum Vorteil für die Sportvereine in Österreich!

Und wenn Sie es nicht glauben, Frau Abgeordnete (*Abg. Helga Wieser: Ich glaube es!*), dann fragen Sie den Herrn Abgeordneten Leitner. Er hat im Finanz- und Budgetausschuß den Herrn Bundesminister gefragt, ob er sich dafür einsetzen wird, daß die Kultur- und Trachtenvereine auf dem steuerlichen Sektor den Sportvereinen gleichgestellt werden. Also die Meinung in Ihrer Fraktion ist, glaube ich, geteilt.

Meine Damen und Herren! So wie auf anderen Gebieten mit größter Sparsamkeit gewirtschaftet wird, erscheint es auch sinnvoll, im Bereich des Sports ebenso verantwortungsbewußt zu wirtschaften, das heißt sparsam mit den Finanzmitteln umzugehen.

In Anbetracht der Wichtigkeit des Sportes wird der Betrag für die Sportförderung um 2,2 Prozent und der Betrag für die Bundesportseinrichtungen um 1,6 Prozent erhöht.

Wie bekannt, gibt es auch im Jahre 1984 wieder einige große Bauvorhaben, die mit beträchtlichen finanziellen Mitteln vom Mini-

sterium gefördert werden, so die Errichtung der Kunsteisbahn in Linz mit 5 Millionen Schilling und der Bau der Kunsteisbahn in Weiz mit 2 Millionen Schilling. In Gmunden wird ebenfalls eine Kunsteisbahn errichtet, deren Gesamtkosten 2,5 Millionen Schilling betragen werden; der Förderungsbetrag wurde mit 1 Millionen Schilling festgelegt.

Selbstverständlich werden auch die kommenden Großveranstaltungen europäischen oder internationalen Formats, wie die Winterspiele der Versehrten aus aller Welt, die Europameisterschaften in rhythmischer Sportgymnastik, die Weltmeisterschaften in Damen-Judo und die ASKÖ-Jugendspiele, mit entsprechenden finanziellen Beiträgen gefördert.

Wir Sozialisten wollen und werden den erfolgreichen Weg der vergangenen Sportära nun auch in der Koalitionsregierung unter der Amtsführung des Bundesministers Dr. Zilk weitergehen — im Interesse aller Sportvereine, im Interesse aller Staatsbürger. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*)

Nun möchte ich mich noch der Erwachsenenbildung zuwenden. Aus der großen Fülle der Einrichtungen der Erwachsenenbildung sowie der für sie vorgesehenen Maßnahmen möchte ich eine besonders herausgreifen: die Aktion „Beschäftigung stellenloser Lehrer in Einrichtungen der Erwachsenenbildung“.

Zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und zur Förderung der Erwachsenenbildung werden seitens des Bundesministeriums für Unterricht und Kunst gemeinsam mit dem Bundesministerium für Finanzen im kommenden Jahr 46 Millionen Schilling zur Verfügung gestellt. Im Rahmen der Aktion „Beschäftigung stellenloser Lehrer in der Erwachsenenbildung“ werden damit den als gesamtösterreichisch anerkannten Erwachsenenbildungsorganisationen und den gesamtösterreichischen volkskulturellen Verbänden jene Subventionen zur Verfügung gestellt, die es ihnen ermöglichen, insgesamt 250 Lehrer zusätzlich zu beschäftigen. (*Abg. Mag. Schäffer: Drei Jahre!*) Die Aktion ist vorerst einmal, Herr Präsident, für die Zeit von 1. Jänner 1984 bis 31. Dezember 1986 geplant. (*Abg. Mag. Schäffer: Und was dann?*) Die Anstellung der Lehrer erfolgt nach dem Angestelltengesetz. Die Verträge werden auf längstens drei Jahre befristet ausgestellt. (*Abg. Mag. Schäffer: Kollege Grabner: Was dann, nach den drei Jahren?*) Da wird sicherlich wiederum der Koalitionsregierung, wie so oft, eine Lösung einfallen, was Ihnen anschei-

Arnold Grabner

nend nicht einfällt. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.* — *Abg. Graf:* *Das gibt es nicht! Das kann nicht so lange dauern! Armes Österreich!*)

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Hohes Haus! Trotz der Einsparungen im Budget für 1984, die, gesamtwirtschaftlich betrachtet, einfach notwendig sind, werden Sport- und Erwachsenenbildung in Österreich auch in Zukunft seitens der Bundesregierung bestmöglich gefördert werden. Von den konservativ regierten Ländern kann man das nicht behaupten. Damit ist der Beweis gegeben, daß für uns Sozialdemokraten die genannten Bereiche und deren Förderung keine Lippenbekenntnisse darstellen. Wir werden daher dem vorliegenden Budgetentwurf gerne unsere Zustimmung geben. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*) ^{13.40}

Präsident: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Leitner.

^{13.40}

Abgeordneter Dipl.-Ing. Dr. Leitner (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Herren Minister! Ich möchte mich in meinen Ausführungen vor allem auf die Ausführungen des Herrn Ministers Zilk beziehen.

Herr Minister! Sie haben bei Ihrer Information sehr häufig von der Lernfähigkeit gesprochen und haben gesagt, daß Sie diese Lernfähigkeit unter Beweis gestellt haben, weil Sie bereits sechs Berufe ausgeübt haben. (*Bundesminister Dr. Zilk:* *Das habe ich nicht gesagt!*) Ich möchte hoffen, Herr Minister, daß Sie sich diese Lernfähigkeit auch als Minister bewahrt haben, denn dann müssen Sie wissen, daß Sie dem Parlament verantwortlich sind! (*Beifall bei der ÖVP.* — *Bundesminister Dr. Zilk:* *Selbstverständlich!*)

Als früherer Fernsehdirektor, Herr Minister, sind Sie sehr gut und sehr häufig im Bild. Die österreichische Schule braucht einen Unterrichtsminister, der es nicht notwendig haben sollte, Show-Elemente auf die Regierungsbank zu bringen! (*Beifall bei der ÖVP.* — *Zwischenrufe bei der SPÖ.*) Sie haben doch feststellen können, daß solche dabei waren, glaube ich. (*Abg. Roppert:* *Wer hat das festgestellt?*)

Der Herr Minister hat heute einige Aussagen getroffen, die absolut unsere Zustimmung finden können.

Der Herr Abgeordnete Peter hat auch gesagt, daß wir alle für die Leistungsschule

sind, für die Begabtenförderung, für die Lehrplanänderung — ich möchte sagen: für die Lehrplanverbesserung, weil eine Änderung natürlich auch eine Verschlechterung bedeuten kann (*Beifall bei der ÖVP*) —, daß wir alle für eine humane Schule sind und eine solche das Hauptziel der inneren Schulreform sein soll. Da treffen wir uns.

Der Herr Abgeordnete Peter hat sich heute ein bißchen schwer getan, weil er seit 1962 immer gegen die Schulgesetze geredet und gewettet hat. Jetzt, in der sozialistischen Koalitionsregierung, hat er einen Gesinnungswechsel vollzogen.

Herr Minister! Es ist eine Tatsache, daß die notwendige Zweidrittelmehrheit die beiden großen Parteien an den Verhandlungstisch zwingt. Und so war das auch im Sommer 1982. Ich glaube, die 7. SCHOG-Novelle ist ein gutes Beispiel für demokratische Reife und für eine intensive parlamentarische Arbeit.

Ich darf hier feststellen, was ich schon öfter getan habe: Wenn diese Zweidrittelmehrheit nicht gewesen wäre, dann wäre der österreichische Bildungszug in eine ganz andere Richtung hin unterwegs, in eine Richtung, die wir alle nicht wollen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Die ÖVP hat zu ihren Aussagen, zu ihren Vorstellungen breite Zustimmung von den von der Schulwirklichkeit betroffenen Menschen bekommen, von den Schülern, von den Eltern und von den Lehrern: Verbesserung der Hauptschule, Sicherung der Langform der allgemeinbildenden höheren Schule mit der ersten Leistungsgruppe, eine kindgerechte Leistungsschule. Das waren und bleiben die Zielvorstellungen der ÖVP.

Eine Schule wird ihrem Bildungsauftrag nur dann gerecht, wenn diese Bildung eben dem Kind entspricht. Die Bildung bestimmt in hohem Maße den kulturellen Standard — das heißt, die Entfaltung der einzelnen Persönlichkeit —, und sie bestimmt in hohem Maß die wirtschaftliche Entwicklung im Staat, aber auch das berufliche Weiterkommen des einzelnen.

Herr Minister! Sie haben anfangs eine Reihe von Aussagen getroffen — das wurde heute schon hier festgestellt —, bei denen wir die Meinung haben konnten, wir finden uns, denn das waren Aussagen und Maßnahmen, die auch wir schon einmal getroffen haben.

In der letzten Zeit haben Sie zwar eine etwas andere Meinung. Und da ist jetzt die

Dr. Leitner

Frage: Gab es einen Gesinnungswandel bei Ihnen? Oder sind das Aussagen, die Sie der linken Seite gegenüber machen? Oder werden Sie schon wieder eingemauert und fallen in den alten Trott sozialistischer Bildungspolitik zurück?

Sie haben heute vom kostenlosen Schulbuch gesprochen, Herr Minister, und haben das Sparen vorgestellt. Beim Sparen treffen wir uns. Selbstverständlich. Nur: Im Budget sind 20 Millionen Schilling eingespart. Sie sagen 100 Millionen Schilling. Vorgestern haben Sie gesagt 80 Millionen Schilling. (*Bundesminister Dr. Zilk: Ich habe auch heute 80 Millionen gesagt!*) Also heute haben Sie auch 80 Millionen gesagt. Wir können, Herr Minister, das natürlich noch nicht überprüfen, was Sie tatsächlich einsparen. Ich hoffe doch, daß die Qualität des kostenlosen Schulbuches für die Kinder nicht leidet. (*Ironische Heiterkeit bei FPÖ und SPÖ.*) Denn wir haben immer gesagt: Kostenloses Schulbuch ja, aber die Form ist falsch. Das Wegwerfschulbuch ist eine Verschwendug! Es ist nicht notwendig, daß wir 10 Millionen Bücher alle Jahre wegwerfen! (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Wenn Sie sparen wollen, Herr Minister, dann treffen wir uns. Aber richtig sparen!

Wir sind ein bißchen „gebrannte Kinder“. Es gab hier einmal einen Unterrichtsminister, der gesagt hat, als das Wissenschaftsministerium verselbständigt wurde: Kein Schreibtisch mehr, es wird gespart! — Herr Minister! Heute haben wir 275 Dienstposten in der Zentralleitung mehr als damals. Das ist Ihr Sparen! Das ist nicht das unsere! (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Herr Minister! Es hat einmal der Parteiobmann der Sozialistischen Partei gesagt, er wüßte, wo sparen: bei den Bundestheatern. Damals gab es ein Bundestheaterdefizit von 360 Millionen Schilling. Heute machen die Bundestheater im Tag, wo sie spielen, 4 Millionen Schilling Defizit. — Auch sozialistisches „Sparen“, Herr Minister! Da treffen wir uns nicht!

Wenn Sie in Ihren Ausführungen zu der Mitteilung des Abgeordneten Höchtl kein Wort verloren haben, so möchte ich dazu etwas fragen. (*Bundesminister Dr. Zilk: Ich melde mich schon!*) Dann brauche ich vielleicht nicht allzu viel zu sagen. Ich hoffe doch, daß hier das Sparen nicht auch so geht, daß der Finanzminister auf Kosten der Sportorganisationen und der Kulturorganisationen

spart für seine Verschwendugspolitik! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Der Herr Abgeordnete Matzenauer hat heute die sozialistische Schulpolitik gelobt. Er hat nur nicht dazu gesagt, daß die Schülerzahlen in den letzten Jahren sehr stark zurückgegangen sind. Die Gesamtzahl der Schüler ist in den letzten zwei Jahren allein um 72 000 zurückgegangen. Das bringt heute natürlich den Spielraum der österreichischen Schule.

Der Herr Präsident Matzenauer hat so getan, als ob die Welt oder die österreichische Schule oder der österreichische Schulbau 1970 begonnen hätte. Man hat vorher auch sehr viel getan! Herr Abgeordneter Matzenauer! Ich möchte dazu nur sagen: Die Länder und Gemeinden haben sehr maßgebliche Mittel bereitgestellt, damit dieses Schulbauprogramm durchgeführt werden konnte. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Wir werden sehr genau schauen, Herr Minister — Sie haben sich zu einer sinnvollen Reform der Lehrpläne bekannt —, ob nicht über diese Lehrpläne die Gesamtschule über eine Hintertür eingeführt werden soll. Da werden wir sehr aufpassen.

Und dann ist unsere Frage, Herr Minister: Wird der erzieherischen Aufgabe Rechnung getragen? Und wenn ja: Nach welchen Werten?

Der Herr Zentralsekretär Blecha hat einmal ein sehr wahres Wort gesagt, indem er erklärt hat: Es gibt keine wertfreie Erziehung. Vorher haben uns jahrzehntelang linke Bildungspolitiker die wertfreie Erziehung angepriesen.

Herr Minister! Hier habe ich ein Projekt „Rollenbilder — Partnerschaft“, herausgegeben vom Bundeskanzleramt, Staatssekretariat für allgemeine Frauenfragen, also sprich Staatssekretär Dohnal. Ich kann aus der Zeitökonomik heraus Ihnen das nicht vorlesen. Aber Sie müßten es kennen. Es wird darin mitgeteilt, daß dieses Material zugelassen ist für den Unterricht.

Wenn die „Rollenbilder — Partnerschaft“ so verstanden werden wie da drinnen, daß die Frau die Geplagte ist, daß kein Wort von der Mutterschaft drinnen steht, sondern nur von der Abtreibung, dann bitte weiß ich jetzt nicht, welche Werte damit in die Schule eingeführt werden sollen.

Ich möchte bitten, Herr Minister: Lesen Sie

Dr. Leitner

selbst das einmal durch. Geben Sie das vielleicht auch Ihrer Frau. Dann werden Sie, glaube ich, doch erfahren, daß man so etwas als Unterrichtsmittel nicht verwenden kann.

Das ist ein erschreckendes Beispiel einer Schulpolitik, die wir nicht wollen, denn es wird nicht Partnerschaft gepredigt, sondern nackter Egoismus. Da haben Frauen mitgearbeitet, die nach meiner Meinung nicht emanzipiert, sondern nur frustriert waren.

Mich würde schon sehr interessieren, wieso solche Unterrichtsmittel approbiert wurden, wer das zugelassen hat. Denn normalerweise sind Unterrichtsmittel ja zu approbieren. (Abg. Elmecker: Von einer Kommission, in der auch Ihre Leute drinnsitzen!) Mich würde interessieren, ob man das einer Kommission vorgelegt hat, und wenn, welcher. Dann würde mich auch interessieren, welche Leute da drinnen sind. Wir erleben ja immer wieder, daß man sagt: Ihre Leute sind drinnen! — Aber die haben Sie ausgesucht. (Beifall bei der ÖVP. — Zwischenrufe bei SPÖ und FPÖ.)

Herr Professor Otto König kommt, glaube ich, nicht aus unserem Lager. Wenigstens nicht ursprünglich. Er sagte: Der zentrale Punkt zur Lösung des Generationenproblems ist die Erziehung. Er sagte: Ein Problem der Erziehung stellt die Konsumgesellschaft dar, welche die soziale Leistung nicht mehr rechnet. Und er meinte, daß die Jugend eben nur mit Tätigkeiten für den anderen zufrieden, befriedigt und glücklich werden kann.

Die soziale Leistung wird nicht mehr gerechnet, die Leistung der Frau und der Mutter.

Wir haben heute schon über die gemischte Werkerziehung gesprochen. Herr Bundesminister! So einfach, glaube ich, können Sie es sich nicht machen, daß Sie sagen: Die gemischte Werkerziehung erleichtert den Berufszugang der Mädchen in Männer- oder der Burschen in Frauenberufe. Das, glaube ich, ist eine Form, die wir nicht zur Kenntnis nehmen können. (Abg. Edith Dobesberger: Wir schon!)

Ich möchte auf diesen Punkt nicht sehr lange eingehen. Aber ich möchte nur sagen, meine sehr geehrten Damen und Herren: So geht es nicht!

Der Abgeordnete Matzenauer hat über das 10. Schuljahr gesprochen. Ich glaube, wir könnten uns treffen, wenn Sie sagen, daß es

nicht sinnvoll ist, dieses einzuführen, um Probleme der Jugendbeschäftigung zu entschärfen. Das ist pädagogisch und jugendpsychologisch nicht vertretbar.

Wenn Sie sagen, daß es aber nur diskutiert werden kann mit der Gesamtschule, dann müssen Sie wissen: Es wird nicht diskutiert mit der Gesamtschule, Herr Abgeordneter Dr. Matzenauer.

Wir haben die 7. SCHOG-Novelle beschlossen. Der Herr Unterrichtsminister — und wahrscheinlich auch sein Nachfolger — hat noch Arbeit, die äußere Organisation durchzubringen und zu bewältigen. Das wird Arbeit genug sein.

Wir — und auch Sie, Herr Minister — haben heute von Erziehung gesprochen. Es ist schon einmal die Stellungnahme des Club of Rome gebracht worden. Es sagte der Herr Kardinal Dr. Franz König:

Vor uns liegen zwei Wege: Der eine Weg führt zum primitiven oder tierischen Menschen, und der andere Weg zum geistigen.

Und er sagte: Es muß die Familie vorangehen. — Daher bekennen wir uns eindeutig zum Erziehungsrecht der Familie! (Beifall bei der ÖVP.)

Dann sagte der Herr Kardinal König: Der dritte große Erzieher unserer Zeit ist die Schule selbst. Sie hat auf weiten Strecken den Anspruch aufgegeben, junge Menschen auf ihrer Suche nach Wahrheit zu begleiten. Sie gibt keine Antwort auf Fragen: Was ist der Mensch, was soll er tun oder lassen, was ist Freiheit, worin besteht der Fortschritt, was ist gut, und was ist böse?

Solche Fragen, sagte der Herr Kardinal, finden sich nicht mehr in den Lehrplänen.

Ich glaube, wir sollen sie in die Lehrpläne aufnehmen, wir sollen letztere verbessern, aber nicht nur ändern oder verschlechtern. Der Standpunkt der ÖVP in diesem Bereich ist immer klar gewesen.

Herr Minister! Ich möchte Ihnen folgendes sagen: Die Eltern — nach meiner Überzeugung und Erfahrung auch viele, die sozialistisch wählen — unterstützen den Standpunkt der ÖVP. Sie sind gegen die Gesamtschule, sie sind gegen die Ganztagschule (Rufe bei der SPÖ: Ist ja nicht wahr!), sie sind für das Elternrecht in der Erziehung, sie sind

Dr. Leitner

auch für eine richtige Form der Erziehung von Burschen und Mädchen.

Es heißt da: Eine geschlechtsspezifische Erziehung ist nichts Schlechtes. — Die Arbeitsteilung der Geschlechter führt zur Partnerschaft, Herr Minister. Ich möchte Ihnen abschließend — um meine Zeit nicht zu überziehen — nur noch sagen, was der Herr Professor Otto König — jetzt nicht der Kardinal König, sondern der Herr Professor Otto König — kürzlich in Innsbruck gesagt hat:

Wir haben in den letzten 30 Jahren mehr Fehler gemacht als in der übrigen Geschichte. Jugend soll wie Jugend behandelt werden. Das bedeutet für die Erziehung mehr sinnvolle Ordnung und Disziplin. Daneben müßte sich diese Erziehung an Lebensgesetzen orientieren und wieder Vorbilder präsentieren.

Und er sagte dann:

Diese neue Entwicklung ist schwer zu steuern und mit einer Erziehung wider die Natur unlösbar.

Ich glaube: Die Natur hat den Mann und die Frau geschaffen. Daher sind die Mädchen schulen nichts Schlechtes.

Herr Minister! Gehen Sie bitte nicht auf den Spuren der Frau Staatssekretär Dohnal, sondern haben Sie selbständige Handlungsweisen und haben Sie ein Ja zur gemischten Werkerziehung, haben Sie ein Ja zu den Höheren Schulen für wirtschaftliche Frauenberufe, denn die will man ja von der linken Seite umbringen. Dazu werden wir nicht ja sagen! (Zustimmung bei der ÖVP.)

Noch ein Zitat. Der Professor Frankel hat es sehr deutlich ausgesprochen, Herr Minister:

Der Mensch ist nicht immer gut. Der Mensch ist auch nicht immer schlecht. Aber der Mensch trägt Verantwortung. Diese Verantwortung dürfen wir nicht wegdiskutieren, sonst nehmen wir dem Menschen auch einen Teil seiner Persönlichkeit weg.

Herr Minister! Sie tragen jetzt die erste Verantwortung für die österreichische Schule, für die Bildung, das heißt für die Ausbildung und Erziehung unserer Kinder. Die äußere Organisation der Schule wurde festgelegt. Jetzt geht es um die innere Schulreform, um Lehrpläne, um Schulpartnerschaft, um eine größere Autonomie der einzelnen Schule und um die Erziehung.

Herr Minister! Folgen Sie in Ihrer Schulpolitik echten Werten und nicht den linken Heilslehren, denn die führen in die Irre. Folgen Sie, Herr Minister, guten und wenn Sie wollen sehr einfachen Eltern. Und folgen Sie auch den erfahrenen Pädagogen.

Wie sagte der Herr Kardinal König? — Lehren durch Vorangehen, durch Vorbild sein. — Das, glaube ich, ist das Konzept für die österreichische Schule. (Beifall bei der ÖVP.) 13.59

Präsident: Nächster Redner ist der Abgeordnete Stippel.

14.00

Abgeordneter Dr. Stippel (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Gestatten Sie mir, daß ich einleitend einiges auf meinen Vorrredner antworte.

Herr Abgeordneter Leitner! Sie haben beklagt, daß der Herr Bundesminister für Unterricht und Kunst auf der Regierungsbank eine Show abgezogen hätte. Ich glaube, der persönliche Stil eines Menschen und der persönliche Stil eines Politikers sind etwas Gegebenes. Und wenn Unterrichtsminister Zilk mit sehr viel Engagement und mit sehr viel Glaubwürdigkeit hier gesprochen hat, dann war das in meinen Augen keine Show. Sollte es aber eine Show im guten Sinne gewesen sein, eine Show für die österreichische Schule und für die österreichische Bildung, dann stimmen wir diesem Verhalten unseres Bundesministers gerne zu. (Beifall bei der SPÖ.)

Der Herr Abgeordnete Leitner hat dann das Erziehungsrecht der Familie eindeutig, wie mir vorgekommen ist, für die Österreichische Volkspartei reklamiert. Dem kann ich nicht zustimmen. Denn, meine sehr geehrten Damen und Herren von der rechten Reichshälfte hier im Hause, auch die Sozialistische Partei bekennt sich zur Familienpolitik. (Zwischenruf des Abg. Steinbauer.)

Sie bekennt sich, Herr Abgeordneter Steinbauer, aber nicht nur verbal dazu, sondern wenn Sie sich die Leistungen der sozialistischen Bundesregierung seit 1970 für die Familie ansehen, dann werden Sie sehr wohl draufkommen, daß hier keine leeren (Zwischenruf des Abg. Dr. Mock) — Herr Abgeordneter Mock! — Worthülsen dahinterstecken, sondern echte Realitäten.

Herr Abgeordneter Mock! Sie gehören ja selbst zu jenen Rednern, die immer wieder Einsparungen verlangen. (Abg. Dr. Mock:

Dr. Stippel

Wie der Herr Minister! Jawohl. Die sozialistische Bundesregierung hat in wirtschaftlich schwierigeren Zeiten diesmal ein Budget für das kommende Jahr erstellt, in dem es Einsparungen gibt. Daß diese Einsparungen da und dort auch uns weh tun, das sei an dieser Stelle deutlich festgestellt. Doch haben wir den Rotstift dort angesetzt, wo wir geglaubt haben, daß es vertretbar ist. (Abg. Steinbauer: Bei den armen Künstlern!) Wir werden mit dieser Art der Budgeterstellung sicherlich auch im Jahr 1984 jene Probleme lösen können, die auf uns zukommen werden. (Beifall bei der SPÖ.)

Noch ein Wort zum Herrn Abgeordneten Leitner. Er hat die Tatsache beklagt, daß die Sozialisten die Mädchenschulen umbringen möchten. Das ist etwas ganz Neues.

Was wir wollen, ist eine zeitgerechte Situierung der Mädchenschulen, was sich nicht zuletzt auch in der Namensgebung niederschlagen soll. Es wissen doch alle Anwesenden hier im Hause, daß auch in den typisch spezifischen Mädchenschulen heute bereits Knaben unterrichtet werden.

Ich weiß nicht, was sich in einigen Jahrzehnten ein Mann denkt, der heute als Schüler in einer solchen Schule sitzt und dann sein Maturazeugnis hervorholt. Da steht dann drauf: Herr Franz Maier hat die Reifeprüfung bestanden. Und oben steht als Schultyp „Wirtschaftskundliches Realgymnasium für Mädchen“.

Ich finde, es ist doch gar nichts dabei, wenn man dafür einen neutralen Titel findet, wenn man aber natürlich sehr wohl auch weiterhin die geschlechtsspezifischen Unterrichtsgegenstände weiter an diesen Schultypen betreibt. (Zwischenruf des Abg. Pischl.) Ich weiß es schon. Aber hier ist es über die Inhalte hinausgegangen. Sie wehren sich ja schon dagegen, etwas, was ganz augenscheinlich ist, zu übernehmen und anzunehmen und verschaffen sich dann hinter irgendwelchen Aussagen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich aber nun zu einem weiteren Bereich kommen, der in das Unterrichtsressort hineinfällt, und zwar zum Bereich Kunst.

Sicherlich tut es uns ein klein wenig weh, daß es für den Kunstbereich im Budget 1984 nicht jene Steigerungsraten gibt, die wir von der Vergangenheit her gewohnt waren. Aber auch hier gilt das, was ich bereits erwähnte: daß wir eben sparen müssen.

Ich verstehe nicht ganz die Philosophie, die wir dauernd von der Österreichischen Volkspartei hören, die da meint, daß die Regierung insgesamt zu viel Geld ausgebe, daß aber in jedem einzelnen Bereich viel zuwenig Geld vorhanden sei. Diese Philosophie, meine sehr geschätzten Damen und Herren, verstehe ich wirklich nicht, die müßte mir erst einmal jemand beibringen.

Obendrein möge man gerade was den Bereich Kunst anlangt die längerfristige Budgetentwicklung im Auge behalten. Man kann nicht Jahr für Jahr übermäßig hohe Steigerungsraten erwarten, irgendwann nähert man sich einer Grenze, wo die Steigerungsraten kleiner werden oder wo vorübergehend eine Steigerung überhaupt nicht mehr möglich ist.

Bei der Literatur sowie in der bildenden Kunst werden die Mittel gleichbleiben, in den anderen Bereichen muß man eben versuchen, durch gezielte Subventionen einen gewissen Ausgleich herbeizuführen.

Gestatten Sie mir, daß ich noch einige Worte über die Kulturpolitik in Österreich insgesamt und im allgemeinen zum Ausdruck bringe.

Es ist überhaupt keine Frage, daß der Mensch ein Recht auf Kultur hat. Wir leben derzeit in einer Gesellschaft, die sich immens stark wandelt; eine sehr starke Mobilität kennzeichnet diese Gesellschaft. Wir gehen von der pluralistischen Industriegesellschaft hin zur sozialen Dienstleistungsgesellschaft mit allen Vor- und allen Nachteilen, die diese Gesellschaft mit sich bringt.

Wir wissen auch, daß der technische Fortschritt, der derzeit in einem unübersehbaren Ausmaß noch weiter wächst, nicht immer zum Segen der Menschheit gereicht hat, wenn ich etwa an die atomare Aufrüstung denke.

Nun stellt sich mir allerdings die Frage, welchen Stellenwert die Kultur in dieser Phase, in dieser Situation der Gesellschaft einnimmt, oder die Frage überhaupt: Ist Kultur nur etwas für die Menschen in sehr guten Zeiten oder hat Kultur auch ihre Bedeutung in Zeiten, in denen es eben nicht ganz so gut geht, wenn man sich die weltwirtschaftliche und die weltpolitische Situation vor Augen hält?

Ich bin der Meinung, daß gerade in Krisenzeiten der Mensch ein Mehr an kulturellem Angebot braucht, um besser zu sich finden zu

Dr. Stippel

können. Daher hat die Kultur immer ihren Stellenwert, wie gesagt auch in Krisenzeiten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir müssen uns aber freimachen von dem Gedankengang, daß Kultur etwas Elitäres sei. Es gibt keinen Gegensatz zwischen Hochkultur und Alternativkultur.

Um diesen Gegensatz stärker als bisher abbauen zu können, sind Orte der Begegnung auf allen Ebenen wichtiger denn je, weil eben in der Kultur die schöpferische Betätigung für alle Menschen drinnen ist und in allen Lebensphasen der menschlichen Entwicklung Möglichkeiten der Selbstverwirklichung des Menschen gegeben sind.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es gilt auch im kulturellen Bereich das nicht, was wir Sozialisten in keinem anderen Bereich wollen und was man uns immer wieder vorwirft, nämlich eine gewisse Nivellierung und Gleichmacherei, sondern es geht auch hier darum, die in den Menschen steckenden Begabungen, Fähigkeiten und Neigungen optimal auszuschöpfen. Es geht darum, die Spontaneität, die Kreativität und die Aktivität der Menschen zu fördern sowie Kritikfähigkeit und solidarisches Handeln bei den Menschen zu erreichen zu versuchen.

Was schlecht ist und was wir alle nicht wollen, wäre ein passiver Kulturkonsum, wären auch kulturelle Ghettobildungen. Daher ist es erforderlich, kulturelle Aktivitäten, wo immer sie auftreten, entsprechend zu fördern, wobei der Förderung junger Künstler auch im Budget 1984 ein stärkeres Augenmerk zugewendet wird.

Das alles braucht Geld, meine sehr geschätzten Damen und Herren, doch Geld allein kann es nicht ausmachen. Es sind auch andere Dinge dabei sehr wichtig. Ich persönlich halte die Erziehung zur kulturellen Betätigung für genauso wichtig, und zwar eine Erziehung in allen Lebensphasen: von der Familie begonnen über die Schule zum Freundeskreis, im beruflichen Bereich, im Freizeitbereich.

Wenn ich nur aus dem Schulbereich erwähnen darf, wie sehr beispielsweise die in den letzten Jahren geschaffenen Schwerpunktformen sportlicher und musischer Natur zur Persönlichkeitsentwicklung der jungen Menschen anregen, dann soll dieses eine Beispiel stellvertretend für alle anderen Möglichkeiten der Erziehung der jungen Menschen hin zur Kultur stehen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Entscheidend ist die Frage der Freiheit der Kunst. Wir haben erst kürzlich hier im Hohen Haus die Freiheit der Kunst in der Verfassung verankert. (Abg. Steinbauer: Einstimmig!) Selbstverständlich einstimmig, was mich besonders freut, Herr Abgeordneter Steinbauer! Es entsteht dadurch ein liberales Klima und ein Klima der Toleranz. Allerdings muß man sich auch die Frage stellen, wo die Grenze der Freiheit der Kunst ist; das ist sicher eine schwierige Frage. Ich meine, diese Grenze besteht dort, wo ein anderes Grundrecht eingeengt wird; im Zweifelsfall soll aber die Freiheit der Kunst Vorrang haben.

Das Ziel einer vernünftigen Kulturpolitik in Österreich muß es sein, alle Kunstrichtungen zu fördern, also die bestehende Vielfalt weiterhin zu erhalten.

Daß Kultur etwas kostet, wissen wir. Hier ist allerdings nicht die wirtschaftliche Frage nach Input — Output zu stellen, solche Rentabilitätsrechnungen gibt es im kulturellen Bereich nicht.

Wir müssen uns allerdings Gedanken darüber machen, wie wir zusätzlich zu Mitteln für die Kultur in Österreich kommen. Denn wir wissen alle, daß es bestimmte Bereiche gibt, wo man ganz einfach nicht mehr weiter einsparen kann. Nehmen wir die Bundestheater als Beispiel: Wo soll man bei den Bundestheatern einsparen? — Bei den Spitzenträgern? Dann haben wir Mittelmäßigkeit mit allen negativen Folgen bis hin zum Fremdenverkehr. Bei den Inszenierungen und Ausstattungen? Hier werden die Künstler die Haare aufstellen. Und bei den Kartenpreisen werden sich die Konsumenten dagegen wehren.

Daher die Suche nach neuen Finanzierungsquellen. Diese Suche nach neuen Finanzierungsquellen hat etwa mit der Sponsorenaktion begonnen; ferner mit der Unterstützung durch die Spielbanken-AG, die beispielsweise für 1984 folgendes verspricht: eine Unterstützung des Steirischen Herbstes, Rahmenprogramme zum Brucknerfest und zu den Bregenzer Festspielen.

Dazu kommt noch eine ganze Reihe von Wirtschaftsbetrieben, von privaten Unternehmen und Einzelpersonen, die in ihren Bereichen und nach ihren Möglichkeiten kulturelle Aktivitäten fördern.

Eines allerdings wollen wir nicht: daß diese Sponsoren beim Künstlerischen etwas mitzureden haben. Sie können durch ihre Aktion

2208

Nationalrat XVI. GP — 26. Sitzung — 13. Dezember 1983

Dr. Stippel

für ihr Unternehmen werben, aber sie dürfen im Künstlerischen nicht mitreden.

Ich komme nun zum Schluß meiner Ausführungen und möchte nur skizzenhaft einige zukünftige Planungen des Ministeriums erwähnen. Bei den bildenden Künsten ist es so, daß derzeit der Beirat für bildende Kunst Vorschläge erarbeitet. Diese stehen derzeit in Diskussion und in Behandlung. Auf jeden Fall wird es hier eine stärkere Förderung junger Künstler geben.

Interessant ist das Projekt „Kunst am Bau“. Hier wird zusammen mit dem Bundesministerium für Bauten und Technik erworben, daß Künstler bei öffentlichen Bauten ihre Tätigkeiten einbinden können. Dabei stehen wir erst am Beginn. (Abg. Steinbauer: *Was haben die Künstler zu erwägen? Das hören wir seit Jahren, das hat auch schon der Sinowatz überlegt!*) Wir erhoffen uns dadurch eine zusätzliche Förderung der Künstler.

Bei der Literatur wird es zu einer stärkeren Förderung der Literatur-Zeitschriften kommen.

Die Filmförderung, Musik und Theater werden ihre entsprechenden Mittel bekommen.

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! All diese Teilbereiche einer umfassenden Kulturpolitik haben die Humanisierung der Gesellschaft zum Ziel. Hierfür wird auch im Budget 1984 vorgesorgt werden, und daher werden wir diesem Budgetentwurf gerne unsere Zustimmung erteilen. (Beifall bei SPÖ und FPÖ.) ^{14.15}

Präsident: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Neisser.

^{14.15}

Abgeordneter Dr. Neisser (ÖVP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Diskussionen über Probleme der Wissenschaft und Forschung zeichnen sich in den letzten Jahren immer stärker durch einen — zumindest verbalen — Konsens über Grundanliegen aus. Dieser Eindruck verstärkt sich auch in der heutigen Debatte vor allem deshalb, Herr Bundesminister, weil auch von Ihnen explizit wieder Ihr Interesse an einer gemeinsamen Wissenschafts- und Forschungspolitik bekannt wurde.

Ich habe das mehrfach gesagt und darf es heute aus diesem Anlaß wiederholen: Es ist auch unser Interesse, daß wir diese Bereiche

der Politik nach Möglichkeit in einer konstruktiven, parlamentarischen Zusammenarbeit und Diskussion behandeln. Ich meine aber, daß man trotz dieses politischen Grundverständnisses nicht übersehen sollte, daß zwischen dem, was man verlangt, was man verbaliter analysiert und bespricht, und der Realität in diesen Bereichen doch ein gewisser Unterschied besteht. Ich meine, man sollte vielleicht auch die heutige Diskussion dazu benützen, einmal kritisch darüber nachzudenken, was wir eigentlich mit unseren bisherigen Diskussionen bewirkt haben.

Herr Abgeordneter Nowotny! Sie haben heute wieder die Notwendigkeit eines Dialoges über diese Frage apostrophiert. Ich bin Ihrer Auffassung. Ich halte einen solchen Dialog für notwendig, er sollte vor allem auch, glaube ich, ein bißchen ins Grundsätzlichere hineingehen und Überlegungen anstellen, welche Bedeutung und welchen Stellenwert etwa die Universität in unserem gesellschaftlichen System hat.

Bei aller Notwendigkeit dieser grundsätzlichen Diskussion ist aber in manchen Bereichen die Situation geradezu prekär, sodaß die Politik hier kurzfristig und rasch Maßnahmen setzen muß; das sollte man sich hier vor Augen halten.

Es gibt eine Reihe von Problemen, was mich aber ein bißchen bedrückt, ist, daß ich — ich bin jetzt vier Jahre lang Wissenschaftssprecher meiner Partei — für mich aber auch für viele andere in diesem Haus, die zu diesem Thema reden, feststellen kann, daß wir eigentlich seit Jahren dieselben Fragen aufwerfen, dieselben Probleme erörtern, ja zum Teil mit denselben Lösungsvorschlägen und Gedanken kommen, aber dennoch feststellen müssen, daß in der Wirklichkeit eigentlich noch nicht viel geschehen ist.

Ich darf Ihnen in Erinnerung rufen, daß beispielsweise die Situation der österreichischen Universitäten schon mehrfach gründlich und grundsätzlich analysiert wurde. Wir hatten im Jahr 1972 einen OECD-Bericht, der das österreichische Universitätssystem untersuchte, wo bestimmte Mängel, wie etwa die zunehmende Verschulung der Studienbereiche, festgestellt wurden.

Wir hatten vor einigen Jahren eine parlamentarische Enquete über die Lage der österreichischen Universitäten und Kunsthochschulen. Ich muß ehrlich sagen: Ich persönlich bin ein bißchen enttäuscht, weil ich mir von dieser Enquete doch Diskussionsimpulse

Dr. Neisser

erwartet habe, die weiterführen. In Wirklichkeit ist diese Veranstaltung wie viele andere über die Bühne gegangen, und eine nachhaltige Wirkung war nicht feststellbar.

Daß dieses Bedürfnis zu analysieren vorhanden ist, hat erst unlängst die Rektorenkonferenz wieder hervorgestrichen, indem sie eine OECD-Prüfung der Personalstruktur und der Personalrekrutierung an den österreichischen Hochschulen verlangt hat. Wir sind uns dessen bewußt, daß die Zeiten nicht nur schwieriger geworden sind, weil die Universitäten einen Massenandrang zu bewältigen haben, sondern weil gleichzeitig natürlich auch die zur Verfügung stehenden Mittel weniger geworden sind. Es steht außer Frage, daß hier neben der staatlichen Wissenschaftspolitik natürlich auch ein verstärktes Bemühen der Betroffenen einsetzen muß, sich selbst zu helfen.

Vor kurzem hat der neu gewählte Rektor der Universität Klagenfurt eine Inaugurationsrede gehalten, die in etwa in dem Thema gegipfelt hat, daß die Universitäten nicht resignieren sollen, sondern sich selbst helfen müssen. Sie müssen sich selbst überlegen, was sie dazu beitragen können, um die Situation zu bewältigen.

Gerade aus dieser Situation heraus sind viele Forderungen, die in diesem Haus mehrfach diskutiert worden sind, noch immer von einer bestimmten Aktualität, wie beispielsweise die Forderung, den Universitäten mehr Autonomie zu geben, in einer Zeit, in der die Verteilung der Mittel schwieriger geworden ist, wobei dieses Ding, wie jedes Ding eben, zwei Seiten hat: Autonomie nicht nur als juristische Kategorie, eine vom Staat gegebene Freiheit, sondern letztlich auch Autonomie als ein ethischer Faktor für die Universitäten selbst.

Ich weiß schon, daß bei vielen Universitätsprofessoren dieses Problem in einer gewissen Zwiespältigkeit diskutiert wird: Autonomie dort, wo es angenehm ist, aber dort, wo sie selbst zu einer Verantwortung und zu einer gewissen Belastung, vor allem auch in der inneruniversitären Diskussion zwischen den verschiedenen Gruppen führt, wird sie unmöglich. Ich glaube, hier muß man, wenn man diesen Schritt verlangt, den Schritt zur Gänze gehen.

Es stellt sich für uns, für die Universitäten die Frage: Was ist in den nächsten Jahren zu tun, um das zu garantieren, was untrennbar mit einem Universitätsbild verbunden ist: die

Ausbildung zu sichern, die Qualität der Ausbildung zu sichern, Impulse für den Fortschritt und für die Wissenschaft zu geben.

Dazu kommt noch die besondere Schwierigkeit, die sich jetzt ergibt zwischen dem Verhältnis Bildungssystem und Beschäftigungssystem. Es ist heute schon mehrfach das Problem der sogenannten Akademikerarbeitslosigkeit angesprochen worden. Es fand auch hier — das hat die Debatte heute gezeigt — eine gewisse Sublimierung der Diskussion statt, weil dieser Begriff nicht mehr so verteufelt wird, wie das von sozialistischer Seite seit Jahren geschehen ist, wo man bei dem Wort allein schon damit gemeint hat, das sei nichts anderes als der Versuch, bürgerliche Bildungsprivilegien aufrecht zu erhalten. Es ist heute tatsächlich so, daß infolge der kritischen Wirtschaftslage das Problem der Arbeitsplatzsuche für den absolvierten Akademiker ein gravierendes Problem ist, ein Problem, das ihn bewegt.

Ich weiß schon, daß in der Gesamtzahl der Arbeitslosen in diesem Lande der Anteil der arbeitslosen Akademiker relativ gering ist. Ich glaube aber, wir sollten nicht in die Gefahr laufen, daß wir uns mit dieser Zahl und mit diesem statistischen Argument trösten, denn es ist für eine Gesellschaft immer ein gewisser Krisenherd, wenn Akademiker, wenn Leute, die studieren, die doch einen gewissen Führungsanspruch in der Gesellschaft für sich reklamieren, keine Arbeit haben; diese können dann doch allmählich zu einem gesellschaftlichen Unruheherd werden. (Zustimmung bei der ÖVP.) Ich glaube, man sollte das realistisch und vernünftig sehen.

Es gibt natürlich kein System, das jedem, der studiert, auch gleichzeitig die Garantie eines Arbeitsplatzes gibt. Ein solches System würde eine totale Reglementierung auf der Seite des Zugangs der Universitäten und eine totale Reglementierung auch auf der Seite des Beschäftigungssystems voraussetzen. Wir müssen also auch den Leuten, die heute studieren, ganz klar sagen: In jedem Fall gibt es für sie einen Risikofaktor, daß sie später vielleicht keine adäquate Beschäftigung finden.

Auf der anderen Seite ist es aber zu wenig, wenn man den Leuten jetzt gute Ratschläge gibt und sagt: Also bitte, letztlich müßt ihr euch damit abfinden, daß Bildung ein Wert an sich ist; ihr habt an Bildung gewonnen, aber den adäquaten Beruf dürft ihr nicht in Anspruch nehmen.

Das Problem ist übrigens auch durchaus

2210

Nationalrat XVI. GP — 26. Sitzung — 13. Dezember 1983

Dr. Neisser

unterschiedlich. Wir haben weite Bereiche in unserem Beschäftigungssystem, wo die Akademikerbeschäftigung kein Problem ist, wir haben allerdings einige Bereiche, wo sie seit einiger Zeit sehr, sehr deutlich in Erscheinung tritt.

Meine Damen und Herren! Die Medizinerschwemme ist sicher keine Erfindung bürgerlicher Bildungspolitiker, ist auch keine Erfindung ärztlicher Standesvertretung, sondern ist ein Problem, das sich in den nächsten Jahren in voller Schärfe stellen wird. Es studieren heute bereits so viele Studenten Medizin, wie es Ärzte in ganz Österreich gibt. Selbst wenn jetzt die Studentenzahlen zurückgehen — das derzeitige Wintersemester ist ein gewisses Indiz dafür —, so müssen wir immerhin in unserem Beschäftigungssystem auf dem medizinischen Sektor die Tausende, die jetzt studieren, in den nächsten Jahren unterbringen.

Und da — erlauben Sie mir doch diese Kritik, meine Damen und Herren — gibt es zwar eine große Diskussion, eine Reihe von Vorschlägen, aber ich weiß nicht, was Ihre Politik hier jetzt wirklich unternehmen will.

Der Herr Gesundheitsminister — das ist Ihr Partner, Herr Wissenschaftsminister — hat ja eine sehr konstruktive und konsensuale Form der Diskussion. Er umarmt einen immer bei diesem Problem, und es wird seit Jahren darüber geredet, ich weiß aber nicht: Was sind jetzt die konkreten Vorschläge, was wollen Sie unternehmen, um dieses Problem in den Griff zu bekommen?

Das ist deshalb notwendig, weil die Diskussion gezeigt hat, daß ja hier dann höchst abstruse Gedanken kommen, wenn man beispielsweise vorschlägt, daß man zu einem Medizinstudium nur durch Los zugelassen werden kann, oder wenn man glaubt, daß durch die 35-Stunden-Woche in der öffentlichen Gesundheitsverwaltung sozusagen eine Planstellenvermehrung herbeigeführt und damit der Ärztebedarf sichergestellt werden kann. Ich glaube, hier wäre es schon einmal notwendig, daß man vor allem von der Regierungsseite her ganz klar sagt, was die konkreten Maßnahmen sind, die möglichst rasch umgesetzt werden müssen. (Beifall bei der ÖVP.)

Wir werden morgen in diesem Hause eine Maßnahme diskutieren, eine Novelle zum Ärztegesetz, wo eine Idee, die auch von meiner Fraktion seit langem verlangt wurde, verwirklicht werden soll, nämlich Lehrpraxen

bei den Ärzten einzuführen. Bitte, das ist ein ganz, ganz kleiner Schritt. Ich glaube, man müßte hier einmal versuchen, doch zu einem globalen Konzept zu kommen. (Abg. Probst: Piaty hat mir einen Brief geschrieben, in dem er gerade das als Abfall der Qualität...!)

Herr Kollege Probst! Ich möchte bitte einmal folgendes feststellen: Ich stehe hier nicht als ärztlicher Standesvertreter. Für mich sind die Auffassungen, die die Ärztekammer und Dr. Piaty haben, lediglich ein Diskussionsbeitrag, den man überlegen sollte. Aber das ist gerade das, was ich der Politik vorwerfe: Es macht jeder Vorschläge, jeder diskutiert. Aufgabe der Politik ist es aber, das, was sie für richtig hält, umzusetzen. Die Taten fehlen! Sie können sich dann über die Worte des Dr. Piaty aufregen, wenn Sie Taten gesetzt haben. (Beifall bei der ÖVP.)

Anderes Beispiel, das auch heute schon angeschnitten wurde. Wir haben vor Jahren das Studienrecht für die Lehramtsausbildung an den Universitäten geändert. Wir stehen heute vor der Situation, daß wir eine neue Form des Praktikums, nämlich das Schulpraktikum, einführen sollen. Die Leute wissen aber bis heute nicht, wie das durchgeführt werden soll, sie wissen bis heute nicht, wie konkret die Form der Durchführung sein soll, welche Mittel und welches Personal zur Verfügung stehen.

Herr Bundesminister! Auch hier sind Sie natürlich nur die „Hälfte“ der Adresse; die andere „Hälfte“ sitzt momentan gerade nicht bei Ihnen. Der Herr Minister Zilk hat ja heute sehr kaskadenreich von der Regierungsbank aus agiert, nur das Problem hat er nicht angeschnitten. Er hat uns mit keinem Satz gesagt, was er mit Ihnen eigentlich schon besprochen hat in der Frage der Reform der Lehramtskandidatenausbildung. Das wäre ein konkretes Bedürfnis, das er erfüllen hätte können; er hat das aber heute leider nicht getan.

Ich sage das deshalb, weil Sie selbst wissen, daß gerade im Wiener Bereich Unruhen vorhanden sind: Die Studenten drohen mit Streiks, sie nennen das zunächst einmal „Informationsstreik“. Sie, Herr Minister, müssen zumindest am Beginn des nächsten Jahres den Leuten sagen, wie die praktische Lehramtsausbildung derjenigen, die an den Universitäten für das Lehramt studieren, ausschaut. Welche Voraussetzungen gibt es? Welches Personal brauchen Sie? Die Zahl der Posten für Betreuungslehrer, die hier

Dr. Neisser

geschaffen werden müssen, die hier herangezogen werden, ist relativ eindeutig feststellbar.

Ich erwähne das deshalb, meine Damen und Herren, weil ich glaube, daß das zwei Beispiele sind für einen Strukturmangel in der Wissenschaftspolitik der letzten Jahre, der darin bestanden hat, daß man zwar eine Reihe von Maßnahmen getroffen hat, aber sich nicht überlegt hat, welche Folgen, vor allem welche Folgekosten damit verbunden sind.

Es gäbe noch eine Reihe von anderen Beispielen. Sie haben mit Recht erwähnt, daß diesmal der Aufwand für die Bibliotheken im Budget besser bedacht worden sei als in den vergangenen Jahren. Gar keine Frage. Steht außer Streit! Nur muß man sich vor Augen halten, daß Sie in den letzten Jahren hier unglaubliche Rückschritte in der Budgetierung gehabt haben und daß die Bibliotheksreform, die seinerzeit durch das Universitätsorganisationsgesetz in die Wege geleitet wurde, eigentlich de facto durch einen finanziellen Engpaß bis heute nicht verwirklicht werden konnte.

Ein anderes Problem, Herr Minister, möchte ich Ihnen auch zu bedenken geben, bei dem man aber nicht lange nachdenken sollte, sondern wo man bald Maßnahmen setzen sollte, und zwar ist das die Frage der Hochschulbauten.

Meine Damen und Herren! Wir haben eine Reihe von großen, gigantischen und beeindruckenden Bauten, die zum Teil fertig sind, die zum Teil im Entstehen begriffen sind: Großbauten in Innsbruck, Großbauten in Salzburg, der Neubau der Veterinärmedizinischen Universität in Wien, das neue Juridicum in Wien, in der Althanstraße das neue Gebäude der Wirtschaftsuniversität und bestimmter Institute der Wiener Universität.

Nur auf eine Frage, die immer gestellt wird, haben wir bis heute keine Antwort, nämlich die Frage der Betriebskosten. Wir wissen bis heute nicht — und es gibt meines Wissens keine klare, exakte Berechnung —, was diese Großbauten an Betriebskosten brauchen werden. Das ist ein grundsätzliches Problem, denn wenn sich das verwirklicht, was manche ahnen, daß uns nämlich die Betriebskosten praktisch „auffressen“, so werden wir in fünf, sechs Jahren wahrscheinlich das ganze Budget überhaupt nur dafür verwenden können, den Betrieb der Universitäten, dieser Neubauten, dieser Großbauten, finanzieren zu kön-

nen. Das ist der klassische Fall eines vorausschauenden Denkens, vor allem im Bereich der Finanzplanung. (Beifall bei der ÖVP.)

Herr Bundesminister! Ich möchte noch einmal meine Philosophie hier kurz darlegen, wie ich es schon mehrfach getan habe. Bei aller Notwendigkeit einer längerfristigen Diskussion und eines Dialogs, die ich auch unterstreichen möchte, muß uns klar sein, wir brauchen kurzfristige Maßnahmen.

Wir haben in den nächsten Jahren eine Zahl von Studierenden an den Universitäten zu verkraften, die die Universitäten zumindest zum Teil vor eine gigantische Belastungsprobe stellen. Und hier gilt es — und das ist die Aufgabe der Politik —, sofort wirksame Maßnahmen zu setzen.

Ich erwähne nur den Bereich des Personals, der Personalstruktur. Das Heil liegt sicher nicht in einer expansiven Planstellenpolitik, das ist mir völlig klar. Da würde ich auch restriktiv vorgehen. Es gibt aber eine Reihe von Möglichkeiten: Ein neues System der Lehrbeauftragten, der Tutoren, zeitlich begrenzte Lehrverhältnisse, um die Universitäten zumindest für die nächsten Jahre im Bereich der Lehre etwas zu entlasten und den Universitätslehrern wieder die Möglichkeit der Forschung zu geben, die sie in den letzten Jahren zunehmend verloren haben.

Das Hochschullehrer-Dienstrecht, schon mehrfach angesprochen, gehört natürlich auch hierher. Es ist seit Jahren fällig. Ich habe mir von Ihnen erwartet, Herr Minister, daß da doch neue Impulse kommen. Ich habe eine parlamentarische Anfrage an Sie gestellt. Ich habe jetzt fast schon ein bissel den Eindruck, daß dieses Spiel, wie es unter Ihrer Vorgängerin gespielt wurde, weitergeht, wo die einzelnen Gruppen sich nicht einigen können. Dies wird von Sitzung zu Sitzung verschoben. Hier, glaube ich, ist es Aufgabe der Politik, doch, wenn es notwendig ist, auch einmal den Gordischen Knoten zu durchschlagen.

Ich habe schon mehrfach darauf hingewiesen, Herr Bundesminister, daß wir in den Konzepten und in den Programmen eine weitgehende Einigung feststellen können. Mir ist das wieder so bewußt geworden, als ich mir vor einiger Zeit jenes Konzept ziemlich genau angesehen habe, das Sie vor kurzem veröffentlicht haben, ein Konzept über die technisch-wirtschaftliche Innovation: Orientierungen für die Innovationspolitik. Da stehen Dinge drinnen, die ich inhaltlich voll unter-

2212

Nationalrat XVI. GP — 26. Sitzung — 13. Dezember 1983

Dr. Neisser

streichen kann. Da stehen begrüßenswerterweise Dinge drinnen, die Sie jetzt verlangen, die Sie bejahen, was nicht immer selbstverständlich war. Ich erinnere mich an einige Diskussionen mit Ihrer Vorgängerin, wo diese Dinge in Frage gestellt wurden. Da steht also drinnen, daß eine Innovationspolitik vor allem bei den einzelnen Branchenbereichen ansetzen muß. Ich glaube, das ist ein strategisch richtiger Ansatzpunkt. Und in diesem Bericht selbst, in diesem Programm steht drinnen, daß sich die österreichische Industrie generell in einer mittleren bis niedrigen Wettbewerbssituation im Vergleich zur internationalen Konkurrenz befindet.

In diesem Konzept steht drinnen, daß die österreichische Industrie zu wenig in zukunftsträchtigen beziehungsweise wachstumsintensiven Branchenbereichen vertreten ist. In diesem Konzept werden die Festsetzung und die Bewertung von Basistechnologien als Maßnahmen der Strukturpolitik angesprochen. In diesem Konzept werden angesprochen Maßnahmen, die seit langem diskutiert werden: die Schaffung einer Innovationsagentur für einen verbesserten Wissenstransfer zwischen der Wissenschaft und der Wirtschaft. Und in diesem Konzept wird letztlich auch angesprochen das Problem der finanziellen Förderung im Forschungsbereich, wo Sie eine Reihe von Maßnahmen hier von sich aus als notwendig erklären, wie etwa die kalkulatorischen Eigenlizenzen, über die wir hier Jahre diskutiert haben. Jetzt steht in dem Konzept drinnen, das sei notwendig und diese Maßnahme sei machbar.

Ich frage mich nur, Herr Minister, wann geschieht es? Denn ich glaube, daß gerade die österreichische Förderungspolitik im Bereich der Innovationen eher eine gewisse Phantasielosigkeit zeigt. Sie vergleichen ja so gerne mit anderen Ländern. Selbst wenn Sie die Innovationspolitik mit jener Frankreichs vergleichen — ich würde die österreichische Universitätspolitik nicht gerne mit der französischen vergleichen —, muß ich sagen: In Frankreich gibt es seit kurzem unter Mitterrand ein Gesetz, das die Mehrausgaben in einem Unternehmen für Forschung und Entwicklung prämiert, sie begünstigt. Ein weiterer Vorschlag: In einem Betrieb auch das Forschungspersonal zu fördern und zu unterstützen; lange diskutiert, hier in diesem Konzept als notwendig und als richtig erkannt.

Die Problematik der Finanzierung der Unternehmungen: Venture-Capital-Gesellschaften, Ausbau der Beteiligungsfondsgesellschaften. All das sind Ideen und konkrete

Vorschläge bitte, für die Sie von uns — das kann ich Ihnen jetzt sagen — jegliche Zustimmung haben können. Bitte, sie müssen nur realisiert werden!

Sehen Sie, ich glaube, man sollte sich über eines... (Von der Ministerbank fällt eine Mappe mit Unterlagen von Bundesminister Dr. Fischer herab. — Redner hebt die Mappe auf und überreicht sie dem Minister. — Abg. Steinbauer: Heini, red' ruhig weiter, ich mach' das auch!)

Bitte, das ist eine besondere Maßnahme des Konsenses gewesen. (Allgemeiner Beifall.)

Meine Damen und Herren! Wir sollten uns, glaube ich, noch eines überlegen: Die Technologiepolitik in Österreich soll eine österreichische sein, was nicht ausschließt, daß wir uns überlegen, was wir vom Ausland übernehmen und einführen könnten. Aber ich glaube, es sollte jener Grundsatz doch gelten, den auch der deutsche Forschungsminister vor einiger Zeit hier in diesem Land genannt hat, als es darum gegangen ist, ob wir es den Japanern nachmachen sollen oder nicht: Kapieren und nicht kopieren! Gerade darum geht es, nicht um eine Kopierung ausländischer Systeme, sondern überlegen, was dort wertvoll ist und was wir hier in Österreich umsetzen können.

Lassen Sie mich noch ein letztes Problem anschneiden, Herr Minister, das ist die Frage der internationalen Kooperation. Ich glaube, die österreichische Forschungspolitik kann nur dann erfolgreich sein, wenn sie den Anschluß an internationale Entwicklungen schafft. Und da bin ich ein bissel skeptisch. Es gibt jetzt in Europa — Dr. Blenk hat heute die Europaratspolitik angesprochen —, vor allem im Bereich der Europäischen Gemeinschaften, ein intensives Bemühen, zu einer akkordierten europäischen Strategie auf dem Gebiet der Wissenschaft und der Forschung zu kommen. Es gibt in diesem Bereich ein Rahmenprogramm, und ich sage Ihnen eines: Ich glaube, es wäre fatal, wenn Österreich von diesen Entwicklungen abgehängt wird. Es ist völlig klar, wir sind in dieses System nicht voll integriert. Aber was wir tun sollten, ist: Wir müßten von Anfang an zumindest als aufmerksame Beobachter dabei sein und schauen, wo die Entwicklungen hingehen, und versuchen, nach Möglichkeit für uns etwas herauszuholen.

Meine Damen und Herren! Diese wenigen Gedanken zu einem Kapitel, das natürlich auch in der Öffentlichkeit kein besonders breites Interesse hat, aber das, glaube ich, für

Dr. Neisser

die nächste Zukunft, für die nächsten Jahre von entscheidender Bedeutung ist.

Herr Bundesminister! Wir führen diese Diskussion hier zum erstenmal mit Ihnen als Wissenschafts- und Forschungsminister. Ich hatte in den vergangenen Jahren immer Anlaß, meine Rede mit einer Stildebatte zu beenden; ich will das vielleicht auch jetzt tun. Ich muß Ihnen sagen, daß man sich von Ihrer Ressortführung sicher einiges erwartet. Ich möchte Ihnen ohne weiteres zugeben — und das ist auch mein persönlicher Eindruck und der meiner Gesprächspartner —, daß Ihr Stil viel unbürokratischer geworden ist, daß man mit Ihnen in der Sache selbst diskutieren kann. Ich möchte Sie ersuchen, daß es aber nicht nur bei der Diskussion bleibt, sondern daß dann auch konkrete Taten gesetzt werden. Die Gefahr Ihrer Ressortführung wird manchmal auch sichtbar. Es gibt viele Leute, die meinen, Sie laufen Gefahr, daß das Wissenschaftsressort im Rahmen Ihrer vielfältigen Tätigkeit nur ein Teil Ihrer Beschäftigung ist. Für eine Teilzeitbeschäftigung ist dieses Ressort — erlauben Sie mir diese Feststellung — doch zu heikel!

Aber ich möchte zum Schluß sagen: Wir sind nach wie vor bereit, auf diesem Sektor zu versuchen, in einer konstruktiven Zusammenarbeit konkrete Maßnahmen zu setzen. Für mich ist in der Wissenschafts- und Forschungspolitik viel geredet worden, manchmal fast schon zu viel. Es geht jetzt darum, Taten folgen zu lassen! (Beifall bei der ÖVP.) *14.38*

Präsident: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Probst.

14.39

Abgeordneter **Probst** (FPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Hohes Haus! Der Sport ist im Rahmen des Unterrichts ein wesentliches Kapitel und muß und soll zu Recht hier behandelt werden. Er wird im Parlament an sich — und das ist ja gar nicht so schlecht, weil das eine gewisse Distanz zur Politik ergibt — ohnehin stiefmütterlich behandelt. Es gibt keinen eigenen Sportausschuß.

Daß es sehr wertvoll ist, sich wenigstens ein- oder zweimal im Jahr darüber Gedanken zu machen, erhellt ja schon aus der ungeheuren Bedeutung, die der Sport in unserem gesellschaftlichen Leben bereits hat. Er ist absolut in die Gesellschaft integriert. Es gibt kaum eine Familie oder sollte keine geben, in

der nicht ein Mitglied regelmäßig Sport betreibt.

Wenn Sie sich die Zahlen im Schulsport ansehen, und um den geht es ja hier in erster Linie, dann wissen Sie, wie auch hier Aktionen Platz gegriffen haben, in die Breite gehen, die interessieren beziehungsweise interessieren sollten.

20 000 Schüler sind im letzten Jahr in die Schüler-Fußball-Liga eingebunden gewesen, 10 000 in die Schüler-Volleyball-Liga und 15 000 in die Arbeitsgemeinschaft Langlauf.

Wenn wir darüber hinaus noch hören, daß im heurigen Jahr das 400 000ste ÖSTA, das Österreichische Sport- und Turnabzeichen, für besondere Leistungen, die normiert und taxativ aufgezählt sind, vergeben wird, dann kann man daran ermessen, welche Bedeutung das hat. Die Zahl 400 000 besagt, daß dies ein ganz erheblicher Prozentsatz der Gesamt-population Österreichs mit etwa 7,5 Millionen Einwohnern ist.

Daß sich aus dieser massenweisen Betätigung im Sport auch Probleme der Sicherheit ergeben, sei auch aufgezeigt und nicht verhehlt. Man hört die Klagen, die Sicherheit in diversen Sportarten lasse zu wünschen übrig. Jetzt, in dieser Saison, kommt natürlich als erster der Skisport. Auch hier sei deutlich zurückgeschaut und daran erinnert, wie stark die Unfallzahlen durch die moderne Technik, in diesem Fall durch Sicherheitsbindungen, zurückgegangen sind. Die Unfallzahl von 50 000 Schulsportunfällen im Turnunterricht allein ist erheblich. Aber man muß dabei auch bedenken, daß es sich in den meisten Fällen um Klein- und Kleinstunfälle handelt, die von ordentlichen Lehrern angezeigt werden, um Spätfolgen beziehungsweise irgendwelche Schwierigkeiten zu vermeiden.

In diesem Zusammenhang möchte ich eine Aktion der Allgemeinen Unfallversicherungsanstalt sehr lobend hervorheben. Sie hat, an alle österreichischen Schüler gerichtet, einen Wettbewerb ausgeschrieben und die Schüler aufgefordert, durch Beiträge Vorschläge aufzuzeigen, wo im Turnunterricht mehr Sicherheit eingebaut werden kann, mehr Sicherheit im Sport, die auch im Sinne der Eltern liegt.

Mit Erschütterung habe ich gelesen, daß es bereits vier querschnittgelähmte Schüler seit der Einführung oder Erfindung des Minitrampolins gibt. Ob das an sich zu verteufeln ist beziehungsweise ob man den Unterricht mit und auf diesem sicher sehr amüsanten und

2214

Nationalrat XVI. GP — 26. Sitzung — 13. Dezember 1983

Probst

lehrreichen Gerät ändern muß, entzieht sich natürlich meiner Kenntnis, dazu bedarf es des Urteils der Fachleute.

Aber daß in dieser Richtung einiges getan werden muß, ist klar. Denn wir wollen ja unseren Schülern und vor allem unseren Eltern auch plausibel machen, worum es einer Sporterziehung in der Schule gehen sollte, nämlich um den lebensbegleitenden Sport, den Lifetime-Sport.

Ich habe in einer Broschüre oder Zeitung gelesen, Herr Bundesminister Zilk — und das hat mir sehr gefallen —, daß auch Sie der Meinung sind, daß Sport doch in jeder Phase und in jedem Fall — vor allem beziehe ich mich auf Sie und Ihr Ressort — innerhalb Ihres Ressorts Spiel bleiben sollte.

Ich glaube, eine wesentliche Voraussetzung jedes erfolgreichen Turnunterrichtes wird es doch sein, das Spielerische am Sport immer wieder durchklingen zu lassen, zu betonen, den Kindern beizubringen, daß dieses Spiel eine durchaus lebensbegleitende Tätigkeit sein sollte, da es ja in unser aller Sinn liegt, gesunde Menschen oder Menschen mit Gesundheitsbewußtsein zu erziehen.

Daß dies gut möglich ist, wissen wir aus einem sehr interessanten Beispiel, dem Verkehrssport und dem Behindertensport. Dort ist das bereits weitgehend gelungen. Ich glaube, wir könnten uns einige positive Vorbilder aus dieser Sparte holen.

Das Spielerische am Sport: Es ist doch sicher auch zu bedenken, wieweit man dem vom Unterricht her entgegenkommen sollte. Man kann das gewiß in erster Linie dadurch tun, daß man Sportarten in den Vordergrund stellt, die sehr wohl lebensbegleitende, also Lifetime-Sportarten werden könnten. Das ist sehr wichtig.

Das zweite ist, daß man auch die Voraussetzungen dafür schafft, nämlich im Unterricht genügend Raum frei läßt. Es geht hier um die Wochenstunden. In der Unterstufe haben sie noch 4 Stunden, später 3 Stunden, in der Oberstufe 2 Wochenstunden für Sport übrig.

Es ist sicher populär, sich herzustellen und zu sagen, wir fordern mehr. Jede Mehrforderung an Zeit belastet aber die Kinder, und wenn es sie nur insofern belastet, daß sie eben um jene Stunde oder zwei Stunden länger von zu Hause wegbleiben müssen.

Es ist das aber nicht schwierig. Es wurde

von mir und anderen schon der Vorschlag gemacht, dessen Erfinder ich beileibe nicht bin, aber ich würde mich sehr freuen, wenn man es irgendwie realisieren könnte, Sport noch mehr in den Unterricht zu integrieren, das heißt, den Pausensport durchzusetzen.

Ich weiß, daß das unendlich schwierig ist. Aber das wäre wirklich etwas Wesentliches. Das, was jetzt in den zwei Unterrichtsstunden geschieht, ist sicherlich zuwenig, denn zum Sport gehört nicht nur das Vorzeigen, wie man es macht, es gehört vor allem die Ausübung dazu. Es ist sicher nicht gut, wenn Menschen glauben, wenn sie ein Wochenende Urlaub machen oder einmal Winterurlaub, eine Wochenkarte kaufen und diese Wochenkarte ausfahren bis zum Umfallen, daß das irgend etwas mit Gesundheit zu tun hat. Das hat sicher nichts mit Gesundheit zu tun, das ist eine Situation, die eher abzulehnen ist.

Wir wollen den Menschen eine richtungweisende Sporterziehung beibringen, und dazu bedarf es mehr Zeit, mehr Raum, mehr Beschäftigung. Wir wollen den Menschen auch beibringen, vor allem den jungen Menschen, was der geistige Sinn des Sportes ist. Das soll die Möglichkeit bieten, seine Leistung zu messen. Die Leistungskomponente im Sport ist ja Gott sei Dank über alle Ideologien hinweg außer Streit. Darin zeigt sich das Leistungsbedürfnis des Menschen.

Wenn Sie eine Gruppe junger Sportler beisammen sehen, werden Sie immer wieder merken: Alle wollen ihre Leistung messen, und 10 Prozent drängen in irgendeiner Form zum Leistungssport hin. Das ist eine Erscheinung, die nicht gesteuert zu werden braucht, das ergibt sich von selbst.

Das wirft sofort die Frage nach Sinn und Wert des Leistungssports auf: Wie sollen wir ihm gegenüberstehen? Sollen wir ihn fördern, sollen wir ihn zurückziehen?

Es ist ganz sicher hier kein Patentrezept zu finden. Und es ist sicher das Falscheste, das man tun kann, zu sagen, wir brauchen nur den Breitensport, der Leistungssport interessiert uns nicht. Warum, wissen wir. Wenn ein Österreicher, einer unserer Skimatadore, gewinnt, wenn das eine Olympiade oder eine Weltmeisterschaft ist, zeigt das seine Auswirkungen.

Um ein ganz drastisches Beispiel zu bringen, erwähne ich einen Superprofi, der mit Amateur und Amateurstatus aber schon gar nichts zu tun hat, dessen Existenz ich aber für

Probst

sehr wertvoll halte, obwohl jeder Quadratzentimeter seiner Kleidung an Werbung verkauft ist. Ich meine den Tennisweltstar Björn Borg, der allein durch das Idol, das er darstellt, Hunderttausende Menschen auf der ganzen Welt zum Tennissport gebracht hat und sicher Tausende und Abertausende in Österreich zu einem Sport gebracht hat, der bisher nur den sogenannten höheren Klassen vorbehalten war. Durch die Masse derer, die sich jetzt daran beteiligen, ist es dieser Menge auch wirtschaftlich möglich geworden, diesen Sport auszuüben, weil eben in vielen Fällen die Menge allein den Preis bestimmt.

Das ist gleichzeitig ein wesentlicher Hinweis auf eine weitere Rolle des Sports, auf eine gesellschaftlich ungeheuer integrierende Funktion, die er nun einmal hat. Gesellschaftliche Integration: Im Sportleben schaut der Generaldirektor genauso aus wie sein Hilfsarbeiter. Ich drehe um: Es ist anzunehmen, daß der Hilfsarbeiter sogar etwas sportlicher aussieht als der Herr Generaldirektor. Das ist immerhin eine Möglichkeit, die Gesellschaft zu binden.

Etwas zweites Positives schließe ich daraus, nämlich die Geselligkeit. Der Wert eines Kegelabends in sportlicher Hinsicht ist sicher nicht sehr groß. Aber das bißchen Leistungsvergleich, die Kommunikation der Menschen, die Geselligkeit, in dem Fall das Miteinander-Zusammenkommen werden gepflegt.

Und wenn noch einer am Leistungswillen, am Willen, sich irgendwo messen zu können, zweifelt, dann schaue er doch nur bei jenem simplen Kegelabend zu, wie die Reaktionen auf einen Schub sind, welche Freude über einen gelungenen Wurf und welche Enttäuschung über einen mißlungenen! (Zwischenruf der Abg. Helga Wieser.)

Ein Wesentliches: Aggressionen werden abgebaut, Frau Kollegin, Aggressionen werden im Sport wunderbar abgebaut.

Oder — und das sind die Perversionen —, nächstes Thema: Ich glaube, wir waren alle gleichermaßen erschüttert über die Meldung aus Mailand, daß es ein Fußballspiel mit sich bringt, daß ortsansässige Rowdys in Mailand österreichischen Schlachtenbummlern ganz einfach aus Haß und Fanatismus den Bauch aufschlitzen. Jeder vernünftige Mensch greift sich an den Kopf und sagt: Wo bleibt die völkerverbindende Rolle des Sports? Und es werden nicht wenige gewesen sein, die gesagt haben: Das sind typisch die Italiener, zu so etwas sind nur die Itaker fähig.

Meine Damen und Herren! Wer die nächsten Zeilen gelesen hat, wird diese Äußerung sofort zurückziehen, denn dort stand, daß beim Spiel, das vorher in Wien stattgefunden hat zwischen den gleichen Fußballmannschaften, österreichische Rowdys den italienischen Schlachtenbummlern mit Gaspistolen in den Autobus geschossen haben und dergleichen Scherze mehr.

Hier fragt man sich: Wo soll das hinführen? Das ist doch die Perversion und das Ende jedes Sports mit Massen an Zuschauern, wenn das so weitergeht.

Und auch hier sehe ich eine wesentliche Aufgabe der Schule, eben junge Menschen besonders deutlich, mit einer besonderen Akzentuierung wieder dorthin zu führen, wo sie hingehören, denn ein wesentliches Element des Sportes ist ja die Fairneß, und der englische Begriff der Fairneß kommt ja aus dem Sport, aus dem englischen Sport, aus dem Mutterland des Sportes. (Abg. Dr. Gradenegger: „Es lebe der Sport! Er ist gesund und macht uns hart.“) Richtig, ja.

Es ist ein Problem aufgetaucht, eben jenes der zu geringen Möglichkeit, Sport in der Schule auszuüben. Es fehlt die Verbindung zwischen Schule und Freizeit.

Und ich wiederhole etwas, was ich hier schon vorgebracht habe, mit einem Satz, nämlich: Was tut der Schüler nach der Beendigung seiner Pflichtschullaufbahn, was tut der Schüler nach der Beendigung seiner AHS-Laufbahn? Die Verbindung zur Schule reißt plötzlich ab, die sportliche Betätigung ist am Ende.

Hier gibt es eine Möglichkeit, die wir in der Steiermark praktizieren, nämlich Schulsportvereine, die sich, in engster Kooperation mit den Schulbehörden zusammenarbeitend, dieser Probleme annehmen, völlig unpolitisch sind, den Schülern ein reiches Betätigungsfeld sowohl im Winter als auch im Sommer geben und auf diese Art einen wesentlichen Beitrag liefern zu jenem Ziel, das wir erreichen wollen, nämlich spielerische Sportausübung ein ganzes Leben lang. Ich bringe diese Idee sicher wieder. Ich werde sie bringen mit der einzigen Absicht, daß dieses Beispiel in möglichst vielen Schulen und Orten Österreichs nachgeahmt wird, damit eben der wesentliche Sinn, die Aufgabe des Schulsporthes als solche erfüllt werden kann. (Beifall bei FPÖ und SPÖ.) 14.53

Präsident: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Steinbauer.

14.53

Abgeordneter Steinbauer (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Es ist nicht möglich, von Helmut Zilk nicht gefesselt zu werden. Das ist ja ein landläufiger Spruch.

Nur, wie er sich heute von der Regierungsbank aus gezeigt hat, läßt doch den Hinweis zu, daß es eine Geschäftsordnung des Nationalrates gibt, und vor allem, daß der Minister ein Diener des Parlaments ist, dem er auch verantwortlich ist. Das möchte ich nur einmal anmerken. Auch in der Schuldebatte ist der Minister nicht mit der Berechtigung ausgestattet, der Oberlehrer des Plenums zu sein. Das wollen wir festhalten. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Es ist auch völlig klar, daß Helmut Zilk das Regieren durch die Sprache gewohnt ist. Seine Medienpräsenz ist bekannt, er ist der Medien-Figaro der Regierung. Heute am Abend wird er im Fernsehen zweimal auftreten; einmal in der „Zeit im Bild“, dann zum Thema „Weihnachtsspielzeug“ im „Club 2“. Es gibt kein Medienereignis, wo Helmut Zilk nicht auftaucht. (*Abg. Peter: Das ist der Kummer des Heribert Steinbauer! — Heiterkeit.*) In Erinnerung an „My Fair Lady“, hier ist ja ein besonderer Bezug angebracht, könnte man sagen: „Es zilit und zilit, wo Österreichs Fernsehen blinkt.“ Es gibt halt nichts, wo Helmut Zilk nicht auftritt.

Ich halte das alles für legitim, Herr Minister. Nur — und wahrscheinlich gibt es auch Genossen, die das ohnehin schon längst als zuviel empfinden — halte ich es dort nicht mehr für legitim, wo Anspruch und Wirklichkeit einander widersprechen, wo geweckte Erwartung und die Enttäuschung der Betroffenen dann die Realität und das Ergebnis sind.

Angesichts der heutigen Debatte ein paar Beispiele, die ich besorgt an den Anfang Ihrer Amtsperiode stellen möchte. Vielleicht ist der siebente Beruf ohnehin bald fällig; ich höre, der Wiener Bürgermeister ist wieder in Debatte. (*Abg. Mühlbacher: Er hat wirklich Sorgen!*)

Herr Minister! Ich möchte am Anfang Ihrer Ministerzeit doch sehr besorgt ein paar Gegensätze aufzeigen zwischen dem, was der Verbokrat Zilk, der durch das Wort regiert, verkündet, und dem, was die Wirklichkeit der Kunstopolitik ist.

Ich glaube, daß wir gerade in einer Wirtschaftslage, die besorgnisregend ist, grundsätzlich zwei Wege für die Kunstopolitik offen haben. Der eine ist: Sparen, sparen, sparen dort, wo es weniger auffällt, wo sie sich nicht wehren können, also bei den Künstlern. Der andere lautet: Kontrazyklisch zu sein, gegensteuern, gerade den Künstlern helfen, weil sie, wie wir aus zahllosen Untersuchungen seit Jahren wissen, zu den sozial schwächeren, zu den ärmeren Schichten unseres Landes gehören und weil es nicht nur eine Frage der Finanzen ist, sondern auch eine Frage der Bewahrung der Kreativität in diesem Lande und damit auch der Erschließung der Zukunft. Das, was die Regierung heute als Budget vorgelegt hat, ist ein Spar-, ein Schrumpfbudget, statt dessen wäre ein kontrazyklisches, ein antizyklisches Kulturbudget angebracht.

Aber die Wirklichkeit ist, daß der durch das Wort regierende Zilk den Betroffenen einredet, daß alles in Ordnung ist. Ich zitiere.

Zilk in der „Arbeiter-Zeitung“ am 20. Oktober 1983, also zu einem Zeitpunkt, wo er es wissen mußte: „Es gibt wichtige Enklaven“ — im Budget —, „in denen wir nicht einsparen werden, nämlich die Literatur und die bildende Kunst.“

Herr Minister Zilk! Die Betroffenen haben es vielleicht geglaubt, die Leser der „Arbeiter-Zeitung“ mußten es glauben, treue Sozialisten mußten es glauben. Es war am 20. Oktober. Sie mußten wissen, was die Wirklichkeit im Staatshaushalt ist, daß gerade die Literatur — das Kapitel 1302 — um 1,3 Millionen Schilling weniger hat. Also das Wort von der Enklave, daß dort nicht eingespart wird, ist anhand der Ziffern ganz einfach nicht aufrechtzuerhalten.

Bei der bildenden Kunst ist ebenfalls eine Verminderung bei den privaten Förderungen und bei den gemeinnützigen Förderungen zu verzeichnen. Es stimmt also der Satz nicht, den sie verbokratisch, den Sie, durch das Wort regierend, öffentlich ausgesprochen haben.

Wenn ich die letzten Wochen Revue passieren lasse, in denen Sie geradezu in einer Politik der Desinformation versuchten, frühzeitig die Bühnentheaterfront abzuriegeln: Was hat Zilk hier verkündet?

Er verkündet im Bericht des Bühnentheaterverbandes, daß obendrein 1984 das Bühnentheaterbudget nicht höher ausfällt als jenes

Steinbauer

von 1983. Es kann jeder — mit der Unterschrift des Herrn Ministers — im Bundestheaterbericht nachlesen, daß das Bundestheaterbudget 1984 nicht höher ausfällt als jenes von 1983; Seite 4 des Bundestheaterverbandsberichtes.

Oder, noch besser, in der „Arbeiter-Zeitung“: „Zilk: Wir bleiben heuer bei den Bundestheatern knapp unter dem Ansatz des vergangenen Jahres.“ (Präsident Mag. Minikowitz übernimmt den Vorsitz.)

Meine Damen und Herren! Die Schauspieler haben es geglaubt, die Zuschauer haben es geglaubt, die Publizisten haben es geglaubt, die Leser haben es geglaubt. Es wurde abgedruckt, es hat die Unterschrift des Ministers im Bericht, und es war ein wörtliches Zitat. Die Wirklichkeit: Der Ansatz Bundestheater, das Kapitel 71, hat eine Aufstockung von 129 Millionen Schilling.

Meine Damen und Herren! Das sind die Realitäten! Der Minister zögert nicht, mit seiner Unterschrift im Bericht zu sagen, daß das Bundestheaterbudget für 1984 nicht höher ausfällt als jenes von 1983 oder daß wir bei den Bundestheatern knapp unter dem Ansatz der vergangenen Jahre bleiben. Die Wirklichkeit ist die Aufstockung von 129 Millionen, übrigens nicht nur, wie es immer heißt, beim Personal, sondern natürlich auch beim Sachaufwand.

Laßt uns diskutieren über notwendige Aufstockungen bei den Bundestheatern, aber verkünden Sie, Herr Minister, nicht in systematischen Desinformationen — durch Berichte, durch Interviews und durch Pressekonferenzen —, Sie würden an einem Punkt sparen, während ganz einfach die gleichzeitig vorgelegte Zahlen die Aufstockung um 129 Millionen enthalten. Da, glaube ich, wird die Verbokratie, wird die Medienomnipräsenz, wird die Ubiquität des Helmut Zilk ganz einfach für die Betroffenen nicht nur zu einer Augenauwischerei, sondern hier sind glatte Unstimmigkeiten mit der Wirklichkeit vorhanden, hier stimmen die Fakten nicht mit dem überein, was der Minister urbi et orbi verkündet hat.

Auch ein Animateur — der Herr Minister hat sich ja nicht als Verwaltungsbeamter, sondern als Animateur vorgestellt — müßte es mit den Fakten genau halten.

Weil wir bei den Bundestheatern sind, ein paar Randbemerkungen dazu. Ich sehe ein, daß hier ein Problem weiterwächst, und zwar

im Personalaufwand und in den vielen Punkten der Sachkosten. Wir alle sind einer Meinung, nämlich daß wir große Kulturinstitutionen haben, die man nicht antasten kann, die selbstverständlich einen wesentlichen Faktor in Österreichs Kulturleben darstellen.

Herr Minister! Ich denke da aber an Ihr ständiges „Herumbohren“ an den Direktoren, an deren mögliche Absetzung, deren Neubesetzung, ob in einem Interview in der „Arbeiter-Zeitung“, ob vor den Opernfreunden, mit dem Trick: Ich nenne keine Namen, aber ein Direktor dort und dort muß die und die Eigenschaften haben. Bitte, der einzige, der das Thema Direktoreneubestellung in sämtlichen Theatern ständig am Leben hält, ist der Unterrichtsminister.

Ich würde meinen, der Minister sollte eher über das Gewerkschaftsprogramm der Einsparungen der 13 Punkte reden, über die Auslastung der Werkstätten, über den Apparat im Generalsekretariat, sollte einmal dort forschen, welcher Telephonapparat ständig blockiert ist, weil die Dame für jeden, der anruft, Horoskopauskünfte gibt. Das wären ungleich wichtige Sachen! Der Minister sollte auch dafür Sorge tragen, daß die Direktoren in Ruhe arbeiten können und nicht ständig das Thema neu in Bewegung bringen. (Beifall bei der ÖVP.)

Ich bin schon ziemlich am Schluß meiner Rede; ich möchte heute nur hinweisen darauf, was alles im Arbeitsbericht steht. Sie müssen den Arbeitsbericht des Budgets, Bundesfinanzgesetz 1984, zur Hand nehmen, darin können Sie lesen, bei „Musik“ etwa: Verminderung des Sachaufwandes ist durch Einschränkung der Förderungsmaßnahmen notwendig. Bei „Darstellender Kunst“: Verminderung des Sachaufwandes durch Einschränkung der Förderungsmaßnahmen. Bei „Literatur“: Verminderung des Sachaufwandes durch Einschränkung der Förderungsmaßnahmen. Bei „Filmwesen“: Verminderung des Sachaufwandes durch Einschränkung der Förderungsmaßnahmen.

Das heißt, in Wahrheit ist das erste von Helmut Zilk vorgelegte Budget ein Schrumpfbudget, ein Budget der brutalen Einsparungsmaßnahmen im Kunstbereich. In einer wirtschaftlich schwieriger werdenden Zeit wird zwar bei den Bundestheatern um 129 Millionen aufgestockt, aber bei Musik und darstellender Kunst um 29 Millionen gekürzt, bei der Literatur gekürzt, beim Filmwesen um 6 Millionen gekürzt. Und bitte, der Bundesminister für Kunst schaute auch zu, als der Finanzmi-

2218

Nationalrat XVI. GP — 26. Sitzung — 13. Dezember 1983

Steinbauer

nister etwa im letzten Belastungspaket den Rohfilm, also gerade das, was für die Filmer das Grundprodukt ist, als luxussteuerfähig eingestuft und damit die Belastungen neuerdings vergrößert hat.

Das alles ist im Widerspruch zu dem, was man morgen, übermorgen, täglich, in den Medien von Helmut Zilk zum Kunstbereich hört. Wie will er denn in Zukunft bei den Bündestheatern konkret vorgehen, um zu echten Einsparungen und nicht zu Aufstockungen zu kommen? Wo will er denn in Zukunft etwa bei der von ihm reduzierten Filmförderung — von 46 Millionen auf 40 Millionen herabgestuft — tatsächlich etwas tun, damit das wieder ausgeglichen wird?

Wo will Zilk denn für die Literatur etwas tun, damit es hier nicht nur zu Kürzungen kommt? Was will er zum Beispiel beim Messegelände tun, was will er tun für jenes Kulturzentrum, das auch Helmut Zilk schon gefordert hat? Daher zum Schluß die Frage: Wo will Helmut Zilk die 800 Millionen Schilling beziehungsweise die 1 Milliarde Schilling aufnehmen, die zur Sanierung des Messegeländes erforderlich sind, der aber von Helmut Zilk als „Kulturzentrum“ auch schon ununterbrochen verkündet wird.

Ich würde meinen: Weniger Medienpräsenz, weniger Animateur der Nation zu sein, weniger Verbokratie, weniger den Betroffenen alles und jedes zu versprechen, weniger „ewige Weihnachten“ der Versprechungen, aber mehr Substanz in den konkreten Maßnahmen!

Herr Minister! Es gibt auch nichts Konkreteres als „Cash-down“, Kasse macht sinnlich, auch in der Kunst. Es gibt nichts Konkreteres als die Ziffern des Staatshaushaltes — und die sind laut Kunstdbudget 1984 deprimierend. Ich glaube, Herr Minister, Kunstpolitik, die sicher auch Brot braucht, Kunstpolitik 1984 hätte sein sollen: Mehr zu tun zur Innovationsförderung auch im kulturellen Bereich, mehr zu tun, daß Menschen mit Kreativität nicht unter dem Existenzminimum der Nation leben müssen, sondern daß Kreativität auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten echte substantielle Chancen bekommt. (Beifall bei der ÖVP.) *15.05*

Präsident Mag. Minkowitsch: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Dr. Preiss. Ich erteile es ihm.

15.05

Abgeordneter Dr. Preiss (SPÖ): Herr Präsi-

dent! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Als der Herr Abgeordnete Steinbauer seine Ausführungen darbrachte, habe ich unwillkürlich an Homers „Ilias“ denken müssen. Dort wird über den Zorn des Achilles gesprochen. Sie haben Ansätze gezeigt für eine „Zilkas“, in der Sie Ihren Zorn über einen Minister, der Erfolg hat, zu Papier zu bringen versuchen. Ich darf Ihnen viel Vergnügen dabei wünschen — vielleicht wird es einmal in 50 Jahren etwas. (Beifall bei der SPÖ.)

Werte Damen und Herren! Ich muß aus den Sphären der Kunst zu denen der Wissenschaft zurückkehren. Ich habe mir vorgenommen, mit einer alten römischen Sentenz zu beginnen, in der es heißt: „Primum vivere, deinde philosophari“. Bert Brecht hat es ziemlich vulgär übersetzt mit: „Zuerst kommt das Fressen und dann die Moral“. Wenn man aber diesen Spruch sachgerecht ausdeuten will, muß man zunächst von der Tatsache ausgehen, daß hier gemeint ist: Die Lebenswirklichkeit ist das Beherrschende, dem Nachdenken darüber aber kommt sekundäre Bedeutung zu.

Werte Damen und Herren! Die gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung des letzten Jahrhunderts hat bewiesen, daß der Wissenschaft und Forschung — also dem „philosophari“ im weitesten Sinn — ein ganz anderer Stellenwert zukommt als das, was man in alten Zeiten gemeint hat, daß Wissenschaft und Forschung erst ein „vivere“ — ein Leben — auf dem gegenwärtigen Niveau garantiert. Diese Erkenntnis in die Tat umgesetzt zu haben, ist ein Verdienst der sozialistischen Alleinregierungen der Jahre 1970 bis 1983. Noch nie ist diesem für die Zukunft unseres Staates so lebensnotwendigen Bereich Wissenschaft und Forschung so viel Aufmerksamkeit geschenkt und noch nie sind solche Mittel aufgebracht worden.

Trotz des vorliegenden Sparbudgets ist es gelungen, fast 900 Millionen Schilling mehr als 1983 für die Aufgaben des Ressorts bereitzustellen. Das beweist, daß sich auch die sozialistisch-freie Koalitionsregierung der Bedeutung von Wissenschaft und Forschung voll bewußt ist und nicht am falschen Platz spart, wie es immer wiederum Vorschläge von Seiten der Oppositionspartei gibt.

Ich möchte kurz auch noch auf einige Ausführungen des Herrn Abgeordneten Neisser eingehen. Herr Präsident Stix hat in seiner heutigen Wortmeldung als Abgeordneter die Wissenschaftspolitiker nach einem Zitat von Dahrendorf als Grenzgänger zwischen Politik

Dr. Preiss

und Wissenschaft bezeichnet. Herr Abgeordneter Neisser, Sie sind sicherlich auch dazurechnen, nur habe ich so den Eindruck, daß Sie manchmal auch versuchen, ein bißchen kleine Pakete Ideologie mit hineinzuschmuggeln. Beim Grenzgänger kann das ja vorkommen, um beim Bild zu bleiben.

Es ist schon richtig, wenn Sie auf die Problematik der Akademiker, der absolvierten Akademiker hinweisen. Wir werden uns alle bemühen müssen, hier Wege aufzufinden, die dieses Problem minimieren. Daß man es nicht ganz ausschalten kann in einer freien Gesellschaft, haben Sie ja selbst gesagt, und hier sind wir uns einig. Ich würde aber warnen davor, hier schwarz oder schwärzer zu malen, als es notwendig ist. Solange man zum Beispiel, um nur auf die Ärzteproblematik einzugehen, in den Wartezimmern unserer Ärzte oft noch stundenlang warten muß, um einen Termin zu bekommen, so sind hier sicherlich noch einige Möglichkeiten für gemeinsame Bemühungen offen.

Hohes Haus! Ich komme aus einem Wahlkreis, nämlich dem Waldviertel, der trotz vieler Bemühungen mit ernsten Strukturproblemen zu kämpfen hat. Deshalb halte ich es für besonders wichtig, daß auf Initiative des Wissenschaftsministeriums eine ganze Palette von Forschungsvorhaben mithelfen, zusätzlich Chancen für das Waldviertel zu schaffen. (Zwischenruf des Abg. Wille.) Herr Abgeordneter Wille, Krems liegt im Waldviertel. Es ist sogar der Vorort des Waldviertels, allerdings am Rand. Also, ich kann schon auch dafür reden.

Ich möchte auf einige Projekte mit besonderer Dankbarkeit hinweisen. Alternative Energiequellen werden untersucht, so die Systemstudie Ottenschlag, welche die Möglichkeiten, die Kleinregion Ottenschlag durch die Ausnutzung nicht konventioneller Energiequellen autark zu machen, überprüft. Windkraft, Biomasse, Wasserkleinkraftwerke und Nutzung der Solarenergie sind dort Hauptthemen. Übrigens ein Thema, das im „Kurier“ in diesen Tagen angeschnitten worden ist und wo verlangt wurde, in diese Richtung soll man gehen. Es wird von uns in diese Richtung gegangen, meine Damen und Herren.

Das Forschungs- und Demonstrationszentrum für Biogasproduktion und Biogasverwertung möchte ich hier ebenfalls anführen, ebenso die Aquakulturforschung für das klassische Fischzuchtgebiet Waldviertel. Mit Hilfe der Ergebnisse soll eine ausreichende und gesicherte Karpfenbrutproduktion für die

Bedürfnisse der Waldviertler Teichwirtschaft aufgebaut werden.

Es gibt auch sehr vielversprechende Forschungsaufträge und Forschungsvorhaben für die industrielle und volkswirtschaftlich vertretbare Verwertung von Holzabfällen. Alle diese Projekte basieren auf den natürlichen Ressourcen des Waldviertels und haben deshalb die besten Chancen, mittelfristig den Bewohnern dieses Problemgebiets eine echte wirtschaftliche Hilfe zu bieten. Nicht zuletzt möchte ich auf die Initiativen zur Absicherung unserer Wälder gegen Umweltschädigungen hinweisen, wie sie erst kürzlich gesetzt wurden, wie etwa den legendären sauren Regen, und auch das wird für unser Waldviertel von größter Bedeutung sein.

Werte Damen und Herren! Hohes Haus! Lassen Sie mich aus den Gott sei Dank noch immer grünen Gefilden des Waldviertels zu einem ganz anderen Thema kommen: nämlich von den Natur- zu den Kulturdenkmalen.

Es ist im Ausschuß kritisiert worden, daß dem Bundesdenkmalamt 1984 nicht genügend Mittel zur Verfügung stehen. Ich bin mit Ihnen durchaus einer Meinung, daß man ein Vielfaches der heuer vorgesehenen 90 Millionen Schilling durchaus sinnvoll verwenden könnte. Aber in Zeiten wie diesen muß man eben realistisch bleiben. Und wie man in Ländern, wo die Parteifreunde der ÖVP das Sagen haben, wie man in solchen Ländern mit den Geldmitteln für kulturelle Zwecke umgeht, ist Ihnen ja heute von Professor Nowotny und anderen Herren unserer Fraktion bereits vorgerechnet worden.

Ich glaube, es ist eine hervorragende Leistung des Herrn Bundesministers, daß er die veranschlagten Summen durchsetzen konnte, und ich möchte ihm dafür herzlich danken. (Beifall bei SPÖ und FPÖ.)

Man muß ja auch bedenken, daß im Jahre 1970 zum Beispiel nur 16 Millionen Schilling für Zwecke des Bundesdenkmalamts zur Verfügung standen, dann ist die Zahl von 90 Millionen Schilling doch noch immer imposant.

Jeder, werte Damen und Herren, der offenen Auges durch Österreich fährt, kann feststellen, welch gewaltige Leistungen gerade auf dem Gebiet der Erhaltung der Kulturdenkämler erbracht wurden. In Zusammenarbeit mit den Gebietskörperschaften und privaten, sehr häufig kirchlichen Besitzern wurde ein unbelzahlbarer Beitrag zur Stärkung des Bewußtseins kultureller Identität in uns

2220

Nationalrat XVI. GP — 26. Sitzung — 13. Dezember 1983

Dr. Preiss

Österreichern geleistet. Gerade als Mandatar, der aus der Statutarstadt Krems kommt, die sehr viel auch aus eigenem zur Revitalisierung ihrer alten Stadtkerne beigetragen hat, kann ich den Wert dieser Maßnahmen besonders gut beurteilen.

Auch 1984 werden bedeutende Schwerpunkte gesetzt. Ich nenne nur einige: Der Wehrgraben in Steyr, das Schloß Würting in Oberösterreich, die Franziskaner-Kirche in Salzburg, die laufenden Arbeiten an den Stiften Melk und Klosterneuburg werden großzügig gefördert. 1984 wird die Synagoge in St. Pölten als einmaliges Kulturdenkmal der Öffentlichkeit übergeben werden.

Daß man auch unkonventionelle Wege beschreitet, beweisen die Projekte der Erhaltung der Arbeiterkolonie in Mödling oder das Traunsee-Schiff Gisela.

Seit 1978 ist eine gesamtösterreichische Denkmalserhebung im Gange. Diese Kunstopographie wird weitergeführt und von der Neuherausgabe des Dehio, des kunsthistorischen Standardwerkes, flankiert. Eine ganze andere Reihe von Maßnahmen wird natürlich auch weitergeführt, so etwa die Zinsstützungsaktion, wodurch rund 100 Millionen Schilling für denkmalpflegerische Aktivitäten virulent gemacht werden.

1984 wird auch das Informations- und Dokumentationszentrum des Bundesdenkmalamts in der Kartause Mauerbauch weiter ausgebaut und damit vor allem auch für die Restaurierungstechnik ein wichtiger Schritt gemacht.

Hohes Haus! Noch ein paar Worte zur Museumsproblematik, die ja lange Zeit der Presse liebstes Kind gewesen ist, insbesondere, wenn es um die künftige Nutzung des Messegeländes gegangen ist.

Ich kann mich hier kurz fassen, nachdem ja hier sehr viel bereits diskutiert wurde. Der Herr Bundesminister hat des öfteren erklärt, daß die Chancen für ein Museumszentrum in diesem Bereich gut stehen. Gründliche Vorarbeiten sind im Gange. Ein neues Museumskonzept ist unter Heranziehung internationaler Experten in Ausarbeitung. Es wird sicherlich durch ein Konzept für Museumspädagogik und weitere Schritte auf schulischer und volksbildnerischer Ebene ergänzt werden müssen, damit aus einer Musifizierung dieses Bereiches nicht vielleicht gar eine Mumifizierung wird.

Ansätze zu einer besseren Nutzung der

Schätze in unseren Museen für alle Österreicher sind allerdings heute bereits spürbar, das beweisen steigende Besucherzahlen, doch sind sicherlich noch viele weitere Maßnahmen nötig.

Noch ein paar Worte, werte Damen und Herren, zu einem Thema, das hier sehr oft stiefmütterlich behandelt wird, das sind die wissenschaftlichen Bibliotheken. Es ist heute schon angedeutet worden, daß es hier eine Aufstockung gibt. Man wird mit den Mitteln diesmal wirklich gut durchkommen können. Aber angesichts der Tatsache, daß sich das Wissen der Menschheit in den letzten Jahrzehnten potenziert hat, ist die Dokumentation für einen Kleinstaat wie Österreich sicherlich ein Problem, und noch dazu ein System der Verfügbarkeit zu bekommen, das auch tatsächlich den internationalen wissenschaftlichen Ansprüchen gerecht wird, ist eine sehr schwierige Aufgabe.

Unsere wissenschaftlichen Bibliotheken verwalten rund 15 Millionen Bände. Man hat sich der EDV in zunehmendem Maße bedient. Ich darf darauf hinweisen, daß die Zeitschriften-Datenbank Mitte 1984 völlig einsatzfähig sein wird. Ich darf darauf verweisen, daß die Universitätsbibliothek Linz kommendes Jahr in ihr neu errichtetes Domizil einziehen kann. Wir haben dort eine automationsunterstützte Entlehnverbuchung und auch elektronische Ausgangskontrolle, sodaß man sagen kann, daß es sich hierbei um eine der modernsten Bibliotheken Europas handeln wird.

Hohes Haus! Das Budget für das Jahr 1984 wird also durchaus den Anforderungen gerecht. Es spart dort, wo es ohne gravierende Konsequenzen möglich ist, und weist vernünftige Schwerpunkte auf. Deshalb kann meine Fraktion mit gutem Gewissen zustimmen. Sie, meine Damen und Herren von der ÖVP, könnten es eigentlich auch. Ich danke sehr. (Beifall bei SPÖ und FPÖ.) 15.22

Präsident Mag. Minkowitsch: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Bayr. Ich erteile es ihm.

15.22

Abgeordneter Bayr (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Budgetdebatte wird traditionsgemäß in der Vorweihnachtszeit abgeführt, was aber nichts mit dem Christkind zu tun hat, denn zu verschenken gibt es nichts mehr. Man könnte eher eine Gedankenverbindung zur Weihnachtsgans herstellen, die gerupft werden soll, wobei man sich in der

Bayr

Rolle des Gerupften fallweise den Steuerzahler oder gelegentlich auch einen Ressortminister vorstellen könnte. Denn Budgetpolitik ist angeblich die Kunst, eine Gans so zu rupfen, daß sie möglichst wenig Geschrei macht.

Auch das Unterrichtsbudget mußte kräftig Federn lassen. Vom Herrn Unterrichtsminister hat man dagegen keinen Protest gehört, obwohl seine Stärke, wie wir heute wieder vernommen haben, im verbalen Bereich liegt.

Das Unterrichtsbudget ist — abgesehen von der beabsichtigten Einstellung von Lehrern im Bereich der Erwachsenenbildung — eine Fortschreibung des Budgets des Jahres 1983. Das heißt also, ein Budget ohne Akzente und ohne Trendwende, weil hier nämlich die Tendenz der Sinowatzschen Budgets, nämlich des schrumpfenden Anteiles der Unterrichtsausgaben am Gesamtbudget, fortgesetzt wird.

Und daher komme ich zu dem ersten Schluß, meine sehr verehrten Damen und Herren: Das Unterrichtsbudget 1984, die erste handfeste politische Willenserklärung des neuen Unterrichtsministers, ist farblos und enttäuschend. Dieses Bild ändert sich auch nicht, wenn man jene Budgetposten heranzieht, die in das Familienministerium emigriert sind.

Recht bunt wird allerdings die Politik des Unterrichtsministers, wenn man die vielen Ankündigungen und lockeren Plaudereien an sich vorüberziehen läßt. Wir alle wissen, daß er die Kunst des medienwirksamen Agierens beherrscht; das Showelement ist zweifellos ein wesentlicher Bestandteil seiner politischen Selbstvermarktung.

Die Buntheit dieser Politik, der Zilk'schen Politik, sehe ich in dem Gemisch aus teils pragmatischen und teils gesellschaftspolitisch motivierten Ankündigungen. So gibt es einige Beispiele des bemerkenswerten Pragmatismus. Manchmal hat man das Gefühl, und das ist durchaus nicht negativ gemeint, der Unterrichtsminister springt auf jeden Zug auf, gleichgültig, aus welcher Richtung er kommt. (Bundesminister Dr. Zilk: *Noch gelenkig!*)

Dazu, meine sehr verehrten Damen und Herren, ein Beispiel: die Rücknahme des Schularbeitenerlasses. Ein zweites Beispiel, heute schon mehrmals angesprochen: das eindeutige Bekenntnis zur Leistungsschule. In jüngster Vergangenheit hat man es noch anders gehört. Und ich erinnere mich noch sehr gut, daß bei meiner ersten Rede Frau Dobesberger dazwischengerufen hat, ich spre-

che immer nur von Leistung, Leistung. Das war ein Vorwurf. Jetzt höre ich es anders.

Ich stelle also fest, daß sich der Herr Unterrichtsminister jenen Vorstellungen angenähert hat, die die Österreichische Volkspartei immer wieder vertreten hat, nämlich daß wir auch in einer Leistungsgesellschaft auf eine kindgemäße Leistung nicht verzichten können. Das Verlangen nach einer Leistung steht in keinem Widerspruch — das wurde heute schon gesagt — zu einer humanen Schule. Entscheidend ist, daß die Herausforderung von Leistung nicht Angst und Streß erzeugt. Und das ist wieder möglich dadurch, daß die Leistungsanforderungen der Leistungsfähigkeit der Kinder angepaßt werden.

Nun, neben diesen, wie ich meinen möchte pragmatischen Äußerungen, gab es auch jene, von denen ich feststellen muß, daß die rotfleckte Katze doch auch zu Ihren Haustieren zählt. Ich beziehe mich noch einmal auf die heute schon mehrmals angesprochene Gesamtschule beziehungsweise auf das Problem Wellerziehung. Mit den diesbezüglichen Feststellungen sind Sie nämlich auf Distanz zu unserer grundsatzpolitischen Haltung gegangen.

Die Bildungspolitik hat zweifellos ihre Wurzeln im Menschenbild, und die ÖVP leitet ihren politischen Gestaltungswillen vom christlich begründeten Verständnis von Mensch und Gesellschaft ab.

Für den pädagogischen Bereich bedeutet das unter anderem die Anerkennung der Individualnatur des Kindes. Für uns ist das Kind nicht ein Produkt der Gesellschaft, sondern eine Eigenpersönlichkeit, die es zu fördern und zu entwickeln gilt. (Beifall bei der ÖVP.)

Und gemäß dieser Zielsetzung ist es Aufgabe des Staates, ein differenziertes Schulsystem anzubieten. Eine kollektive Zwangsbeglückung seitens des Staates, die allen Schülern zu ihrem angeblichen besseren Heil eine uniforme Schule anbieten möchte, wird abgelehnt.

Ebenso sind wir der Auffassung, daß es nicht Aufgabe des Staates sein kann, den Eltern im Sinne einer Art Teilentmündigung die Entscheidung darüber abzunehmen, welche Schulart für das Kind die angepaßte ist. Wir meinen vielmehr, der Staat müßte das Grundrecht der Eltern auf freie Wahl der Schulbahn garantieren und sichern.

Auf Grund dieser skizzierten Grundhaltung

2222

Nationalrat XVI. GP — 26. Sitzung — 13. Dezember 1983

Bayr

in bezug auf die Persönlichkeit wie auch im Hinblick auf die Stellung der Eltern ist die Gesamtschule für uns nicht konsensfähig. Und ich meine, Herr Minister, Sie unterliegen einer Fehleinschätzung, wenn Sie glauben, man brauche das Thema nur lang genug zu braten, dann würden wir uns an den Geruch schon gewöhnen.

Wir werden in unserer Haltung auch bestärkt durch ausländische Erfahrungen. Herr Präsident Matzenauer hat heute auch seinen Blick in das Ausland gerichtet, allerdings nicht in jene Richtung, wo wir massive negative Äußerungen über die Gesamtschule erhalten, etwa nach Deutschland. Und wir wissen auch aus England, daß dort die Schüler in die Privatschulen emigrieren, weil für sie die Einheitsschule, die Gesamtschule nicht die erwünschte Leistung erbringt.

Und mein zweites Problem, die Frage, die auch heute schon hier angesprochen worden ist, nämlich die Frage der Werkerziehung. Es besteht nunmehr — so entnehmen wir der Zeitung — die Tendenz, Werkerziehung für Knaben und Mädchen im Bereich der Schule der 10- bis 14jährigen gleichzuschalten, wobei auch gleichzeitig das Lernangebot gekürzt werden soll.

Ich stelle dazu fest: Herr Minister, wir werden Ihnen auf diesem Weg nicht folgen! Wir sind für die Beibehaltung des ungeschmälerten Lernangebotes in Werkerziehung, und zwar sowohl im textilen als auch im technischen Bereich, das heißt, sowohl im Bereich der Werkerziehung für Mädchen als auch in dem der Werkerziehung für Knaben. (Beifall bei der ÖVP.)

Die ÖVP ist für die Erhaltung des Gegenstandes Werkerziehung als Pflichtfach und für die Benotung dieses Gegenstandes, und wir sind gegen das Abschieben in das Freifachausgedinge. Das schließt nicht aus, daß die Möglichkeit eröffnet werden soll, daß ein Knabe natürlich auch das textile Werken besuchen soll oder umgekehrt. Wir sind aber gegen die Gleichschaltung der Werkerziehung für Knaben und Mädchen und begründen das damit, daß die Dohnal-Aktivitäten von der unserer Meinung nach falsch verstandenen Gleichheitsideologie ausgehen. Man kann nicht Gleichheit dort annehmen, wo Ungleichheit von Natur aus gegeben ist. (Beifall bei der ÖVP.)

Zum anderen hat nach unserer Auffassung die Schule die Entwicklung der gesamten Persönlichkeit zu fördern. Im Sinne dieser Ganz-

heit des Menschen hat der Unterricht in gleicher Weise die Bildung von Herz, Hirn und Hand zu gewährleisten.

Es hat mir heute sehr gefallen, daß der Herr Klubobmann Peter auch davon gesprochen hat, welchen Wert er der musischen Erziehung beimißt. Sicherlich, Werkerziehung ist im Randbereich oder im Nahbereich der musischen Erziehung anzusiedeln. Aber jene Bestrebungen, die sich dort abzeichnen, sind mit der Aussage, die Sie, Herr Klubobmann, gemacht haben, nicht in Einklang zu bringen.

Und drittens: Die Schule hat auch der gesellschaftlichen Entwicklung hin zu einer Freizeitgesellschaft Rechnung zu tragen, nämlich auch die Kreativität und die Handarbeit zu fördern. Wir leben in einer Zeit, wo die Technik uns immer mehr Arbeit abnimmt. Arbeitszeitverkürzung steht im Raum. Wir beklagen die inhumane sinnentleerte Arbeit und eröffnen möglicherweise den Weg zu einem Übermaß von langweiligen Freistunden. Das entspricht nicht dem Auftrag der Schule im Hinblick auf die Erfordernisse der Gesamtgesellschaft.

Und nicht zuletzt sollte man auch aus den Erfahrungen lernen. Die Erfahrungen zeigen, daß die koedukative Führung des Unterrichtes Werkerziehung in der Volksschule von einem Großteil der Eltern abgelehnt wird. Ich sage, Herr Minister: Es ist eine Anmaßung, wenn sich die Bildungspolitik über die Wünsche der zutiefst betroffenen Eltern hinwegsetzt und auf der anderen Seite von der Partnerschaft zwischen Schule und Elternschaft spricht. (Beifall bei der ÖVP.)

Schließlich noch ein paar Bemerkungen zur Schulbuchaktion. Herr Minister! Sie haben in öffentlichen Erklärungen den Eindruck erweckt, als würden Sie dem Wegwerfschulbuch an den Leib rücken. Sie haben von der Einsparung von 100 Millionen Schilling gesprochen und haben das heute auf 80 Millionen Schilling reduziert. Im Budget ist weder das eine noch das andere verankert. Im Budget sind zwar für das Jahr 1984 für die Schulbücher 1 060 Millionen Schilling ausgewiesen. Das wäre theoretisch eine Kürzung um 20 Millionen gegenüber dem heurigen Budget. Wenn man sich aber den Erfolg des Jahres 1983 anschaut, nämlich das, was im heurigen Jahr für Schulbücher ausgegeben worden ist, so stellt sich heraus, daß Sie für das Jahr 1984 sogar um 30 Millionen Schilling mehr veranschlagt haben. Wir haben im Familienausschuß erfragt, daß im heurigen

Bayr

Jahr 1 030 Millionen Schilling für Schulbücher ausgegeben worden sind. Das heißt, Sie sind sehr weit von dem entfernt, was Sie versprochen haben. Sie haben nämlich in der „Kronen-Zeitung“ erklärt, die Schulbuchkosten würden auf 950 Millionen Schilling gesenkt werden.

Außerdem müssen wir feststellen: Sie sprechen immer von einer Senkung des Limits. Diese Limitsenkung läßt sich quantifizieren. Sie wissen genau, daß die Schüleranzahl um 35 000 gesunken ist. Die Auswirkungen lassen sich quantifizieren. Und die Erhöhung der Mehrwertsteuer, die Sie mit beschlossen haben, läßt sich ebenfalls quantifizieren. Ich frage daher: Warum ist das im Budget nicht berücksichtigt?

Aber — und nun ein zweiter Aspekt, Herr Minister — als Pädagoge berührt es mich eigenartig, daß Sie das Problem der Schulbuchaktion ausschließlich von dem Gesichtspunkt der Quantität her lösen wollen, nämlich von der Reduktion der Bücher pro Schüler. Ich würde Ihnen empfehlen, einmal von Fachleuten überprüfen zu lassen, ob es wirklich sinnvoll ist, daß etwa die Schulbücher der Volksschüler laut Jubelbroschüre, die aus Anlaß des zehnjährigen Bestandes der Schulbuchaktion herausgekommen ist, in vier Jahren um 50 Prozent an Umfang zugenommen haben.

Und wir wissen alle, daß diese Ausweitung des Umfangs natürlich zu Lasten des Budgets geht, überdies aber auch das Überge wicht der Schultaschen massiv steigert, das zu Haltungsschäden führt, die von den Schülärzten massiv beklagt werden.

Weiters empfehle ich, einmal den pädagogischen Wert der Arbeitsbücher überprüfen zu lassen, insbesondere der Arbeitsbücher mit sogenannten Lückentexten, wo es ausschließlich darum geht, einzelne Wörter oder ein paar Wörter einzusetzen. Jene Leute, die euphorisch diese Lückentexte angepriesen haben, sind längst davon abgerückt, weil diese Bücher nur die Möglichkeit zu einer Pseudoselbständigkeit bieten.

Und letzter Aspekt, Herr Minister: Wir würden Ihnen applaudieren, wenn Sie den Mut aufbrächten, auch einmal über ihren Schatten zu springen und zuzugeben, daß das von der Österreichischen Volkspartei immer wieder geforderte Schulbuchsystem das einzig Vernünftige ist, nämlich die Einführung einer Schülerlade mit der Mehrfachverwendung von Büchern. (*Beifall bei der ÖVP*)

Ich glaube, ein Unterrichtsminister sollte sich dem massiven Argument nicht verschließen, daß die Wegwerfschulbücher — und die machen derzeit immerhin 40 Prozent aus — volkswirtschaftlich nicht vertretbar und vom erzieherischen Standpunkt aus schädlich sind (*Zustimmung bei der ÖVP*), weil das Erziehungsbumen sowohl der Eltern als auch der Lehrer nach mehr Sparsamkeit oder nach einem sparsamen Umgang mit dem persönlichen Eigentum durch diese Maßnahme ad absurdum geführt wird.

Ich fasse zusammen: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die schulpolitische Szenarie ist in Bewegung geraten. Der Hauptakteur Zilk unterhält das Publikum sehr gut. Nicht nur deshalb, weil er im Gegensatz zu seinem eher statisch agierenden Vorgänger mehr Temperament mit auf die Bühne bringt, sondern vor allem deshalb, weil er in seinem schulpolitischen Bauchladen für jeden etwas drinnen hat und weil er überdies flexibel genug ist, auch Bälle aufzufangen, die ihm die Opposition zuwirft.

Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, Politik ist nicht nur Show, und daher wird die Qualität des Ministers nicht an dem gemessen, was er ankündigt, sondern an dem, was er tut. (*Beifall bei der ÖVP*) Und da ist uns der Herr Minister noch einiges schuldig geblieben. Wobei ich einräume: Seine Amtszeit ist noch nicht sehr lang. Aber ich stelle die Relation zwischen den Ankündigungen und den Taten her.

Wir vermissen die Einlösung des Versprechens, bei der Schulbuchaktion echt zu sparen.

Wir vermissen den Mut zur Abkehr von dieser volkswirtschaftlich nicht vertretbaren und erzieherisch schädlichen Schulbuchaktion.

Wir vermissen die wirksame Vorbereitung der Lehrer auf die Systemumstellung in der Hauptschule vom Zweizügesystem auf das Leistungsgruppensystem.

Wir vermissen gezielte Maßnahmen zur dauerhaften Bekämpfung der Lehrerarbeitslosigkeit.

Wir stellen weiter fest, daß von Ihnen noch keine Initiativen zur Senkung der Klassenschülerhöchstzahlen ausgegangen sind, obwohl das in einem gemeinsamen Entschließungsantrag festgehalten ist.

Wir vermissen schließlich auch die politi-

2224

Nationalrat XVI. GP — 26. Sitzung — 13. Dezember 1983

Bayr

sche Einsicht, daß die Gesamtschule für uns nicht konsensfähig ist. Wir würden Ihnen empfehlen, politische Leichen nicht zu exhumieren.

Und wir machen schließlich darauf aufmerksam, daß wir mit der Gleichschaltung der Werkerziehung für Knaben und für Mädchen im Bereich der 10- bis 14jährigen nicht einverstanden sind.

Geschätzte Damen und Herren! Heute ist es schon oftmals gesagt worden: Schulpolitik ist Konsenspolitik. Wir warten auf diesbezügliche Zeichen. (Beifall bei der ÖVP.) ^{15.40}

Präsident Mag. Minkowitsch: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Dr. Seel. Ich erteile es ihm.

^{15.40}

Abgeordneter Dr. Seel (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Im Rahmen des Bundesvoranschlages 1984, der auf Budgetkonsolidierung ausgerichtet ist, nimmt der Bereich Wissenschaft und Forschung, das Kapitel 14, eine besondere Stellung ein. Dieser Bereich muß — das wurde schon festgehalten — eigentlich keine Einschränkungen hinnehmen. Sein Anteil am Gesamtbudget bleibt nahezu unverändert erhalten. Der geringfügige Prozentsatzrückgang von 0,02 Prozent wurde vom Herrn Minister aufgewiesen. Dadurch können zwei wichtige Anliegen erfüllt werden:

In einer ökonomischen Krisensituation muß die Forschung forciert werden. Ihre Ergebnisse sollen ja Impulse für ein neues Wirtschaftswachstum liefern. Dieses Bemühen in Zahlen ausgedrückt: Die Forschungsausgaben wachsen um 8 Prozent, die Prognosen für das Bruttoinlandsprodukt lauten auf 5 Prozent nominell, und damit sind die Forschungsmittel antizyklisch angesetzt.

Das zweite: Die Bildungsexplosion der späten sechziger und der siebziger Jahre wirkt sich noch in steigenden Studentenzahlen an den Universitäten und Hochschulen aus, auch wenn die Zahl der Studienanfänger — auch das hat der Herr Minister aufgewiesen — nicht mehr wesentlich zunimmt. Dieser Gesamtentwicklung der Studenten muß aber im Hochschulbudget Rechnung getragen werden, und es wird ihm Rechnung getragen: Der Aufwand für die Universitäten wächst um 9,1 Prozent.

Im Zuge dieser Bildungsexpansion der siebziger Jahre wurden beachtenswerte Erfolge

erreicht. Die Bildungsbenachteiligung der Mädchen wurde *de facto* beseitigt. Die regionalen Bildungsbenachteiligungen wurden deutlich vermindert. Die sozioökonomischen Bildungsbenachteiligungen wurden ebenfalls reduziert, wenn auch noch in sehr engen Grenzen.

Und hier gleich ein Wort zu meinem Vorredner. Der volle Erfolg im regionalen und sozioökonomischen Aspekt wurde meines Erachtens nach wie vor von der Schulstruktur mit verhindert. Kollege Bayr hat wieder den Kreuzzug gegen die Gesamtschule eröffnet. Ich möchte trotzdem ganz kurz nur festhalten: Gleiche Bildungschancen, ohne ein einheitliches Schulsystem überall anzubieten, ein in allen regionalen Bereichen einheitlich anzubietendes Schulsystem der Pflichtschule, wird nicht erreichbar sein. Das österreichische Gesamtschulmodell ist außerdem durchaus nicht leistungsfeindlich, so wie es manchmal dargestellt wird.

Und ein Wort noch zum Herrn Kollegen Schäffer, der die Absicht des Ministers, weitere Schulversuche mit Gesamtschulen durchzuführen, mit Verwunderung festgestellt hat. Ich erinnere, daß die ÖVP bei der Übertragung der Schulversuchsergebnisse aus den Schulen der 10- bis 14jährigen immer wieder argumentiert hat, diese Schulversuche seien nur Hauptschulversuche gewesen und daher nur in einer Hauptschulreform zu nützen. Echte Gesamtschulversuche sind daher offenbar noch ausständig. Ich sehe daher nicht ein, warum man sich über einen solchen Plan aufregt.

Die Entwicklung im Bereich der Chancenverbesserung wurde zweifellos unterstützt durch die Studienbeihilfen im Bereich der Universitäten und Hochschulen, für welche der Betrag im Bundesvoranschlag 1984 auf 500 Millionen Schilling angehoben wurde. Für weitere Sozialaufwendungen für Studierende — auch das soll erwähnt sein — werden insgesamt 116 Millionen Schilling verwendet.

Die Bildungsexpansion wurde jedoch nicht nur unter der Bemühung gesehen, gerechtere Bildungschancen herzustellen. Vielmehr wurde vom Anfang der Entwicklung an auch ein wirtschaftliches Argument betont: die Erfassung und Ausschöpfung der Befähigungen und Begabungen in der gesamten Bevölkerung im Interesse der Verbesserung der bildungsmäßigen Grundlagen der Volkswirtschaft.

Das Maturantendefizit wurde beseitigt. Das

Dr. Seel

Akademikerdefizit wird in absehbarer Zeit bewältigt sein. Allerdings entsteht dadurch in Zeiten einer stagnierenden oder nur langsam wachsenden Wirtschaft eine Verschärfung der Konkurrenz um die besonders attraktiv erscheinenden Positionen im Beschäftigungssystem. Die Verteidiger solcher Privilegien sprechen daher längst vom Maturantenüberschuß und von der Akademikerschwemme. Zu diesem Problem des Überproduzierens von Akademikern — des anscheinenden Überproduzierens — wurde schon gesprochen. Dazu möchte ich nur festhalten, daß Österreich im Vergleich zu anderen modernen Industriestaaten keineswegs Spitzenwerte in der Akademikerquote aufweist.

Ich glaube vielmehr, die Frage, ob der notwendige Strukturwandel im Beschäftigungssystem — sei es in der Produktion, sei es auf dem Dienstleistungssektor — gelingen wird, hängt in hohem Maße auch vom Bildungsstand der Menschen in Österreich ab. Eine an der überkommenen Struktur des Beschäftigungssystems gemessene Überqualifikation der Menschen kann daher nicht als gesellschaftliches Übel angesehen werden. Vielmehr können von dort her wesentliche strukturverändernde Impulse ausgehen. Ich glaube, daß sich die Struktur des Beschäftigungssystems nur auf Grund einer veränderten Qualifikationsstruktur verändern kann.

Lassen Sie mich nach diesem Exkurs zum Hochschulbudget zurückkommen. Mit Befriedigung kann festgestellt werden, daß auf Grund realistischer Schätzungen des Betriebsaufwandes insgesamt ein Zuwachs von 96 Millionen Schilling vorgesehen ist. Sparsamkeit erscheint trotzdem geboten. Das ist unbestritten.

Besonders wichtig ist jedoch die abermalige Steigerung der Ansätze für die Unterrichts- und Forschungserfordernisse um 10 Prozent von 226 Millionen auf 249 Millionen Schilling. Mit einer gewissen Sorge erfüllt mich jedoch die Ankündigung des Herrn Ministers, daß in Zukunft eine genauere Zuordnung dieser Mittel gemäß den Kontenrahmen des Bundes beziehungsweise den tatsächlichen Erfordernissen in der Verwendung der Universitäten erfolgen soll. Die Maßnahme erscheint zwar verständlich, wird doch von ÖVP-Seite immer wieder der Vorwurf erhoben, mit diesem Ansatz der Unterrichts- und Forschungsaufwendungen werde auf Umwegen eine Unterbudgetierung im Betriebsaufwand der Universitäten verschleiert. Herr Kollege Dr. Blenk hat diesen Vorwurf wie bei der vorjährigen Budgetdebatte auch heute wieder erhoben.

Abgeordneter Dr. Neisser hat im Ausschuß darauf hingewiesen.

Bei mehr Kenntnis der Universitätswirklichkeit hätte Kollege Dr. Blenk allerdings wissen müssen, daß ab 1975 die Budgetvoranschläge bei diesem Ansatz nicht schrittweise immer weniger ausgenützt wurden, sondern daß die Quästuren der Universitäten schrittweise dazu übergegangen sind, die Ausgaben der Institute aus dem Unterrichts- und Forschungsaufwand auf den entsprechenden Verwendungskonten zu verbuchen. Sie finden dann die für Unterrichts- und Forschungserfordernisse vorgesehenen Mittel bei Ansatzposten wie „Geringwertige Wirtschaftsgüter“, „Ersatzteile“, „Druckwerke“, „Chemikalien“, „Instandhaltung von Maschinen“ und anderes, um nur die wichtigsten zu nennen, und zwar als Überschreitung der dort veranschlagten Beträge. Diese Praxis sollte beibehalten werden.

Auf der Institutsebene der Universitäten ist Flexibilität beim Mitteleinsatz notwendig. Jedenfalls müßten Umwidmungsmöglichkeiten gegeben sein, wenn man — ich nehme Beispiele aus der eigenen Praxis — etwa eine neu entwickelte Lehrfilmserie anschaffen möchte, eine unvorhersehbare Reparatur der TV-Ausrüstung durchführen muß oder für ein neues Forschungsvorhaben in größerem Umfang Testmaterial ankaufen möchte. Man sollte nicht um des formalen Prinzips der Budgetwahrheit willen — ich möchte das nicht geringschätzen — bürokratische Zwänge in die Praxis stärker einführen. Ich bitte die Kollegen der ÖVP, dies bei ihrer Kritik in diesem Bereich zu bedenken. Es ist ein Widerspruch, generell mehr Budgethoheit für die Universitäten zu fordern und im vorliegenden Fall auf eine Verschärfung der Reglementierungen zu dringen.

Beträchtlich erhöht wurde auch die Budgetpost „Abgeltung von Lehrtätigkeit“. Damit ist sichergestellt, daß der erweiterte Lehrbetrieb stattfinden kann. Im vergangenen Wintersemester waren 4 074 Lehrbeauftragte tätig, die einen Lehrumfang von 13 500 Wochenstunden erfüllten. Der Betrag ist hoch, zu einem nicht unbeträchtlichen Teil sind es de facto Dauerüberstunden. Es drängt sich die Frage auf, ob hier nicht noch eine Reihe von Dienstposten zur Erfüllung dieser Aufgaben geschaffen werden könnte. Die Schwierigkeit ist allerdings erkennbar. Es ist sicher nicht leicht — der Herr Minister hat auch darauf hingewiesen —, eine solche Vermehrung der Dienstposten in der Öffentlichkeit verständlich zu machen, insbesondere dann, wenn — und hier

2226

Nationalrat XVI. GP — 26. Sitzung — 13. Dezember 1983

Dr. Seel

muß ich wieder einen Vorwurf aussprechen — von ÖVP-Seite immer wieder in sehr undifferenzierter Form gegen die Vermehrung der Zahl der Beamten, gegen die Aufblähung des öffentlichen Dienstes aufgetreten wird. Hier im Hohen Haus war das ja erst kürzlich wieder von den Abgeordneten Dr. Schüssel und Dr. Taus zu hören. Ich bin auf den heutigen Beitrag des Kollegen Schüssel neugierig, ob man heute wieder eine Äußerung in diese Richtung hören wird. (Abg. Graf: Ich hoffe schon, Herr Professor!)

Vielleicht sollte man sich in der ÖVP generell zu eigen machen, was der Herr Abgeordnete Mag. Schäffer in seinem Beitrag zur Budgetdebatte des Vorjahres ausführte. Ich zitiere ihn: „Durch die Nichtunterscheidung der Beamtengruppen, zum Beispiel Lehrer, Sozialdienst, Krankenschwestern und eventuell Exekutive, wird grundsätzlich jede Vermehrung als ein Aufblähen der Verwaltung angesehen“ — und so auch in den Medien dann kolportiert.

Einige Sätze noch zur Raumausstattung der Universitäten. Die Leistungen im Universitätsbau seit 1970 sind enorm. Bis 1982 wurden 7,3 Milliarden Schilling dafür aufgewendet, der Raumbestand stieg von 452 000 Quadratmetern auf 782 000 Quadratmeter. Für 1984 sind insgesamt 1,067 Milliarden Schilling für weitere Universitätsbauten vorgesehen.

Nimmt man alles in allem, so bieten Sachaufwand, Personalausbau, Raumentwicklung im Hochschulbudget die Grundlage, einen Qualitätsverlust in Lehre und Forschung, wie ihn Abgeordneter Dr. Blenk beschworen hat, hintanzuhalten.

Ich möchte mich nun kurz der Studienreform zuwenden. Ihre erste Phase, die Einführung der neuen Studiengesetze, erscheint bis auf die Reform der Lehrerausbildung an den Universitäten abgeschlossen. Die Lehrerausbildungsreform, deren Dringlichkeit immer wieder und von allen Seiten betont und beschworen wird, kommt allerdings weiter in Verzug. Der Grund für diese Verzögerung liegt nicht mehr bei den Universitäten; das sollte gerechterweise festgehalten werden. Diese haben die Studienpläne erarbeitet und in Kraft gesetzt. Im Rahmen von Projekten einer fachnahen Hochschuldidaktik wurden einzelne der neuen Lehrveranstaltungen bereits erprobt und weiterentwickelt.

Der Vorwurf des Abgeordneten Schäffer, die Ministerien hätten eine inhaltliche Definition des Schulpraktikums nicht geschafft,

geht an der studienrechtlichen Situation vorbei. Zuständig dafür sind die Studienkommissionen der Universitäten in Zusammenarbeit mit den regionalen Schulbehörden.

Da eine wirksame Lehrerbildung allerdings an Stelle von Großvorlesungen Arbeit in kleinen Gruppen braucht und einen ausreichenden Praxisbezug herstellen muß, ist eine Erweiterung der personellen Ausstattung in den Erziehungswissenschaften und in der Fachdidaktik unumgänglich und sollte im Auge behalten werden. Maßnahmen zur Einführung von AHS-Lehrern in die neue Aufgabe im Rahmen des Schulpraktikums werden an einzelnen Universitäten bereits getroffen.

Konkret wird aber die Realisierung der neuen Lehrerausbildung in erster Linie dadurch verhindert, daß keine Einigung mit der AHS-Lehrergewerkschaft über die Abgeltung der Betreuungsaufgaben im Rahmen des Schulpraktikums zustande kommt, obwohl meines Erachtens ein sehr ordentliches Angebot von Seiten der Verwaltung vorliegt.

Nun noch ein Wort zum ebenfalls aufgeworfenen Streit in dieser Angelegenheit an der Wiener Universität. Ich glaube, hier muß festgehalten werden, daß natürlich die Vorbereitung des Schulpraktikums und die Durchführung dieser Lehrveranstaltung gerade an der Universität Wien auf besondere Schwierigkeiten stößt. Das ist in erster Linie auf Grund der hohen Studierendenzahl ein Organisationsproblem, das bei diesen Größenordnungen entsteht. Diese neue Unruhe ist aber auch, glaube ich, ein Generationenproblem. Eine neue Generation von Studentenvertretern ist mit einem Problem konfrontiert, das ihre Vorgängergeneration eigentlich bereits mit den Universitätslehrern ausdiskutiert hatte. Dort war man bereits über die Pläne informiert. Die Diskussion, die an der Wiener Universität in den letzten Wochen stattgefunden hat, ist eigentlich eine fast wörtliche Wiederholung einer Diskussion, die bereits vor Jahren ein erstes Mal stattgefunden hat und in der man doch zu einer einhelligen Lösung auf universitärer Ebene gekommen ist.

Dringend einer Lösung bedarf auch die sogenannte zweite Phase der Lehrerbildung für die höheren Schulen. Hier wären Maßnahmen zur Umgestaltung und Weiterentwicklung des bisherigen Probejahres notwendig, wobei meines Erachtens der Rechtsstatus des Probiedienstes mit Adjutum erhalten bleiben sollte. Die gesetzlichen Grundlagen dafür lau-

Dr. Seel

fen mit 31. 8. 1984 aus. Eine Neuregelung ist daher erforderlich.

Diese Gelegenheit sollte wahrgenommen werden, um nicht nur die bisher geltenden Vorschriften einfach ein weiteres Mal zeitlich zu erstrecken, sondern um einen Übergang in die neue Ausbildungssituation für die AHS-Lehrer zu schaffen. Daß man mit einer Verlängerung dieser Bestimmung bereits rechnet, zeigt die Budgetpost 7 294 in den verschiedenen Ansätzen für das höhere Schulwesen, die von rund 113 Millionen 1983 auf 121 Millionen Schilling im Bundesvoranschlag 1984 angehoben wird.

Bei dieser Neuordnung sollten die im September 1983 auf Grund der 7. Schulorganisationsgesetz-Novelle eingerichteten Abteilungen für die Lehrer an höheren Schulen der Pädagogischen Institute in Zusammenarbeit mit den Universitäten als Träger herangezogen werden.

Durch diese Abteilungen erhält aber die gesamte Fortbildung der AHS-Lehrer eine neue Grundlage, und es ist zu erwarten, daß damit auch pädagogische und didaktische, speziell fachdidaktische Fragen und Probleme noch größere Beachtung in der Fortbildung finden werden. Lehrerfortbildung, der Appell zur inneren Schulreform und die neue Lehrerausbildung werden allerdings insgesamt nicht ausreichen, die AHS zu erneuern. Neben dieser Reform in der Lehreraus- und -fortbildung muß die Reform des Schultyps selbst kommen, den die ÖVP ja bisher quasi unter Denkmalschutz stellte. Und zwar müßte sie zügig in Angriff genommen werden und darf nicht nur auf die Oberstufe beschränkt bleiben.

Ein paar Sätze schließe ich noch zur Lehrersituation an. Es muß als großer Erfolg gewertet werden, daß es der sozialistischen Schul- und Bildungspolitik in den siebziger Jahren gelungen ist, den katastrophalen Lehrermangel der sechziger Jahre zu bewältigen. Die Zahl der Lehrer ist beträchtlich angestiegen; die Zahlen wurden heute bereits genannt. Der Erfolg konnte nicht zuletzt dadurch erreicht werden, daß der Lehrerberuf in allen seinen Sparten sowohl von der Seite der Arbeitsbedingungen als auch vom Standpunkt der Besoldung attraktiver gemacht wurde.

Diese Attraktivität stellt nun nach der Bewältigung des Nachholbedarfs und angesichts rückläufiger Schülerzahlen ein gewisses Problem dar, ergreifen doch heute mehr

junge Menschen diese Berufsausbildung, als dies der aktuelle Bedarf eventuell erfordert.

Gegensteuerung scheint jedoch nur durch umfassende und nachdrückliche Aufklärung der Studierenden über die aktuellen Arbeitsplatzchancen möglich. Planwirtschaftliche Aufnahmerestriktionen für die Lehrerbildungsstätten widersprechen den Grundprinzipien des Bildungssystems einer demokratisch freien Gesellschaft.

Dem Herrn Bundesminister für Unterricht und Kunst ist besonders für seine Initiativen im Bereich der Lehrerbeschäftigung zu danken. Es wurde auf die Anstellung von 1 600 Lehrern auf Grund des Abbaus von Mehrdienstleistungen schon hingewiesen.

250 Lehrer aller Kategorien werden zum Einsatz im Bereich der Erwachsenenbildung eingestellt. Ich bitte nur, daß diese Lehrer nicht nach dem Gießkannenprinzip auf die verschiedenen Erwachsenenbildungseinrichtungen verstreut werden, sondern daß damit spezifische Projekte im Sinne des Entwicklungsplanes der Erwachsenenbildung in Österreich gefördert werden können.

Ein Lehrermehrbedarf wird sicherlich auch im Zusammenhang mit der von mir bereits geforderten AHS-Reform entstehen. Diese Investition wird sinnvoll sein, weil sie zu positiven Auswirkungen für Schüler und Eltern führen wird. Hingegen zeigen großangelegte Untersuchungen — leider ist der Herr Kollege Schäffer nicht da — im Ausland und kleinere österreichische Studien, daß mit bloßen Reduzierungen der Klassenschülerzahlen um einige Schüler zwar beschäftigungspolitische, aber kaum pädagogisch oder didaktisch bedeutsame Effekte erreicht werden, wenn gleichzeitig das starre Jahrgangsklassensystem und der Lehrplandruck erhalten bleiben.

Ich möchte nicht verschweigen, daß ich im Interesse einer AHS-Reform die endgültige Abschaffung der 9. Klasse der AHS in der 7. Schulorganisationsgesetz-Novelle bedauere. Ich glaube, dieses Jahr hätte man für die Reform dringend gebraucht.

Ich komme zum Schluß und kehre zum Bundesvoranschlag 1984 zurück. Faßt man das österreichische Bildungswesen als ganzes ins Auge und beachtet man in erster Linie nicht das Wünschbare, das unbegrenzt ist, sondern das Mögliche, so kommt die verantwortungsvolle und schwierige Aufgabe der Bundesregierung zum Ausdruck, ein Spar-

Dr. Seel

budget mit den notwendigen expansiven Maßnahmen und Impulsen zu verbinden.

Der Bereich Unterricht wächst mit einer 5prozentigen Steigerung der Ausgaben geringer, da viele Vorhaben der Bildungsreform auf der Schulebene bereits weit fortgeschritten oder schon vollzogen sind.

Hingegen weist der Bereich Wissenschaft und Forschung eine höhere Zuwachsrate auf: 8 Prozent gegenüber 6,75 Prozent im Vorjahr. Darin kommt zum Ausdruck, daß die Fortsetzung der Bildungsreform auf Hochschulebene gesichert und auch eine antizyklische Forschungspolitik durchgeführt werden soll.

Den Kapiteln 12 und 14 des Bundesvoranschages 1984 kann daher, meine ich, mit gutem Grund zugestimmt werden. Die Abgeordneten der ÖVP — ich möchte hier Kollegen Preiss folgen — wären durchaus gut beraten, sich dieser Ansicht anzuschließen. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ*). 16.04

Präsident Mag. Minkowitsch: Als nächste zum Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Ottolie Rochus. Ich erteile es ihr.

16.04

Abgeordnete Ottolie **Rochus** (ÖVP): Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Herr Präsident! Ich möchte doch auch noch zum voluminösen Auftritt des Herrn Unterrichtsministers Stellung nehmen: Ein Blick zurück, noch dazu im Zorn, da kann man leicht in die Zukunft hineinstolpern. Ich finde es ein bißchen eigenartig, daß er die Begründung seiner Entscheidungen im Jahre 1853 sucht. Aber ich hoffe, daß sich auch beim Unterrichtsminister Zilk zur Bürde die Würde gesellen wird.

Meine Vorredner haben das Budget 1984 zum Kapitel Unterricht und Kunst von verschiedenen Gesichtspunkten beleuchtet. Ich werde mich mit dem Kapitel Erwachsenenbildung und deren Förderung befassen und vorerst dazu etwas Grundsätzliches vormerken.

Wenn man dem Menschen ein Recht auf Bildung zuspricht, dann muß man ihm konzenterweise auch ein Recht auf Weiterbildung einräumen. Ein solches Recht auf Weiterbildung richtet sich wie das Recht auf Bildung an den Staat.

Erwachsenenbildung erfüllt gerade in der heutigen Zeit wichtige berufliche, politische und persönliche Bildungsaufgaben. Erwachsenenbildung ist ein relativ billiger Sektor des

Bildungswesens. Mit einem vergleichsweise geringen materiellen Einsatz wurde ein relativ großes Leistungsvolumen ermöglicht. Im Zusammenhang damit möchte ich von dieser Stelle aus allen Erwachsenenbildungsorganisationen und deren Erwachsenenbildnern sehr herzlich für ihre Arbeit für unser Österreich danken. (*Beifall bei der ÖVP*.)

Die Zuschüsse für die Erwachsenenbildung halten sich in engen Grenzen, und 1984 sind sichtbare Kürzungen, nämlich 15 Prozent, für die Direktförderungen vorgesehen, obwohl das Budget auf über 88 Millionen Schilling angewachsen ist, denn 46 Millionen, wie wir gehört haben, sind für die Einstellung von 250 Junglehrern im Bereich der Erwachsenenbildung vorgesehen. Das ist eine sehr begrüßenswerte Aktivität, die zu unterstreichen ist, um auch so die Arbeitslosigkeit der Junglehrer zu mindern.

Im Budgetausschuß habe ich den Herrn Minister über Durchführungsmaßnahmen hinsichtlich dieser Aktion gefragt. Ich habe leider keine sehr aufschlußreichen Antworten erhalten und bin deshalb zu den Praktikern gegangen, um dort zu erfahren, wo Probleme liegen und ob die praktischen Folgerungen auch durchgedacht wurden.

Die Junglehrer, wie wir von einem Redner gehört haben, werden voraussichtlich auf drei Jahr eingestellt. Die Sorge der Erwachsenenbildner im Zusammenhang mit den Neueinstellungen ist nun: Sind die Gelder für 1985 und 1986 auch gesichert? Es treten viele arbeitsrechtliche und finanzielle Probleme mit Nebenkosten, Abfertigungen usw. auf, die eigentlich noch ungeklärt sind, obwohl schon ab 1. Jänner 1984 die Lehrer in Einsatz kommen sollen.

Dazu möchte ich im Namen dieser Junglehrer bitten, daß man sie vielleicht einige Tage in einer Einschulung auf ihre Aufgabe als Erwachsenenbildner vorbereitet. Das ist eine sehr schwierige, wenn auch schöne Aufgabe, aber für Junglehrer sicherlich ein schweres Beginnen, wenn sie gleich in die Erwachsenenbildung eintreten müssen. Vielleicht wäre es dem Unterrichtsministerium möglich, hier finanziell einzuspringen, um diese Einführungsschulungen durchzuführen. (*Beifall bei der ÖVP*.)

Immer wieder hört man von den Trägern der freien Erwachsenenbildung, daß sich die Zentralstellen aufblähen und dadurch die Gelder für die tatsächliche Arbeit draußen an der Basis verschlingen. Zwei Drittel dieser Mittel

Ottolie Rochus

werden nur in die Zentralstellen hineinge-pumpt. Die Bildungswerke und die freien Träger der Erwachsenenbildung haben bundesweit zusammengezählt weniger Personal als die Bundesdienststellen.

Hinsichtlich der Bedeutung der Erwachsenenbildung muß man darauf hinweisen, daß hier eine echte Diskrepanz besteht. Die Basisarbeit wird — das hören wir immer wieder, und ich bin ja selbst auch in der Erwachsenenbildung tätig — immer mehr ausgehungert. Besonders im ländlichen Raum bemerken wir das.

Ich möchte gar nicht vom Belastungspaket reden, das jetzt auch auf die Erwachsenenbildungsinstitutionen zukommt. Die Energie wird teurer, Post wird teurer und so weiter, und das müssen die Erwachsenenbildungsorganisationen aus den geringen Mitteln tragen. Das wäre noch ein Anliegen von mir, Herr Minister, daß Sie eventuell mit Ihrem Kollegen, mit dem Finanzminister, darüber reden, ob er nicht doch bei den Erwachsenenbildungseinrichtungen bei diesen Belastungen Nachsicht üben oder Erleichterungen geben könnte.

Die freien Erwachsenenbildungsträger haben ein breites Netz an Bildungsmöglichkeiten aufgebaut, das auch, wie wir wissen, draußen angenommen wird. Leider wird, wie ich schon erwähnt habe, hier empfindlich bei den Mitteln gekürzt, und durch die Projektförderung — ich möchte wegen der Kürze der Zeit nicht ausführlich darauf eingehen — werden die Sockelsubventionen für die Verbände gekürzt. Diese Projekte, so gut sie sein mögen, sind doch eher auf einen kleineren Raum ausgerichtet. Wie werden sie durchgeführt? Man hört relativ wenig Rückmeldungen. Werden sie auch fortgesetzt, wenn die Projekte die Ziele erreicht haben, und werden neue erarbeitet? Das ist etwas, was noch im Raum steht und was wir nicht genau eruieren können.

Es muß aber jedenfalls Garantie gegeben werden, daß die Autonomie der freien Erwachsenenbildungsverbände erhalten bleibt (*Beifall bei der ÖVP*), nicht nur verbal, sondern mit Wort, Tat und Geld, Herr Minister! Denn die zentral gelenkte Erwachsenenbildung bringt gerade für den ländlichen Raum zu wenig. Hier braucht man Alternativenangebote.

Bei der Erarbeitung von Bildungsprogrammen — auch das habe ich von den Praktikern gehört — werden die Vertreter vom ländli-

chen Raum viel zuwenig beigezogen, um ihre speziellen Bedürfnisse dort einzubringen. Sie haben nämlich die Kontakte zu den Gemeinden. Sie wissen um den Bedarf und können die Veranstaltungen — und das ist etwas sehr Wichtiges — aller Erwachsenenbildungsorganisationen koordinieren. Das, finde ich, ist gerade im ländlichen Raum gut möglich. Man sollte bei den Programmen diese Leute, die Erfahrung haben, viel mehr mit einbeziehen.

Die Kürzung dieser Basisarbeit ist sicher spürbar. Jeder, der einer Erwachsenenbildungseinrichtung angehört, weiß, daß die Basisarbeit sukzessive ausgehungert wird.

Ich habe hier praktische Beispiele. Das Landwirtschaftliche Fortbildungsinstitut nagt am Hungertuch, und die Beratung der ländlichen Bevölkerung, der bäuerlichen Jugend hängt in der Luft, weil wir ganz einfach für 1984 aus Ihrer Sparte und auch aus der Sparte der Landwirtschaft zu wenig Geld bekommen. Ich glaube, gerade die Weiterbildung ist für den ländlichen Raum und für den bäuerlichen Menschen etwas ganz Wichtiges, um viele seiner Probleme lösen zu können. (*Beifall bei der ÖVP*.)

Außerdem wurde zum Beispiel im Burgenland die außerschulische Jugenderziehung um 80 Prozent gekürzt. Das ist etwas Unvorstellbares, daß das Land gerade bei dieser Sparte so einschneidende Kürzungen vornimmt, in einer Zeit, in der die Jugendarbeitslosigkeit zunimmt und die jungen Menschen sinnvoll beschäftigt werden sollen.

Je stärker die wirtschaftlichen Probleme auf dem Arbeitsmarkt spürbar sind, umso dringender wird die Nachfrage nach der Erwachsenenbildung. Die neuen Technologien, beruflicher Wechsel, mehr Freizeit, menschliche und familiäre Probleme verlangen das Angebot einer vielfältigen und qualifizierten Erwachsenenbildung.

Man gewinnt den Eindruck, daß die Erwachsenenbildung im Unterrichtsressort so die Position einer dritten Welt einnimmt. Es wird von den Verantwortlichen immer wieder beteuert, daß man helfen muß, man gibt aber trotzdem immer nur Almosen.

Den obersten Grundsatz einer modernen Erwachsenenbildung sieht die Österreichische Volkspartei in der Freiheit der Träger und der Freiwilligkeit der Teilnahme an der Erwachsenenbildung. Das muß immer wieder unterstrichen werden. Dazu gehört natürlich

2230

Nationalrat XVI. GP — 26. Sitzung — 13. Dezember 1983

Ottilie Rochus

eine entsprechende Förderung von Bund und Land. (Beifall bei der ÖVP.)

Ein Prozent des Unterrichtsbudgets für die Erwachsenenbildung ist noch immer eine Traummarke und wird auch 1984 nicht erreicht. Und wenn ich hier mit einbeziehen darf: Die Verschwendungen der sozialistischen Koalitionsregierung, trotz der wirtschaftlichen Sorgen, ist ja bekannt. Man kauft lieber Staatskarossen, schafft ein neues Ministerium an und kauft ein Palais. Aber hier, bei diesen kleinen Förderungen im Verhältnis zu anderen Dingen, wird gekürzt. Ich finde, bei der Erwachsenenbildung ist in der heutigen Zeit Sparsamkeit sowie das Kürzen der Mittel falsch am Platz, weil für den österreichischen Staatsbürger die permanente Weiterbildung in einer Zeit der Arbeitslosigkeit und der Jugendarbeitslosigkeit etwas ganz Wichtiges ist. (Beifall bei der ÖVP.)

Es gibt in der Erwachsenenbildung noch viele und mannigfaltige Probleme, die nicht gelöst sind. Sie wird — so kommt mir auch vor — im Unterrichtsressort ein bißchen stiefmütterlich behandelt und wird nie ganz ernst genommen. Nur ein Redner hat heute über die Erwachsenenbildung eine kleine Bemerkung gemacht hinsichtlich der 250 Lehrer. Und wären nicht die vielen freiwilligen Mitarbeiter, die mit Idealismus und geringer Honorierung die Erwachsenenbildung betreuen, wäre die Situation dieser Bildungsparte noch viel schlechter, als sie jetzt ist. Erwachsenenbildung gehört aufgewertet und anderen Bildungseinrichtungen gleichgestellt; das ist eine Forderung, die immer wieder gestellt werden muß.

Es ist zu erkennen, daß die sozialistische Koalitionsregierung eine Monopolstellung der öffentlichen Erwachsenenbildung anstrebt. Dies begründet sich auf viele Beobachtungen, Zielsetzungen und Förderungsmaßnahmen. Diese Absicht der sozialistischen Koalitionsregierung auf diese Monopolstellung lehnen wir entschieden ab, denn wir sind für die freie Erwachsenenbildung. Jeder Staatsbürger soll frei wählen können, was er wann, wo und bei wem lernt! (Beifall bei der ÖVP. — Bundesminister Dr. Zilk: Was ist „öffentliche“ Erwachsenenbildung?) Die freie Erwachsenenbildung (Bundesminister Dr. Zilk: Sie haben „öffentliche“ gesagt!) und die Monopolstellung der staatlichen Erwachsenenbildung. Die bundesstaatlichen Bildungseinrichtungen zum Beispiel. (Bundesminister Dr. Zilk: Welche meinen Sie? Ich kenne sie nicht! Ich weiß nicht, was Sie meinen!) Dann werden wir uns darüber unterhalten, damit Sie es

kennenlernen. (Abg. Graf: Sie bringen die Rednerin durcheinander, Herr Minister!) Nein, gar nicht! Ich unterhalte mich ja gerne mit dem Herrn Minister! (Bundesminister Dr. Zilk: Ich weiß es nicht! Ich kann nichts dafür!)

Ich möchte noch ganz kurz ein anderes unbewältigtes Problem erörtern, das immer brennender wird. Auch wenn es sehr unpopulär ist, möchte ich es hier anschneiden, nämlich das Problem der Gastarbeiterkinder und der Jugendlichen in Schule und Berufsausbildung. Es geht hier um die zweite Generation der Gastarbeiter. 70 000 Gastarbeiterkinder stehen zwischen den Völkern.

Die Probleme dieser jungen Menschen zeigen sich besonders im schulischen Bereich, Herr Minister. Wenn man nur bedenkt: Elf Prozent der Wiener Pflichtschüler sind Gastarbeiterkinder!

Die Förderungsmaßnahmen dürfen sich nicht nur auf die Vermittlung der Sprachkenntnisse beschränken. Das ist zu wenig. Für Österreich liegt hier ein schwerwiegender gesellschaftliches Problem vor, das rasch gelöst werden muß.

Die Sozialwissenschaftliche Arbeitsgemeinschaft hat über dieses Thema eine Studienarbeit vorgelegt, welche dieses sicher unpopuläre Problem genau durchleuchtet und dessen rasche Lösung empfiehlt. Vor allem aber ist die Beseitigung der Mängel in der schulischen Situation vorrangig. — Ich danke. (Beifall bei der ÖVP.) 16.19

Präsident Mag. Minkowitsch: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Dr. Schüssel. Ich erteile es ihm.

16.19

Abgeordneter Dr. Schüssel (ÖVP): Hohes Haus! Vor etwa einem Monat sprach Professor Kneschaurek aus St. Gallen vor dem Österreichischen Managementclub und skizzierte die Trends und wirtschaftlichen Entwicklungen, mit denen die Industriestaaten konfrontiert sind.

In den siebziger Jahren erfolgte ein gewaltiger Trendbruch. Bis zur Mitte der siebziger Jahre hatten wir Wirtschaftswachstumsraten von etwa 4,7 Prozent im Jahresdurchschnitt, ab Mitte der siebziger Jahre nur mehr knapp 1 Prozent. Die langen Wachstumswellen scheinen auszuklingen, die Arbeitsproduktivität steigt, und wir bekommen daher so etwas

Dr. Schüssel

wie ein „jobless growth“, wenn überhaupt Wachstum entsteht.

Als Ursachen dafür nennt Kneschaurek, der so irgendwo als Innovationspapst gilt: den wirtschaftspolitischen Leerlauf, vor allem im Westen, einen Problemstau, der sicherlich nicht mit den konventionellen Methoden wie bisher lösbar ist, sondern ganz andere und neue Erkenntnisse erfordert.

Er kritisiert die Stop-and-go-Politik, die zu einer Inkonsistenz in der Stabilitätspolitik insgesamt geführt hat. Er kritisiert den überzogenen Wohlfahrtsstaat, weil die Summe der Ansprüche längst die produktive Leistungsfähigkeit unserer Nationen überfordert hat. Und er kritisiert vor allem das Zurückbleiben hinsichtlich der technologischen Entwicklungen gerade in Europa gegenüber dem pazifischen Raum, also Japan und vor allem den Vereinigten Staaten.

Diese Kritik gilt nicht nur für Österreich, sondern gilt durchaus auch international. Sie wird in Deutschland genauso wie in der Schweiz geübt. Sie ist nicht allein dieser Bundesregierung vorzuwerfen.

Ich habe vor mir ein Exemplar der „Wirtschaftswoche“ vom Jänner dieses Jahres. Da wird beredt Klage darüber geführt:

„Warum ist heute IBM Weltmarktführer der Computerhersteller, und nicht Siemens, obwohl doch einer der früheren EDV-Pioniere, Konrad Zuse, ein Deutscher war...? Wie konnte der Newcomer Nixdorf auf dem EDV-Gebiet den Riesen Siemens überflügeln, der den Löwenanteil“ der Forschungsgelder „der Bundesregierung...“ kassierte?“

Warum liegt das Weltzentrum der Halbleiterindustrie im kalifornischen Silicon Valley und nicht etwa im Großraum München, obwohl es in der Weltstadt mit Herz“, schreibt der Autor, „eine ähnlich hohe Konzentration von hochkarätigen Hochschulen und Großforschungseinrichtungen gibt wie in San Francisco und Umgebung...?“

Das heißt: Die Kritik ist in Österreich, ist in der Schweiz, ist in Frankreich, ist in England, ist in Deutschland ganz ähnlich. Und warum ist das so? — Weil gerade in Europa die bisherige Strategie der Unternehmen und des Staates vor allem auf die Abwehr von Außeneinflüssen gerichtet war, und da geht die meiste Kraft und wirtschaftliche Dynamik verloren, der Ideenreichtum erschöpft sich in der Improvisation zum Überleben.

Josef Taus hat bei einer hervorragenden Industriekonferenz vor einer Woche das sehr deutlich und drastisch formuliert. Er hat erwähnt — und das Beispiel ist neu —: Zwei Drittel der 100 größten österreichischen Industriebetriebe machen Verluste, in Amerika nur 7 der 100 größten Industriebetriebe.

Meine Damen und Herren! Beides zugleich schaffen wir einfach nicht, nämlich auf der einen Seite Milliarden in die Strukturerhaltung hineinzubuttern — sie sei so gut gemeint wie nur irgend, zum Beispiel die 30 Milliarden an Kosten, Zinsen und Kapital für die verstaatlichte Industrie — und auf der anderen Seite gleichzeitig auch noch mit großen Anstrengungen Innovationen zu erzwingen. Da bleibt dann das Mißverhältnis, daß wir nur 400 Millionen für die gewerbliche Forschung zur Verfügung haben.

Die Amerikaner wissen das ganz genau: 50 Prozent der Umsätze in Amerika werden heute mit Produkten gemacht, die es vor 15 Jahren überhaupt noch nicht gab, ja nicht einmal noch entwickelt waren. Die Amerikaner haben sich völlig von der staatlichen Verlustfinanzierung der sogenannten Smog-stick-industry — also Stahl und Kohle — zurückgezogen. Sie setzen auf Deregulation, auf Entbürokratisierung, vor allem im Transportbereich und in der Kommunikationsindustrie. Und sie setzen auf venture-capital, also Wagnisfinanzierung, als Speerspitze innovativer Betriebe.

Der Unterschied zeigt sich vor allem bei den Neugründungen. In Amerika ist eben so etwas wie eine new economy entstanden: Es gab dort — 1982 — 560 000 Neugründungen, denen 25 000 Insolvenzen gegenüberstehen, 560 000 zu 25 000!

Bei uns ist das Verhältnis von Neugründungen zu Insolvenzen wie 2 zu 1. Das ist ein gewaltiger Unterschied. Österreich verliert ganz einfach den Anschluß.

Es stimmt zwar, was Heinz Fischer heute gesagt hat: Der Anteil der Forschung am Bruttoinlandsprodukt ist ganz leicht gestiegen. — Es besteht aber kein Grund zum Jubeln. Er ist nämlich von 1,43 auf 1,45 Prozent Anteil am Volkseinkommen gestiegen. Aber die Franzosen liegen bei 1,8 Prozent, die Schweden bei 1,9 Prozent, die Niederländer und Japaner bei 2 Prozent beziehungsweise 2,1 Prozent, und Deutschland, USA und Schweiz liegen derzeit bei 2,4 Prozent.

Die Leistungskraft einer Volkswirtschaft hängt nicht zuletzt vom Alter ihrer Produk-

Dr. Schüssel

tionsanlagen ab. Das heißt: Je älter, desto schlechter, je jünger der Kapitalstock, desto besser, desto wettbewerbsfähiger sind wir. In Österreich sind rund 80 Prozent des Kapitalstocks der österreichischen Wirtschaft älter als fünf Jahre. Das ist in Zeiten eines raschen technischen Fortschritts ein sehr, sehr hohes Alter.

Ich habe vor mir eine Fachzeitschrift, welche Branchen des japanischen Wirtschaftsministeriums MITI als „notleidend“ einstuft und die bis spätestens 1988 einem Redimensionierungsprozeß — das heißt Schrumpfungsprozeß — unterliegen sollen: Papierindustrie, Zuckerindustrie, Petrochemie, Zellstoffindustrie, Ferrosilikonerzeugung, chemischer Dünger, weite Bereiche der Chemiefaserindustrie, Aluminiumschmelzereien und Stahlproduktion.

Meine Damen und Herren! Würde man in Österreich nach den Kriterien der Japaner vorgehen, dann müßte man, fürchte ich, beinahe die halbe Industrie zusperren. Stichwort am Rande: Hannes Androsch — früher Vizekanzler, heute CA-Generaldirektor — hat in einer von der Regierung sonst gern zitierten Zeitung, der „Financial Times“ vom 31. Oktober 1983, erklärt, er würde die Industriebeteiligung des größten österreichischen Bankunternehmens am liebsten zum Buchwert abstoßen, „tied up with pink ribbon“, wie Dr. Androsch poetisch erklärte: Wörtlich: Mit einem rosaroten Mascherl verpackt.

Meine Damen und Herren! Das ist die Realität. Wir wollen aber nicht in der Kritik und Resignation allein stehen bleiben. Es gibt genügend Chancen, die wir nützen können. Aber die anderen schlafen auch nicht. Die FAST-Studie der Europäischen Gemeinschaften untersucht die möglichen Folgen eines technologischen Wandels. Vor allem wird empfohlen, hineinzugehen in Mikro-Elektronik, Ernährungswissenschaften, Energieverwertung. (*Zwischenruf des Abg. Fauland*) Das sind die Motoren der achtziger Jahre, Herr Kollege. (*Abg. Fauland: Das machen wir doch!*) Aber viel zu langsam! Die anderen sind uns meilenweit voraus.

Konkret: Vorige Woche erfolgte der Beschuß der europäischen Forschungsminister für ein Fünf-Jahres-Programm nur bei der Informationstechnologie — das heißt so schön: das Esprit-Programm — über 22 Milliarden Schilling, je zur Hälfte von den Europäischen Gemeinschaften und von der Privatindustrie finanziert. Wo stehen da wir, bitte?

— Ganz weit hinten. Wir sind einfach in Gefahr, den Anschluß zu verlieren.

Dabei möchte ich auch da nicht schwarzmalen. Wir haben gute Chancen und es gibt durchaus positive Beispiele: Etwa die geradezu sensationelle Erfindung an der Grazer Technischen Universität, das berühmte „MUPID“. Das ist ein Programm, das normale Farbfernsehgeräte bildschirmauglich macht. Das heißt: Ein kleiner Betrieb kann ohne eigene EDV-Anlage Zugang zu EDV-Anlagen der Informationsanbieter bekommen. Der Vertrieb erfolgt über die steirische Firma Motronic, einem ganz kleinen Betrieb. Die Post hilft mit: Mit 90 S ab 1. Jänner 1984 kann jeder mittun.

Oder ein anderes Beispiel: Getzner-Chemie-Textilbeschichtung, ein kleiner Vorarlberger 30-Mann-Betrieb, der Körperschalldämmung als Zauberwort für den U-Bahn Lärmschutz erfand. In der Ölkrise war diese Firma ursprünglich im Schuhbeschichtungsbereich tätig, die Ölkrise zwang zur Umstellung, heute ist sie ganz massiv im U-Bahnärmschutz drinnen, ist Innovations-Staatspreisträger 1982 geworden.

Meine Damen und Herren! Da liegen Chancen drinnen, und da sollten wir durchaus weiterarbeiten. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Daher nur der Versuch, in einigen Stichworten zu skizzieren, wie — nach Ansicht der Österreichischen Volkspartei — eine vernünftige Innovations- und Forschungspolitik aussehen könnte.

Zunächst einmal vorausgeschickt: Es gibt für den Weg zu Spitzenleistungen kein sicheres Rezept. Das muß jeder von uns ehrlich zugeben. Aber es gibt zahlreiche todsichere Methoden, um sie zu verhindern. Je mehr beispielsweise der Staat Kreativität verwalten und administrieren will, desto sicherer kann man beinahe sein, daß die angebotenen Lösungen zweitklassig sein werden.

Daher setzt etwa die CDU-CSU-Regierung ganz besonders auf indirekte Forschungsförderung. In Deutschland wächst der Anteil der indirekten Forschungsförderung um über 46 Prozent. Das heißt: Nicht das Projekt allein, sondern vor allem der Betrieb wird beurteilt, denn erfahrungsgemäß bringt es ein halbes Jahr Verzögerung, wenn der Staat einzelne Vorhaben — in einem mittelständischen Betrieb etwa — überprüft.

Ein anders Beispiel, das Kollege Dr. Neis-

Dr. Schüssel

ser heute schon erwähnt hat: Es wäre ganz wichtig, bei den indirekten steuerlichen Forschungsförderungen weiterzukommen. Dazu gibt es konkrete Unterlagen; in der Broschüre der Steuerreformkommission sind sie enthalten. Personalzulagen für Forschungs- und Entwicklungsinvestitionen und Kosten, so wie in der Bundesrepublik. Bundeszuschüsse zum Entgelt für Leistungen, die von Dritten erbracht werden, damit das Risiko externer Auftragsforschung gemindert werden kann. Bessere Finanzierung der Fertigungsüberleitung. Verbesserte Abschreibungen bei innovationsrelevanten Investitionen.

Das meinen wir, wenn Alois Mock von der Forschungsmilliarden spricht, die noch dazu das Budget — und das ist ja der Clou dabei — gar nicht belasten würde. Denn wir wissen: Ein Forschungsschilling kommt blitzartig zurück. Er induziert 20 Umsatzschillinge, und in drei, vier Jahren ist es budgetmäßig bereits neutral.

Herr Minister Fischer hat vor wenigen Wochen zu diesem Thema eine Pressekonferenz gehalten, die sehr interessant war. Nur: Wir hätten gerne auch die Finanzierungsvorschläge dazu.

Drittes Thema: Überprüfung der Förderungsinstrumente.

Es ist wahr, Herr Minister, es gibt derzeit eine Fülle von Förderungsinstrumenten in Österreich. Aber: Professor Ruppe, ein wirklicher Kenner dieses Systems, hat das sehr genau und ausführlich untersucht und geprüft. Das Studienergebnis — ganz kurz —: Erstens: Das heutige Förderungsinstrumentarium im Bereich der Forschung ist auf größere etablierte und ertragreiche Unternehmen zugeschnitten; andere kommen zu kurz. Zweitens: Ein Großteil der Instrumente bringt keine endgültige Steuerersparnis, nur einen Aufschub, bestenfalls eine Zinersparnis. Drittens: Das Instrumentarium ist relativ umfangreich, zum Teil aber ohne nennenswerte materielle Bedeutung und muß als ineffizient bezeichnet werden. — Herr Professor Ruppe ist sicherlich jener Mann in Österreich, der diese Dinge am besten kennt.

Vierter Punkt: Wir sollten in Österreich nicht die Größe allein fördern, sondern die für Österreich angepaßte Technologie. Das ist besonders die mittelständische Technologie. Das Vorstandsmitglied im Technikbereich von Siemens, Direktor Beckurth, hat in der „Wirtschaftswoche“ vom 11. November 1983 folgendes erklärt: Die Großunternehmen

haben bestimmte Aufgaben, die unverzichtbar sind. Das sind die wirklich großen Basisinnovationen. Auf der anderen Seite gibt es aber viele Aufgaben, die von kleineren Unternehmen effizienter wahrgenommen werden. Das Kleinunternehmen ist flexibler und wendiger. — Das sagt ein Vorstand eines Großbetriebes. Für Österreich stimmt das vollinhaltlich. Wir haben halt ganz einfach 98 Prozent Klein- und Mittelbetriebe; im heute veröffentlichten Mittelstandsbericht der Bundesregierung steht es drinnen. Zwischen 1973 und 1981 wurden 24 000 Arbeitsplätze zusätzlich geschaffen. Davon entfällt die Hälfte auf die Kleinbetriebe mit 1 bis 9 Beschäftigten, der Rest auf die Betriebe mit einem Beschäftigtenstand bis 49 Personen. Alle anderen Bereiche haben abgebaut. Auch die Innovationen geschehen in den Klein- und Mittelbetrieben. (Beifall bei der ÖVP.)

Eine amerikanische Studie sagt, daß 90 Prozent aller wesentlichen Neuerungen und Erfindungen seit 1945 entweder in Kleinbetrieben entstanden, entwickelt oder zuerst eingeführt wurden. Daher setzen die Deutschen — und das heißt, „Wende“ konkret — nicht nur besonders auf indirekte Forschungsförderung, sondern auch auf mittelstandsorientierte Forschungspolitik.

Fünfter Punkt: Wir dürfen uns in Österreich keine Zersplitterung der Kompetenzen leisten. Ich habe im Vorwort zur Mikroelektronik-Broschüre des Wissenschaftsministeriums einen sehr aufschlußreichen Beitrag von Herta Firnberg gefunden. Sie klagt oder sagt:

Vielleicht mag es für manche bedauerlich sein, daß in Österreich bisher keine konkreten Technologieförderungsprogramme wie in Deutschland entwickelt wurden. Die Kompetenzfragen, die nach dem österreichischen Bundesministeriengesetz im Bereich Technologiepolitik gar nicht einfach aufzuklären sein werden, sind mit dafür verantwortlich.

Was passiert jetzt, Herr Bundesminister? — Das muß man bei einer solchen Debatte schon auch anbringen. — Nicht nur, daß hier keine Schwerpunkte gesetzt werden, vielmehr werden neue Institutionen, neue Sektionen aufgebaut mit genau demselben Aufgabenbereich — der eigentlich Ihnen untersteht —, wofür bisher jedenfalls durchaus befriedigend gearbeitet wurde. Ja Himmel, wozu denn eine neue Forschungssektion im Handelsministerium? Nur damit jemand wieder ein Spielzeug bekommt. Und dazu noch eine Innovationsagentur und die bisherige Forschungssektion

2234

Nationalrat XVI. GP — 26. Sitzung — 13. Dezember 1983

Dr. Schüssel

im Wissenschaftsministerium. Schaffen Sie hier Ordnung, Herr Minister, dann werden Sie unsere Unterstützung finden. (Beifall bei der ÖVP.)

Sechster Punkt: Schauen wir uns an, welche Studien die Sozialpartner gemeinsam vorgelegt haben. Die Bundeskammer hat zu einer Innovationsreise in die Vereinigten Staaten eingeladen. Ganz hervorragende Unterlagen liegen nun dazu vor. Da schwingt sogar eine gewisse Euphorie über das amerikanische Beispiel mit, Gott sei Dank.

Die entscheidenden Innovationsimpulse kommen dort vom Mittelstand. Ganz unterschiedlich ist dort die Einstellung zu Risiko und Fehlschlag. Fehlschlag ist dort notwendig! Er wird als wertvolle Erfahrungsergänzung gesehen und nicht wie bei uns pönalisiert. Es gibt dort — und das macht den Unterschied aus — einfallsreichste Kooperationsmodelle zwischen den Universitäten und der Wirtschaft mit eigenen Verbindungsbüros. Die Deutschen machen das übrigens auch schon, an 13 Hochschulen hauptamtliche, an 5 bereits nebenamtliche Mitarbeiter. Und bei uns gibt es leider immer noch starke Berührungsängste zwischen den Universitäten und den Betrieben.

Meine Damen und Herren! Ideen gibt es genug. Wir haben in Österreich gute Betriebe — Gott sei Dank —, und es gibt immer noch den Schumpeterschen Typ des hervorragenden Unternehmers. Wir haben glänzende Fachleute, Ingenieure und Wissenschaftler. Und wir haben immer noch — das sei gesagt — ein hervorragendes Bildungssystem — nehmt alles nur in allem. Aber es darf nicht so bleiben, wie es Generaldirektor Leeb in einer Diskussion kritisiert hat: Würde eine Firma wie Apple-Computer — ein amerikanischer Betrieb — in Österreich sich selbstständig machen wollen, er wäre wegen Mangel an Risikokapital und an einer lahmen Förderungsbürokratie zugrundegegangen, ehe er noch überhaupt entstanden wäre.

Der deutsche Forschungsminister Riesenthaler, vor kurzem bei uns in Österreich zu Besuch — auch bei Ihnen, Herr Minister — hat erkärt — und das hat mir sehr gefallen —: Staat, Wissenschaft und Wirtschaft müssen in einer vernünftigen Weise zusammenspielen, nicht gegeneinander agieren. Das, Herr Minister, erwarten wir von Ihrer Ressortführung, und dazu sind wir auch bereit. (Beifall bei der ÖVP.) ^{16.38}

Präsident Mag. Minkowitsch: Zu einer kur-

zen Stellungnahme hat sich Herr Bundesminister Dr. Zilk gemeldet. Ich erteile es ihm.

^{16.38}

Bundesminister für Unterricht und Kunst Dr. Zilk: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte lediglich einige Ergänzungen anbringen, die nicht unterbleiben dürfen. Besonders zu den Bemerkungen des Kollegen Steinbauer hinsichtlich des Bundesvoranschlages 1982 betreffend die Bунdestheater muß eine Klarstellung erfolgen.

Der Herr Abgeordnete Steinbauer hat zu Recht von einer Aufstockung im Ausmaß von 129 Millionen Schilling gesprochen. Er hat allerdings vergessen, daß gleichzeitig die Einnahmen um 54,7 Millionen Schilling steigen, das heißt, die tatsächliche Aufstockung beträgt 5,2 Prozent.

Hierzu ist aber zu bemerken, um zu dem Ansatz zu kommen, von dem ich immer gesprochen habe: Darin sind enthalten die 60 Millionen Schilling an Bezugserhöhungen, die im Gehalts- und Pensionsgesetz vorgesehen sind, und diejenigen 10 Millionen Schilling, die der neue Vertrag des Orchesters der Wiener Philharmoniker als Staatsopernorchester ausmacht und die vom Kapitel 13 übersiedelt worden sind.

Wenn ich diese 60 und die 10 Millionen Schilling nicht in Rechnung stelle, dann sind wir beim selben Ansatz, bei dem wir gewesen sind. Das heißt: Die Bунdestheater haben hier Leistungen zusätzlich übernommen, die einfach abgerechnet werden müssen.

Also noch einmal: Es ist eine tatsächliche Steigerung von 8 Prozent, die sich auf 5,2 Prozent — wenn man die Einnahmen abzieht — reduziert. Diese wurden hier vergessen, in diesen sind die Bezugserhöhungen und der Orchestervertrag enthalten. Das ist hierzu zu sagen und richtigzustellen.

Zum Filmförderungsfonds möchte ich sagen: Es ist richtig, daß der Filmförderungsfonds im Ansatz gekürzt ist. Aber es ist Vorsorge getroffen, daß im Falle des Vorhandenseins von entsprechenden Objekten, also Förderungswünschen, die Rücklagen so weit flüssig gemacht werden, daß wir wieder beim alten Ansatz sind. Das heißt, wir können den Filmförderungsfonds in derselben Höhe aus schöpfen. Auch das muß noch zur Klarstellung gesagt werden.

Zum Kollegen Höchtl möchte ich sagen, daß ich mit ihm übereinstimme, daß wir im Berei-

Bundesminister Dr. Zilk

che des Sporttotos alle Anstrengungen unternommen müssen, um die Entwicklung umzukehren. Ich habe mitgeteilt, daß es eine Reihe von Gesprächen gibt, in denen es vor allen Dingen um die Verringerung des Sachaufwandes, aber auch um die Verselbständigung der Verwaltung geht. Es wird mit Beginn des Jahres konkrete neue Vorschläge geben; ich glaube, daß sie uns helfen werden, die Entwicklung für den Sport wieder zum Positiven zu wenden.

Ansonsten ist festzuhalten und festzustellen, daß gerade der Sportbereich bei den Förderungen keine Kürzung erfahren hat und im selben Ausmaß Mittel zur Verfügung stehen, wie das vorher der Fall war.

Zuletzt zur Frau Abgeordneten Rochus. Nur zur Klarstellung, ich teile mit ihr die Zuneigung zur Erwachsenenbildung. Ich habe von 1951 bis 1966 fast jeden Abend in der Volks hochschule Ottakring als Erwachsenenbildner in der praktischen Arbeit verbracht, ich schätze diese Arbeit, genauso wie Sie.

Wir können den Betrag, den wir für die Lehrer ausgeben, die zusätzlich eingestellt werden, nicht unter den Tisch fallen lassen, er kommt ja auch der Erwachsenenbildung zugute und bedeutet praktisch eine Erhöhung auf über 80 Millionen im Gegensatz zu 49 Millionen im vergangenen Jahr.

Und noch eine letzte Bemerkung, Frau Abgeordnete Rochus: Wir bekennen uns, ich bekenne mich voll und ganz zur freien Erwachsenenbildung, darum meine etwas unhöfliche Zwischenfrage, weil ich nicht wußte, was Sie mit der bundesstaatlichen oder öffentlichen Erwachsenenbildung meinen. Wir sind aus der Tradition heraus Anhänger der freien Erwachsenenbildung, weil das der einzige Weg einer gesunden und guten Entwicklung ist. — Danke. (Beifall bei SPÖ und FPÖ.) 16.42

Präsident Mag. Minkowitsch: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Johann Wolf. Ich erteile es ihm.

16.42

Abgeordneter Johann Wolf (ÖVP): Herr Präsident! Herr Bundesminister! Meine Damen und Herren! Das Budgetkapitel Unterricht wurde von meinen Vorrednern schon so ausführlich behandelt, daß ich sicher nur mehr auf einige Detailbereiche eingehen werde, und in diesem Sinne darf ich auf die Personalsituation auf dem Lehrersektor eingehen. (Zwischenruf des Abg. Rempl-

bauer.) Herr Kollege Remplbauer, ich werde sicher meine 15 Minuten nicht überschreiten, wenn Sie mich nicht unterbrechen. (Beifall bei der ÖVP. — Abg. Graf: Wenn Sie ihn dazu auffordern, muß er länger reden!)

Der Herr Bundeskanzler hat bei der Budgetdebatte 1980 als damaliger Ressortchef im Unterrichtsministerium festgestellt — ich zitiere —: „Den Lehrermangel haben wir bewältigt, wir machen uns Gedanken, was wir mit den Lehrern machen werden.“

In der Zwischenzeit sind drei Jahre vergangen, was ist aus den Gedanken geworden? Das Unterrichtsministerium hat uns freundlicherweise die Zahlen zur Verfügung gestellt, ich darf sie wiederholen: Derzeit sind rund 3 500 Lehrer arbeitslos, in meinem eigenen Bundesland, im Burgenland, warten 131 Pflichtschullehrer und 70 Lehrer der allgemeinbildenden höheren Schulen und berufsbildenden mittleren und höheren Schulen auf eine Anstellung.

Für Junglehrer gibt es kaum noch Anstellungschancen, trotz allem haben heuer 3 000 das Lehrerstudium aufgenommen; der Finanzminister hat in seiner Budgetrede noch von einem Rückgang von 5,8 Prozent gesprochen, tatsächlich haben die Inschriftenzahlen jetzt gezeigt, daß 4,1 Prozent mehr inskribiert haben.

An den 14 Pädagogischen Akademien in ganz Österreich studieren — ausgenommen die eintretenden — 7 179 Junglehrer, davon, um noch eine Zahl zu nennen, sind 5 649 Hörerinnen. Es gibt also eine überwiegende Zahl von Hörerinnen an den Pädagogischen Instituten.

Hinzu kommt der gewaltige Schülerrückgang in den kommenden Jahren, der sich bis zum Jahre 1990 sehr kräftig auswirken wird und sicher auf dem Lehrerpersonalsektor Konsequenzen nach sich ziehen wird.

Ich entnehme den Unterlagen, daß es im Bereich der Volksschule sicher auch zu einem Rückgang des Personals kommen wird, obgleich die Dramatik zum Teil dadurch etwas abgeschwächt wird, daß die Klassenzahlen nicht gleichmäßig zurückgehen, sowie auch dadurch, daß die Klassendurchschnittszahlen absinken.

Im Bereich der Hauptschule wird eine Ver minderung wahrscheinlich deswegen nicht eintreten, weil nach der 7. Schulorganisa-

2236

Nationalrat XVI. GP — 26. Sitzung — 13. Dezember 1983

Johann Wolf

tionsgesetz-Novelle die Leistungsgruppen in den Höchschulen eingeführt werden und dadurch das Personalproblem aufgefangen wird.

Im Bereich der allgemeinbildenden höheren Schule bleibt allerdings zu hoffen, daß es zu keiner Personalverminderung kommen wird. Lediglich im BHS-Bereich wird in den nächsten Jahren noch ein Lehrerbedarf vorhanden sein.

Jedenfalls war es bei diesem Budget wahrscheinlich für lange Zeit das letzte Mal, daß ein zusätzlicher Bedarf von etwa 9 000 Wochenstunden, das sind rund 450 Dienstposten im Bereich der höheren Schulen, auf uns zukommt.

Was soll nun mit den stellenlosen Lehrern tatsächlich geschehen? Mit der Aufklärung allein, Herr Abgeordneter Seel, wie Sie heute in der Vorrede schon angedeutet haben, wird es wahrscheinlich nicht getan sein. Auch Kollege Schäffer hat in seiner Rede heute schon darauf hingewiesen.

Ich darf präzisieren. Zu den Wünschen, durch deren Realisierung auf dem Personalsektor eine Linderung herbeigeführt werden kann: Die Senkung der Klassenschülerzahlen wäre aus pädagogischer Sicht zwar nicht in allen Bereichen, aber in sehr vielen Bereichen noch möglich und führt auch zu arbeitsmarktpolitischen Vorteilen.

Die freiwillige Teilzeitbeschäftigung für Pragmatische — ich weiß, daß das viele nicht gerne hören — wäre familienfreundlich und würde für andere eine Beschäftigung sichern.

Die Möglichkeit, ab dem 55. Lebensjahr freiwillig in den Ruhestand zu treten, wäre auch ein Beitrag zur Entspannung der Beschäftigungssituation. (Abg. Edith Dobesberger: Wer zahlt das?)

Weitere Möglichkeiten haben uns die Lehrer mitgeteilt, Sie kennen sie alle, Herr Bundesminister: eine entsprechende Anpassung der Verordnung über die Teilungsziffern und Gruppengrößen würde gewünscht, die Reform der Erlässe über die Eröffnung von Parallelklassen und über den Personalaufwand. Weiters wäre es möglich, ein vermehrtes Angebot an Freigegenständen und unverbindlichen Übungen in den verschiedenen Schultypen anzubieten. (Abg. Edith Dobesberger: Wer bezahlt das?)

Ich habe heute schon einmal in einem Zwi-

schenruf erwähnt, wo ich die Mittel einsetzen würde. Kein Mensch hat hier gefragt, wer in der VOEST die Arbeiter bezahlt. (Ruf bei der SPÖ: Die VOEST, da schau her! — Weitere Zwischenrufe bei der SPÖ.) Das ist kein Hinweis.

Herr Bundesminister! Der Anfang wurde sicher mit dem Einsatz von stellenlosen Lehrern im Bereich der Erwachsenenbildung gemacht. Ich hoffe, daß das ein Anfang ist, daß also in Hinkunft diese Möglichkeiten voll ausgeschöpft werden.

Leider wird die Personalpolitik bei den Lehrern oft auch als Spielwiese für eine bestimmte Art von Politikern (Abg. Dr. Gradenegger: Von Lehrern!) benutzt. (Abg. Eigruber: In Niederösterreich!)

Wenn Sie im Zwischenruf die Lehrer nennen, sage ich Ihnen ein Beispiel: Ich entnehme einem Artikel in der „Arbeiter-Zeitung“ vom 2. Dezember 1983 — das hat mich übrigens bewogen, heute dazu Stellung zu nehmen — über den Ausgang der 5. Bundespersonalvertretungswahlen folgendes — ich zitiere mit Genehmigung des Präsidenten (Abg. Dr. Gradenegger: Hat nicht genehmigt! — Heiterkeit.) —: Die Erfolge bei den Pflichtschullehrern sind die „Gewähr dafür, daß verzopfte Pädagogik nicht mehr gefragt ist“. Ich kenne den Artikelschreiber nicht. (Abg. Dr. Gradenegger: Aha, anonymes Zitieren!) So stand es bitte sehr in der „Arbeiter-Zeitung“ am 2. Dezember. (Zwischenrufe bei der ÖVP.)

Nun, meine Damen und Herren von der linken Seite, keine Aufregung! Ich will Ihnen nicht mit Maderner antworten. Der ist schon so oft als Beispiel für diese verzopfte Pädagogik erwähnt worden.

Aber ich darf Ihnen meine Meinung zum Artikel der „Arbeiter-Zeitung“ sagen. Die „Arbeiter-Zeitung“ möge, wenn sie solche Äußerungen macht, auch hinterfragen, was tatsächlich der Fall ist. Wahr ist, daß brutale Machtpolitik beziehungsweise Personalpolitik die Ursache ist. (Zwischenruf des Abg. Elmecker.)

Herr Kollege Elmecker! Ich begründe, damit Sie sehen, welche Aufstiegsmöglichkeiten zum Beispiel Lehrer der rechten Seite in sozialistisch dominierten Bundesländern haben. (Beifall bei der ÖVP. — Zwischenrufe.)

Zum Beispiel gibt es im Burgenland im Pflichtschulbereich — Herr Kollege Gossi,

Johann Wolf

nehmen Sie das zur Kenntnis — einen Landesschulinspektor und sieben Schulinspektoren. Dabei steht es 1 zu 0 und 7 zu 0 für die SPÖ.

In Niederösterreich gibt es zwei Landesschulinspektoren für Pflichtschulen. Dort steht es 1 zu 1 und bei den Bezirksschulinspektoren 16 zu 11: 16 ÖVP, 11 SPÖ. Bitte nachzufragen.

Man soll nur auf der einen Seite nicht schlagen und auf der anderen Seite verlangen, den Kopf hinzuhalten. Das wird leider nicht gehen. (Beifall bei der ÖVP.)

Aber ich kann Ihnen eine Reihe von Beispielen aufzählen. Ich bleibe beim Burgenland. Es ist wahrscheinlich ein Zufall, ... (Abg. Gossi: Sagen Sie, wie es früher war!) Bitte, wenn ich anfange bei Christi Geburt, wird es wahrscheinlich ein bissel lang dauern. Aber ich könnte auch bei 1945 anfangen. Denn auch der Landeshauptmann Kery war zum Beispiel Schulinspektor unter einer ÖVP-Regierung.

Es ist wahrscheinlich ein Zufall — meine Damen und Herren, nicht nervös werden, ich brauche nicht lange; es geht schneller, wenn ich reden kann —, daß die Personalvertretungswahlen an zwei höheren Lehranstalten des Burgenlandes für die SPÖ-Lehrer extrem gut ausgegangen sind. Es ist sicher ein Zufall, daß die Direktoren beider Anstalten SPÖ-Abgeordnete zum Burgenländischen Landtag sind.

Herr Bundesminister! Auch für Sie noch ein Beispiel dazu. Die meisten Damen und Herren des Hohen Hauses haben bei einer Anfragebeantwortung schon miterlebt, wie man im Burgenland Personalpolitik macht. Die Leitung einer Höheren Lehranstalt für wirtschaftliche Frauenberufe wird im Burgenland vergeben, ohne Voraussetzungen natürlich. Die Leitung bekommt eine Dame, die nicht einmal die Matura besitzt. Auch möglich.

Ich kann weitererzählen. Zwei Pragmatisierungsansuchen werden gestellt. Mag. Eins wird pragmatisiert ohne Voraussetzung, Mag. Zwei wird nicht pragmatisiert trotz Voraussetzungen und Sozialfall. Wenn Sie wollen, könnte ich noch weitere Beispiele vorbringen, aber ich muß mich beeilen.

Ich frage mich allerdings in diesem Zusammenhang nur, was die Regierungserklärung des Bundeskanzlers, die uns allen schriftlich zugegangen ist, vom 31. Mai 1983 wert ist, in

der er ausführt — ich zitiere —: „Die Bundesregierung bekennt sich zum Grundsatz, daß Personalentscheidungen in allen Bereichen nach objektiven und sachlichen Kriterien zu treffen sind.“

Wann, meine Damen und Herren der linken Seite, wird mit der Objektivierung, die hier angekündigt wurde, ernst gemacht? Oder war es auch nur so ein Gerede? Jedenfalls erwarten die stellenlosen Junglehrer, daß für eine Anstellung nicht das Parteibuch ausschlaggebend sein darf.

Nun zu einem anderen Thema. Herr Bundesminister! Mit Erstaunen mußte ich auch einer Pressemeldung vom 28. November entnehmen, daß die Sozialistische Partei im Vorarlberger Landtag eine Diskussion über die Abschaffung der Sonderschule entfacht hat. Die Diskussion hat landesweit und weit darüber hinaus Eltern und Lehrer verunsichert. Sie, Herr Bundesminister, haben bis heute dazu noch nicht Stellung genommen, obwohl Sie sonst sicher als nicht medienscheu bezeichnet werden können. Das haben Sie ja heute auch wieder bewiesen.

Ich will festhalten, daß unser Sonderschulwesen in Österreich gut organisiert, gut entwickelt ist und Anerkennung auf internationaler Ebene findet. Die Forderung nach bestmöglichster Förderung dieser Kinder ist für uns eine Selbstverständlichkeit. Der Schulversuch, Integrierte Grundschule, soll bestimmte Gruppen von Sonderschülern, vor allem Kinder mit Teilbehinderungen, in das Regelschulwesen eingliedern. Durch ein zusätzliches Förderangebot wird auf die speziellen Behinderungen besonders eingegangen.

Kernstück — und das ist richtig — dieser Versuchsarbeit ist die Klärung der Integrationsfrage. Aber aus diesem Versuch abzuleiten, daß eine bewährte Schule für die Ärmsten unserer Kinder abgeschafft werden soll, das geht zu weit. (Beifall bei der ÖVP.)

Das Ziel muß auch in Hinkunft die optimale Förderung des behinderten Kindes sein. Und es ist unverantwortlich, mit dem Schlagwort der Integration Verwirrung unter der Eltern- und Lehrerschaft zu stiften. (Beifall bei der ÖVP.)

Meine Damen und Herren! Abschließend möchte ich noch einige Bemerkungen zur Berufsausbildung machen. In Österreich hat sich deutlich gezeigt, daß die verbesserte Lehrlingsausbildung als maßgebender Faktor

Johann Wolf

für eine Verhinderung der Jugendarbeitslosigkeit anzusehen ist. Das in Österreich bewährte duale System der Lehrlingsausbildung sichert etwa der Hälfte der Pflichtschulabgänger einen weiteren Bildungsgang und Bildungsweg. Tatsächlich ist es auch in den letzten Jahren gelungen, trotz Konjunkturabschwächung die Lehrlinge in der österreichischen Wirtschaft unterzubringen.

Hier liegt der große Unterschied zu den Ländern ohne entsprechende Lehrlingsausbildung. Ich verweise auf Frankreich, die Vereinigten Staaten, Großbritannien und so weiter. Gerade in Frankreich erkennt man derzeit die Notwendigkeit einer dualen Ausbildung und bedauert, daß sich diese aus verschiedenen Gründen nur langsam entwickeln kann.

Ich begrüße daher auch die Aussage des Bundeskanzlers in der Regierungserklärung, in der er eine stärkere Verankerung der dualen Berufsausbildung innerhalb des gesamten Bildungssystems ausdrücklich betonte. Auch Sie, Herr Bundesminister, haben auf eine Frage im Budgetausschuß gemeint, die Berufsschule sei ein weiterer Schwerpunkt in der Bildungspolitik. Sie selbst haben die duale Ausbildung nie in Frage gestellt.

Jedenfalls bekennt sich die Österreichische Volkspartei uneingeschränkt zu dieser dualen Ausbildung und wehrt sich gegen alle Versuche sogenannter progressiver Linker, wie sie allenthalben bei Parteitagen auftreten, die diesen Bildungsweg, der sich bewährt hat, diskriminieren wollen. (Beifall bei der ÖVP.)

Sicherlich bedarf es bei der Ausbildung auch einer entsprechenden Weiterentwicklung zur sogenannten Berufsbildung. So kommt es darauf an, schon die Eltern im Bereich der Grundschule und die Schüler mit bestmöglichen Informationen zu versorgen. Wichtig sind in Zukunft Berufsplanung und Berufsberatung. Als vorrangiges Ziel für die weitere Entwicklung ist anzusehen, daß diese Bereiche in die Berufsschule entsprechend eingebaut werden.

Es geht aber auch um eine entsprechende Lehrplangestaltung, wie sie heute von Bundesminister Zilk bereits angesprochen wurde, und um ein verbessertes Zusammenwirken der beiden Lernwege in Betrieben und in der Berufsschule.

Vor allem muß vermieden werden — und bitte, das sage ich sehr eindringlich —, daß mit entsprechenden Förderungsmaßnahmen

der Lehrlings- und Facharbeiterausbildung politisch motivierte Sonderzwecke verbunden werden.

Es geht nicht an, daß Großbetriebe und verstaatlichte Betriebe Förderungsmittel zur Lehrlingsausbildung bekommen und Klein- und Mittelbetriebe in abseits gelegenen Gebieten diese Förderungen nicht erhalten. — Danke. (Beifall bei der ÖVP.) 17.01

Präsident Mag. Minkowitsch: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen, und die Herren Spezialberichterstatter verzichten auf ein Schlußwort.

Wir gelangen nunmehr zur Abstimmung.

Ich lasse zunächst über die Beratungsgruppe VI, Unterricht und Kunst, des Bundesvoranschlages 1984 abstimmen.

Diese umfaßt die Kapitel 12, 13 und 71 samt den zu den Kapiteln 12 und 13 dazugehörenden Teilen des Konjunkturausgleich-Voranschlages in 70 der Beilagen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist mit Mehrheit angenommen.

Wir gelangen nunmehr zur Abstimmung über die Beratungsgruppe XIV, Wissenschaft und Forschung, des Bundesvoranschlages 1984.

Diese umfaßt das Kapitel 14 samt dem dazugehörigen Teil des Konjunkturausgleich-Voranschlages in 70 der Beilagen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist mit Mehrheit angenommen.

Gemäß § 55 Abs. 5 der Geschäftsordnung schlage ich vor, die Abstimmung über den bei der Verhandlung der Beratungsgruppe XIV des Bundesfinanzgesetzentwurfes eingebrachten Entschließungsantrag sogleich vorzunehmen.

Erhebt sich dagegen eine Einwendung? — Das ist nicht der Fall.

Wir kommen daher zur Abstimmung über den Entschließungsantrag der Abgeordneten Dr. Blenk und Genossen betreffend Innovationsoffensive zur Schaffung Zukunftsträchtig-

Präsident Mag. Minkowitsch

ger Arbeitsplätze (Antrag „Arbeit schaffen“ Nr. 5).

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist die Minderheit. Abgelehnt.

Beratungsgruppe III**Kapitel 20: Äußeres**

Präsident Mag. Minkowitsch: Wir gelangen nunmehr zur Verhandlung über die Beratungsgruppe III: Äußeres.

Spezialberichterstatter ist der Herr Abgeordnete Arnold Grabner. Ich ersuche ihn um seinen Bericht.

Spezialberichterstatter Arnold Grabner: Hohes Haus! Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Der Finanz- und Budgetausschuß hat das in der Beratungsgruppe III enthaltene Kapitel 20 „Äußeres“ des Bundesvoranschlages für das Jahr 1984 in seiner Sitzung am 21. November 1983 unter Vorsitz des Obmannstellvertreters Abgeordneten Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr in Verhandlung genommen.

Im vorliegenden Entwurf zum Bundesfinanzgesetz 1984 sind beim Kapitel 20 „Äußeres“ Gesamtausgaben von 1 758,048 Millionen Schilling und Einnahmen von 65,225 Millionen Schilling vorgesehen. Dies bedeutet gegenüber den Ansätzen 1983 eine Steigerung der Ausgaben um 105,328 Millionen Schilling oder 6,4 Prozent und der Einnahmen um 2,033 Millionen Schilling oder 3,2 Prozent.

Der Finanz- und Budgetausschuß stellt somit den Antrag, der Nationalrat wolle beschließen: Dem Kapitel 20: Äußeres des Bundesvoranschlages für das Jahr 1984 (70 der Beilagen) wird die verfassungsmäßige Zustimmung erteilt.

Herr Präsident! Für den Fall, daß Wortmeldungen vorliegen, ersuche ich, in die Debatte einzugehen. (Präsident Dr. Stix übernimmt den Vorsitz.)

Präsident Dr. Stix: Ich danke dem Herrn Berichterstatter.

Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Steiner. Ich erteile es ihm.

17.05

Abgeordneter Dr. Steiner (ÖVP): Herr Präsident! Herr Bundesminister! Hohes Haus! Wie es auch bei den Budgetdebatten in früheren Jahren Brauch gewesen ist, möchte ich vor allem einmal den Beamten des Ministeriums den Dank aussprechen für ihre aufopferungsvolle und nicht immer sehr leichte Tätigkeit. (Beifall bei der ÖVP.)

Ich glaube, alle, die wir mit den Beamten des Ministeriums Kontakt haben, alle, die wir Gelegenheit hatten, die Arbeit der Beamten in den Vertretungsbehörden zu sehen, wissen, daß hier sehr sachkundig und mit Engagement gearbeitet wird. Dafür wollen wir eben Dank sagen.

Das Budgetkapitel Äußeres ist ein Teil des Gesamtbudgets, das wir aus sehr guten Gründen ablehnen. Vor allem sind wir der Meinung, daß der Gesamthaushalt falsche wirtschaftspolitische Akzente setzt. Wir sind der Meinung, daß es kein wirkliches Sparbudget darstellt. Das findet auch in den einzelnen Kapiteln seinen Niederschlag. Daher unsere Ablehnung.

Leider muß auch festgestellt werden, daß die Basis der Gemeinsamkeiten in Fragen der Außenpolitik zwischen den Regierungsparteien und der ÖVP in letzter Zeit immer schmäler geworden ist. Das hängt damit zusammen, daß es sehr schwer zu erkennen ist, welche Art von Außenpolitik auch in Grundsatzfragen diese sozialistische Koalitionsregierung zu betreiben gedenkt. (Beifall bei der ÖVP.)

Liest oder hört man die verschiedenartigen Erklärungen einzelner Regierungsmitglieder zu außenpolitischen Fragen, kann man ja nur verwirrt werden. Der Bundeskanzler, der Außenminister, der Verteidigungsminister, der Wirtschaftsminister, der Wissenschaftsminister und sogar der Finanzminister und Vizekanzler treffen ja immer wieder ganz unterschiedliche Feststellungen. Besonders der Vizekanzler hat meines Wissens zur Außenpolitik bisher nur Erklärungen abgegeben, die außerordentlich zweifelhaft waren und der Verwirrung gedient haben.

Wir erleben auf der einen Seite Äußerungen eines verbalen Amerikaner-Kannibalismus, auf der anderen Seite wird dann wieder artig der amerikanischen Botschafterin die Hand geküßt. Da gibt es die unfaßbaren Äußerungen des Vizekanzlers etwa über Fragen der Neutralisierung Europas, atomwaffenfreie Zonen, die durchaus Zweifel erwecken, ob der

Dr. Steiner

Vizekanzler unter immerwährender Neutralität wirklich genau dasselbe versteht wie wir, nämlich keinen Neutralismus, keine Blockfreiheit und keine ideologische Neutralität.

Man muß sich überhaupt fragen, ob sich der Vizekanzler auch der Bedeutung des Kräftegleichgewichtes in Europa und der Elemente dieses Kräftegleichgewichtes bewußt ist.

Arg wird es aber besonders dann, wenn der Vizekanzler, wie man ja Zeitungsberichten so oft entnehmen kann — zum Beispiel vor seiner Reise nach Moskau — erklärt, er glaube, daß nun besonders in Moskau gute Geschäfte möglich seien, weil Österreich den Flugboykott gegen die Sowjetunion nach Abschuß des koreanischen Verkehrsflugzeuges nicht mitgemacht habe. (*Beifall bei der ÖVP.*) Das sind genau die Äußerungen, die uns überall in der Welt verdächtig machen und glauben machen, daß wir uns nur in schlitzohrartiger Weise unserer Neutralität bedienen wollen. Das ist nicht unsere Neutralität, nicht die Neutralität, die die Gründerväter vor Augen hatten und die sich über Jahrzehnte hindurch so außerordentlich gut bewährt hat.

Wir wollen zu allen Staaten freundschaftliche Beziehungen aufrechterhalten, dabei aber auch keinen Zweifel über unsere ideologische Position aufkommen lassen. So gesehen gibt es für uns keine Äquidistanz zu den Großmächten.

Ich möchte hier wieder einmal betonen, daß die ÖVP gerade in schwierigen internationalen Zeiten natürlich bereit ist, in der Außenpolitik das Trennende wegzuschieben und zu versuchen, Gemeinsamkeiten besonders herauszuarbeiten. Unter Gemeinsamkeiten in der Außenpolitik verstehen wir — und ich möchte das wieder einmal wiederholen —, daß man sich über die Ziele und Methoden dieser Außenpolitik im klaren sein muß, daß man versucht, diese Gemeinsamkeiten zu formulieren und dann durchzusetzen, und daß es ein Vertrauen zu jenen geben muß, die dann die Außenpolitik auch durchführen.

Wir sind also selbstverständlich bereit, alle Anstrengungen zu unternehmen, um gemeinsame Standpunkte zu finden. Grundsätze können und wollen wir aber nicht aufgeben! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Diese Budgetdebatte findet zu einem Zeitpunkt statt, zu dem die Weltlage durch eine Reihe von ernsten Krisen gekennzeichnet ist. Ich glaube zwar nicht, daß zu einer besonde-

ren Hysterie Anlaß besteht, auf der anderen Seite müssen wir uns doch durchaus bewußt sein, daß es sehr viele explosive Krisenherde in der Welt gibt, die irgendeiner Lösung bedürfen oder deren Lösung zumindest dringend begonnen werden muß.

Allerdings — Gott sei Dank — gibt es nicht nur negative Erscheinungen in der Weltpolitik, es gibt auch einige erfreuliche Perspektiven. Hier möchte ich insbesondere auf die Rückkehr des großen Landes Argentinien zur Demokratie verweisen. Wir müssen uns bewußt sein, daß dies natürlich nur ein erster Schritt ist, daß sich diese neue Demokratie gegenüber den Problemen der Arbeitslosigkeit, des Wirtschaftsdesasters, der inneren Unruhe erst zu bewähren hat.

Ebenso ist es ein Zeichen sehr ermutigender, internationaler Solidarität, daß zum Beispiel bei der Verleihung des Nobel-Preises an Lech Walesa auch der chilenische Gewerkschaftsführer Seguel anwesend war und daß gerade auch zur gleichen Zeit in Chile die Weltunion der Christdemokraten mit den chilenischen Demokraten eine machtvolle Solidaritätskundgebung abgehalten haben. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Und schließlich sind auch die Lebenszeichen, die die „Solidarität“ in Polen von sich gibt, ein außerordentlich ermutigendes Zeichen, daß auch in schwierigen Zeiten Menschen ihren Drang nach Freiheit sich mutig zu artikulieren trauen. Und das mit der Entschlossenheit, diesen Kampf mit friedlichen Mitteln zu führen!

Einen gewissen Höhepunkt der politischen Entwicklung der letzten Monate ist zweifellos der Beginn der praktischen Durchführung des NATO-Doppelbeschlusses über die westliche Nachrüstung.

Die Aktivitäten der Friedensbewegungen haben sich in letzter Zeit ausschließlich auf die Verhinderung der Stationierung eines neuen Waffensystems in Westeuropa konzentriert. Frieden ist nicht schon allein durch die Einführung eines bestimmten Waffensystems gefährdet, wenn auch die Gefährlichkeit dieser neuen Waffen gar nicht unterschätzt werden kann. Es ist nicht allein die Waffe an sich, die erschauern läßt, sondern die Unsicherheit darüber, ob der Mensch, der hinter der Waffe steht, nicht sehr rasch der Beherrschte dieser Waffe wird. Noch kommt es jedenfalls auf den Menschen an.

Mit den beginnenden Zweifeln daran, daß

Dr. Steiner

mit materiellen Dingen und mit der Technik allein alle Probleme des Menschen gelöst werden könnten, mit dem dumpfen Gefühl, daß sich die Technik selbstständig zu machen droht, hat sich auch die tiefe Unsicherheit der Menschen gegenüber der Anhäufung von Rüstungspotential gerade in den letzten Monaten besonders gezeigt.

Die Menschen sind sicherlich nicht nur durch die atomare Rüstung bedroht. Die technische Entwicklung der sogenannten konventionellen Rüstung hat heute ein derart gefährliches Ausmaß erreicht, daß auch von dieser Seite enorme Bedrohungen einer Massenvernichtung ausgehen. Und gerade daran müssen wir in unserer Lage in Mitteleuropa denken.

Wenn wir von der Erhaltung des Friedens sprechen, so müssen wir uns im klaren sein, daß dazu natürlich viel Idealismus gehört, aber andererseits auch großer Realismus, um gesteckte Ziele zu erreichen. Das alleinige Nachrennen idealistischen Zielvorstellungen, das gebetsmühlenartige Wiederholen von Schlagworten und Aufrufen allein wird auf lange Sicht nicht zum gewünschten Erfolg führen, sondern eher zu neuen Enttäuschungen und zu neuen Befürchtungen.

Inmitten einer unermüdlich laufenden Friedenskampagne soll aber nicht außer Evidenz geraten, daß es offensichtlich bewährte Methoden der Friedenssicherung gibt, etwa das Gleichgewicht der Kräfte, wie es Europa seit bald 40 Jahren Frieden beschieden hat.

Damit es ganz klar wird: Selbstverständlich wäre es ein hohes, erstrebenswertes Ideal, wenn es gelingen würde, die gesamte Atombewaffnung in der Welt abzuschaffen und — und ich betone das Und — wenn es darüber hinaus gelingen würde, die dann besonders wirksam werdende Bedrohung durch konventionelle Waffen energisch zu reduzieren.

Damit sind wir bei dem Problem der Abrüstung. Ein neutraler Staat hat natürlich ein eminentes Interesse daran, daß ein Gleichgewicht der Kräfte in dem Raum besteht, in dem er lebt und daß dieses Gleichgewicht auf einem möglichst geringen Stand der Bewaffnung basiert. Wobei wir uns natürlich klar sein müssen, daß nicht allein technisch-militärische Dinge das Gleichgewicht bestimmen, sondern darüber hinaus noch eine Reihe anderer, ganz wichtiger Dinge, nämlich: politische Moral, Politik, wirtschaftliche Situation und was derartige Dinge mehr sind. Solange aber die vollkommene Abrüstung eine Illu-

sion bleibt, wird man nur versuchen können, die Rüstungen schrittweise und gleichmäßig zu vermindern.

Bei der Abrüstung stehen wir vor dem Dilemma, daß es nicht genügen würde, bereits entwickelte, eingeführte Waffensysteme zu zerstören, sondern man müßte auch die Möglichkeit, neue Waffensysteme zu erfinden, zu konstruieren, einsatzbereit zu machen, verhindern können. Es hat sich gerade in der Zwischenkriegszeit ganz klar gezeigt, wie rasch eine Wiederaufrüstung erfolgen kann.

Außerdem ist jede Abrüstung — und das sollten wir auch nie vergessen — nur solange wirksam und nur so gut, wie sie kontrolliert werden kann. Voraussichtlich wird es eine echt kontrollierbare und wirkungsvolle Abrüstung überhaupt so lange nicht geben, solange nicht die Menschenrechte allseits anerkannt und beachtet werden, solange nicht die Freiheit der Presse, der Meinung und der freie Zugang zu Informationen überall eingeführt und gesichert sind, denn nur dadurch besteht die Garantie einer echten Durchschaubarkeit der jeweiligen Rüstungs- und Abrüstungsanstrengungen.

Es kommt außerdem nicht nur auf die Waffentechnik an, sondern auch darauf, nach welchen Strategien ein Staat seine Verteidigung beziehungsweise seine aggressiven Absichten einrichtet. Daher ist auch die Offenlegung der Militärstrategie ein wesentlicher Punkt. Vor allem kommt es darauf an, ob ein Staat einer friedlichen oder einer aggressiven Ideologie anhängt.

Man darf sich auf dem Gebiet der Abrüstung aber auch nicht von Scheinlösungen täuschen lassen. Ich glaube, daß etwa eine solche Scheinlösung die sogenannten atomwaffenfreien Zonen sind, die nur in einem ganz beschränkten Gebiet ein Gefühl der Sicherheit zu geben vermögen. Ein Gefühl, das aber nicht durch Tatsachen begründet ist und auch nicht berechtigt ist, denn die Reichweite heutiger atomarer Waffensysteme macht den Grad der Bedrohung eines Gebietes nicht mehr davon abhängig, wie weit die Ziele von den Abschußbasen entfernt sind. Dazu nur ein Beispiel: Solange es im äußersten Norden Europas, etwa in Murmansk, das größte einzelne Atomwaffenarsenal der Erde gibt, kann man wohl nicht von einer atomwaffenfreien Zone in Europa sprechen. Schon die Mobilität der Abschußrampen läßt das Heranführen atomarer Waffen an atomwaffenfreie Zonen in kürzester Zeit zu.

2242

Nationalrat XVI. GP — 26. Sitzung — 13. Dezember 1983

Dr. Steiner

Meiner Überzeugung nach muß der Weg von der anderen Seite her gegangen werden, und zwar muß versucht werden, durch politische, militärtechnische Maßnahmen Vertrauensbildung zwischen den einzelnen Blöcken zu fördern und zu beginnen. Sozusagen von der Basis her muß diese Rüstungsspirale unterbrochen werden. Es ist das ein sehr mühevoller, ein sehr langer Weg, aber ich glaube, der einzige, der wirklich zum Ziele führt.

Dafür bietet uns ohne Zweifel die bevorstehende Konferenz über vertrauensbildende und sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa, die im Jänner in Stockholm stattfinden wird, einen wichtigen Ansatzpunkt. Bei dieser Gelegenheit möchte ich sagen, daß auch von unserer Seite die bisherige Vorgangsweise, Initiativen und Arbeiten der österreichischen Delegation bei der Europäischen Sicherheitskonferenz und bei der Vorbereitung zu dieser in Stockholm stattfindenden Konferenz als ganz hervorragend bezeichnet werden.

Ich glaube, es ist durchaus angebracht, daß man unseren führenden Beamten und ihren Mitarbeitern bei dieser Konferenz, vor allem Botschafter Dr. Ceska und seinem Nachfolger Gesandten Dr. Torowsky unsere Anerkennung für ihre Mühen, ihren Ideenreichtum, ihre Energie und auch für ihr Verhandlungsgeschick ausspricht. (*Allgemeiner Beifall*.)

Österreich leistet mit dieser Konferenzarbeit einen jener Beiträge für den Frieden, den ein neutraler Staat eben praktisch leisten kann.

Meiner Meinung nach hat diese Konferenz in Stockholm nur dann Erfolgsaussichten, wenn man sich tatsächlich um die vertrauensbildenden Maßnahmen auch in den Einzelheiten bemüht. Wenn es dabei aber nur wieder darum gehen sollte, daß weitschweifig über politische Probleme diskutiert würde, wie es so oft in internationalen Organisationen geschieht, über politische Probleme, für die es auf einer solchen Konferenz ja noch gar keine Lösung geben kann, so hätte diese Konferenz wenig Chancen. Ich meine, das würde aber etwa zutreffen, wenn man sich lang und breit über atomwaffenfreie Zonen unterhält, anstatt sich über Details der vertrauensbildenden Maßnahmen einig zu werden.

Ich hoffe sehr, daß von österreichischer Seite solche Detailvorschläge für praktische Vertrauensbildung vorgeschlagen werden, damit auf dieser Konferenz wieder die Neu-

tralen einen Einfluß auf den Gang der Dinge ausüben können und so ihre Verpflichtung, die Neutrale nun einmal für die Friedenserhaltung haben, voll zur Geltung bringen können.

Wenn man in diesen Tagen immer wieder davon hört, daß die eine oder andere Konferenz, die sich mit der Reduzierung atomarer Rüstung oder mit Abrüstung überhaupt befaßt, ins Stocken geraten ist, daß sich die Sowjetunion weitgehend aus diesen Konferenzen zurückzieht, wenn man hört, daß die UdSSR vielleicht auch die Wiener Truppenabbauverhandlungen verlassen will, so glaube ich, soll man die Lage zwar ernst ansehen, aber auch wissen, daß es sich hier ohne Zweifel um zwar riskante, aber doch eben um taktische Maßnahmen handelt.

In diesem Zusammenhang möchte ich feststellen, daß wir den gemeinsamen Entschließungsantrag der Abgeordneten Marsch, Steiner, Peter und Genossen betreffend die Fortführung der Abrüstungsverhandlungen und den gemeinsamen Entschließungsantrag der Abgeordneten Jankowitsch, Steiner, Peter und Genossen betreffend Bericht der österreichischen Bundesregierung über die Bemühungen zur Erhaltung des Friedens in Freiheit voll unterstützen.

Man wird nicht fehl in der Annahme gehen, daß die Sowjetunion, bevor sie ernsthaft weiterverhandelt, vor allem über zwei Fragen Klarheit haben will. Erstens, ob die NATO-Staaten tatsächlich in der Lage sind, die Nachrüstungsmaßnahmen politisch durchzuhalten, und zweitens wird die Sowjetunion wissen wollen, wer der nächste Präsident der Vereinigten Staaten sein könnte.

Natürlich wird die UdSSR mit gekonnter psychologischer Kriegsführung versuchen, die Lage in ihrem Sinne zu beeinflussen und den Gang der Dinge im Wechsel von neuen Vorschlägen und Drohungen für den Gegner zu einem atemberaubenden Wechselbad zu gestalten, zu einem echten Nerventest. Menschen ängstlich machen ist ja bekanntlich eine wirksame psychologische Waffe.

Als Neutrale sollten wir die Lage ruhig und überlegt beurteilen. Wir sollten auch einen Blick zurückwerfen, wie es zur gegenwärtigen Nachrüstung gekommen ist.

Wir dürfen nicht vergessen, daß der Entschluß der UdSSR, die SS 20 zu bauen, gerade mit dem Besuch Nixons bei Brezhnev 1972 zusammenfällt — dieser Besuch wurde

Dr. Steiner

damals als großes Entspannungsfest gefeiert —, daß im Jahre 1976 unmittelbar nach der Unterzeichnung der Schlußakte von Helsinki die ersten Erprobungen der SS 20 stattgefunden haben, und daß in einer Zeit, in der sich die USA entschlossen haben, den B 1 Bomber nicht zu bauen, den Bau der Marschflugkörper hinauszuzögern, die Sowjetunion mit der Aufstellung dieser SS 20 begonnen hat und bis heute damit fortfährt.

Wenn heute von der Sowjetunion Abrüstungs- oder Rüstungsbeschränkungsverhandlungen verlassen werden, so bin ich überzeugt, daß die Sowjetunion sich hier einer schlechten Optik aussetzt. Eine unserer Erfahrungen ist es doch wohl, daß immer derjenige, der Verhandlungen abbricht, sich in eine schlechte Position begibt, weil er ja irgendwann einmal wieder an den Verhandlungstisch zurückkehren muß.

Wir dürfen heute wohl überzeugt sein, daß niemand in West oder Ost so wahnsinnig ist, die nukleare Katastrophe absichtlich auslösen zu wollen. Beide Seiten wissen schließlich, welche Folge diese nukleare Katastrophe haben würde.

Trotzdem pokern sie mit hohem Einsatz, und darin liegt eine große Gefahr, und zwar meiner Meinung nach nicht so sehr in einer direkten Konfrontation der Supermächte, sondern daß sie mitten in diesem Rüstungspoker durch die Aufschaukelung regionaler Konflikte in eine direkte Konfrontation hinstolpern könnten.

In dieser schwierigen Weltlage wirkt es sich natürlich auch sehr nachteilig aus, daß das Prestige und die Wirksamkeit internationaler Organisationen zunehmend schwächer werden. Leider können heute internationale Organisationen nicht mehr ihre einstigen Fähigkeiten zur Friedenserhaltung oder zur Konfliktverhinderung, zur Konfliktlösung voll ausspielen. Wir sollten alles tun, um dieser Entwicklung in internationalen Organisationen Einhalt zu gebieten.

Internationale Organisationen sind heute nur dort noch wirksam, wo sie konkrete Aktionen in sachlicher Weise durchführen. Gott sei Dank gehört dazu der Einsatz der Friedenstruppen der Vereinten Nationen etwa in Zypern und im Nahen Osten. Österreich kann auf seine Leistungen auf diesem Gebiet, glaube ich, sehr stolz sein, die unter menschlichen und materiellen Opfern erbracht werden. (Beifall bei der ÖVP.)

Unser Dank soll hier besonders den Soldaten, aber auch den Steuerzahldern gelten, die diese Leistungen für Österreich, für den Frieden in dieser hervorragenden Weise erst möglich machen.

Vielleicht hier eine kurze Bemerkung zum Zypernproblem selbst. Natürlich hat die Ausrufung einer selbständigen türkisch-zypriotischen Teilrepublik eine Reihe von Verträgen und Abmachungen verletzt. Andererseits war es bemerkenswert, daß in diesem Zusammenhang die Kritik nie das Wort vom Recht einer Bevölkerung auf Selbstbestimmung ausgesprochen hat. Ich glaube, das ist ein bemerkenswerter Vorgang.

Wir können nur hoffen, daß diese Aktion der türkischen Bevölkerungsgruppe in Zypern nicht zu einem Zerfall dieses Staates führt, sondern daß es doch möglich ist, trotz der bestehenden Situation ernsthafte, erfolgreiche Verhandlungen zu führen.

Man muß im Zusammenhang mit dem Zypernproblem leider sagen, daß auch der Europarat nicht in der Lage war, mitzuhelfen, diesen Konflikt zu entschärfen. Es hat zwar vor einigen Jahren einen ausgezeichneten Bericht des jetzigen Generalsekretärs des Europarates Karasek über dieses Zypernproblem gegeben, allerdings hatte dieser Bericht dann keine weiteren Folgen mehr, etwa an Aktivitäten des Europarates zur Lösung des Konfliktes selbst.

Das ungelöste Zypernproblem ist für Europa ein ständiger Vorwurf der Unfähigkeit, eigene Schwierigkeiten meistern zu können. Es ist für Europa deshalb so bedeutend, daß dieses Problem gelöst wird, weil in unmittelbarer Nachbarschaft des Inselstaates eine Zone ständiger Kriegsgefahr beginnt, die von den furchtbaren Ereignissen in Libanon bis hinüber zu dem Drama des iranisch-irakischen Krieges in der Golfregion reicht.

Die Situation in dem leidgeprüften Land Libanon scheint hoffnungloser denn je zu sein. Hier gibt es so gut wie keine lokalen Elemente, die in der Lage und willens wären, ernste Gespräche zur Wiedererrichtung, zur Stabilisierung des Staates und zur Beendigung der Feindseligkeiten auf Dauer zu führen, und die Aussicht haben würden, solche Gespräche überhaupt zu überleben.

Die krisenhaften Erscheinungen sind allerdings nicht nur auf den europäischen und mitteleuropäischen Raum und nicht nur auf militärische Konflikte beschränkt. Auf dem Gebiete

2244

Nationalrat XVI. GP — 26. Sitzung — 13. Dezember 1983

Dr. Steiner

der Wirtschaft gibt es weltweite Schwierigkeiten. Die Verschuldung vieler Länder, die Unmöglichkeit, ihre Schulden zurückzuzahlen, haben unweigerlich mit der Zeit auch politische Folgen. Es ist ein gewisser Trend zum Protektionismus bemerkbar, der natürlich besonders die wirtschaftlich schwachen Länder in erheblichem Maße trifft.

Darüber hinaus ist die Weltwirtschaftskrise auch ein Element, das die Hilfe an unterentwickelte Länder drastisch zu gefährden droht.

Es ist ganz klar, daß sich daraus verheerende politische Folgen ergeben müssen. Die wirtschaftlichen Krisenerscheinungen sind in Europa in West und Ost spürbar. Der Osthandel ist für uns von außerordentlich großer Bedeutung. Wenn er tatsächlich zu gegenseitigem Nutzen gerät, wenn er nach rein kommerziellen Maßstäben erfolgt, dann kann er auch ein wertvolles Element der gemeinsamen Beziehungen werden. Gegenseitiger Nutzen heißt für mich ein volkswirtschaftlicher Nutzen und nicht nur, daß einige Betriebe Buchgewinne aufweisen können, und in Wahrheit muß dann der Steuerzahler verlorene Kredite berappen.

Ich glaube, wir sollen den Osthandel auch weiterhin mit Sachverstand, Energie, aber auch mit Realismus betreiben. Nur so bringt er allen Nutzen und bewahrt uns vor bitteren Enttäuschungen.

Die Schwierigkeiten der europäischen Volkswirtschaften belasten nun auch politisch die europäische Zusammenarbeit. Die letzte glücklose Verhandlungsrunde der Regierungschefs der EG-Länder in Athen macht uns klar, daß diese Vorgänge auch weit über den Rahmen der EG hinaus in Europa Folgen haben müssen; wirtschaftspolitische Folgen, politische Folgen.

Gerade diese Tatsachen müssen uns dazu veranlassen, als Land in der Mitte Europas, als neutrales Land, unsere Anstrengungen um beste Kontakte mit der EG zu intensivieren.

Unsere engen wirtschaftlichen Bindungen an die EG bewirken natürlich, daß Österreich die inneren Schwierigkeiten der Wirtschaftsgemeinschaft auch zu spüren bekommt, und die müssen wir zu meistern trachten. Dazu müssen wir die Kontakte zur Gemeinschaft auf allen Ebenen — bilateral in den Hauptstädten der EG-Länder, multilateral bei den Institutionen der EG und beim Europaparlament — ganz energisch intensivieren, denn

auch wirtschaftliche Entscheidungen fallen nach der politischen Interessenlage.

Um solche Entscheidungen vorzubereiten, wäre von uns eine intensive Kampagne notwendig. Der besondere Status Österreichs und dessen Wert für Europa muß mehr als bisher in den EG-Ländern bewußt gemacht werden. Hier vermisste ich vollkommen eine gezielte Aktivität dieser Regierung. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Eines der wichtigsten Gebiete der österreichischen Außenpolitik bleibt für uns die Europapolitik, und zwar sowohl als Politik der guten Nachbarschaft mit allen europäischen Ländern, gleich welcher Gesellschaftsordnung, als auch als aktive Teilnahme an den europäischen Institutionen.

Ein Problem der Nachbarschaftspolitik möchte ich besonders hervorheben: Südtirol war und bleibt immer eines der wichtigsten Anliegen unserer Außenpolitik. Es ist dies nicht nur ein politisch-moralisches Anliegen, für unsere Landsleute südlich des Brenners eine Schutzmachtfunktion auszuüben. Wir haben aus dem Völkerrecht, vor allem aus dem Pariser Vertrag, das vertragliche Recht und die Pflicht, dies zu tun. Das heißt, in Zusammenarbeit mit den Südtirolern dafür zu sorgen, daß sie eine echte Überlebenschance als Volksgruppe zugestanden bekommen. Den Mut, die Geduld, die Zähigkeit, den Willen zum Überleben müssen die Südtiroler selbst einbringen.

Bisher haben die Südtiroler eindrucksvoll gezeigt, daß sie ihren Beitrag leisten können und wollen. Und gerade die letzten Wahlen zum Südtiroler Landtag haben dies wiederum bewiesen, wenn es auch dabei zu einer größeren Stärkung extremer Tendenzen auf nationalistischem Gebiete gekommen ist.

Die Südtiroler und die Österreicher haben in der Verfolgung dieses Ziels bisher trotz manchem Auf und Ab ein sehr großes Maß an Gemeinsamkeiten gezeigt, und so muß es auch in der Zukunft bleiben.

Wir wollen den Südtirolern klar zu erkennen geben, daß wir den sichersten Weg zur Verwirklichung der Überlebenschance als Volksgruppe in der möglichst baldigen und vollkommenen Erfüllung des Operationskreditors zur Verwirklichung einer umfassenden und lebensfähigen Autonomie für Südtirol sehen (*Beifall bei der ÖVP*), und dafür wollen wir auch immer mit Zähigkeit und allem Nachdruck eintreten.

Dr. Steiner

Und noch eines: Auf das Recht auf Selbstbestimmung kann nicht von uns für andere verzichtet werden, und wir wollen das auch gar nicht tun! Wir haben aber die Pflicht, unseren Südtiroler Freunden ganz offen zu sagen, welche Politik wir zur Sicherung ihrer Lebensrechte und Überlebenschancen als Volksgruppe bei der Situation in Europa und in der Welt für einzig erfolgversprechend halten, und das ist gegenwärtig eben die volle Durchführung des Operationskalenders. (Beifall bei der ÖVP.)

Wir sollen den Südtirolern klar sagen, daß wir dabei bereit sind, unser Teil der Mitverantwortung voll zu tragen, wenn sie Lösungen gerade noch zumutbar finden und vor der Frage stehen, ob sie ablehnen oder zustimmen sollen. Wann immer Entscheidungen fallen und zu verantworten sind, dann müssen die Südtiroler wissen, daß wir an ihrer Seite zu finden sind. (Beifall bei der ÖVP.)

Die italienische Regierung muß sich ihrerseits klar darüber sein, daß sie sich nichts erspart, wenn Lösungen hinausgezögert werden, die ja auch im Pariser Vertrag ihre volle Deckung finden, wie zum Beispiel etwa die Sprachenfrage. Wir werden ganz einfach nicht nachgeben und keine Ruhe lassen, bis die Dinge, die notwendig sind, auch tatsächlich verwirklicht worden sind.

Auch müßte der italienischen Regierung und den italienischen Parteien klar sein, daß sie mit dem Verzögern von Lösungen auch ihrer eigenen Volksgruppe in der Provinz Bozen einen außerordentlich schlechten Dienst erweisen. Gerechte, unerlässlich notwendige Lösungen werden ja mit dem Zeitablauf nicht billiger zu haben sein. Immer neue Komplikationen werden dann die Verantwortung nicht leichter, sondern schwerer ertragbar machen.

Wir von der Österreichischen Volkspartei werden alles dazu beitragen, daß die Gemeinsamkeiten zwischen den Parteien in der österreichischen Südtirolpolitik aufrechterhalten bleiben. (Beifall bei der ÖVP.)

Beim Besuch des italienischen Ministerpräsidenten im Jänner kommenden Jahres in Wien wird sicher ausführlich Gelegenheit sein, um mit Nachdruck auf die Erlassung der noch ausstehenden und unerlässlichen Durchführungsbestimmungen durch die italienische Regierung zu drängen.

Nun noch einige Worte zum Europarat, dem unsere besondere Mitarbeit gilt.

Ich möchte an dieser Stelle der Bundesregierung dafür danken, daß sie die Wiederkandidatur von Generalsekretär Karasek wirkungsvoll unterstützt. Selbstverständlich haben auch wir Abgeordnete alles in unserem Bereich für einen Erfolg dieser Kandidatur zu leisten.

Auch im Europarat wie in anderen, internationalen Organisationen muß man dringend Überlegungen anstellen, wie die Arbeit dieser Organisation besser und effektiver gestaltet werden kann. Dies ist natürlich nicht nur eine Frage, daß man Verfahrensregeln verbessert, technische Neuerungen einführt, sondern natürlich ist die Effektivität einer solchen Organisation in allererster Linie vom politischen Willen und von der Entschlossenheit der Mitglieder abhängig. Trotzdem glaube ich, sollte jeder an der Stelle, an der er etwas zur Verbesserung der praktischen Arbeitsfähigkeit einer solchen Organisation tun kann, dies auch tatsächlich tun und mit Energie betreiben. (Beifall bei der ÖVP.)

So müssen wir auch versuchen, verbesserte Verfahrensregeln durchzusetzen. Mit einigen Miteinbringern habe ich einen Antrag der Parlamentarischen Versammlung vorgelegt, damit in einer Session alle Abstimmungen auf einen Tag verlegt werden. Das hat nämlich die Bedeutung darin, daß es häufig im Europarat zu Beschlüssen kommt, die von einer sehr geringen Anwesenheit bei der Abstimmung gekennzeichnet sind. Damit, mit diesem Vorschlag, daß alle Abstimmungen an einem Tag erfolgen sollen, soll eine entsprechende Anwesenheit bei wichtigen Abstimmungen gewährleistet werden, damit diesen Beschlüssen auch ein repräsentatives, ein wirkliches Gewicht verliehen werden kann. Dieses Abstimmungsverfahren wird im übrigen demnächst in der Praxis erprobt werden.

Ich habe einen weiteren Vorschlag vorbereitet, der auf eine bessere Zusammenarbeit in wichtigen Fragen zwischen den Kommissionen der Parlamentarischen Versammlung und dem Ministerkomitee hinzielt. Ich werde diesen Vorschlag in der Jänner-Tagung der Parlamentarischen Versammlung, wie ich hoffe mit der Unterstützung der ganzen österreichischen Delegation, einbringen.

Ich habe außerdem mit einigen anderen Miteinbringern auch einen Resolutionsentwurf der Parlamentarischen Versammlung vorgelegt, der eine wirkungsvollere Vorgangsweise des Ministerkomitees dann ermöglichen soll, wenn ein Mitgliedsland, aus welchen Gründen immer, in der Parlamentari-

Dr. Steiner

schen Versammlung nicht vertreten ist oder nicht entsprechend der politischen Landschaft eines Mitgliedsstaates, und daß dieses Land dann, obwohl es keine parlamentarische Repräsentanz hat, im Ministerkomitee voll mitstimmen, voll entscheiden, Entscheidungen blockieren kann. Dieses ist sicherlich etwas, was in Zukunft geändert werden muß.

Ich darf hoffen, daß von der österreichischen Seite im Ministerkomitee eine Unterstützung dieses Vorschlags erfolgt. Daher haben die Abgeordneten Steiner, Hesele, Probst und Genosßen im Hohen Haus folgenden Entschließungsantrag betreffend Europarat eingebbracht:

Entschließungsantrag:

Der Nationalrat wolle beschließen:

Der Herr Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten wird aufgefordert, weiterhin auf erhöhte Effizienz des Europarates und ein stärkeres Gewicht dieses Forums in der europäischen Einigung zu dringen. Das integrationspolitische Gewicht des Europarates wird von dem Maß mitbestimmt, in dem es diesem gelingt, Demokratie und Pluralismus in seinen Mitgliedsstaaten einen echten Rückhalt zu bieten. Einem so wichtigen Ziel hat auch die Gestaltung der Statuten des Europarates zu dienen. Eine Änderung derselben, die bereits zur Diskussion gestellt wurde, könnte sich in nächster Zeit tatsächlich als unbedingt notwendig erweisen. Der Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten wird eingeladen, diese Bestrebungen in geeignet erscheinender Weise zu unterstützen.

Der Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten wird weiters ersucht, sich in dieser Frage — so wie bisher — auch mit den österreichischen Delegierten zur Parlamentarischen Versammlung des Europarates zu koordinieren.

Dieser Antrag stützt sich auf die Erfahrung im Zusammenhang mit meiner Tätigkeit als Türkei-Berichterstatter.

Für das Selbstverständnis einer Organisation, die sich so hohe Ziele gesteckt hat wie der Europarat, ist die Art und Weise, wie sie sich gegenüber einer Situation wie der der Türkei verhält, von entscheidender Bedeutung. Man würde es sich sehr einfach machen, würde man nur die Charta des Europarates gewissermaßen als Checkliste nehmen, Punkt für Punkt abhaken und bei zu

geringer Punktzahl den Schleudersitz für ein Mitglied betätigen. Die Entscheidung ist nicht nur eine Frage rein juridischer Überlegungen, sondern ist eben eine echte politische Entscheidung, die selbstverständlich auf der Grundlage der vertraglich übernommenen Verpflichtungen der Mitgliedsländer des Europarates getroffen werden muß. Maßstab ist die Respektierung der Menschenrechte in einem Land.

Im Jänner wird die Parlamentarische Versammlung über den Verbleib der Türkei im Europarat zu befinden haben.

Zum Schluß scheinen mir noch einige recht offene persönliche Bemerkungen notwendig. Die Aufgabe eines Berichterstatters der politischen Kommission des Europarates für das Problem Türkei ist nicht gerade leicht. Den einen ist man zu radikal, zu unnachgiebig, den anderen zu weich, und schließlich ist man immer unter vollem Beschuß durch die türkischen Militärs — ich meine natürlich publizistischen Beschuß. Da wird nicht mit Verdrehungen, Verleumdungen, Beschuldigungen gespart. Wenn man für die Demokratie eintritt, ist es eben so, daß einem diese Dinge begegnen. Da habe ich ein Leben voll Erfahrungen bereits hinter mir. Ich wurde persönlich zur beliebten Zielscheibe dieser Militärs, weil ja alle Resolutionen, die seit drei Jahren in der Parlamentarischen Versammlung verabschiedet wurden und die sich kritisch mit der Verletzung der Menschenrechte und Grundfreiheiten in diesem Mitgliedsland des Europarates auseinandersetzen, von mir erarbeitet wurden und mit meinem Namen verbunden sind. Zielscheibe eines Diktaturregimes zu sein, gegen das man auftritt, ist eine Sache, und das, was ich in diesem Zusammenhang an Verunglimpfungen durch die SPÖ erlebt habe, ist eine andere Sache und übersteigt meine Erwartungen.

Da hat eine türkische Zeitung heuer im Jänner behauptet, ich hätte vor jetzt schon bald drei Jahren so beim Kaffee gesagt: „So ein Regime wie in der Türkei würden wir auch in Österreich brauchen.“ Also eine Behauptung, die nach all meiner Tätigkeit im Europarat und für jeden, der mich nur einigermaßen kennt, der meine Vergangenheit kennt, mein Verhältnis zur Demokratie kennt, leicht als böswillige Verleumdung erkennbar sein müßte.

Abgeordnete des SPÖ-Klubs haben sich aber die Tatsache, daß es eine solche Meldung in einer türkischen Zeitung gegeben hat, in einer parlamentarischen Anfrage von

Dr. Steiner

Außenminister Pahr bestätigen lassen, und dann wurde diese Anfragebeantwortung, die diese lügenhafte Behauptung der türkischen Zeitungen enthielt, im Wahlkampf gegen mich zur persönlichen Diffamierung benutzt.

Dies ist deshalb so besonders schäbig, meine Damen und Herren, weil diese lügenhafte Behauptung der türkischen Zeitung in einem Angriff gegen mich erfolgte, da ich zu einer Resolution, die ich der Parlamentarischen Versammlung vorgelegt habe, noch einen eigenen Zusatzantrag durchsetzte, der die türkische Regierung aufforderte, die Rechte der religiösen und ethnischen Minderheiten zu achten. Das überstieg die Belastbarkeit der türkischen Militärs. Der Staatspräsident, der Außenminister, die türkischen Zeitungen griffen mich persönlich an. Und was macht die SPÖ? Sie bedient sich der Verleumdung eines solchen Regimes, um mich persönlich zu diffamieren. Grauslich, mies, schäbig! (Beifall bei der ÖVP.)

Solche Vorgänge, so schäbig sie auch sein mögen, können mich nicht davon abhalten, mit voller Kraft immer für die Demokratie einzutreten, wann immer und wo immer dies notwendig sein sollte, für eine Demokratie, in der solch schäbiges Verhalten eben vorkommen kann, und die doch die beste politische Lebensform ist, die wir uns vorstellen können, und für die es sich lohnt, viel in Kauf zu nehmen (Beifall bei der ÖVP), für die auch mein Vater ins KZ gegangen und dann auch gestorben ist.

Als es mir wieder einmal in meiner Laufbahn gegönnt war, einiges für die Demokratie und die Demokraten zu tun, wie etwa in meiner Zeit in Griechenland, habe ich die volle tatkräftige Unterstützung des verstorbenen Parteiobmannes der SPÖ — Pittermann — ganz ostentativ, aus sich selbst heraus und ganz öffentlich gefunden, auch für Dinge, die gerade am Rande dessen waren, was ein Botschafter noch tun kann.

Sie, die Sie für diese Schäbigkeit, die Sie mir angetan haben, verantwortlich sind, sollten sich im Andenken an einen Mann wie Bruno Pittermann Ihres Tuns schämen. Ich hoffe, Sie sind fähig dazu. Ich danke, Herr Vorsitzender. (Beifall bei der ÖVP.) 17.47

Präsident Dr. Stix: Der soeben verlesene Entschließungsantrag der Abgeordneten Dr. Steiner, DDr. Hesele, Probst und Genossen betreffend Europarat ist genügend unterstützt und steht mit in Verhandlung.

Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Marsch. Ich erteile es ihm.

17.48

Abgeordneter Marsch (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! Es ist dies nun die erste Budgetdebatte, in der das Außenministerium mit Minister Lanc unter neuer Führung ist. Herr Minister Lanc ist es gelungen, sich in kürzester Zeit einzuarbeiten und mit ruhiger, aber bestimmter Hand die österreichische Außenpolitik erfolgreich, dynamisch und kontinuierlich fortzusetzen.

Österreich ist durch seine Außenpolitik in der Ära der Kanzlerschaft Kreisky größer geworden. Kreisky war auch der Wegbereiter neuer Beziehungen zu den Oststaaten, indem er diese nicht als Monolith betrachtete — wie das üblicherweise geschieht —, sondern unter Bedachtnahme auf die differenzierten Eigenheiten dieser Staaten Kontakte pflegte. Wir haben so ein hohes Niveau der Normalisierung zu unseren Nachbarstaaten und den Staaten des Ostpaktes, zum Beispiel zu Ungarn, erreichen können.

Gerade ein Staat wie Österreich, an dessen Grenzen zwei Nachbarstaaten des Warschauer Paktes und der NATO liegen, der an einen blockfreien Staat wie Jugoslawien grenzt und an zwei demokratische und neutrale Staaten, wie die Schweiz und Liechtenstein — wir haben also alle Schattierungen an unseren Grenzen —, muß an solchen Beziehungen interessiert sein. Aber unser Herz und Verstand gehört dem pluralistischen Westen ebenso wie unseren Freunden auf der anderen Seite des Ozeans. Dorthin haben wir heute enge und gute Beziehungen. Zu den Staaten des Ostens unterhalten wir aber ebenso durchaus normale Kontakte, die manchmal bis zur freundschaftlichen Verbundenheit reichen — ich denke hier beispielsweise an Ungarn.

Bundeskanzler Kreisky hat aber diese Einstellung zu den Oststaaten nicht gehindert, die sowjetische Außenpolitik zu gegebenem Anlaß anzuprangern, wie bei den Ereignissen in Afghanistan und in Polen. So waren seine Bestrebungen letzten Endes gekennzeichnet von dem Bestreben, den Frieden in der Welt zu erhalten.

Österreichs Position in den 35 Jahren seit dem Staatsvertrag ist keine Stunde in Frage gestellt worden und hat im besonderen durch das Wirken Kreiskys eine Stellung erreicht wie nie zuvor. Gewiß sind wir an einer

Marsch

gemeinsamen Außenpolitik mit der Opposition interessiert. Wenn das das Ziel ist, ist aber im Hinblick auf die grundsätzlichen Differenzen in den Parteien diese Vorgabe nicht immer ganz erfüllbar.

Wir dürfen aber nicht vergessen, daß sich die Bedingungen der Weltpolitik doch wesentlich geändert haben. Es gibt heute nicht eine einzelne simple Antwort für die ineinander verzahnten Problembereiche und Krisen. Es ist schwierig, die Frage zu beantworten, was nun eigentlich getan werden muß. Das Netz der herkömmlichen, zumeist linearen Betrachtungsweisen stimmt nicht mehr, es reicht nicht mehr aus. Antworten müssen in internationalen Debatten erarbeitet werden. Das kann lange dauern, bis es ein Ergebnis oder nur ein Teilergebnis gibt. In eingefahrenen Bahnen läßt sich heute schlecht Politik machen, und die Verallgemeinerung der Erfahrung bringt uns zu falschen Schlußfolgerungen.

Große Sorge macht uns die Politik der Freunde in der Europäischen Gemeinschaft. Dort gibt es über 12 Millionen Arbeitslose, also beinahe zweimal so viel, wie Österreich Einwohner hat, und das ist im Hintergrund der Ost-West-Spannungen besonders besorgniserregend. Die Landwirtschaftsprobleme sind dort nicht gelöst. Der Beitritt Spaniens und Portugals ist längst überfällig. Da die Finanzierbarkeit des gemeinsamen Marktes ihre Grenzen gefunden hat, ist der letzte Gipfel der Staaten der Europäischen Gemeinschaft in Athen gescheitert. Wir betrachten dies mit besonderer Sorge, da wir uns vom europäischen Markt nicht abkoppeln können, aber auch gar nicht abkoppeln dürfen.

Es wäre falsch, würde man die Europäische Gemeinschaft in ihrer gesamten Arbeit als gescheitert betrachten. Vielmehr ist es so, daß die Europäische Gemeinschaft durch die aufbrechenden Egoismen ihrer Mitglieder in diese Situation gebracht wurde, wozu noch die Verschärfung der wirtschaftlichen und handelspolitischen Auseinandersetzungen zwischen der EG und den USA kommen, die auch wir zu spüren bekommen. Sogar die britische Regierungschefin spricht in diesem Zusammenhang von einer zunehmenden Restringierung der Importpolitik. Auch wir spüren die Entliberalisierung der Wirtschaftspolitik in den USA sehr deutlich, insbesondere die hohen Zinssätze, die zu beträchtlichen Kapitalabflüssen aus Europa führen. Sie verkürzen ja die Kapitaldecke Europas. Und die Volkswirtschaften der kommunistischen Länder sind in unterschiedlichem Ausmaß in

großen Schwierigkeiten, nur geht es ihren Völkern sozial und wirtschaftlich schlechter als in den Demokratien. Bei aller Genügsamkeit der Menschen dort, die wirklich vorhanden ist, gibt es chronische Agrarkrisen und minderwertige Konsumgüterproduktionen im Gegensatz zu der dort hochentwickelten Rüstungsindustrie.

Österreich hat zwei Einrichtungen, in denen es sich in der europäischen Politik in besonderer Weise zu Wort melden kann. Die eine ist der Europarat, das Europa der 21 — wir haben mit diesen Staaten die Grundzüge der westlichen Demokratie gemeinsam —, die andere, die Konferenz für Sicherheit, Zusammenarbeit und Entspannung, kurz KSZE genannt, die sich auf unseren gesamten geographischen europäischen Kontinent erstreckt. Die KSZE, die nun ihre Tagung in Madrid beendet hat, ist das zweite Folgetreffen nach Helsinki und hat ein Ergebnis gebracht, das ausgewogen war, da in allen drei Körben etwas geschehen ist. Ein Ergebnis, das aber auch substantiell war, weil es weittragende Konsequenzen gibt. Und damit meine ich beispielsweise die Folgekonferenzen für Menschenrechte, die menschliche Kontakte beinhaltet, die friedliche Streitbeilegung, bis zu einem Kulturforum und dem Seminar für Zusammenarbeit im Mittelmeerraum — das ist alles vorgesehen —, aber auch die Stockholmer Konferenz für vertrauensbildende Maßnahmen und Abrüstung.

Ich kann hier mit meinem Vorräder in breiten Passagen konform gehen, und ich glaube, es ist unser aller Anliegen, daß dieser Prozeß, den die KSZE-Konferenz seinerzeit in Helsinki begonnen hat, auch bei den viel schwierigeren Umständen nun fortgesetzt wird. Im Madrider Schlußkommuniqué gelang es erstmalig, die Fortsetzung des KSZE-Prozesses zu sichern. Das heißt, die regelmäßige Abhaltung von Folgetreffen ist in Madrid institutionalisiert worden. Österreich hat — und das muß ganz besonders betont werden — die Verpflichtung zur Veröffentlichung des gesamten Madrider Schlußdokuments erreicht. Darauf hat der Herr Außenminister in einer Regierungssitzung hingewiesen, und es ist ein vitales Interesse Österreichs, alle Maßnahmen zur Entspannung zu fördern.

In diesem Sinne kann es als großer Fortschritt angesehen werden, daß darin zum ersten Mal grundsätzlich das Recht auf Arbeit anerkannt, daß die Möglichkeit, freie Gewerkschaften zu gründen oder ihnen beizutreten, in diesem Papier festgehalten wird, sowie das

Marsch

Recht der Gewerkschaften, ihre Tätigkeit und Rechte entsprechend den internationalen Vereinbarungen auszuüben, weitergetrieben wird. Das ist zum ersten Mal im KSZE-Prozeß zum Ausdruck gekommen. Auch die Anträge auf die Genehmigung binationaler Heiraten oder Familienzusammenfassungen sollen künftig in sechs Monaten beschieden werden. Das ist immerhin eine erste genaue Fristangabe in solchen Angelegenheiten.

Die N- und N-Staaten, wie die neutralen und blockfreien im Rahmen der KSZE-Konferenz genannt werden, haben an dem Erfolg der Madrider Konferenz maßgeblichen Anteil. Das war möglich, weil sich diese Staaten in ihrer Zielsetzung einig waren. Entspannungspolitik ist ja nicht konzipiert, um politische Ordnungen zu verändern. Demgemäß stellt das in Helsinki Vereinbarte keinen politischen Vertrag, sondern lediglich eine Absichtserklärung dar. Dasselbe gilt auch für jede Nachfolgekonferenz.

Aber Entspannungspolitik ist Friedenspolitik. In Madrid ging es darum, die anderen nicht aus der Verantwortung zu entlassen. Entspannungspolitik ist für die Demokratie nicht Defensive, sondern Offensive.

Natürlich kann sich die KSZE von der Polarisierung der politischen Zustände nicht lösen. Und am 17. Jänner des nächsten Jahres wird nun in Stockholm die Konferenz über vertrauensbildende Maßnahmen und Abrüstungsmaßnahmen in Europa beginnen. Vertrauensbildende Maßnahmen sind Voraussetzung für die Rüstungskontrolle. In einer Zeit, in der nun nach Genf befürchtet werden muß, daß auch die Wiener Verhandlungen „sine die“, also ohne Fortsetzung eines Datums vertragt werden, ist diese Stockholmer Konferenz ein Hoffnungsschimmer zur Stabilisierung der militärischen Lage auf unserem Kontinent, weil es das einzige multilaterale Gesprächsforum zwischen Ost und West ist.

Österreich als neutraler und friedenswilliger Staat hat aber großes Interesse an der Wiederaufnahme der Verhandlungen in Genf und Wien. Die österreichische Bundesregierung hat demgemäß in begrüßenswerter Weise einen Appell an die Genfer Verhandlungspartner gerichtet, alle Möglichkeiten zu nutzen, um eine Wende im Rüstungswettlauf herbeizuführen und die Rüstungsspirale durch echte Abrüstung umzukehren, damit das Gleichgewicht des Schreckens dem Gleichgewicht der Vernunft weichen muß.

Die Sowjetunion hat den Verhandlungs-

tisch in Genf verlassen. Das ist Grund genug zur Beunruhigung. Es geht um die Wiederaufnahme der Verhandlungen, bevor noch einige Runden unkontrollierter Rüstung entstehen, bevor die Pershing 2 gefechtsbereit ist.

Schon um 1975 und danach wurde das Problem des Ungleichgewichtes in Europa mit der Stationierung der SS-20 erst geschaffen; daran muß man auch gebührend erinnern.

Ich möchte in diesem Zusammenhang einen Entschließungsantrag einbringen, gemeinsam mit den Kollegen Dr. Steiner und Peter, der folgenden Wortlaut hat:

Der Nationalrat wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert, auf alle Verhandlungspartner, insbesondere auf die beiden Großmächte, dahin gehend einzuwirken, alle Möglichkeiten auszunützen, um eine Wende im Rüstungswettlauf herbeizuführen und zu echten, kontrollierbaren Abrüstungsmaßnahmen zu kommen.

Gleichzeitig wird die Bundesregierung aufgefordert, die bevorstehende Konferenz über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa, die am 17. Jänner 1984 in Stockholm beginnt, dazu zu benutzen, um konkrete, substantielle, vertrauensbildende Maßnahmen und Abrüstungsschritte zu fördern.

In der Auseinandersetzung Ost-West hat sich ja der Sinn des Krieges geändert. Mit solchen Waffen wie heute ist ein Krieg nicht mehr überlebbar, nicht gewinnbar; also eine ganz andere Ausgangsposition.

Politisch hat der NATO-Beschluß spaltend und nicht einigend gewirkt, weil die einen nur den einen Teil der Nachrüstung und die anderen nur den Teil der Rüstungsreduzierung gesehen haben. Inzwischen werden die Raketen aufgestellt, die Pershing 2, die Cruise Missiles im Westen, und im Osten die SS-20, die SS-21, die SS-22 in den Oststaaten, ganz nahe von uns.

Es wundert daher nicht, wenn Günter Grass in einem Brief an seine deutschen Abgeordneten gesagt hat — ich zitiere —, man solle den sowjetischen Sicherheitswahn, der zur Stationierung der SS-20 Raketen geführt hat, nicht mit der Stationierung von atomaren Mittelstreckenraketen beantworten. Das verdoppelt den Wahnsinn — sagt er —, schmälert die ohnehin dürftige Sicherheit

2250

Nationalrat XVI. GP — 26. Sitzung — 13. Dezember 1983

Marsch

und wird ein weiteres Wettrüsten auslösen. — Soweit Günter Grass.

Aber hier zeigt sich die große Ohnmacht der zwei Supermächte gegenüber dem Problem. Die Politik dürfte man da nicht den Militärs überlassen, die denken in ganz anderen Kategorien. Das ist das Verhängnisvolle dabei.

Die Entspannung schaut aber in Europa ganz anders aus als anderswo. Altkanzler Kreisky würdigte das am Beispiel Österreichs, als er sagte: Hätte es keine Entspannung gegeben, wäre Österreich kein so blühendes Land geworden.

Unser Fortschritt in Österreich ist auch das Ergebnis dieser Entspannungspolitik von damals. Die Position Österreichs gegenüber der Sowjetunion und den USA ist so gesichert, wie sich das vor 28 Jahren niemand vorstellen konnte, wie dies nun wirklich eingetreten ist. Österreich ist nämlich ein bescheidener, aber anerkannter Faktor der Weltpolitik geworden, und wir müssen für ein umfassendes Rüstungsgleichgewicht auf möglichst niedrigem Niveau eintreten. Vorrüstung und Nachrüstung bedeuten aber Aufrüstung. Es geht um das Gleichgewicht nach unten. Und jetzt wird das Gleichgewicht nach oben versucht.

Bestimmte Parteien Europas haben ihre Position nun geändert. Da kommt die christlich-freidemokratische Regierung Deutschlands zum gleichen Ergebnis wie die sozialistisch-kommunistische Regierung in Frankreich. Das verstehe ich nicht.

Und die UdSSR hat sich vom Verhandlungstisch zurückgezogen. Was ist denn die Alternative dazu? — Jenseits des Ozeans gibt es wirklich welche, die meinen, daß man einen begrenzten Atomkrieg führen könne. Das ist eine tödliche Illusion.

In Europa sehen wir das viel empfindlicher, weil wir die ersten Opfer wären. Wir müssen die Gretchenfrage, zuerst vorrüsten und dann nachrüsten, wegschaffen. Wenn es ein Gleichgewicht gäbe, dann ist die Frage: Welches? Was wird bewertet? Wirtschaftlich und militärisch? Regional und global? Und würden es beide Großmächte anerkennen: Wie erfolgt dann diese Bewertung?

Wir befinden uns doch in der Situation, in der die Sicherheit von uns allen bedroht ist, und das außerhalb der politischen Kontrolle. Sinnvolle Konzessionen können bei gegensei-

tigem Mißtrauen wahrlich nicht entstehen, da muß ein neuer Realismus entstehen. Man muß immer wieder nach neuen Wegen der Verhandlungen suchen, anders wird es nicht gehen. Die Verantwortung der Weltmächte ist sehr groß, sie sind verpflichtet, besondere Beiträge zur internationalen Ordnung zu leisten. Keine Macht kann und darf die Welt allein beherrschen.

Und wir als neutraler Staat, der seine Neutralität als eine aktive auffaßt, müssen sie dazu mahnen und auffordern, im Interesse unserer eigenen Sicherheit. (Beifall bei SPÖ und FPÖ.) 18.07

Präsident Dr. Stix: Der soeben vorgelegte Entschließungsantrag der Abgeordneten Marsch, Dr. Steiner, Peter und Genossen ist genügend unterstützt und steht daher mit in Verhandlung.

Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Peter. Ich erteile es ihm.

18.07

Abgeordneter Peter (FPÖ): Herr Präsident! Herr Bundesminister! Meine Damen und Herren! Ich nehme meinen Ausführungen die Feststellung vorweg, daß wir Freiheitlichen sowohl dem in Verhandlung stehenden Budgetkapitel als auch den drei vom Herrn Abgeordneten Dr. Steiner zitierten Entschließungsanträgen zustimmen werden.

Hohes Haus! Was der griechische Ministerpräsident Papandreu als eine der Hauptursachen für den gescheiterten Athener EG-Gipfel bezeichnet hat, läßt sich auch auf die derzeitigen weltpolitischen Krisenerscheinungen übertragen. Papandreu sprach von totalem Mangel an Kompromißbereitschaft.

Dieser totale Mangel an Kompromißbereitschaft hat weltweite Krisenerscheinungen bewirkt, deren Ausmaß von niemandem unterschätzt werden darf. Man scheut sich daher aus gutem Grund, für den Abbruch der Genfer Verhandlungen über die Mittelstrekkenraketen in Europa das Wort „scheitern“ zu verwenden, da diesem etwas Endgültiges anhaftet mit Folgen, die in ihrer Bedrohlichkeit kaum auszudenken sind.

Die Urteile über diesen wie man nur hoffen kann vorläufigen Mißerfolg sind quer durch Europa sehr unterschiedlich. Sie reichen von einer eindeutigen Parteinaufnahme für die im NATO-Doppelbeschuß des Jahres 1979 unter den bekannten Bedingungen vorgesehene Aufstellung der Raketen über eine Vielzahl

Peter

von Nuancen bis hin zu einer leidenschaftlichen Verurteilung der Nachrüstung.

Wiewohl wir Freiheitlichen in Übereinstimmung mit der von den österreichischen Bundesregierungen seit jeher verfolgten außenpolitischen Linie das militärische Gleichgewicht zwischen den beiden Weltmächten für unerlässlich halten und daher von der Sinnhaftigkeit einer einseitigen Abrüstung nicht überzeugt werden können, stehen auch wir der gerade von der Jugend so stark artikulierten Friedenssehnsucht mit großer Sympathie und mit großem Verständnis gegenüber.

Man möge sich dort, wo die Entscheidungen fallen, keiner Täuschung hingeben: Es handelt sich hier in Europa um eine echte und um eine breite Bewegung, die man ernst nehmen muß, eine Bewegung, die man aber keinesfalls mit jenen nicht zu unterschätzenden Kräften gleichsetzen darf, deren Ziel darin besteht, freiheitlich-demokratische und damit rechtsstaatliche Gesellschaftssysteme ins Chaos zu stürzen. (Beifall bei FPÖ und SPÖ.)

Eine Frage, an der heute kein Weg mehr vorbeiführt, lautet: Wie lange dauert es noch, bis das Gleichgewicht der Kräfte endgültig und irreversibel zu einem Gleichgewicht des Wahnsinns geworden ist?

Nicht nur die Sozial- und die Wirtschaftspolitik bedürfen neuer Ideen, um die Völker und Staaten vor dem Weg in eine Sackgasse zu bewahren, die internationale Politik bedarf dieser neuen Ideen noch dringender, soll die Menschheit vor dem furchtbarsten Ereignis der Geschichte verschont bleiben.

So viel es zu diesem Thema auch noch zu sagen gäbe, auf Grund der vorgerückten Stunde und der Zeitvereinbarung möchte ich nichts von dem wiederholen, was Außenminister Lanc bereits dazu gesagt hat. Außerdem ist aus freiheitlicher Sicht nichts hinzuzufügen.

Ich erinnere an dieser Stelle an jenen Gedanken von Carl Friedrich von Weizsäcker, den dieser in jüngster Zeit der Nuklearrüstung zugeordnet hat. Ich zitiere:

„Sie hat uns eine Atempause gegeben, die schon drei Jahrzehnte dauert. Dafür danke ich dem lieben Gott, das ist gar nicht so selbstverständlich. Aber auf lange Frist hilft nur eine politische Regelung — die Schaffung einer Weltfriedensordnung.“

Letzterem kann gerade aus der Sicht des

neutralen Österreich voll und ganz zugesimmt werden, aber auch sonst erscheint an den Überlegungen Weizsäckers so manches durchaus überlegenswert.

Während Österreich dort, wo es um entscheidende Belange des Ost-West-Verhältnisses geht, vielfach nur Zaungast ist, stellt die KSZE jenes politische multilaterale Forum dar, in dem wir auf die Ost-West-Beziehungen als neutraler Staat mitgestaltend Einfluß nehmen können. Das fällt umso mehr ins Gewicht, als der KSZE-Prozeß im Bereich der Entspannungspolitik derzeit so ziemlich der einzige Lichtblick beziehungsweise der mit Abstand wichtigste Aktivposten ist.

Die Ereignisse des Madrider Folgetreffens sind, gemessen an den Erwartungen, die streckenweise nicht ohne Grund sehr pessimistisch waren, alles in allem ein beachtlicher Erfolg, und an diesem Erfolg hat Österreich einen entscheidenden Anteil.

Die von der österreichischen Delegation geleistete Arbeit, aber auch das Engagement der beiden Außenminister Dr. Pahr und Lanc verdienen vollste Anerkennung, ganz gleich, von welchem parteipolitischen Standpunkt man diese Arbeit auch beurteilt. In diesem Sinne, Herr Bundesminister, darf ich Ihnen, Ihrem Haus und allen Bediensteten und Beamten des Außenministeriums den allerherzlichsten Dank überantworten. (Beifall bei FPÖ und SPÖ.)

Es ist Österreich im Verein mit den anderen „N+N“-Staaten trotz einer denkbar ungünstigen Ausgangsposition und ungeachtet immer neuer Schwierigkeiten gelungen, den KSZE-Prozeß wieder mit Leben zu erfüllen. Das war nur möglich, weil diese Gruppe nicht willens war, sich mit der dramatischen Verschlechterung der Ost-West-Beziehungen auch im KSZE-Bereich einfach abzufinden.

Ohne die permanente und zähe Vermittlungstätigkeit der „N+N“-Staaten wäre eine Einigung von nennenswerter Substanz nicht zu erreichen gewesen.

Ungeachtet ihres Ringens um den Kompromiß haben die europäischen Neutralen ihren Standort im Lager der westlichen pluralistischen Demokratien von Anfang an klar und eindeutig herausgestellt. Herr Abgeordneter Dr. Steiner! Von ideologischer Neutralität kann also weit und breit weder hier noch dort die Rede sein.

Ob Madrid mit Blick auf die Ost-West-

2252

Nationalrat XVI. GP — 26. Sitzung — 13. Dezember 1983

Peter

Beziehungen zu einer Trendwende führen wird, wäre beziehungsweise ist eine Prognose, die heute wohl niemand wagen würde. Jedenfalls aber wurde ein positives Signal gesetzt, und zwar mit einem Schlußdokument von ganz beachtlicher Substanz, über die ich mich auch aus Zeitgründen nicht verbreiten möchte.

Daß Wien für das am 4. November 1986 beginnende dritte KSZE-Folgetreffen als Konferenzort ausersehen wurde, darf man als internationale Würdigung jener Rolle verstehen, die Österreich bisher im KSZE-Prozeß erfolgreich gespielt hat. Die Umsicht, die das Außenamt bereits beim Stockholm-Vorbereitungstreffen im Oktober und im November 1983 bewiesen hat, berechtigt zu der Hoffnung, daß Österreich die sich im nächsten Jahr bietende Chance mit größtmöglichem Geschick nutzen wird.

Im außenpolitischen Konzept der Freiheitlichen Partei bildet Europa seit jeher einen Schwerpunkt. In diesem Kontext ist auch unser besonderes Interesse an einem erfolgreichen KSZE-Prozeß zu sehen.

Der Außenminister selbst hat kürzlich — es war im Finanz- und Budgetausschuß — darauf hingewiesen, daß der Europapolitik in der Regierungserklärung vom 31. Mai dieses Jahres im Vergleich mit vorangegangenen Regierungserklärungen ein ganz bedeutender Stellenwert eingeräumt wurde, und zwar mit voller Unterstützung des freiheitlichen Koalitionspartners, und ich füge hinzu, nicht nur mit voller Unterstützung, sondern auch unter maßgeblicher Mitwirkung der Freiheitlichen Partei. (Beifall bei FPÖ und SPÖ.)

Meine Damen und Herren! Diese sehr akzentuierte programmatische Verankerung der Europapolitik in dieser Regierungserklärung entspricht nicht nur unserer grundsätzlichen Haltung, sondern sie entspricht darüber hinaus dem dringenden Erfordernis, das sich aus den feststellbaren und leider sehr wenig ermutigenden Entwicklungen in der EG ergibt.

Vom Athener Gipfel abgesehen meine ich den Dynamisierungsprozeß innerhalb der Gemeinschaft, dessen mögliche negative Auswirkungen Drittstaaten gegenüber Anlaß zu ernster Sorge geben. Für Österreich bedeutet das die Notwendigkeit besonderer Wachsamkeit. Es kann dem Außenministerium bescheinigt werden, daß es sich dieser besonderen Wachsamkeit durchaus befleißigt.

Es geht darum sicherzustellen, daß Österreich so wie andere EFTA-Staaten über Vorräte der EG zeitgerecht entsprechende Informationen erhält und auf diese Weise nach Möglichkeit auf die Entscheidung noch entsprechend Einfluß nehmen kann.

Mit vollem Recht wird von der österreichischen Seite immer wieder die „europäische Qualität“ der Beziehungen zwischen den Partnern des europäischen Freihandelssystems betont. Die nicht der EG angehörenden Länder der Europäischen Freihandelszone können und müssen Anspruch darauf erheben, daß sie mit Brüssel auf einer anderen Ebene verkehren als auf der Ebene für sonstige Drittländer.

Genau das ist mit dem Begriff der „europäischen Qualität“ der Beziehungen gemeint; der besonderen Qualität von Beziehungen, die auf einer starken wirtschaftspolitischen Verflechtung, auf einer gemeinsamen Interessenslage und — nicht zuletzt — auf gemeinsamen Wertvorstellungen beruhen.

Im übrigen sind wir uns dessen bewußt, daß es ja nicht nur darum geht, Tendenzen in Richtung einer Abkapselung der EG entgegenzutreten, sondern vielmehr auch darum, die Zusammenarbeit mit der EG im Rahmen des bestehenden Freihandelsabkommens weiter zu intensivieren und zielstrebig auf solche Bereiche auszudehnen, die vom Freihandelsabkommen nicht erfaßt sind.

Meine Damen und Herren! Die Realisierung dieser Zielsetzungen ist in letzter Zeit und besonders nach dem Athener Gipfel wahrlich nicht leichter geworden. Wir Freiheitlichen haben aber den Eindruck, daß von der Bundesregierung derzeit tatsächlich alles Menschenmögliche getan wird, um die integrationspolitischen Interessen unseres Landes der EG gegenüber mit Nachdruck wahrzunehmen. Im übrigen hoffe ich, daß sich die britische Regierungschefin mit der Meinung irren möge, wonach die EG „bis an den Rand des Bankrotts“ gehen müsse, bevor eine Umkehr möglich sein werde.

Mit einer EG „am Rande des Bankrotts“ würde es um Europa noch schlechter bestellt sein, als das unerfreulicherweise derzeit schon der Fall ist.

Hohes Haus! In den Beziehungen zu den Nachbarstaaten möchte ich jene positiven Ansätze nicht unerwähnt lassen, die in der Entwicklung unserer Beziehungen zur ČSSR festzustellen sind. Die österreichische Parla-

Peter

mentarierdelegation, die unter der Leitung des Präsidenten Benya der ČSSR im September dieses Jahres einen Besuch abgestattet hat, war bemüht, dazu einen Beitrag zu leisten.

Nun zu Südtirol. Die Landtagswahl vom 20. November 1983 hat mit ihrem Ergebnis die Kontinuität der Verhältnisse in Südtirol unterstrichen und neuerlich bestätigt. Nun geht es darum, jene Anstrengungen zu erneuern, die auf die volle Paket-Erfüllung hin ausgerichtet sind.

Die Regierungserklärung vom 31. Mai 1983 stellt in diesem Zusammenhang eine Zielvorgabe und Verpflichtung dar, die an Klarheit nichts zu wünschen übrig läßt.

Ich nehme die heutige Feststellung des Herrn Abgeordneten Dr. Steiner mit Genugtuung zur Kenntnis, daß die Gemeinsamkeit aller drei Fraktionen dieses Hohen Hauses in der Südtirol-Frage ungebrochen ist und daß Bundesregierung und Nationalrat gemeinsam alle Möglichkeiten ausschöpfen werden, um die volle Paket-Erfüllung und damit die Gewährleistung der Autonomie der deutschen Volksgruppe in Südtirol durch Italien zu bewirken. (Beifall bei der FPÖ und bei Abgeordneten der SPÖ.)

Auf ein Problem muß ich in diesem Zusammenhang mit Südtirol noch eingehen, weil es der Herr Abgeordnete Dr. Steiner nicht erwähnt hat.

Mit Recht ist man dort bestürzt über die Einbindung der Faschisten in die weitere Abwicklung beziehungsweise in die letzten Entscheidungen betreffend das Südtirol-Paket. Und auch wir Freiheitlichen sind bestürzt über diesen italienischen Schritt:

Eine Partei, die der Demokratie — gelinde gesagt — mit einer allgemein bekannten Distanz gegenübersteht und die erklärtermaßen in Südtirol militante Gegnerin der Paket-Lösung ist, in den gegenständlichen Entscheidungsprozeß miteinzubeziehen — und sei es auch nur beratend —, heißt wahrhaftig den Bock zum Gärtner zu machen. (Beifall bei der FPÖ und bei Abgeordneten der SPÖ.)

Meine Damen und Herren! Natürlich wissen wir, daß es sich in diesem Zusammenhang um einen aus der Sicht Italiens internen Schritt beziehungsweise innenpolitischen Vorgang handelt, und es ist klar, daß eine offizielle österreichische Intervention deshalb nicht erfolgen kann. Wir hoffen aber mit

Zuversicht, daß die österreichische Diplomatie auf Grund ihrer Erfahrung und auf Grund ihrer Talente Mittel und Wege findet, unser Befremden Italien gegenüber dennoch deutlich zu artikulieren. Nicht zuletzt auch der für Anfang des nächsten Jahres in Aussicht genommene Besuch des italienischen Ministerpräsidenten Bettino Craxi sollte dazu Gelegenheit bieten.

Meine Damen und Herren! Es ist bedauerlich, aber leider unvermeidlich, daß manch bedeutsames Problem der Außenpolitik im Rahmen der Budgetdebatte nur eine Erwähnung, nicht aber eine gründliche Erörterung erfahren kann. Das wird dann beim nächsten Außenpolitischen Bericht nachzuholen sein.

Die Menschenrechte und das Recht der Völker auf Selbstbestimmung ist jenes Kapitel der internationalen Politik, in dem die Dinge in argen liegen:

Die sowjetische Okkupation in Afghanistan dauert an, der Bogen der Trost- und Hoffnungslosigkeit spannt sich von Zentralamerika über den Nahen Osten bis Afrika. Ein Lichtblick — es wurde heute schon erwähnt — ist die Rückkehr Argentiniens zur Demokratie.

In der Bewältigung der Nord-Süd-Problematik wurden leider keine Fortschritte erzielt. Der unselige Krieg zwischen dem Iran und dem Irak sowie die Tragödie im Libanon sind Krisenherde, welche weder die Supermächte noch die Vereinten Nationen im Griff haben.

Die Brisanz, die diesen Krisenherden innewohnt, läßt mich an ein Wort von George F. Kennan erinnern. Ich zitiere:

„Ich glaube nicht, daß ein richtiger Friede zustandekommen und bestehen könnte, wenn nicht beide Seiten“ — gemeint sind die Supermächte — „von diesem wahrhaftig schmachvollen, von tiefstem Zynismus und gemeinster Korruption begleiteten Massenexport von Waffen in andere Länder Abstand nehmen ... Für diesen ungeheuren Mißbrauch kann es keine wie immer geartete Berechtigung geben.“ — Ende des Zitats.

Dem, meine Damen und Herren, ist nichts hinzuzufügen als die Feststellung, daß Österreich den richtigen Weg geht, wenn es auf der Grundlage der aktiven Neutralitätspolitik unabsehbar an der Entspannungspolitik festhält. An einer Entspannungspolitik, die frei von Illusionen, aber voller Engagement ist.

2254

Nationalrat XVI. GP — 26. Sitzung — 13. Dezember 1983

Peter

Mit Hilfe der Entspannungspolitik der Erhaltung des Friedens dienen, ist und muß die Aufgabe sein, die sich der Außenpolitik stellt, ganz gleich, ob es sich um ein kleines oder um ein großes Land handelt. Gerade deswegen ist zu unterstreichen, was Außenminister Lanc kürzlich in einem Vortrag vor der Österreichischen Gesellschaft für Außenpolitik gesagt hat:

„Es gibt auf die Dauer keine militärische Lösung. Jeder Sieg ist ein Pyrrhus-Sieg. Der Friede ist nur zu erreichen mit allen, die ihn halten und gewährleisten wollen.“

Hohes Haus! Ich schließe mit einem Gedanken, den jüngst ein europäischer Außenminister so formuliert hat:

„Der Friede läßt sich nicht herbeischweigen und er läßt sich auch nicht herbeipolemisieren. Der Friede will täglich neu bewahrt, täglich neu gesichert, und der Friede will täglich neu gestaltet werden.“

Mögen alle der Außenpolitik Verpflichteten in West und Ost und darüber hinaus diesem Grundsatz dienen. Dann wird es möglich sein, den Frieden zu bewahren. (Beifall bei der FPÖ und bei Abgeordneten der SPÖ.) ^{18.26}

Präsident Dr. Stix: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Bundesminister Lanc. Ich erteile es ihm.

^{18.25}

Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten **Lanc**: Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Zuerst einige Bemerkungen zur Südtirol-Frage, zum operativen Teil:

Kurz nach meinem Amtsantritt Anfang Juli habe ich mich mit den Herren Landeshauptleuten von Nord- und Südtirol getroffen, um die weitere Vorgangsweise hinsichtlich der Südtirol-Anliegen in dem Sinne, wie das mein Amtsvorgänger und auch alle seine Amtsvorgänger betrieben haben, in kooperativer Weise und mit den zuständigen freigewählten Repräsentanten zu besprechen.

Es hat dann anlässlich der Konferenz in Madrid eine Begegnung mit dem damals neu bestellten italienischen Außenminister Andreotti gegeben, wo ich Gelegenheit hatte — und sie natürlich wahrgenommen habe —, auf die Dringlichkeit der Erledigung jener beiden Paket-Punkte hinzuweisen, die unmittelbar vor den italienischen Wahlen in der dafür zuständigen paritätischen Verhandlungskommission so gut wie erledigt worden sind, näm-

lich die Sprachengleichstellung und die Errichtung einer autonomen Sektion des Verwaltungsgerichtshofes in Bozen.

Nicht nur wegen des erfreulicherweise bevorstehenden Besuches des italienischen Ministerpräsidenten im ersten Quartal des nächsten Jahres, sondern auch auf Grund der Informationen, die ich habe, bin ich persönlich guten Mutes, daß sich die italienische Regierung wirklich um eine Verwirklichung dieser Punkte bemüht und daß in absehbarer Zeit mit einer Erledigung zumindest der Errichtung einer autonomen Sektion des Verwaltungsgerichtshofes und, wie ich hoffe, bald darauf auch mit der Sprachengleichstellungsfrage gerechnet werden kann.

Das ist jedenfalls der Erwartungshorizont, den ich ganz unverblümt im Zusammenhang mit den bevorstehenden Begegnungen zwischen meinem italienischen Amtskollegen und mir und zwischen dem Herrn Ministerpräsidenten Italiens und dem Herrn Bundeskanzler habe.

Herr Präsident! Hohes Haus! Mit diesem Budget werden die finanziellen Grundlagen für die österreichische Außenpolitik im kommenden Jahr gelegt, und es wäre sinnlos, das Hohe Haus um Genehmigung der Mittel zu bitten, ohne politisch zu wissen, was damit geschehen soll. Ich versichere Ihnen, daß wir uns gerade in einer Zeit zunehmender internationaler Instabilität angesichts andauernder politischer und wirtschaftlicher Krisenscheinungen besonders gründlich Gedanken machen, wie wir die kontinuierliche Linie der österreichischen Außenpolitik unter diesen veränderten Voraussetzungen fortsetzen können.

Sicher, die Entwicklung der Weltpolitik, die Eigendynamik der Spannung zwischen den Supermächten kann von der Außenpolitik eines neutralen Kleinstaates nicht bestimmt werden. Auch Prognosen fallen daher 1984 schwerer als in früheren Jahren. Gerade deshalb fühlen wir uns aber verpflichtet, mögliche Varianten durchzudenken, wie und auch wann wir einen Beitrag leisten können, der zu einer Wiederaufnahme eines echten Dialogs zwischen den Supermächten führt. Politisch wird die Rolle des neutralen Österreich in der gegenwärtigen Weltlage sicher nicht einfacher. In der Hochblüte der Entspannungspolitik hat sich der politische Handlungsspielraum aller kleinen und mittleren Staaten Europas — sogar derer, die einem der Paktsysteme angehören — vergrößert. Davon zeihen wir heute.

Bundesminister Lanc

Der KSZE-Prozeß hat darüber hinaus auch die Rolle Österreichs strukturell verbessert. Das verpflichtet uns, selbstbewußt, aber ohne Großmannssucht, diesen Prozeß ganz besonders in Zeiten wie diesen zu fördern. Das haben wir in Madrid getan, als andere schon aufgegeben hatten. Das werden wir weiter tun, vor allem im Rahmen der Stockholmer Konferenz für vertrauensbildende Maßnahmen und Abrüstung.

Sicher, das weltpolitische Klima ist schlecht. Dennoch, so glaube ich, sollten wir uns vor unzulässigen Vergleichen hüten. All jene — von Klaus Emmerich bis zum geschätzten Kurt Waldheim —, die jetzt vom kalten Krieg sprechen, sollten sich doch daran erinnern, wie schlimm der wirkliche kalte Krieg Ende der vierziger und Anfang der fünfziger Jahre war, sollten sich daran erinnern, was heute trotz Aufrüstung von dem bewahrt ist, was Helsinki gebracht hat. Diese besondere Funktion, die Österreich — wie ich am Madrider Beispiel aufgezeigt habe — zukommt, wird uns nicht in falscher Sicherheit wiegen, aber sie ist eine politische Chance für unser Land, und wir werden sie nützen.

Der Neutrale, meine Damen und Herren, Hohes Haus, ist seiner Umwelt soviel wert, wie er ihr politisch nützlich ist. Wir werden diesen Wert hochhalten, doch ohne Anbiederung und ohne eigene Positionen aufzugeben, denn gerade Duckmäusertum oder die mancherorts propagierte blinde Anhänglichkeit würden uns zum Spielball, zur Marionette machen und damit unsere Stellung entwerten.

Wir hatten und wir haben feste Positionen: Das uneingeschränkte Bekenntnis zur Demokratie und damit zur Politik der Menschlichkeit. Die Korb-III-Vereinbarungen erleichtern uns zudem die Legitimation im Bereich der humanitären Außenpolitik. Österreich ist nicht nur eines von wenigen — auch wenigen westlichen — Ländern, das im kritischen Länderbericht der Gefangenenhilfe-Organisation Amnesty international nicht erwähnt wird. Österreich bemüht sich im internationalen Rahmen ganz besonders um den Schutz und — das soll man nicht geringschätzen — den Ausbau der Menschenrechte.

Wir beschreiten hier verschiedene Wege: den der konzeptionellen Mitarbeit in internationalen Organisationen, die sich der Menschenrechte annehmen, aber auch den bewährten Weg der stillen Diplomatie, die zwar keine Schlagzeilen bringt, aber schon tausenden Menschen geholfen hat.

Hohes Haus! Parallel zur jahrzehntelangen Kontinuität der österreichischen Außenpolitik entwickelte sich in den letzten eineinhalb Jahrzehnten eine Art Kontinuität konservativer Kritik an den Außenministern. Auch dazu ein Wort.

Die Vorwürfe reichten vom Neutralismus über Ostansfälligkeit bis zuletzt zum angeblichen Antiamerikanismus. Ein Blick in die jüngere Geschichte zeigt, daß die zunächst kritisierte Politik nach oft kurzer Zeit allgemein akzeptiert wird. (Abg. Steinbauer: Aber beim Cap war es nicht so!) Das war bei der Anerkennung der Volksrepublik China früher, bei der Entsendung von Gastdelegationen zu den Gipfeltreffen der Blockfreien später der Fall. (Abg. Steinbauer: Wie war es beim Cap?)

Und der angebliche Antiamerikanismus? Dazu vorerst ein persönliches Wort. Es gibt wohl einige in Österreich, die für vieles in den Vereinigten Staaten, was anders ist als bei uns, so viel Verständnis, in manchen Fällen auch Bewunderung, aufbringen wie ich. Es ist weder inkonsequent noch konzeptlos, wenn ich in zwei Vorträgen zu völlig verschiedenen Themen, die zufällig an aufeinanderfolgenden Tagen gehalten werden, einmal unter anderem die USA wegen ihrer Invasion Grenadas kritisiere und das andere Mal über das Konzept der Bundesregierung spreche, mit dem wir unsere Beziehungen zu den Vereinigten Staaten und seinen Menschen weiter intensivieren wollen.

Wir sind den Vereinigten Staaten in vieler Hinsicht verbunden, vor allem im Bekenntnis zur Demokratie, zur Verteidigung der Menschen- und Völkerrechte. Aber gerade deshalb bleibt eine Völkerrechtsverletzung eine Völkerrechtsverletzung.

Hohes Haus! Seit unsere Neutralität konzipiert wurde, gab es bei manchen Politikern der USA unrealistische Erwartungen, falsche Interpretationen und Mißverständnisse. Univ.-Prof. Dr. Sturz hat erst am Wochenende in einem interessanten Beitrag darauf hingewiesen.

Mit dem USA-Konzept der Bundesregierung unternehmen wir eine neue Anstrengung, um die besondere Stellung Österreichs fester im Bewußtsein der Amerikaner zu verankern. Damit soll die Basis für menschliche, kulturelle, wirtschaftliche und damit natürlich auch für die politischen Beziehungen erweitert werden.

2256

Nationalrat XVI. GP — 26. Sitzung — 13. Dezember 1983

Bundesminister Lanz

Ein anderer Kritikpunkt ist der als guter Ratschlag getarnte Vorschlag, Österreich sollte sich doch aus Konflikten möglichst heraushalten. Er wird gerade jetzt am Beispiel der Nahost-Politik aktualisiert. Neutrale wie wir sollen sich da raushalten.

Meine Damen und Herren! Im Konflikt selbst ist Österreich ohnehin immer neutral gewesen. Die Stationierung österreichischer Soldaten als Teil der friedenserhaltenden Mission der UNO am Golan zwischen Israel und Syrien unterstreicht das. Doch was die Ursachen und die möglichen Folgen betrifft, kann es auch in dieser Auseinandersetzung keine geistige Neutralität geben. Wir dürfen hier mit unserer Meinung nicht hinter dem Berg halten — auch im eigenen Interesse.

Wegen der Gefahr, die für Europa und damit auch für uns vom Nahen Osten ausgehen kann, sind wir schon sehr früh aktiv geworden. Das Risiko einer weiteren Eskalation des Konflikts, einer Konfrontation der beiden Supermächte und damit einer unmittelbaren Gefährdung Europas ist derzeit besonders groß. Unser Interesse und unsere Beteiligung an Versuchen zur friedlichen Beilegung des Konflikts kann gerade in einer solchen Zeit nicht geringer werden.

In diesem Zusammenhang: Es ist sicherlich kein Beitrag zu einer künftigen friedlichen Lösung der Nahostkrise, nicht einmal zur Beruhigung des Libanon, der darunter so fürchterlich leidet, wenn der Abzug der PLO-Verbände Yassir Arafats unter dem Schutz der UNO von Israel behindert wird. Das widerspricht dem, was von Habib 1982 für den Abzug der PLO aus Beirut vereinbart worden war, noch mehr aber dem zwischen Israel und dem Libanon am 17. Mai dieses Jahres abgeschlossenen Abkommen, das den Abzug aller nach Ansicht der Vertragspartner „irregulären Kräfte“ — wie es dort heißt — aus dem Libanon vorsieht.

Hohes Haus! Auch die Weltwirtschaftskrise ist entgegen anderslautenden Meldungen noch keineswegs überwunden. Unsere Betriebe, ihre Arbeiter und Angestellten wissen das. Die Förderung der Interessen der österreichischen Wirtschaft, vor allem die tatkräftige Unterstützung der Exportwirtschaft, ist daher eine der wesentlichsten Aufgaben der österreichischen Außenpolitik und unserer Diplomaten in dieser Zeit.

Wir haben alle gemeinsam bemerkenswerte Erfolge erzielt. Durch die Not der internationalen Rezession erfinderisch gemacht, konn-

ten die österreichischen Exporteure neue Märkte erschließen und so Einbrüche in anderen Bereichen ausgleichen.

In vielen Bereichen war das nur durch eine unorthodoxe Kooperation der Wirtschaft mit der Diplomatie möglich. Auch in diesem Zusammenhang und ganz besonders in diesem Zusammenhang möchte ich die Gelegenheit meiner heutigen Wortmeldung wahrnehmen, um auf die ausgezeichnete Qualität und Arbeit meiner Mitarbeiter hinzuweisen. (Beifall bei SPÖ und FPÖ.)

Hohes Haus! Eine Folge der Weltwirtschaftskrise, die mich besonders beschäftigt, ist die zunehmende Tendenz zu protektionistischen Maßnahmen, zu denen auch jene Länder neigen, die das Kredo des freien Welthandels besonders lautstark vortragen.

Schritte in diese Richtung werden auch von den Europäischen Gemeinschaften und ihren Mitgliedstaaten gesetzt oder geplant. Eine Reihe von Maßnahmen würde die Europäischen Gemeinschaften stärker von den übrigen westeuropäischen Staaten absondern. Ich sehe, wie ich schon einige Male in Gesprächen auch mit Ressortkollegen aus den EG-Ländern betonte, für einen solchen Fall die Gefahr einer Dreiteilung Europas. Das ist nicht nur eine rein wirtschaftliche, das ist, auf lange Frist gesehen, auch eine politische Frage.

Während sich die Wirtschaftsbeziehungen Österreichs mit den Europäischen Gemeinschaften nach dem Abschluß des Freihandelsabkommens in den Phasen der Hochkonjunktur dynamisch und aus eigener Kraft entwickelten, ist es jetzt angesichts der Verschärfung der weltweiten Krise außerordentlich wichtig, mit politischen Interventionen gegen die Benachteiligung unserer Wirtschaft vorzugehen.

Die Europapolitik, die immer schon ein Schwerpunkt unserer Außenpolitik war, hat dadurch heute noch zusätzlich an Bedeutung gewonnen. Österreich ist aus grundsätzlichen Überlegungen eine Vollmitgliedschaft in den Europäischen Gemeinschaften verwehrt. Umsomehr wollen wir uns bemühen, pragmatisch Wege zu suchen, wie wir an der Weiterentwicklung der Zusammenarbeit mit den Europäischen Gemeinschaften beteiligt werden können — nicht formal, aber faktisch.

Unser Ziel ist es, Hohes Haus, in für uns relevanten Fragen von den Europäischen Gemeinschaften schon bei der Planung neuer

Bundesminister Lanc

Maßnahmen gehört zu werden und unsere Interessen auszudrücken, bevor noch Entscheidungen in den Europäischen Gemeinschaften fallen.

Im politischen Bereich ist der Europarat für uns nach wie vor das bedeutendste, weil umfassendste Forum der europäischen Integration. Wir werden uns auch weiterhin darum bemühen, den Europarat politisch zu stärken.

Es ist für uns selbstverständlich, in diesem Zusammenhang all jene Initiativen weiterhin zu unterstützen, die von meinen Amtsvorgängern — vom heutigen Herrn Bundespräsidenten angefangen bis zum Kollegen Pahr — ergriffen worden sind. Es ist für uns ebenso selbstverständlich, die Arbeit aller unserer Abgeordneten, aber auch unserer österreichischen Freunde im Sekretariat und den Generalsekretär selber zu unterstützen. (Beifall bei SPÖ und FPÖ.) ^{18.45}

Präsident Dr. Stix: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Fachleutner. Ich erteile es ihm.

^{18.45}

Abgeordneter Fachleutner (ÖVP): Herr Präsident! Herr Bundesminister! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte meine Ausführungen in drei Teile teilen: die wirtschaftlichen Probleme, wie wir sie international sehen, die Sorge über die Aufrüstung und die Verantwortung auf Grund eines gemeinsamen Beschlusses bezüglich der wirtschaftlichen Landesverteidigung.

Herr Bundesminister, ich zitiere aber zuerst noch aus einer Rede Präsident Reagans nach seinem Amtsantritt, wo er zwei Prioritäten für die gesamte freie Welt mit der Aussage festlegte, daß sich jeder verantwortliche Politiker bemühen müßte, der Entwicklung ins Auge zu sehen, daß die Technologie in Zukunft mit gewaltigen Mitteln ausgestattet werden müsse, weil sich nur daraus ein Wirtschaftsaufschwung und eine Arbeitsplatzsicherung ergeben würden.

Diese Aussage und auch die Tätigkeit in den Vereinigten Staaten von Nordamerika — ich konnte mich im heurigen Jahr auch selbst mit einer Wirtschaftsgruppe davon überzeugen — wird fallweise von westeuropäischen Politikern einer schweren Kritik unterzogen. Man spricht von Massenarbeitslosigkeit, man denkt aber nicht daran, daß in den Vereinigten Staaten von Nordamerika 130 Millionen Menschen in den Arbeitsprozeß eingegliedert

sind und gleichzeitig zwischen 12 und 15 Millionen Menschen aus den südamerikanischen Staaten in den Vereinigten Staaten von Nordamerika schwarzarbeiten. Das würde bedeuten — auf meine Frage an den Botschafter —, daß es in Amerika fast keine Arbeitslosen gäbe, wenn die Schwarzarbeiter aus den südamerikanischen Staaten nicht vorhanden wären. Das heißt, daß sich durch diese Entwicklung der Umstrukturierung der Volkswirtschaft auch Aspekte einer Vollbeschäftigung ergeben haben.

Die zweite Priorität, die der amerikanische Präsident damals an die freie Nation und an die freie Welt gerichtet hat, betraf das Erkennen der großen Gefahren, die aus den Ostblockstaaten durch die Aufrüstung drohen. Man sprach von 160 Divisionen, die bei einer Umrüstung mit Atomsprengköpfen ausgestattet und in der weiteren Folge mit Raketenbatterien verstärkt wurden, nicht nur auf dem Lande, sondern auch auf dem Seeweg.

Reagan versuchte eine geistige Mobilisierung in der gesamten Welt, auch in Europa, einzuleiten, wo er Verständnis fand bei der Ministerpräsidentin Thatcher, beim damaligen Bundeskanzler Schmidt — bedauerlicherweise wird er gegenwärtig nicht mehr von der sozialistischen Opposition anerkannt —, Unterstützung auch vom Sozialisten Mitterrand und vom gegenwärtigen Ministerpräsidenten in Italien, einem Sozialisten, von denen dieses Programm und diese Ansichten befürwortet werden, erhielt, um Ihnen nur einige Staaten vor Augen zu führen. Ich sage deshalb, daß diese Prioritäten, wie ich betont habe, nicht nur für Amerika, sondern für die gesamte freie Welt von entscheidender Bedeutung waren.

Trotzdem gibt es Brennpunkte, die man auch sehen müßte. Ich denke hier an den Nahen Osten; es wurde auch vom Kollegen Steiner darauf Bezug genommen: Ein Pulverfaß, das jeden Tag explodieren könnte, wo die Glaubensbekenntnisse einen Bürgerkrieg entfachen in Anwesenheit von amerikanischen Soldaten, auch in Anwesenheit von in der Nähe stationierten russischen Soldaten. Eine unüberlegte Handlung oder ein unüberlegter Schuß könnte den Dritten Weltkrieg zum Ausbruch bringen, und das wollen wir alle nicht.

Warum sage ich das? Ich gehe in dieser Frage mit dem Außenminister konform. In einer solchen Entwicklung können blockfreie Staaten und auch neutrale Staaten nicht schweigen, wenn es um die Freiheit beziehungsweise um die Sicherheit der gesamten

160

2258

Nationalrat XVI. GP — 26. Sitzung — 13. Dezember 1983

Fachleutner

Welt geht, wenn man versuchen müßte, dort, wo man sich präsentieren kann, auch darauf zu verweisen, daß abgebrochene Verhandlungen wieder in Fluß gebracht werden sollten.

Wenn ich den Nahen Osten noch näher beleuchte, müssen wir auch das Wirtschaftliche sehen, was eine totale Krise für die gesamte westeuropäische Industrie und auch für die Landwirtschaft bedeuten würde, welche Konsequenzen sie für den Import des Rohöls mit sich bringen würde, wo doch fast zwei Drittel der Rohölmenge in ganz Westeuropa aus dieser Region gekauft werden.

Ich sage dies deshalb, weil ich im Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Landesverteidigung glaube, daß wir viel zuwenig Vorsorge, ja überhaupt keine getroffen haben. Wenn ich richtig informiert bin, würde im Falle einer totalen Krise nur Treibstoff für 14 bis 20 Tage in Österreich vorhanden sein. (Abg. Braun: Für sechs Monate!) Es wurde mir berichtet. (Abg. Braun: Das ist ein falscher Bericht!)

Das heißt, daß man sich mit dieser Frage sehr ernst befassen muß. Der Herr Außenminister sollte — vielleicht gemeinsam mit der Bundesregierung — versuchen, dafür Vorsorge zu treffen, daß im Falle einer totalen Krise jener Treibstoff, der für wichtige Industriebetriebe beziehungsweise auch für die Landwirtschaft erforderlich wäre, also zumindest 30 Prozent des heutigen Bedarfs, vorhanden ist, um die wichtigsten Betriebe in Gang halten beziehungsweise die Ernährung sichern zu können. Das ist eine Aufgabe der Bundesregierung.

Weiters sehen wir, daß die Landwirtschaft seitens der Wirtschaftsgemeinschaft voll einer Diskriminierung unterzogen ist. Bedenken Sie doch, daß von den EG Importen in einer Größenordnung von 10 Milliarden Schilling nach Österreich kommen und wir nur in der Lage sind, für 5 Milliarden Schilling landwirtschaftliche Produkte in den EG-Raum zu exportieren. Das ergibt ein Defizit von 5 Milliarden Schilling. Gleichzeitig werden aber bei den Exporten die Waren einer gewaltigen Abschöpfung unterzogen.

Es wurde heute schon von den Schwierigkeiten gesprochen, die sich in der Wirtschaftsgemeinschaft ergeben. Aber trotz dieser Schwierigkeiten glaube ich, daß die Bundesregierung und vielleicht auch der Herr Außenminister in dieser Frage Initiativen ergreifen müßten. Diese Diskriminierungen sollten entschärft werden, weil es unverantwortlich ist,

wie derzeit diese Wirtschaftspolitik vor unseren Augen abrollt, mit Abschöpfung und Belastungen, und wir keine Chancen haben, entsprechende Exporte als Ausgleich in den EG-Raum zu tätigen.

Sie können sich genauso wie ich erinnern — vielleicht noch besser —, daß wir im Jahre 1972 mit der Wirtschaftsgemeinschaft einen Vertrag abgeschlossen haben, der 1973 ratifiziert wurde, an dem die Landwirtschaft leider nicht beteiligt wurde. Es hat damals der ehemalige Bundeskanzler Kreisky erklärt: Wenn sich eine Diskriminierung der Landwirtschaft ergibt, wird die Regierung aktiv in Erscheinung treten. — Nun gibt es so viele Diskriminierungen zuungunsten der Landwirtschaft, aber trotzdem hat bis zur Stunde die Regierung keine Maßnahmen getroffen, um diese Erschwernisse oder die Schadensausfälle zugunsten der Landwirtschaft auszugleichen. Das muß man sehen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Daher meine Frage, Herr Außenminister: Ist die Regierung bereit, vielleicht sogar eine Überprüfung des Vertrages anzustreben? Denn seinerzeit hat der damalige Bundeskanzler selbst erklärt, daß man Maßnahmen setzen würde, um solche Diskriminierungen, wenn sie eintreten sollten, auszuschalten.

Eine weitere Frage, die mich auch beunruhigt als Bewohner des Grenzgebietes zur Tschechoslowakei. Nicht nur, daß die Tschechen durch Raketenauflustellungen in Unruhe leben, stellen auch die Atomkraftwerke für die Grenzbevölkerung eine gewisse Beunruhigung dar.

Ich kann mich gut erinnern, daß uns vor einem Jahr oder vor eineinhalb Jahren, als Ministerpräsident Strougal in Wien war und vorher im Ausschuß die Frage diskutiert wurde, ob man nicht darauf einwirken könnte, daß kein weiterer Ausbau der Atomkraftwerke stattfindet, nachträglich erklärt wurde, daß diese Aussprache stattfand und daß seitens der tschechoslowakischen Republik unserem Ansinnen auch viel Verständnis entgegengebracht wurde.

Nun höre ich aber, daß ein weiterer Ausbau von Atomkraftwerken erfolgt oder erfolgen soll. Meine Anregung daher auch in dieser Richtung, Herr Außenminister, vielleicht zu prüfen, ob nicht die damalige Aussage vom Ministerpräsidenten Strougal, keinen weiteren Ausbau durchzuführen, und die jetzige Pressemeldung, daß ein weiterer Ausbau stattgefunden hat, in Widerspruch stehen.

Fachleutner

Wenn sich große Parlamentarier, die Regierungschiefs oder die Außenminister in Wien treffen, so ist das eine Vorgangsweise gegenüber dem anderen Staat, die sich in einer gesitteten Welt nicht vollziehen sollte. Wir nehmen an, daß sich auch der Osten zur gesitteten Welt zählt oder sich zumindest anzubiedern versucht, und er müßte daher auch seine Versprechungen einhalten.

Eine weitere Frage, die nicht nur mich, sondern vielleicht ganz Westeuropa beunruhigt, ist der Umstand, daß die Wirtschaftshilfen und die Unterstützung durch Kredite, die den Ostblockstaaten gewährt wurden — die Wirtschaft der osteuropäischen Staaten liegt ja auf dem Boden —, bereits eine Größenordnung von über 100 Milliarden Dollar erreicht haben.

Es gibt nun Kritiker, die meinen, das sind Umschichtungen für eine totale Aufrüstung, weil man Mittel freibekommt, wo der Westen selbst einen Beitrag leistet. Ich nehme jedoch das Bessere an.

Aber man meint auch: Wenn schon der Westen den osteuropäischen Staaten Wirtschaftshilfen gewährt, so sollten zumindest Erleichterungen im Grenzverkehr nicht nur versprochen, sondern auch in die Wege geleitet werden. Man denke an den Grenzverkehr, wie er die anderen europäischen Staaten verbindet.

Ist es nicht beschämend, Hohes Haus, meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn es fast 40 Jahre nach Kriegsende eine Betonmauer zwischen Ost- und Westdeutschland gibt, mit Schlachtschussapparaten ausgestattet, wo Menschen durch automatische Waffen getötet werden, wenn sie diese Mauer überqueren, wenn auf der anderen Seite, wie ich betont habe, der Westen über 100 Milliarden Dollar den osteuropäischen Staaten als Kredite eingeräumt hat?

Auch das ist eine Frage, die wir nicht in Österreich lösen können, die aber immerhin zum Nachdenken geeignet ist, nicht nur für uns, sondern für die gesamte freie Welt. Und gerade die geistige Mobilisierung durch Präsident Reagan sollte dahin ausgerichtet werden zu erkennen, vor welchen Gefahren die gesamte freie Welt steht. (Beifall bei der ÖVP.)

Wenn Sie sich gewundert haben — und jetzt dürfen Sie mir nicht böse sein, Herr Außenminister, ich bin kein Außenpolitiker, sondern ich bin ein einfacher Mensch, ich

komme aus der Landwirtschaft (Abg. DDr. Hesel: Auch wir sind einfach!) —, daß Ihre Äußerungen zu Grenada einer Kritik unterzogen wurden, so muß ich Ihnen ehrlich sagen: Ich habe mich auch sehr gewundert. Wenn amerikanische Truppen in Grenada gelandet sind, so ist das doch nicht mit Afghanistan vergleichbar. In Afghanistan wurde niemand gemordet, hingeschlachtet, sondern die Russen haben aus geographischen und militärischen Überlegungen, um an den Indischen Ozean heranzukommen, diese Maßnahmen getroffen — im Unterschied zu Grenada, wo eine sozialistische Regierung am Ruder war, wo der Ministerpräsident nicht evolutionsär, sondern revolutionär entfernt wurde, wo er erschossen wurde, wo die gesamte Regierung erschossen wurde. Hundert Christdemokraten und Sozialisten mußten in einigen Wochen ihr Leben lassen. So ist dann auf der einen Seite der Ruf der Christdemokraten und der sozialen Kräfte in diesem Lande an die Vereinigten Staaten von Nordamerika ergangen. Auf der anderen Seite sind mittlerweile 600 bis 800 kubanische Soldaten gelandet, mit russischen Ausbildnern, was natürlich auch für das amerikanische Imperium eine gewisse Gefährdung — man denke an die Aufstellung von Raketen — bedeutete. So hat dann der Präsident der Vereinigten Staaten den Befehl gegeben, Grenada zu besetzen. Und wenn wir vor einigen Tagen gelesen haben, daß 2 000 oder 2 500 amerikanische Soldaten Grenada wieder verlassen haben, daß sie nicht dortbleiben, wie es die Sowjetunion in anderen Staaten gemacht hat, so kann man das nicht gleichsetzen.

Ich weiß schon, daß Sie meinen — und das müßte man auch tun —, jede Aggression müsse verurteilt werden. Nun glaube ich aber, daß Grenada nicht als Aggression der Amerikaner zu gelten hat. Das zu behaupten würde wieder — was Sie heute auch schon kundgetan haben — eine Unstimmigkeit bei den Amerikanern auslösen, nämlich daß die westliche Welt bei einer Entscheidung des Präsidenten der Vereinigten Staaten gleich wieder Kritik übt, wenn es darum geht, die Freiheit, die Unabhängigkeit auch kleiner Staaten zu erhalten. Das müßte uns doch allen recht sein, gerade bei der Verteidigung der Freiheit. (Beifall bei der ÖVP.)

Und eines muß ich Ihnen sagen, meine sehr verehrten Damen und Herren: Ohne Amerikaner gibt es keine Freiheit in Europa und keine freie Welt. Das soll man endlich einmal zur Kenntnis nehmen.

Wir sind eine militärische Neutralität einge-

Fachleutner

gangen, aber niemals eine politische, in der Aussage, in der Haltung.

So möchte ich Sie bitten, Herr Bundesminister, auch das zu erkennen. Vielleicht war es ein kleiner Fehler, daß Sie sich in dieser Frage so geäußert haben.

Aber in diesem Zusammenhang steht noch eine Entwicklung, die mich eigentlich sehr berührt. Es ist mir unverständlich, wenn Friedensgruppen, Alternativen oder Grünbewegungen immer wieder vom Frieden sprechen und ständig El Salvador oder Nicaragua kritisieren. Außenminister Shultz hat kürzlich darauf Bezug genommen, daß auch die rechtsgerichteten Parteien dort eine nicht richtige Politik verfolgen. Das stimmt schon. Aber warum sagt man nichts beispielsweise zu Afghanistan? Warum sagt man nicht, was sich in Polen täglich abspielt, daß jetzt wieder Verhaftungen eingeleitet werden, nur weil sich die Menschen erheben, auf ihre Arbeitsrechte pochen, nicht nur in der Arbeiterschaft, sondern auch in der Landwirtschaft? Warum versucht man nicht, auch von dort aus eine Veränderung der Lage in Bewegung zu setzen? Man wird den Verdacht nicht los, daß es in diesen Gruppen auch linksorientierte Kräfte gibt, die die Politik einseitig sehen.

Eine Bundesregierung müßte diesen jungen Kräften auch vor Augen führen, daß eine solche Politik niemals im Interesse der Neutralität, der freien Gesellschaft in Europa und in der gesamten Welt nützlich sein kann.

So hoffe ich, daß in Zukunft — vielleicht auch schon im Jahre 1984 — die schwierigen Probleme, die seitens der Wirtschaftsgemeinschaft gegenüber Österreich bestehen, daß Österreich einer gewissen Diskriminierung unterliegt, durch Ihre Mithilfe, Herr Bundesminister, entschärft werden können, daß sich das nicht nur für eine Gruppe, sondern für die gesamte österreichische Bevölkerung positiv auswirkt. (Beifall bei der ÖVP.) ^{19.02}

Präsident Dr. Stix: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Hesele. Ich erteile es ihm.

^{19.02}

Abgeordneter DDr. Hesele (SPÖ): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Verfolgt man den Lauf der Debatte zum außenpolitischen Kapitel, so könnte man der Meinung sein, daß am Schluß ein einstimmiger Beschuß stehen wird. Dem ist aber nicht so, denn der Abgeordnete Steiner hat heute erklärt, daß die ÖVP gegen das Kapitel Äuße-

res stimmen wird. (Abg. Graf: Hat Sie das überrascht?) Es hat mich nicht überrascht. Denn der Abgeordnete Steiner macht es uns immer sehr leicht, das schon vor der Beschußfassung zu erfahren, da er bereits vor der Ausschußberatung in einer Presseaussendung seine Meinung zum Budget kundgibt.

Ich möchte nur eine Feststellung des Kollegen Steiner herausgreifen. Er meint, die Steigerung um 6,37 Prozent gegenüber dem Vorjahr sei zu niedrig. Ich glaube, auch der Herr Bundesminister würde eine höhere Dotierung des Budgets wünschen, um noch mehr Aktivitäten in Angriff nehmen zu können. Aber im Zuge der Budgeteinsparungen muß auch das Außenministerium seinen notwendigen Beitrag dazu leisten. Ich kann aus Erfahrung sagen, Herr Bundesminister: Das Außenministerium ist nie mit Budgetmitteln verwöhnt worden.

Wenn der Kollege Steiner meint, daß durch die niedrige Steigerungsrate die Aufrechterhaltung des diplomatischen Dienstes nicht mehr gewährleistet sei, so kann das sicherlich nicht unwidersprochen bleiben.

Wir haben eine Anfragebeantwortung 2583/AB des Herrn Außenministers bekommen, der sich darin mit Maßnahmen des Außenministeriums zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen im Auswärtigen Dienst beschäftigt. Ich möchte eine Passage herausgreifen: Die konkreten Pläne, die der Außenminister vorhat, um die Auslandsbesoldung der Bediensteten besser zu regeln. Ich habe mir acht Punkte herausgeschrieben; ich kenne die Probleme noch aus meiner Zeit als Beamter. Das sind durchaus Forderungen, die, wenn sie realisiert werden, nicht zu dem Schluß führen, lieber Freund Steiner, daß die Aufrechterhaltung des diplomatischen Dienstes gefährdet ist. Wenn ich zum Beispiel, nur was die Auslandsbesoldung anbelangt, lese: Berücksichtigung der immateriellen Belastungen. Eine hundertprozentige Übernahme der Wohnungskosten anstelle von 80 Prozent. Zahlung von Schulkosten, um in Österreich eine ausländische Schule besuchen zu können. Verbesserung der Heimurlaubsverordnung. Verbesserung der Tropentauglichkeitsuntersuchungen. Verbesserung der Reisegebührenvorschrift. Alles konkrete Maßnahmen für die Bediensteten.

Aber ein zweites noch. Der ÖAAB hat im Außenministerium im Zuge der Personalvertretungswahl auf viele Leistungen hingewie-

DDr. Hesele

sen, die durch den Einsatz des ÖAAB zustande gekommen sind.

Herr Bundesminister! Ich glaube, wenn es im Außenministerium so schlecht gewesen wäre — auch unter Ihrem Vorgänger —, könnte doch der ÖAAB nicht auf die großen Leistungen für die Beamten hinweisen.

Ich möchte noch ein drittes sagen — ich habe das bereits im Budgetausschuß und auch einleitend gesagt —: Verfolgt man die Debatte, so müßte man meinen, wir beschließen heute einstimmig das außenpolitische Budget. Wir bringen gemeinsam drei Entschließungsanträge ein — alle drei Parteien —, und der Herr Abgeordnete Steiner hat sich bei den Beamten des Außenministeriums für ihre Tätigkeit bedankt. Aber er stimmt gegen die finanziellen Mittel. (Abg. Dr. Steiner: Die Beamten können nichts für das Budget!)

Die ÖVP ist aktiv im Europarat tätig, stellt derzeit einen Vizepräsidenten in der Versammlung und stimmt gegen das Budget. (Abg. Dr. Steiner: Die Beamten können nichts für das Budget!)

Das sind Fragen, lieber Freund, die mich bewegen. Ich glaube, man müßte hier schon eine differenziertere Budgetpolitik ... (Abg. Graf: Nein, nein! Wir bedanken uns bei den Beamten und stimmen gegen Ihr Budget! Das ist völlig logisch, so Sie das noch nicht begriffen haben, aber Sie wissen das sowieso!) Es ist für mich nicht logisch, daß Sie dem Außenpolitischen Bericht zustimmen (Abg. Graf: Völlig logisch!) — das sind die Aktivitäten des Außenministers, es ist der Europarat, wo die ÖVP sehr aktiv mitarbeitet (Abg. Graf: Na sicher!) — und gegen das Budget stimmen. Das ist ein Widerspruch. Sie stimmen ja auch dem Kapitel Oberste Organe zu, weil Sie sich mit den Ausgaben für das Parlament, die Präsidentschaftskanzlei, den Verfassungs- und Verwaltungsgerichtshof identifizieren können.

Ich meine, wenn man in der Außenpolitik aktiv tätig ist, dann müßte man auch dem Kapitel zustimmen. (Abg. Graf: Wir müssen aber nicht!)

Für meine Person sehe ich es richtig, Sie sehen es differenzierter und sehen es somit anders. (Abg. Graf: Ja, so ist es!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich darf mich, wie das meine Vorrredner bereits getan haben, bei den Beamten des Außenministeriums für ihre Tätigkeit recht

herzlich bedanken. (Beifall bei SPÖ und FPÖ.)

Ich glaube, im Sinne aller Delegierten zum Europarat zu sprechen, wenn ich ganz besonders herzlich zwei Persönlichkeiten danke. Der eine ist der scheidende Botschafter in Straßburg Dr. Bukowsky, der uns in den letzten drei Jahren immer mit Rat und Tat und den notwendigen Informationen zur Verfügung gestanden ist. Er hat unsere Arbeit in Straßburg sehr wesentlich erleichtert, insbesondere was die Kontakte zum Ministerkomitee anbelangt. Und wir hoffen, daß auch sein Nachfolger, Dr. Knitel, in dieser Praxis fortfahren wird.

Ich darf aber auch einen zweiten Dank aussprechen, und ich glaube, auch hier im Namen der Delegation zum Europaparlament zu sprechen. Wir haben in diesem Jahr erstmalig einen Besuch beim Europäischen Parlament durchführen können. Dieser Besuch wäre nicht so fruchtbringend und so ergebnisreich gewesen, wenn wir nicht die Unterstützung des Botschafters Dr. Seyffertitz gehabt hätten, der den schwierigen Boden in Brüssel und in Straßburg bei den Instanzen des Europäischen Parlaments vorbereitet hat. Auch diesen besonderen Dank möchte ich und, glaube ich, kann ich namens der Delegation zum Europaparlament aussprechen. (Beifall bei SPÖ und FPÖ und bei einigen Abgeordneten der ÖVP.)

Ich möchte noch auf eine zweite Äußerung des Kollegen Steiner replizieren. Er hat heute eine sehr gute Rede gehalten, der wir alle zustimmen können, mit Ausnahme des Schlusses, wozu ich mir erlauben werde, etwas zu sagen. Der Herr Abgeordnete Steiner hat sowohl im Budgetausschuß als auch in seiner Aussendung an die APA gemeint, die Bundesregierung hätte in den letzten Jahren die Europapolitik vernachlässigt.

Es hat bereits der Herr Bundesminister erklärt, daß die europäische Integration und Kooperation eines der Hauptanliegen und einer der Schwerpunkte der österreichischen Außenpolitik sind. Für uns Parlamentarier ist die Europapolitik ein Feld der Außenpolitik, an dem wir durch unsere Aktivitäten im Europarat und durch unsere Kontaktgruppe zum Europäischen Parlament aktiv mitarbeiten können.

Die Regierungserklärung hat erstmalig in der Europapolitik klare Prioritäten gesetzt. Vier Punkte sind mir aufgefallen.

DDr. Hesele

Erstens: Die Mitarbeit Österreichs in der Organisation der pluralistischen Demokratien auf wirtschaftlicher und politischer Ebene konstruktiv fortführen.

Zweitens: Die Weiterentwicklung der zwischen Österreich und den EG geschlossenen Abkommen im Interesse der österreichischen Wirtschaft.

Kollege Fachleutner, all das fällt doch darunter: Die Weiterentwicklung des Handelsvertrages sui generis, den wir im September 1972 im Hohen Hause beschlossen haben. Darunter fällt meiner Ansicht nach auch die Weiterentwicklung des Agrarhandels, so schwierig es sein wird, in Agrarangelegenheiten mit der Gemeinschaft ins Gespräch zu kommen. Das ist aber eine klare Priorität in der Regierungserklärung. Dann erst kommt die Stärkung des Europarates und viertens die Aufgabe, alle Möglichkeiten der Mitgliedschaft Österreichs in der OECD und in der EFTA auszunützen.

Ich glaube, diese Prioritäten sind richtig gesetzt. Unsere Haupthandelspartner liegen eben im Rahmen der Europäischen Gemeinschaften. Daher ist die klare Priorität richtig, daß man die Wirtschaftsbeziehungen mit den Gemeinschaften weiter ausbauen muß. (Der Präsident übernimmt den Vorsitz.)

Wir haben heute einen gemeinsamen Entschließungsantrag eingebracht, der sich mit dem Europarat befaßt, wo in der Einleitung zu lesen ist, daß wir unsere Aktivitäten in Europa überdenken sollen. Meine sehr verehrten Damen und Herren! Tatsache ist — das wissen wir aus der Praxis —: Es gibt den Europarat, und wir sind dem Herrn Außenminister sehr dankbar, daß er das Bekenntnis zum Europarat abgelegt hat. So wie die Regierung mit der EG-Kommission und mit den Gemeinschaften arbeitet, so müssen wir als Parlamentarier versuchen, einen besseren Kontakt zum demokratischen Organ der Europäischen Gemeinschaften, zum Europaparlament herzustellen. Wir glauben daher, daß der Europarat in den achtziger Jahren sicher ein wichtiges Forum — wie der Außenminister gesagt hat — der europäischen Kooperation sein wird, an dem alle Staaten Europas gleichberechtigt teilnehmen können.

Wir werden aber genauso unsere Kontakte zum Europäischen Parlament als dem demokratischen Organ der Europäischen Gemeinschaften weiterentwickeln müssen. Weil heute von der großen Idealvorstellung Europas gesprochen worden ist: Außenminister

Pahr hat mit großer Begeisterung hier zwei Funktionen dargestellt, die der Europarat hat und die erhalten bleiben müssen: Erstens die Brückenfunktion des Europarates zwischen den Ländern der Gemeinschaft und den Nichtmitgliedsländern und zweitens die Funktion als Klammer zwischen den parlamentarischen Demokratien Europas. Das sind Idealvorstellungen, die aber nur dann zum Tragen kommen können, wenn alle Mitgliedstaaten dieses politische Wollen haben.

Ich persönlich bezweifle aus meiner eigenen Erfahrung, daß bei dem derzeitigen Stand der europäischen Integration bei den Mitgliedstaaten dieses politische Wollen auch wirklich vorhanden ist, vor allem bei den Staaten, auf die es in Wirklichkeit ankommen wird.

Es sind auch die Menschenrechte genannt worden. Als Hort der Menschenrechte wird der Europarat auch in den achtziger Jahren eine große Rolle spielen müssen, und er wird sie auch spielen. Nur sollen wir eines nicht verhehlen: Der große Wurf einer Erweiterung der Menschenrechte auf das soziale und auf das wirtschaftliche Gebiet ist nicht gelungen und wird wahrscheinlich auch in absehbarer Zeit nicht gelingen. Weil wir von der Verbesserung des Europarates reden —: Die mission de réflexion, die der Außenminister Pahr in die Wege geleitet hat und die der Außenminister Lanc fortsetzen wird, wird sicher die Funktionsweise des Europarates noch weiter verbessern. Aber wir dürfen uns von den Ergebnissen dieser mission de réflexion nicht allzuviel erwarten.

Ich komme nun zu drei Punkten, die uns in der Europapolitik Sorge bereiten. Der Kollege Steiner hat die Türkei und Zypern zitiert, die ja das auslösende Moment für unseren heutigen Entschließungsantrag für den Europarat sind. Wir wissen, der Europarat besteht aus zwei Organen: aus einem demokratischen Organ, der Parlamentarischen Versammlung, und aus dem Ministerkomitee, aus der Regierung des Europarates. Es ist selbstverständlich, daß jeder Mitgliedstaat in der Regierung, aber auch im Parlament vertreten sein muß. Die Türkei hat kein demokratisches Organ, sie hat keine Vertretung in der Versammlung. Daher muß man — sicher wird das sehr lange dauern — die Statuten eben so anpassen, daß ein solcher Staat, der kein demokratisches Organ hat, auch im Ministerkomitee nicht mehr vertreten sein kann. Bei Zypern ist es ähnlich, bei Zypern ist nur ein Bevölkerungsteil vertreten; es wurde ja hier bereits darüber gesprochen.

DDr. Hesele

Zwei weitere Dinge, die uns die Arbeit erschweren, sind das Personalproblem und das Budgetproblem, und damit darf ich schon zum Schluß kommen. Wir haben heuer erstmalig die Kontaktgruppe mit dem Europaparlament ins Leben gerufen. Wir haben den ersten Besuch in Straßburg beim Europaparlament abgestattet und waren beeindruckt von dem vielen Geld, dem vielen Personal und den vielen Gebäuden, die es dort gibt. Dagegen ist der Europarat arm, geschweige denn ein armes nationales Parlament wie das österreichische. Der Gegenbesuch wird im Februar nächsten Jahres stattfinden.

Meine Damen und Herren! Das ist, zumindest für mich als Vorsitzenden, unbefriedigend, weil ich glaube, daß wir mit dem Europäischen Parlament laufend unsere Kontakte haben müssen, sicher in Agrarfragen durch kleinere Gruppen, sicher in den Fragen der Pyhrn Autobahn, die lebenswichtig ist, aber auch in den Fragen der europäischen politischen Zusammenarbeit.

Ich darf zum Schluß dem Herrn Außenminister für die gute Zusammenarbeit recht, recht herzlich danken. Das Europaratsbüro wird ja ab 1. Jänner 1985 dem Parlament zugeteilt werden. Das ist eine richtige Entscheidung, denn Legislative und Exekutive gehören getrennt. Wir hoffen aber doch, daß wir in der politischen Kontaktierung mit dem Herrn Außenminister noch in Berührung bleiben.

Zu dem persönlichen Wort, das der Abgeordnete Steiner gefunden hat, möchte ich folgendes sagen: Als ich die parlamentarische Anfrage und vor allem die parlamentarische Anfragebeantwortung des Herrn Außenministers bekommen habe, die davon handeln, daß Steiner bei einem Kaffee oder bei einem Tee mit einem türkischen Journalisten verschiedene Äußerungen über Demokratie gemacht haben soll, habe ich sie zwar gelesen, war aber auf Grund meines persönlichen Nahverhältnisses zu ihm im Europarat und in den verschiedenen Institutionen der Auffassung: Der Steiner kann das nicht gesagt haben. Er hat heute selbst gesagt, sein Vater war im KZ, der war ein Antifaschist. Der Vater ist gestorben auf Grund der Folgen der KZ-Internierung.

Meine Damen und Herren! Der Kollege Roppert hat hier auch nur gesagt — ich habe mir das ausheben lassen —: Ich habe nie gehört, daß das dementiert worden wäre. Ich wäre aber froh, es könnte ... (Abg. Dr. Steiner: Es ist dementiert worden, es hat nur niemand zur Kenntnis genommen. So kann das

nicht erledigt werden! Entweder Sie distanzieren sich von diesen Dingen oder nicht. Aber solche Dinge gehen nicht! Nein, so leicht ... (Abg. Dr. Khol: Im ÖVP-Pressedienst ist das dementiert worden! — Weitere Zwischenrufe.) Ja bitte, ich wollte das in einer sehr freundlichen ... (Abg. Dr. Khol: So wie Sie das eingesetzt haben, war es glatt zur Diffamierung verwendbar!)

Ich bitte, mir das zu glauben: Wir haben hier eine parlamentarische Anfragebeantwortung, in der unter anderem dieser Satz gestanden ist, Kollege Steiner. Das ist ein offizielles Dokument des Parlaments. Ich habe es nicht geglaubt, aber ich habe nie gehört, daß der Steiner hier im Hause, es wäre doch noch möglich gewesen, ein Dementi gemacht hätte. (Abg. Steinbauer: Es ist im ÖVP-Pressedienst gestanden! — Abg. Dr. Khol: Aber dann hätten Sie ihn doch fragen können! Wir treffen uns immer wieder hier!)

Mir ist anscheinend der ÖVP-Pressedienst entgangen. Ich glaube, das ist nicht das einzige Organ, wo das möglich gewesen wäre, sondern der Steiner hätte ja noch die Möglichkeit gehabt — Sie haben ja x-mal Anfragen gestellt, wir haben noch eine Fragestunde, glaube ich, in außenpolitischen Dingen gehabt —, das hier im Parlament zu dementieren. „Ich habe nie von dem Dementi gehört“, hat der Kollege Roppert gemeint; das steht hier wörtlich. Ich verstehe es nur nicht von der Person her. Denn wir wissen genau, wie sehr Dr. Steiner durch ein diktatorisches Regime in der Familie gelitten hat. Daher ist es umso unverständlicher. Ich bin nicht der Verteidiger des Kollegen Roppert — er kann sich selbst verteidigen —, ich wollte nur die Darstellung auf Grund des Protokolls geben. Ich höre heute erstmals von dir ein offizielles Dementi hier, daß das nicht stimmt. Bitte, die Anfrage war im Jänner ... (Abg. Dr. Khol: Sie haben ja selber gehört, wie Roppert das gesagt hat, hinterher — hinterher! — kam es dann: Das kann nicht stimmen, da muß doch jemand etwas gesagt haben!) Na, habt ihr was gesagt? — Na, sehen Sie. Ich überschreite meine Zeit schon.

Steiner war in Australien. Ich habe Sie gefragt: Stimmt das? Wir, die ihn kennen, haben gleich gesagt: Wir glauben nicht, daß er das gesagt hat. Sie haben gesagt: Er hat das auch nicht gesagt. Sie haben an diesem Tag sogar hier gesprochen — allerdings zum Fall Ludwig. Sie hätten hier auch Ihren Freund Steiner entlasten können, dann wäre das in Ordnung gewesen. Selbstverständlich distan-

2264

Nationalrat XVI. GP — 26. Sitzung — 13. Dezember 1983

DDr. Hesel

ziere ich mich heute davon, und ich weiß, daß er das nicht gesagt hat.

Aber bitte, auch der Kollege Steiner war nicht besonders fein, als er das Wort „schäbig“, was ja gar nicht zu ihm paßt, in den Mund genommen hat. (Abg. Graf: Sie würden es ja auch so empfinden!)

Wäre er doch im Februar oder im März ausgegangen und hätte gesagt: Meine Herren, das stimmt nicht, was da in der Zeitung steht! Aber ich glaube, damit sollten wir, wenn Kollege Steiner einverstanden ist, diese Frage als bereinigt betrachten. — Im übrigen stimmen wir dem Budget für das Jahr 1984 zu. (Beifall bei SPÖ und FPÖ.) 19.21

Präsident: Nächster Redner ist der Abgeordnete Jankowitsch.

19.21

Abgeordneter Dr. Jankowitsch (SPÖ): Herr Präsident! Herr Bundesminister! Hohes Haus! Ich möchte gleich zu Beginn meiner Wortmeldung dem Hohen Haus einen Entschließungsantrag vorlegen, den dritten jener Entschließungsanträge, die hier ja schon mehrmals erwähnt wurden, ein gemeinsamer Entschließungsantrag, der, glaube ich, dem wirklichen Geist dieser heutigen Debatte entspricht, nämlich dem ernsten Geist der Sorge um den Frieden, der bei allen Wortmeldungen zum Ausdruck gekommen ist und der nun auch Gegenstand dieses Entschließungsantrages sein soll.

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Dr. Jankowitsch, Dr. Steiner, Peter und Genossen betreffend Bericht der österreichischen Bundesregierung über ihre Bemühungen zur Erhaltung des Friedens in Freiheit zum Kapitel 20: Äußeres, des Bundesfinanzgesetzes 1984.

In den letzten Monaten des abgelaufenen Jahres ist die Sorge der Menschen in Österreich und vielen Staaten Europas um die Erhaltung des Friedens auf unseren Kontinent und in der Welt größer geworden. Diese Sorge kommt nicht zuletzt im Appell der Bundesregierung an die Genfer Verhandlungspartner betreffend Mittelstrekkenwaffen in Europa, im Friedensappell der Österreichischen Bischofskonferenz, aber auch in anderen eindrucksvollen Aktionen für den Frieden zum Ausdruck.

Für die österreichische Außenpolitik ergibt sich angesichts der derzeitigen welt-

politischen Situation die Notwendigkeit, ihre Politik entsprechend auszurichten.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen folgenden

Entschließungsantrag:

Der Nationalrat wolle beschließen:

Der Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten wird aufgefordert, dem Nationalrat zum ehestmöglichen Zeitpunkt einen Bericht der österreichischen Bundesregierung über ihre Bemühungen zur Erhaltung des Friedens in Freiheit unter besonderer Berücksichtigung der Lage in Europa vorzulegen.

Dies, Herr Präsident, meine Damen und Herren, der Text des Entschließungsantrages. Er spiegelt wider die Sorge um den Frieden, die Sorge um die Verschärfung der weltpolitischen Lage, die für die österreichische Außenpolitik in den kommenden Monaten, im kommenden Jahr eine besondere Herausforderung darstellen wird, sich zu bewähren in einem Klima, das stürmischer, das unbeständiger geworden ist, und das sie veranlassen wird, das einzusetzen, was ja heute ihre besondere Wertschätzung in der Welt draußen ausmacht, nämlich — und das sage ich dreimal unterstrichen — ihre Beständigkeit, ihre Verlässlichkeit und ihre Unbeirrbarkeit in der Vertretung ihrer Grundsätze.

Meine Damen und Herren! Die Außenpolitik Österreichs hat auch in den letzten Monaten immer wieder unter Beweis gestellt, daß sie ihrer Aufgabe gewachsen ist, gestützt auf ein Arsenal — ein traditionsreiches, vielmals bewährtes Arsenal — dessen, was Bundeskanzler Sinowatz erst vor wenigen Tagen so treffend als die „drei Säulen der österreichischen Außenpolitik“ bezeichnet hat.

Und so bleibt die österreichische Außenpolitik beständig vor allem in ihrem unbeirrten Eintreten für eine Politik des friedlichen Ausgleichs und der Entspannung, von der sie sich auch dann nicht abbringen lassen wird — das hat auch der Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten hier sehr klar ausgedrückt —, sollten die Wellen der Spannung einmal noch höher gehen, als das jetzt schon der Fall ist.

Denn folgendes muß man schon deutlich sagen, meine Damen und Herren, etwas, was gerade in diesen Tagen manchmal auch eine Quelle von Mißverständnissen und Mißdeu-

Dr. Jankowitsch

tungen ist: Es ist schon richtig, daß das bessere Klima für eine nützliche, für eine konstruktive Arbeit der Außenpolitik eines immerwährend neutralen Staates wie Österreich ein Klima der Entspannung ist. Aber wenn vielleicht auch in der Periode der Spannung, der Konfrontation, des weltpolitischen Konflikts, manches an Bewegungsspielraum des Neutralen eingeengt wird: Der Pflicht zu handeln ist er damit nicht enthoben. Im Gegenteil! Gerade jetzt werden seine guten Dienste besonders gebraucht. Gerade dann, wenn die Linien der Kommunikation unterbrochen sind und Zeichen der Verständigung oft nur mehr mit Hilfe neutraler Staaten gesetzt werden können.

Denn warum hat denn etwa das Treffen zwischen den Außenministern Gromyko und Genscher in Wien stattgefunden? Warum war es gerade die österreichische Delegation, die wieder beim Vorbereitungstreffen der Stockholmer Konferenz in Helsinki die Schlüsselrolle zugekommen ist? Warum gibt es oft nur in Wien oder dank Vermittlung österreichischer Diplomaten, denen dafür viel Dank gebührt, sinnvolle Kontakte und Gespräche zwischen Ost und West? Gerade jetzt also in dieser Atmosphäre müssen die Möglichkeiten der österreichischen Neutralität besonders genutzt werden, darf keine Chance übersehen werden, beizutragen, daß wenigstens ein Minimum an Kontakten zwischen Ost und West aufrechterhalten bleibt. — Zu diesen Kontakten gehört ja im übrigen auch der hier manchmal bemühte wirtschaftliche Austausch zwischen Ost und West. Das ist ja eine der Brücken, die auch in schweren Zeiten tragfähig ist.

Herr Abgeordneter Fachleutner! Es gibt schon manchmal Bedenken, wenn die Kreditbalance auf der einen Seite zu groß wird, ein bißchen überzogen wird, aber wenn Sie zum Beispiel Sorge haben über die zu große Gewährung von Krediten etwa an die DDR, dann müssen Sie sich auch an Ihren bayerischen Parteifreund, an den Ministerpräsidenten Strauß wenden, der sich ja hier auch in dankenswerter Weise verwendet hat.

Meine Damen und Herren! Frieden — das heißt nicht nur abrüsten, Rüstung kontrollieren. Eine Friedenspolitik kann sich nicht darauf beschränken, eine möglichst genaue Buchhaltung über militärische Kräfte zu führen und immer wieder auf den Grundsatz des Gleichgewichtes oder des Ausgleiches zu drängen. Frieden heißt auch — und auch das ist ein Teil der österreichischen Außenpolitik —, den Konflikten auf den Grund zu gehen,

ihnen entgegenzutreten, zu verhindern, daß sie ihr ganzes destruktives Potential entwickeln können. Auch das ist ein Teil der österreichischen Friedenspolitik.

Konkret: Wenn sich die österreichische Außenpolitik dafür einsetzt, daß gewisse Grundsätze für eine Lösung von Konflikten, wie der Grundsatz der Gewaltlosigkeit, der Grundsatz des Verhandelns, des Wahrens der Rechte auch kleiner Staaten, auch außerhalb Europas gelten — auch außerhalb Europas, denn in Europa herrscht ja zum Glück ein jedenfalls relativer Zustand der Entspannung —, dann wollen wir gewiß nicht das spielen, meine Damen und Herren, was der von mir ansonsten sehr geschätzte Herr Vizebürgermeister der Stadt Wien unlängst „Moraltante“ der Weltpolitik genannt hat. Wir sind keine Moraltante der Weltpolitik, aber wir haben eben Grundsätze.

Der Herr Bundesminister hat schon darauf hingewiesen: Vor ein paar Tagen hat ein sehr namhafter Kommentator in der „Kronen-Zeitung“ gemeint, die österreichische Regierung täte gut daran, sich zumindest derzeit aus dem Nahost-Konflikt herauszuhalten. So wohlgemeint dieser und auch andere Ratsschläge sind — der Professor Reimann hat da vielleicht vielen aus dem Herzen gesprochen, die angesichts der endlosen Verstrickungen und der Ausweglosigkeit, die angesichts der menschlichen Tragik eines Konfliktes, der heute besonders im Libanon alles bisher Dagewesene in den Schatten stellt, darüber Verzagtheit beschleicht —, so wohlgemeint also dieser Rat vielleicht war: Aus dem Nahost-Konflikt und aus vielen anderen Konflikten führt kein anderer Weg als der Weg der tätigen Solidarität, der Mobilisierung auch des kleinsten Potentials der Vermittlung und der Verständigung.

Daß Österreich dieses Potential besitzt und es auch immer wieder einsetzen muß, das zeigt zum Beispiel ein Brief, den dieser Tage der israelische Botschafter in Wien an Bundeskanzler Sinowatz gerichtet hat und durch ihn an den früheren Bundeskanzler Kreisky, in dem der Österreichischen Bundesregierung der Dank ausgesprochen wurde, daß es gelungen ist, mitten in der heutigen Krise im Libanon und im Nahen Osten, einen umfassenden Austausch israelischer und palästinensischer Gefangener zu bewerkstelligen und damit Tausenden Menschen die Heimkehr zu ihren Familien zu ermöglichen. Das ist humanitäre Politik, meine Damen und Herren, das ist aber auch ein Stück österrei-

2266

Nationalrat XVI. GP — 26. Sitzung — 13. Dezember 1983

Dr. Jankowitsch

chische Nahost-Politik! (Beifall bei SPÖ und FPÖ.)

Da gibt es also kein Aussteigen, kein Verschanzen hinter einer sterilen Auslegung der Neutralität, in der Hoffnung, daß es anderen gelingen wird, die schwarzen Wolken auf dem Horizont zu vertreiben. Und deswegen wird und soll Österreich mit einer solchen Politik fortfahren.

Dieser grundsätzlichen Haltung, meine Damen und Herren, entspricht es auch, wenn sich Österreich, so wie die große Mehrzahl der Mitglieder der Vereinten Nationen, nicht abfinden kann mit der Besetzung Afghanistans durch die Sowjetunion, und Österreich hat, so wie die Mehrzahl der anderen Demokratien — das scheint dem Herrn Abgeordneten Fachleutner entgangen zu sein, ich war auch sehr erstaunt, daß die rechte Reichshälfte applaudiert hat zu diesen Ausführungen —, die Invasion Grenadas durch die USA verurteilt, denn das ist ein Akt, dem wir unsere Zustimmung nicht geben können.

Dieser grundsätzlichen Haltung entspricht es auch, daß Österreich für eine friedliche Lösung, für eine Verhandlungslösung in Zentralamerika eintritt, im Konflikt, der heute zwischen Nicaragua und den USA besteht. Wenn wir nämlich als Sozialisten und als europäische Demokraten — in der besten Gesellschaft mit vielen Demokraten in den Vereinigten Staaten — das Recht eines kleinen zentralamerikanischen Staates und Volkes auf einen eigenen Weg verteidigen, dann vor allem im Vertrauen darauf — das ist unser Motiv —, daß dies ein demokratischer Weg sein wird, bei einem klaren Bewußtsein, daß die Wurzeln unserer Solidarität mit Nicaragua nicht Gegnerschaft gegen die amerikanische Demokratie ist, sondern der Bruch dieses Landes mit einer der schlimmsten Diktaturen, die es in der amerikanischen Hemisphäre in Jahrzehnten gegeben hat. Das ist die Wurzel unserer Solidarität mit Nicaragua.

Dabei sind wir nicht blind dafür, daß es im Inneren Nicaraguas eine sehr lebendige, eine leidenschaftliche Auseinandersetzung über den künftigen Weg dieses Landes gibt, daß dieses Land auch — auch das sage ich — manchmal in der Wahl seiner Freundschaften — aber bitte, welche Wahlmöglichkeiten hat man unter gewissen Bedingungen denn schon? — vielleicht nicht immer jene Vorbedacht an den Tag gelegt hat, die seinen besten Interessen entsprochen hätte.

Aber dennoch: Nicaragua muß seinen Weg

verfolgen können, die die Mehrheit seines Volkes, noch besser: ein nationaler Konsens, ihm vorzeichnet! Es darf nicht jenen Druck auf dieses Land geben, dem es heute ausgesetzt wird! (Zustimmung bei SPÖ und FPÖ.)

Welchen Beitrag, meine Damen und Herren, kann Österreich zu diesem Prozeß leisten? — Er ist nicht sehr groß. Er liegt in einer Hilfe zur sozialen, zur wirtschaftlichen Konsolidierung dieses Landes, der von vielen jungen Menschen in Österreich, vor allem von den jungen Katholiken, von den jungen Sozialisten und — ich sage es mit Genugtuung — auch von allen drei Parteien in diesem Haus getragen wird. Er liegt aber natürlich auch in der politischen Unterstützung solcher Friedensinitiativen wie der von Contadora.

Wenn in diesen Tagen ein sozialdemokratischer Kandidat gesiegt hat bei den Präsidentschaftswahlen in Venezuela, einem Kernland der Contadora-Initiative, so ist das sicher ein vielversprechender Beitrag zum Frieden in Zentralamerika.

Meine Damen und Herren! Der Friede — so pflegt Bundespräsident Kirchschläger zu sagen — beginnt im eigenen Haus. Und so ist es auch ein weiterer Akt österreichischer Friedenspolitik dieser Bundesregierung, wenn wir österreichische Sozialisten immer wieder für die Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten, für die Demokratie als die sicherste Grundlage einer friedlichen Entwicklung eintreten.

Kriegerische Verwicklungen, Konflikte, sind gerade zwischen solchen Völkern und Nationen undenkbar, die durch das gemeinsame Band der Demokratie verbunden sind. Wir haben daher — einige meiner Vorfahnen haben das gleichfalls getan — die Rückkehr Argentiniens zur Demokratie begrüßt, ohne zu vergessen, daß Chile noch immer eine Diktatur ist, ohne zu vergessen, daß das kleine Uruguay noch immer von einer Militärjunta beherrscht wird. Wir begrüßen die Rückkehr Argentiniens zur Demokratie in der Hoffnung, daß der gesamte Süden des großen lateinamerikanischen Kontinents bald wieder demokratisch sein wird.

Und deshalb hätten wir uns auch gewünscht, daß auch das türkische Volk in wirklich freien Wahlen über seine Zukunft hätte entscheiden können, ein Akt, dem nicht nur innenpolitische Bedeutung zukommt, vor allem für alle jene, die den Konflikt zwischen der Türkei und Griechenland mit Sorge betrachten.

Dr. Jankowitsch

Aber, meine Damen und Herren, es steht ja nicht nur in diesen schon genannten Ländern schlecht um die Menschenrechte. Die tiefe Sorge um den Stand der Menschenrechte in der heutigen Welt kam erst vor wenigen Tagen plastisch zum Ausdruck in den großen Appellen zum 35. Jahrestag der Verabschließung der allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, vor allem im Appell des Generalsekretärs der Vereinten Nationen selbst.

Der Golgatha-Weg der Verletzung der Menschenrechte reicht ja heute von der Einkerzung katholischer Priester in Litauen über die Verfolgung der Bahais im Iran, die Leiden des afrikanischen Volkes in Südafrika bis zu der finsternen Bilanz der Todesschwadronen in El Salvador, die dieses Jahr schon tausend Menschen das Leben gekostet haben. Das ist doch eine lange, eine viel zu lange Liste, meine Damen und Herren.

Und auch hier wieder liegt einer der beständigen Grundwerte der österreichischen Außenpolitik, ein Faktor, der sie so stabil und beständig macht, der aber gerade in diesem Aspekt so vielen Menschen auch Hoffnung gibt in der Welt. Und wenn von Menschenrechten und Grundfreiheiten die Rede ist, so auch ein Wort noch zu einem anderen beständigen, wesentlichen Anliegen der österreichischen Außenpolitik, nämlich dem Schutz der österreichischen Volksgruppe in Südtirol.

Die neue Bundesregierung — das wurde hier schon gesagt —, so wie alle Bundesregierungen vor ihr, hat diese Aufgabe vorrangig in ihr außenpolitisches Programm geschrieben. Erste Schritte — wir haben es gehört — sind erfolgt, um einen raschen Abschluß der noch offenen Paketlösungselemente zu ermöglichen. Der Abschluß dieser noch offenen Punkte ist eine wesentliche Voraussetzung dafür, so glaube ich, daß auch dieses Land, daß auch seine Menschen zur Ruhe kommen können, Vertrauen schöpfen können in eine Zukunft, in der ihnen, noch mehr als heute, die Funktion zukommt einer Brücke zwischen der Kultur Mitteleuropas und der Kultur des Mittelmeerraumes. Aber es soll auch eine Garantie dafür sein, daß die böse Hydra des Extremismus in Südtirol — und gegen diese Hydra ist weder die eine noch die andere Volksgruppe gewappnet — nicht mehr ihr Haupt erheben kann, daß sich das politische Leben in Südtirol in Demokratie, im Pluralismus, entwickeln kann.

Gerade als Sozialisten können wir im übrigen an die heutige Regierung in Rom mit einer besonderen Berechtigung appellieren,

staatsmännische Weisheit und europäische Gesinnung bei den letzten Schritten zur Lösung der Südtirolfrage an den Tag zu legen.

Meine Damen und Herren! Es ist schon gesagt worden und auch ich möchte es noch einmal unterstreichen: Der beständige Weg der österreichischen Außenpolitik kann vor allen Dingen deswegen verfolgt werden, weil sie sich nicht nur sicher ist ihrer Grundsätze, sondern weil sie auch fest eingebettet ist in die Gemeinschaft der demokratischen Staaten, weil sie eine ihrer besonderen Aufgaben darin sieht, gerade zu ihnen, zu dieser Staatengruppe — vom kleinsten bis zum größten Mitglied —, in ungestörter Freundschaft zu leben. In dieser Politik — nochmals zitiere ich Bundeskanzler Sinowatz — gibt es keinen Platz für Begriffe wie „Antiamerikanismus“, „Neutralismus“ oder „Isolation“.

Das wären auch im übrigen, weil heute hier auch gesprochen wurde von gemeinsamer Außenpolitik, jene Grundlagen, auf deren Basis wir uns verständigen könnten. Das wären die Grundlagen dessen, was unlängst auch der Nestor der österreichischen Publizistik, Otto Schulmeister, in einem Leitartikel in der „Presse“ gefordert hat, nämlich eine gemeinsame Außenpolitik aller im Parlament vertretenen Parteien. (Abg. Dr. Steiner: *Sechs Jahre haben wir gebraucht!*)

Wir Sozialisten werden von diesen Grundsätzen nicht abgehen, meine Damen und Herren, denn gerade auf ihnen aufgebaut ist eben die heutige Außenpolitik Österreichs ein Aktivposten unseres Landes geworden, um den uns viele andere draußen in der Welt beneiden.

Aber noch ein Wort: Wer mit uns gemeinsam Außenpolitik machen will, wer Anspruch erhebt, daran mitzuwirken, der muß wissen, daß österreichische Außenpolitik nur in Österreich gemacht wird, daß sie unabhängig und kritisch bleiben muß, auch gegenüber Freunden, vielleicht besonders gegenüber Freunden, frei von Liebedienerei und Fleißaufgaben, unterworfen nur dem Ziel der Bewahrung der Unabhängigkeit und Souveränität unseres Landes. Wer also an einer solchen gemeinsamen Außenpolitik interessiert ist, wer darauf Anspruch erhebt, mitzuwirken an einem breiten nationalen Konsens, darf sich nicht ablenken lassen, nicht von Schallmeienklängen aus der einen und schon gar nicht von Trompetenstößen aus der anderen Hauptstadt.

Daß unsere Freunde von der rechten

2268

Nationalrat XVI. GP — 26. Sitzung — 13. Dezember 1983

Dr. Jankowitsch

Reichshälften nicht immer gegen solche Versuchungen immun sind, meine Damen und Herren, darauf deuten gewisse Kommuniqués und Verlautbarungen eines in letzter Zeit notorisch gewordenen Zusammenschlusses konservativer Parteien in Europa hin, an dessen Entstehung sich die Volkspartei mit Recht ein gewisses Verdienst zuschreibt. Man hätte sich gewünscht, daß in diesen Verlautbarungen doch mehr von den Grundsätzen einer österreichischen Außenpolitik zu sehen ist, wie sie die Volkspartei ja früher in verantwortlicher Stellung vertreten hat.

Meine Damen und Herren! Ich komme zum Schluß. Es bedarf keiner großen Sehergabe und keines übergroßen Skeptizismus, um vorherzusagen, daß 1984, ein Jahr, das schon durch die politische Literatur schwer belastet ist, eines der schwierigsten Jahre der Weltpolitik werden wird. Es könnte das Jahr werden, in dem es erstmals seit eineinhalb Jahrzehnten nirgendwo, weder in Genf noch in Wien, ernsthafte Rüstungskontrollverhandlungen gibt, ein Jahr zusätzlicher Spannungen und Krisen, von denen manche, wie im Libanon und in Zypern, immer näher an Europa heranrücken. Ein Jahr gefährlicher Spannungen in der Weltwirtschaft mit höheren Zinsen, höheren Ölpreisen, ungelösten Schuldenproblemen, überschattet von der Not von Milliarden Menschen in den Entwicklungsländern.

Es wird also für die österreichische Außenpolitik ein neues Jahr der Bewährung und Herausforderung werden. Der kleine kampferprobte Apparat des österreichischen auswärtigen Dienstes, dessen Generalstab ja hier versammelt ist, ist auf diese neue schwierige Aufgabe gut vorbereitet. Indem wir dieser Außenpolitik und diesen Exponenten, meine Damen und Herren, einen starken politischen Rückhalt geben, können wir ihre schwierige Aufgabe erleichtern.

Die Sozialistische Partei ist bereit dazu. Sie ruft die anderen Parteien auf, hier mit uns mitzugehen. (*Beifall bei der SPÖ.*) ^{19.44}

Präsident: Der soeben vorgelegte Entschließungsantrag ist genügend unterstützt und steht mit in Verhandlung.

Nächster Redner ist der Abgeordnete Ettmayer.

^{19.44}

Abgeordneter Dr. Ettmayer (ÖVP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ange- sichts der weltpolitischen Situation ist es nur verständlich, daß heute immer wieder die

Frage aufgeworfen wurde, wie sich Österreich gegenüber den internationalen Krisen verhalten soll.

Der Außenminister hat wohl zu Recht erwähnt, daß verschiedene Krisen und krisenhafte Situationen schon fast eine Eigendynamik entwickelt haben. Die Frage, die sich uns nun stellt, ist die: Was müssen wir tun, damit nicht wir, damit nicht Europa, damit nicht Mitteleuropa die Zeche für die Krisen bezahlt, die es irgendwo in der Welt gibt?

Ich glaube, Kollege Jankowitsch: Wenn wir die Frage beantworten wollen, was wir gegenüber den Krisen tun sollen, dann müssen wir zunächst unterscheiden zwischen aktuellen politischen Krisen und langfristigen strukturellen Krisen, etwa der ganze Bereich der Entwicklungspolitik.

Die aktuellen politischen Krisen sind ja verschiedentlich angesprochen worden, ob das jetzt der Nahe Osten ist, wo die Spannungen einem neuen Höhepunkt zutreiben, nicht zuletzt deshalb, weil es eben zu einer Verme- gung gekommen ist zwischen langanhaltenden, Generationen lang dauernden lokalen Spannungen und den Interessengegensätzen der Großmächte, ob das jetzt Mittelamerika ist, wo interne Spannungen jederzeit zu internationalen Konflikten ausarten können, oder ob das eben die ganze Rüstungsproblematik ist, wo wir eben vor kurzem erst mit Bedauern zur Kenntnis nehmen mußten, daß die Genfer Abrüstungsgespräche gescheitert sind, wo wir wissen, je nachdem, welche Quellen wir konsultieren, daß heute etwa die NATO 4,4 Millionen Mann bewaffnet hat, der Warschauer Pakt noch viel mehr, 5,7 Millionen, daß es auf der einen Seite, nämlich im Warschauer Pakt, 42 000 Kampfpanzer gibt, auf der anderen Seite immerhin 13 000 und dergleichen.

Wesentlich für uns ist — und das ist eine Situation, mit der wir fertig werden müssen —, daß das Weltgeschehen von zwei politischen Systemen beherrscht wird, die sich gegenseitig als tödliche Bedrohung verstehen, wo die politische Motivation für die Rüstung immer stärker geworden ist, ja wo wir eben an Hand der Rüstungszahlen feststellen können, wie stark die politischen Gegensätze gestiegen sind.

Dazu kommt sicherlich auch noch die Situation in Europa, wo wir seit dem Beginn der Madrider KSZE-Gespräche feststellen mußten, daß sie unter einem ungünstigen Stern standen, daß sie eben 1981 begonnen haben,

Dr. Ettmayer

zu einem Zeitpunkt, wo die Spannungen zugenommen haben wegen der Invasion der Sowjetunion in Afghanistan und wegen der gesamten Entwicklung in Polen. Gerade dort mußten wir leider feststellen, daß die Schlußakte von Helsinki letztlich doch keine Garantie sind, keine wirklich geeignete und allgemein anerkannte Basis sind, um eben Spannungen, wie etwa in Polen, entsprechend den dort festgelegten Richtlinien zu lösen.

Zu diesen aktuellen Spannungen kommen noch strukturelle Probleme, wie eben die gesamte Entwicklungsfrage, wie etwa die Frage der Bevölkerungsexplosion. Ich verweise nur darauf, daß wir heute auf der Erde etwa 4,7 Milliarden Menschen zählen können, in drei Generationen werden es wahrscheinlich aber schon 10 oder 12 Milliarden sein.

Warum sage ich das, warum mache ich diese Unterscheidung? — Weil eben jetzt die Frage an uns herangetragen wird: Wie verhalten wir uns gegenüber diesen Krisen? — Da gibt es theoretisch zwei Möglichkeiten: Die eine Möglichkeit ist, sich einzumischen, vielleicht mit der sicherlich guten Absicht, die Krise zu lösen, und die andere Möglichkeit ist, alles zu tun, damit eben nicht Spannungen, die irgendwo in der Welt auftreten, zu einer Verschärfung der Spannungen in Mitteleuropa führen, damit diese Krisen nicht auf unserem Rücken ausgetragen werden, damit wir nicht die Zeche bezahlen müssen für diese Entwicklungen. (Beifall bei der ÖVP.)

Der Kollege Jankowitsch hat von einer täglichen Solidarität gesprochen, etwa im Nahen Osten, er hat davon gesprochen, daß wir Krisen entgegentreten sollen.

Aber bitte, was heißt denn „Krisen entgegentreten“? — Ich glaube, daß gerade die Politik, die der langjährige Bundeskanzler Kreisky vor allem im Nahen Osten gemacht hat, gezeigt hat, daß Österreich eben — leider, kann man vielleicht sagen — nicht in der Lage ist, auch nur irgendeinen Beitrag zur wirklichen Lösung dieses ganz schwerwiegenden Problems zu machen. (Zwischenruf des Abg. Dr. Reinhardt.) Vielleicht Amerika auch nicht, vielleicht auch die Sowjetunion nicht, vollkommen richtig.

Aber ich glaube: Gerade Kreisky hat gezeigt, und gerade der Scherbenhaufen, den wir jetzt in dieser Region feststellen, hat eben gezeigt, daß eine Lösung nicht so einfach ist.

Es war eben durchaus nicht immer so, Herr Bundesminister, daß wir heute eine Politik

revidieren müssen, es war durchaus nicht immer so, daß von sozialistischer Seite Initiativen ergriffen wurde, die letztlich auch von uns aufgenommen wurden. Wir stehen heute noch dazu, daß der Besuch von Gaddafi, der 1,5 Millionen Schilling gekostet hat, zu teuer war, nichts gebracht hat und eine Einmischung in einen Konflikt bedeutet hat, der nicht zur Lösung dieses Konflikts beigetragen hat, sondern diesen Konflikt letztlich nach Österreich gebracht hat. (Zustimmung bei der ÖVP.)

In diesem Zusammenhang, Herr Außenminister, wäre sicherlich auch sehr viel zur Politik gegenüber Amerika zu sagen, zum Antiamerikanismus, den es zweifellos gibt, wobei ich durchaus nicht so undifferenziert bin wie vielfach die andere Seite, die einfach immer von den Konservativen spricht. Ich sage: Es gibt eine Linke, die anti-amerikanisch ist, und es gibt innerhalb der SPÖ Kräfte, die durchaus auch pro-amerikanisch sind. Ich glaube, daß die Haltung des Vorsitzenden des Außenpolitischen Ausschusses Marsch eine andere ist als die von Cap und daß heute in der SPÖ aber auch viele Kräfte vorhanden sind, die eine andere Amerika-Politik machen als der seinerzeitige Chefredakteur Pollack, der langjährige Chefredakteur der „Arbeiter-Zeitung“.

Ich glaube, daß wir eine Politik machen müssen, die uns in die Lage versetzt, internationale Krisen von uns fernzuhalten. Wir müssen alles tun durch gutnachbarschaftliche Beziehungen, durch einen Ausbau der bilateralen Beziehungen, durch eine gute Europapolitik, durch gute Beziehungen zu den Großmächten, daß eben unser Raum eine Zone der Sicherheit ist, eine Zone des Friedens, eine Zone der Kooperation. (Beifall bei der ÖVP.)

Aktive Außenpolitik ja, aktive Außenpolitik dort, wo sie den Interessen unseres Landes dient, dort, wo sie der Sicherheit unseres Landes dient. Natürlich auch dort, wo sie dazu beitragen kann, Krisen zu lösen, aber nicht dort, wo sie nur dazu beiträgt, Krisen zu verschärfen, vielleicht sogar noch Konflikte zu verschärfen oder gar in unser Land hereinzu tragen.

Denn eines ist uns klar: Es besteht natürlich die Gefahr, daß Konflikte, die irgendwo auf der Welt bestehen — ob das jetzt in Mitteleuropa ist, ob das jetzt im Nahen Osten ist oder ob das in Afrika ist —, auf Grund der besonderen Position in Europa, ja gerade in Mitteleuropa, dann zu erhöhten Spannungen führen können.

2270

Nationalrat XVI. GP — 26. Sitzung — 13. Dezember 1983

Dr. Ettmayer

Man hat schon in der Vergangenheit immer wieder gesehen, daß gerade dort, wo eben die Schnittlinie zwischen den beiden Blöcken ist, die Spannungen besonders deutlich werden. Da müssen eben wir alles tun, daß diese Krisen nicht auf dem Rücken unseres Landes, nicht auf dem Rücken Mitteleuropas ausgetragen werden. (Beifall bei der ÖVP.)

Ich glaube, wir können dies deshalb sehr gut tun, weil wir darauf hinweisen können, daß eben die internationalen Beziehungen nicht ein Nullsummenspiel sind, das heißt, daß bei den internationalen Beziehungen nicht nur dann einer gewinnen kann, wenn der andere verliert, sondern daß es durchaus Entwicklungen gibt, ja immer gegeben hat und Gott sei Dank auch in der Zukunft geben wird, wo beide Parteien, wo alle davon profitieren, wenn der Frieden gefördert wird, wo alle davon profitieren, wenn die zwischenstaatlichen Beziehungen ausgebaut werden, ohne daß dadurch einer Schaden erleidet.

Österreich kann dazu sicherlich einen wesentlichen Beitrag leisten. Es gibt etwa gerade zwischen den Großmächten immer noch sehr viele Klischeevorstellungen, etwa wenn der amerikanische Präsident vom Reich des Bösen auf der einen Seite spricht und die Sowjetführung von ihrem Bereich immer nur vom Friedenslager spricht.

Ich glaube, wir können sehr viel dazu beitragen, daß das internationale Instrumentarium stärker ausgebaut wird, denn wir sehen ja sehr deutlich, daß auf der einen Seite die Problematik, mit der wir konfrontiert sind, die Waffensysteme schon längst die Dimension des 21. Jahrhunderts haben, auf der anderen Seite die internationalen Organisationen, die diese Probleme der Zukunft bewältigen sollen, faktisch noch wie Staatenkonferenzen des 19. Jahrhunderts fungieren.

Ich glaube auch, meine Damen und Herren, daß gerade Österreich einen Beitrag zu den internationalen Beziehungen dadurch leisten kann, daß wir klare Begriffe gebrauchen. Klare Begriffe deshalb, weil von allen Seiten von Entspannungspolitik, von Koexistenz, von Abrüstung gesprochen wird und weil jede Seite darunter etwas anderes versteht. (Beifall bei der ÖVP.)

Wenn Klubobmann Peter heute gesagt hat, jeder muß für die Entspannung sein, sage ich: Natürlich ist jeder dafür, aber für welche Entspannung? Sind wir für die Entspannung, von der die Sowjetunion spricht, die darunter eine Form des Klassenkampfes versteht und letzt-

lich glaubt, daß auch dieser Entspannungsprozeß dazu dienen soll, daß eben ihre Ideologie ausgebreitet wird, oder vertreten wir eine Entspannung, die gleichzeitig auch unseren Interessen, unseren Grundsätzen entspricht?

Ich habe schon gesagt: Unsere Politik ist sehr klar vorgezeichnet worden von jenen, die eben die Grundlagen für die österreichische Außenpolitik gelegt haben. Herr Außenminister! Da könnte man natürlich jetzt wieder lange darüber diskutieren. Sie haben erwähnt, daß es amerikanische Stellungnahmen gegeben hat gegen die Neutralität. — Das ist richtig. Dulles hat damals geglaubt, Neutralität wäre zu neutralistisch.

Aber dasselbe hat etwa auch Vizekanzler Schärf geglaubt. Das ist erst unlängst sehr klar dargelegt worden in einem Buch von Karl Stadler. Schärf war nicht gegen die Neutralität, weil er zu neutralistisch gewesen wäre, sondern im Gegenteil, weil er eben ganz bewußt die Einbindung Österreichs in das westlich-demokratische System betrieben hat und eben dafür eingetreten ist.

Was wir heute tun müssen: Alle Bemühungen unterstützen, die der Sicherheit unseres Landes dienen. — Da würde ich jetzt nicht sagen, die einen Bemühungen sind konservativ oder die anderen sind es nicht, sondern wir müssen alle Bemühungen unterstützen, die dazu beitragen, daß historisch gewachsene Bindungen ausgebaut werden, denn gerade historisch gewachsene Bindungen sind ein sehr guter Garant dafür, daß sich Spannungen eben dann nicht unmittelbar auswirken, daß Spannungen nicht unmittelbar übertragen werden.

Wir müssen uns auf gemeinsame Grundwerte besinnen, die nicht nur in unserem Lande, die nicht nur in unserer Demokratie, sondern die auch international anerkannt sind, vielleicht gerade auf jene Grundwerte, die das Christentum vermittelt und immer vermittelt hat. Ich möchte deshalb mit einem Zitat schließen, das der Papst bei seinem Österreich-Besuch ausgesprochen hat im Rahmen der Europa-Vesper, wenn er sagte:

Der geistige Kampf für ein Überleben in Frieden und Freiheit verlangt den gleichen Einsatz und Heldenmut, die gleiche Opferbereitschaft und Widerstandskraft, durch die unsere Väter damals Wien und Europa gerettet haben. (Beifall bei der ÖVP.)

Meine Damen und Herren! Ich glaube,

Dr. Ettmayer

darum muß es uns auch heute gehen. (*Beifall bei der ÖVP.*) ^{19.57}

Präsident: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen.

Schlußwort wird keines gewünscht.

Wir gelangen nunmehr zur Abstimmung über die Beratungsgruppe III des Bundesvoranschlages 1984. Diese umfaßt das Kapitel 20 in 70 der Beilagen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist mit Mehrheit angenommen.

Gemäß § 55 Abs. 5 der Geschäftsordnung schlage ich vor, die Abstimmung über die bei der Verhandlung der Beratungsgruppe III des Bundesfinanzgesetzentwurfes eingebrachten Entschließungsanträge sogleich vorzunehmen.

Erhebt sich dagegen eine Einwendung? — Das ist nicht der Fall.

Wir kommen daher zunächst zur Abstimmung über den Entschließungsantrag der Abgeordneten Dr. Steiner, DDr. Hesele, Probst und Genossen betreffend Europarat.

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist einstimmig angenommen. (E 11.)

Wir kommen weiters zur Abstimmung über den Entschließungsantrag der Abgeordneten Marsch, Dr. Steiner, Peter und Genossen betreffend Fortführung der Abrüstungsverhandlungen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist einstimmig angenommen. (E 13.)

Wir kommen ferner zur Abstimmung über den Entschließungsantrag der Abgeordneten Dr. Jankowitsch, Dr. Steiner, Peter und Genossen betreffend Bericht der österreichischen Bundesregierung über ihre Bemühungen zur Erhaltung des Friedens in Freiheit.

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Auch dieser Antrag ist einstimmig angenommen. (E 12.)

Die Tagesordnung ist erschöpft.

Vertagung

Präsident: Es liegt mir der Antrag vor, die Verhandlung über das Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1984 gemäß § 53 Abs. 7 der Geschäftsordnung zu vertagen, um eine Sitzung zur Erledigung anderer Vorlagen einzuschieben.

Ich bitte jene Damen und Herren, die diesem Antrag ihre Zustimmung erteilen, sich von den Sitzen zu erheben. — Einstimmig angenommen.

Ich gebe bekannt, daß in der heutigen Sitzung die Selbständigen Anträge 73/A und 74/A eingebracht worden sind.

Ferner sind die Anfragen 362/J bis 367/J eingelangt.

Die nächste Sitzung des Nationalrates berufe ich für morgen, Mittwoch, den 14. Dezember, um 9 Uhr ein.

In dieser Sitzung findet eine Fragestunde statt.

Außerdem werden die in der Geschäftsordnung vorgesehenen Mitteilungen und Zuweisungen erfolgen.

Die heutige Sitzung ist geschlossen.

Schluß der Sitzung: 20 Uhr 2 Minuten**Berichtigung**

11. Sitzung, 28. September 1983:

Auf Seite 774 rechte Spalte 6. Absatz von oben 5. Zeile soll es statt „verstaatlichten Politik“ richtig „Verstaatlichtenpolitik“ heißen.